

175 Jahre IHK Düsseldorf

Handeln für Unternehmen

Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte
Sonderband



Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln
Köln 2006

Inhalt	Seite
Vorwort	5
Von der Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1831 bis 1914	6
Schwere Zeiten 1914 bis 1945	18
Wiederaufbau: Das erste Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg	32
Der IHK-Bezirk Düsseldorf: Eine Region im Wandel	40
Standortpolitik: Die Region stärken	46
Recht und Unternehmensförderung: Von der Wiege bis zur Bahre	68
International: Der Duft der großen weiten Welt	76
Wiedervereinigung: Aus 2 mach 1	85
Innovation und Umwelt: Mit der Industrie in die Zukunft	88
Aus- und Weiterbildung: Für das Leben lernen	102
Öffentlichkeitsarbeit: Tue Gutes und rede darüber	120
Selbstverständnis und Gremien: Wie die IHK funktioniert	124
Und die Zukunft?	128
Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf	130
Quellen, Literatur und Bildnachweis	131
Impressum	132

Zum 175-jährigen Bestehen der IHK Düsseldorf

„Man muss das Gestern kennen, wenn man das Morgen wirklich gut und dauerhaft gestalten will“. Diese Worte des großen Konrad Adenauer beherzigend, haben wir uns im 175. Jahr des Bestehens der IHK Düsseldorf auf die Spurensuche in eigener Sache gemacht. Im Ergebnis, so hoffen wir, ist mit der vorliegenden Festschrift ein interessanter Aufriss von 175 Jahren Kammergeschichte entstanden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der jüngeren IHK-Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, für die bislang eine Gesamtdarstellung fehlte.

Während des Quellenstudiums in Archiven, in alten Akten, Kammerzeitschriften und Jahresberichten konnten wir erkennen: Manches, was heute zur Arbeit einer IHK gehört, ist keine Erfindung der letzten Jahrzehnte, sondern war zumindest in Ansätzen lange vor unserer Zeit zum Nutzen der Unternehmen bereits vorhanden. Geändert haben sich gleichwohl Methoden, Instrumentarien und Techniken.

„Handeln für Unternehmen“, das wollten die Kaufleute, die 1831 die „Königliche Handelskammer zu Düsseldorf“ gründeten, und dieses Ziel bestimmt unser Tun auch heute.

Professor Dr. Dr. h. c. Ernst Schneider, Präsident der IHK Düsseldorf von 1949 bis 1968, hat zu Recht betont: „Wirtschaft betreibt man nicht im luftleeren Raum, sondern immer in einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“. In diesem Sinne will dieses Buch zeigen, wie die wirtschaftliche Selbstverwaltung in Düsseldorf entstand und wie sie sich unter wechselnden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen bis heute entwickelt hat.

So beschäftigt sich diese Festschrift nicht nur mit der Kammergeschichte, sondern berichtet auch über die Entwicklung der Region Düsseldorf.

In der Rückschau wird deutlich, dass der IHK-Bezirk stets von einer hervorragenden Standortqualität profitieren konnte. Seine ökonomische Leistungsfähigkeit aber verdankt er vor allem den Unternehmen, die sich von den Anfängen der Industrialisierung bis heute hier angesiedelt haben.



Hermann Franzen
Präsident



Dr. Udo Siepmann
Hauptgeschäftsführer

Von der Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1831 bis 1914

Kaufleute schließen sich zusammen

Um wöchentlich das „Wohl unserer hiesigen Angelegenheiten“ zu beraten, insbesondere aber um „alles dasjenige vorzunehmen und zu verrichten, was sie zum besten des hiesigen Handels, zu Wasser und zu Lande nöthig, oder nützlich zu seyn erachten“, wählte die seit 1785 in Düsseldorf organisierte Kaufmannschaft am 21. Oktober 1798 aus ihrer Mitte acht Vorsteher, den so genannten Handlungsvorstand, eine Vorläuferorganisation der späteren Handelskammer.

Die Idee, sich in einer Gemeinschaft zusammenzuschließen, um so seine Interessen gegenüber Regierung und „anderen Behörden“ besser artikulieren zu können, war nicht neu – Beispiele aus anderen Städten gab es zur Genüge. Dennoch war der Zeitpunkt gut gewählt: Beflügelt von den Ideen der Französischen Revolution forderte das (Wirtschafts-)Bürgertum allorten sein Mitspracherecht ein. Und so sah sich der damalige Landesherr, Kurfürst Maximilian Joseph, in Personalunion Herzog von Berg und Herzog von Ober- und Niederbayern, bereits 1799 mit dem ganz pragmatischen Anliegen des Düsseldorfer Handlungsvorstands konfrontiert, in eigener Regie eine Handelsgesellschaft gründen zu wollen, um „Handel und Schiffahrt zu befördern“.

Auf die Antwort mussten die Kaufleute in Düsseldorf jedoch zwei Jahre warten – zu sehr war der Kurfürst mit den anrückenden Heeren Napoleons beschäftigt, die Frankreichs Staatsgrenze de facto inzwischen bis an den Rhein verschoben hatten. Erst nach dem Friedensschluss nahm sich der Kurfürst 1801 des Düsseldorfer Angelegens an und genehmigte die Einrichtung der Handelsgesellschaft und des Handlungsvorstands, weil er die „Vorteile gemeinschaftlicher Berathschlungen und Verabredungen“ durchaus anerkannte, sofern sie sich im Rahmen bestehender Gesetze bewegten und keinem Außenstehenden Schaden zufügten.

Kurfürst Maximilian Josef, in Personalunion Herzog von Berg und Herzog von Ober- und Niederbayern, genehmigte 1801 die Einrichtung einer Handelsgesellschaft und des Handlungsvorstands in Düsseldorf, dem Vorläufer der späteren Handelskammer.



Zum Vorsitzenden des Handlungsvorstands ernannte der Kurfürst einen Regierungskommissar.

Vom Empire zu Preußens Glanz und Gloria

1815, nach Beendigung der napoleonischen und dem Beginn der preußischen Ära, verloren die Kaufleute das Interesse an dem Handlungsvorstand – denn mit der auf dem Wiener Kongress beschlossenen politischen und territorialen Neuordnung fehlte ihm zunächst die gesetzliche Grundlage. Erst 1818 ernannte die preußische Regierung quasi als „Rechtsnachfolger“ des ehemaligen Regierungskommissars den Düsseldorfer Oberbürgermeister zum neuen Vorsitzenden des Handlungsvorstands. Diese Entscheidung erwies sich schon bald als folgenschwer, denn Stadtverwaltung und

Kaufmannschaft zogen aufgrund unterschiedlicher Interessen nicht immer an einem Strang. Auch dieses „Erbe“ ist den Industrie- und Handelskammern bis heute erhalten geblieben!

Die Zeit des Handlungsvorstands neigte sich bald darauf ihrem Ende entgegen, als sich die Stimmen nach Errichtung einer „richtigen“ Handelskammer mehrten. Vorbild dafür waren die seit 1803 noch unter Napoleon errichteten Kammern links des Rheins, die unter der preußischen Ägide zwar fortbestanden, aber bis zu diesem Zeitpunkt keine Entsprechungen auf rechtsrheinischem Gebiet gefunden hatten.

Das änderte sich, als im Jahre 1830 in Elberfeld und Barmen Kaufleute eine Handelskammer gründeten, deren Statut König Friedrich Wilhelm III. am 22. Juni 1830 genehmigte. Dieses Beispiel sollte Schule machen.

Eine Handelskammer für Düsseldorf

Die Düsseldorfer Unternehmerschaft, mit besten Beziehungen zu ihren Kaufmannskollegen in Elberfeld und Barmen, zögerte dann auch nicht lange: Bereits am 8. Juli 1830 trafen sich Handlungsvorstand mit Oberbürgermeister, Landrat und Bezirksregierung, um über die Gründung einer Handelskammer auch in Düsseldorf zu beraten. Die Düsseldorfer Initiative fand ebenfalls bei der königlichen Regierung Anklang, man erbat ein Statut in Anlehnung an dasjenige der Handelskammer für Elberfeld und Barmen inklusive der Erweiterung um Hafen- und Schifffahrtsfragen. Mit dem im Januar 1831 eingereichten Entwurf schoss der Handlungsvorstand allerdings weit über das angepeilte Ziel hinaus, wollte er doch alle öffentlichen Anstalten „welche auf Handel, Fabriken und Schifffahrt Bezug haben“ der Handelskammer unterstellen. Ferner sah der Entwurf vor, dass die Handelskammer künftig Abfahrten, das Ein- und Ausladen der Schiffe etc. bestimmen und verwalten sollte. Das ging nicht nur dem Düsseldorfer Oberbürgermeister zu weit, der um die Autonomie der städtischen Wirtschaftsverwaltung fürchtete, sondern auch das am 23. Mai 1831 vom preußischen König gnädigst genehmigte Statut beschneidet die hochfliegenden Pläne des Handlungsvorstands auf die „Beaufsichtigung derjenigen öffentlichen Anstalten und Anordnungen“ für Handel und Schifffahrt. Weitaus bedeutsamer – und zeitloser – war jedoch eine in § 4 des Statuts festgeschriebene Aufgabe der künftigen Handelskammer:

„Die Bestimmung der Handels-Kammer ist, den Staats-Behörden ihre Wahrnehmungen über den Gang des Handels, des Manufaktur-Gewerbes und der Schifffahrt, und ihre Ansichten über die Mittel zur Beförderung der einen und der anderen darzu-

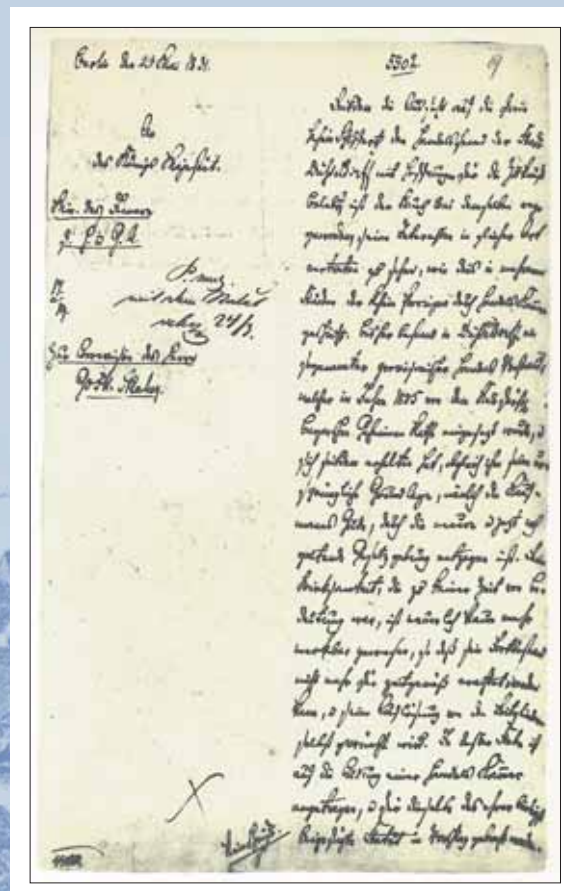
legen, denselben die Hindernisse, welche der Erreichung dieses Zweckes entgegenstehen, bekannt zu machen, und ihnen die Auswege anzuzeigen, welche sich zur Hebung derselben darbieten.“

Heute heißt es dazu in § 1 Abs. 1 des IHK-Gesetzes: Die Industrie- und Handelskammern sollen:

„...durch Vorschläge, Gutachten und Berichte die Behörden (...) unterstützen und (...) beraten...“

Selbstverwaltung und Staat – eine schwierige Beziehung

Im Vordergrund der Handelskammertätigkeit nach preußischem Recht standen also nicht – wie im französischen Kammersystem – die Ausführung behördlicher Aufgaben, sondern die Wahrnehmung der Interessen der Wirtschaft. Wählen durften diejenigen Einwohner des Gemeindebezirks, die wenigstens zwölf



Das Statut der Königlichen Handelskammer zu Düsseldorf, genehmigt am 23. Mai 1831.



Blick auf den Düsseldorfer Marktplatz um 1840.



Franz Schimmelbusch

Präsident von 1831 bis 1833

Franz Schimmelbusch war in Kommissionsgeschäften tätig, als er zum ersten Präsidenten der Königlich-Handelskammer zu Düsseldorf gewählt wurde. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts betrieb er eine Eisengießerei auf der Kanalstraße, der heutigen Westseite der Königsallee. Von ihm gingen entscheidende Impulse für die Gewerbe- und Industrieausstellung 1838 aus, wie er auch als Mitbegründer der Eisenindustrie in Düsseldorf gilt.

Taler Gewerbesteuer pro Jahr entrichteten. Gewählt werden konnten nach § 3 zunächst sechs Mitglieder, wenn sie

„dreißig Jahre und darüber alt (waren), ein Handlungs- oder Fabrikgeschäft wenigstens fünf Jahre lang, für eigene Rechnung persönlich und selbstständig betrieben, auch in dem Gemeinde-Bezirk von Düsseldorf (ihren) ordentlichen Wohnsitz, und den Hauptsitz (ihres) Gewerbes (hatten), und durchaus unbescholtenen Rufes (waren).“

Diese sechs Mitglieder (später Vollversammlungsmitglieder genannt) wählten aus ihrer Mitte den Vorsitzenden (= Präsidenten). Erster Vorsitzender der „Königlichen Handelskammer zu Düsseldorf“ war von 1831 bis 1833 der Düsseldorfer Kaufmann und Fabrikant Franz Schimmelbusch. Zu seinem Vertreter wurde Gerhard Baum (Präsident von 1834 bis 1868) bestellt. Beiden zur Seite stand als Sekretär (= der spätere Hauptgeschäftsführer) Johann Ferdinand Wilhelmi, der bereits über Erfahrungen aus der Zeit des Handlungsvorstands verfügte, für den er in gleicher Funktion tätig gewesen war.

Die Statuten der Handelskammern in Elberfeld (1830) und Düsseldorf (1831) ähnelten einander, unterschieden sich jedoch in einem wichtigen Punkt: Während die Barmer und Elberfelder Unternehmer es noch entschieden und erfolgreich abgelehnt hatten, den Oberbürgermeister als preußischen Beamten an ihren Sitzungen teilnehmen und in diesem Falle auch den Vorsitz führen zu lassen, wurde dieses Recht im Düsseldorfer Statut in § 2 verbrieft. Darüber hinaus wurde per Kabinettsorder das Düsseldorfer Statut für alle weiteren Kammergründungen obligatorisch, auch die älteren linksrheinischen Handelskammern übernahmen seine Bestimmungen. Wenn auch de jure der staatliche

Einfluss auf diese Weise festgeschrieben wurde, so hatte er praktisch kaum Auswirkungen, denn de facto leitete der aus der Mitte der Kaufmannschaft frei gewählte Präsident die Sitzungen und führte die Geschäfte der Handelskammer.

Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die Kammer von 1831 bis 1870 Quartier im Düsseldorfer Rathaus nahm: Aus der per Königsdekret verfügten Mesalliance wurde auch durch die räumliche Nähe keine Liebesheirat! Vielmehr weigerte sich Oberbürgermeister Philipp Schoeller zunächst, der Kammer im Rathaus dauerhaft Obdach zu gewähren und Stadtrentmeister von Franz zeigte sich entrüstet über das Ansinnen der Handelskammer, im Zuge der Amtshilfe die Kammerbeiträge auf Grundlage der Gewerbesteuer festzustellen. Auch die Beziehung zum Nachfolger im Amt des Oberbürgermeisters, Josef von Fuchsius, gestaltete sich schwierig: Anlässlich des Todes von König Friedrich Wilhelm III. hatte die Kammer pflichtschuldigst per Depesche kondoliert und ihre Glückwünsche zum Regierungsantritt von Friedrich Wilhelm IV. übermittelt – allerdings ohne die Stadt davon vorab in Kenntnis zu setzen (denn der Oberbürgermeister hatte ja schließlich das Recht, an den Sitzungen teilzunehmen und sich zu informieren!). Von Fuchsius befürchtete nun, dass das Kammerschreiben Berlin vor seinem Brief erreichen könnte, was offenbar einem gesellschaftlichen Faux Pas gleichgekommen wäre. Die Handelskammer beantwortete das Schreiben des Oberbürgermeisters höflich, aber bestimmt:

„Wir hielten es dem Zwecke der Sache, der lediglich die Handelskammer und den von ihr vertretenen Handelsstand betrifft, angemessen, nur von der Handelskammer selbst, die Erlassung eines solchen Actes ausgehen zu lassen.“

Weitere Scharmützel mit der Stadtspitze sollten folgen, auch scheute sich die Handelskammer nicht, sich mit Vertretern der preußischen Staatsregierung anzulegen. So zog sie sich 1837 den Zorn des Finanzministers Albrecht Graf von Alvensleben zu, weil sie – ohne ihn in dieser Frage vorab konsultiert zu haben – bei der Rheinschiffahrtskommission die gleichen Rechte für den Düsseldorfer Freihafen wie in Köln gefordert hatte. Die Drohung von Alvenslebens, die Kammer ob dieser Insubordination aufzulösen, wurde gottlob nicht in die Tat umgesetzt.

Im Gegenteil: Der Staat entließ nach und nach mit der königlichen Verordnung vom 11. Februar 1848 (Handelskammergesetz) und der Novelle zum Handelskammergesetz vom 24. Februar 1870 die Selbstverwal-



Gerhard Baum

Präsident von 1834 bis 1868

Seit 1828 war Gerhard Baum Mitglied des Handlungsvorstandes. Er war zunächst als Mitinhaber des Kommissions- und Speditionsgeschäftes seines Schwiegervaters Wilhelm Cleff tätig. Dieses Unternehmen entwickelte er zum Bankgeschäft, das 1850 in Baum, Boeddinghaus & Co. umfirmiert und später von der Deutschen Bank übernommen wurde. 1831 wählten ihn die Kaufleute zum Vizepräsidenten der neuen Handelskammer und 1834 zu ihrem Präsidenten. Auf seine Initiative hin wurden 1836 die Mittel- und Niederrheinische Dampfschiffahrtsgesellschaft, 1842 die Düsseldorfer Allgemeine Versicherungsgesellschaft für See-, Fluss- und Landtransport sowie 1846 die Niederrheinische Dampfschleppschiffahrts-AG ins Leben gerufen. Er war maßgeblicher Initiator der Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahngesellschaft und lange Jahre Vorsteher des Handelsgerichts. Seit 1827 war Gerhard Baum Mitglied des Stadtrates, seit 1843 vertrat er 30 Jahre lang Düsseldorfer Interessen im Rheinischen Provinzial-Landtag, 1847 darüber hinaus im Vereinigten Landtag. In Anerkennung seiner Verdienste verlieh ihm König Friedrich Wilhelm IV. 1840 den Titel eines Kommerzienrates. 1868 wurde er von Wilhelm I. zum Geheimen Kommerzienrat ernannt.

tungseinrichtungen der Wirtschaft in die Unabhängigkeit – am 19. August 1897 folgte die Anerkennung der Handelskammern als „juristische Personen“.

Stadt, Land, Fluss

Lange, bevor man über europäische Hauptentwicklungsachsen sprach, profitierte Düsseldorf von seiner



Einzug Napoleons in Düsseldorf am 3. November 1811 durch den von Vagedes errichteten Triumphbogen in Höhe der Elberfelder Straße. Nach einer Lithographie von Petersen.

Standortgunst: Der Nähe zum Rhein, dem wirtschaftlich starken bergisch-märkischen Hinterland und dem Repräsentativcharakter einer ehemaligen Residenzstadt. Daraus ergaben sich – neben der berichtenden und beratenden Tätigkeit – die ersten Handlungsfelder der Handelskammer fast schon von selbst. Im Sinne der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehörten dazu in erster Linie Verkehr (Hafen, Rheinschiffahrt sowie Auf- und Ausbau des Schienennetzes), Warenhandel, Börsen- und Ausstellungswesen, Rechtspflege und Fortbildung sowie Stellungnahmen zu zollrechtlichen und anderen Fragen. Die Standortgunst wie auch die stärkere Vernetzung mit benachbarten Wirtschaftsräumen bedingten darüber hinaus, dass die Kammer sich eben nicht nur mit den Angelegenheiten der vor Ort ansässigen Unternehmen, sondern mit Wirtschaftsthemen, die weit über den Kammerbezirk hinaus von Bedeutung waren, befasste.

Ein Dorf mit Entwicklungspotenzial

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Düsseldorf „ein bescheidenes, durch die Unbilden der kriegerischen und politischen Verwicklungen heruntergekommenes, schlecht verwaltetes, bevölkerungsarmes Städtchen“, so charakterisierte Otto Most die Stadt in seiner „Geschichte der Stadt Düsseldorf“ von 1921. Wenn auch diese Beschreibung zu hart ausgefallen sein dürfte, so übernahm der preußische Staat am 5. April 1815 mit dem Bergischen Land (nebst dem dazugehörigen Düsseldorf) doch ein schweres Erbe: Stadt und Umland waren durch die napoleonischen Kriege arg in Mitleidenschaft gezogen, die Gemeinden hoch verschuldet und die Wirtschaft musste fast vollständig reorganisiert werden.

Bereits in einer Eingabe zum Erhalt der Residenzstadt vom August 1808 meinte der Handlungsvorstand feststellen zu müssen:

„...zu Fabriken sei Düsseldorf aus dem Grunde ungeeignet, dass die Ländereien umher nicht von der besten Qualität seien, die Lebensmittel zu einem sehr hohen Preise ständen und die hiesigen Einwohner schon ihre ständige mit dem Dasein der Residenz mehr oder minder in Verbindung stehende Beschäftigung hätten.“

Damit hatte der Handlungsvorstand Recht und Unrecht zugleich, wie die spätere Entwicklung zeigen sollte. Denn: Schon zum damaligen Zeitpunkt verstand sich „Klein-Paris“ auf das *savoir vivre* – für ein glanzvolles Leben der knapp 50.000 Einwohner sorgten 1816 mehrere hier ansässige Regierungsbehörden, 186 Kaufleute, 24 Spezialhändler, 59 Kleinkrämer, Trödler oder Hausierer, 61 Brauer, 38 Branntweinbrenner, 70 Schänker, 23 Weinhäuser, 17 Kaffeehäuser und Konditoreien, 35 Fuhrleute, 19 Schiffer, drei Tanzmeister und 43 Musikanten. Mit nur 13 Fabrikanten (zumeist vorindustrielle Textilproduzenten) war Düsseldorf industriell stark unterrepräsentiert.

Dafür erfreuten sich die Bewohner dieses „Lieblings-Wohnsitzes der Musen“ neben den aufwertenden gesellschaftlichen Komponenten (Provinziallandtag ab 1826, Anwesenheit von einem Hohenzollernprinzen in Schloss Jägerhof und rheinischem Adel), den Gartenanlagen, Alleen und Parks eines weit über die Stadtgrenzen hinaus berühmten Theaters, der zeitweise in der Stadt anwesenden, bedeutenden Komponisten wie Felix Mendelssohn Bartholdy, Robert Schumann und Johannes Brahms sowie der Einrichtung der Kunstakademie im Jahre 1819. Diese „weichen“ Standortfaktoren sollten die Industrialisierung wie auch den Zuzug von Unternehmern vor allem in der zweiten Jahrhunderthälfte begünstigen.

Der Hafen als Tor zum Ruhrgebiet und nach Westeuropa

Als Trumpfkarte konnte Düsseldorf in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine Lagevorteile, vor allem die Rheinnähe und den Hafen, voll ausspielen. Das hing einerseits mit der Umstellung der bergischen Textilproduktion von Leinen auf Baumwolle zusammen (während Flachs und Garn aus dem für Düsseldorf ungünstiger gelegenen Westfalen kamen, war Baumwolle fast nur über England zu beziehen), aber auch mit der Zunahme des allgemeinen Warenaustausches, der Schaffung eines größeren Wirtschaftsgebietes zwischen 1818 und 1834 (Gründung des deutschen Zollvereins), der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (Dampfschiffahrt und Eisenbahnverkehr), vor allem aber mit der beginnenden industriellen Entwicklung im Ruhrgebiet.

Für die bergischen Produzenten erwies sich der Düsseldorfer Hafen alsbald in zweifacher Hinsicht als günstig gelegener Warenumsatzplatz: Sowohl für die Textilwirtschaft, die über Düsseldorf Seide, Samt, Spitzen, Batiste, Leinen, Baumwolle, Tuche, Pottasche, Alaun sowie Farbstoffe einschließlich Indigo bezog und



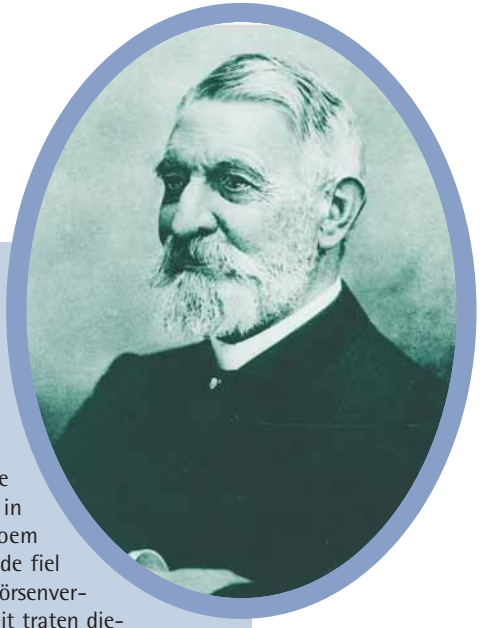
175 Jahre Industrie- und Handelskammer Düsseldorf

von hier aus Seide, Garne, Bänder, Decken und Tuche exportierte, als auch für die nach 1815 einsetzende Eisen verarbeitende Industrie, die ihre Rohstoffe vornehmlich aus England und später aus dem Ruhrgebiet bezog. Der Handel mit Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigprodukten wiederum schuf die Voraussetzung dafür, dass sich auch in Düsseldorf Textil- und nach 1850 Eisen verarbeitende Industrie ansiedelte. Lagevorteile und „weiche“ Standortfaktoren zogen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermehrt Unternehmer zumeist aus Belgien, der Aachener Region, der Eifel und dem bergisch-märkischen Raum nach Düsseldorf, wie Albert Poensgen, Ferdinand Heye, Hermann-August Flender, Fritz Henkel, J. P. Piedboeuf und die Brüder Mannesmann, um nur einige zu nennen.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit bemühte sich die Handelskammer daher in erster Linie um Erleichterungen für die Schifffahrt, ordnete den Handelsverkehr und entwarf eine Hafenordnung. Ferner setzte sie sich – ganz im Sinne der ortsansässigen Wirtschaft – dafür ein, den Schiffsverkehr behindernde Beschränkungen in den Niederlanden, aber auch in Köln, zu entschärfen. Hatte die Mainzer Rheinschiffahrtskonvention von 1831 bereits erhebliche Erleichterungen für den Schiffsverkehr gebracht (Wegfall des Kölner Stapelrechts und der zollrechtlichen Beschränkungen in den Niederlanden) und so den Güterumschlag im Düsseldorfer Hafen innerhalb eines Jahres explosionsartig auf mehr als 35.000 Tonnen steigen lassen, so ergab sich nun die Notwendigkeit, noch stärker von diesen Vorteilen durch aktive Beteiligung an einer Dampfschiffahrtsgesellschaft zu profitieren. Auf Initiative der Handelskammern von Düsseldorf und Elberfeld wurde

Gustav Bloem
Präsident von
1869 bis 1878

Im Jahre 1848 gründete Gustav Bloem in Düsseldorf-Derendorf eine Zündhütchenfabrik, die später eine Ergänzung in der Firma Braun & Bloem fand. In seine Amtsperiode fiel 1874 die Gründung des Börsenvereins. Innerhalb kurzer Zeit traten dieser Vereinigung 500 Mitglieder aus Industrie und Handel bei, die an der zunächst reinen Produktenbörse (Getreide, Saaten, Metalle, Kohle, Erze, Baustoffe) partizipierten. 1884 wurde die Börse der Stadt Düsseldorf staatlich anerkannt, so dass sich der privat-rechtliche Verein auflöste. Ferner setzte sich während seiner Ägide die Industrialisierung des Bezirks mit der Ansiedlung chemischer Fabriken und Maschinenbauunternehmen fort. Bloem engagierte sich für das Markenschutzgesetz, für die Errichtung einer neuen Rheinbrücke und für die „Hebung Düsseldorfs als Hafenplatz“. Die 1887 gegründete Fortbildungsschule für Kaufmannslehrlinge, deren Kuratoriumsvorsitzender er war, nahm unter seiner Ägide einen besonderen Aufschwung. Als Vorsitzender des Düsseldorfer Ruder-Vereins wirkte er in der Düsseldorfer Gesellschaft.



Das Röhrenwalzwerk der Firma J. P. Piedboeuf & Comp. an der Ellerkirchstraße um 1900.

**Rudolf Lupp**

Präsident von 1879 bis 1885

In den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts verlegte Rudolf Lupp seine Indigo-Blau-Druckerei von Mettmann nach Düsseldorf, weil hier im Hafen das Indigo für die bergischen Textildruckereien umgeschlagen wurde. Während seiner Präsidentschaft lag Kommerzienrat Lupp der Ausbau des Düsseldorfer Hafens besonders am Herzen, wie sich unschwer an folgendem Auszug eines Festliedes anlässlich seiner „fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit“ in der Kammer 1885 erkennen lässt:

*„Jeder funkelneue Morgen
Bracht' der Kammer neue Sorgen,
Brachte neue Mühen mit!
Dann hieß es: Du Präses Luppe,
Löffle aus die garst'ge Suppe,
Uns verging der Appetit!
Unser viel zu enger Hafen
Ließ den Biedermann nicht schlafen,
Die Behörden schrie er an:
Steht uns bei in unserem Jammer,
da die ganze Handelskammer
das Wasser ja nicht halten kann!“*

daher am 13. Mai 1836 die „Dampfschiffahrtsgesellschaft für den Niederrhein und Mittelrhein“ gegründet, die ab 1838 regelmäßig zwischen den Häfen Mainz und Rotterdam verkehrte. 1842 folgte – ebenfalls unter maßgeblicher Beteiligung der Düsseldorfer Handelskammer – die Gründung der „Düsseldorfer Allgemeinen Versicherungs-AG für See-, Fluss- und Landtransport“. Ferner lag das Hauptaugenmerk der Handelskammer auf der künftigen Hafenentwicklung. Der ursprünglich im Norden gelegene Hafen besaß relativ wenig Kapazität.

Da man sich jedoch lange über die endgültige Standortwahl nicht einig war, verhinderte dies zunächst den kontinuierlichen Ausbau nach Süden. Zunächst jedoch veranlasste die Handelskammer die Restituierung der Freihafenrechte (1827 aufgehoben) und den Wiederaufbau des Freihafens (abgeschlossen 1838), um eine Gleichstellung gegenüber Köln zu erreichen (endgültig 1841), denn, so die Kammer:

„Es ist keinem Zweifel unterworfen, dass hierdurch der Verkehr in unserem Hafen bedeutend gewinnen und namentlich die Verbindung mit dem oberen Rheine allmählig größeren Aufschwung erhalten wird.“

Der Wunsch nach einem neuen beziehungsweise erweiterten Hafen erfüllte sich hingegen erst 1890: „...im Süden der Stadt, oberhalb des an der Neustadt befindlichen Parallelwerks, längs der nach Neuss führenden Eisenbahn“ erfolgte der erste Spatenstich, 1896 wurden die Anlagen vollendet.

Fahr'n, fahr'n, fahr'n mit der Eisenbahn

Größter Konkurrent der prosperierenden Dampfschiffahrt wurde der Eisenbahnverkehr. Als sich Ende 1832 die öffentliche Aufmerksamkeit einer Eisenbahnlinie von der Weser bis zum Rhein zuwandte, wollte die Handelskammer sogleich „Düsseldorf an den Vorteilen einer solchen Eisenbahnverbindung beteiligen“. Mitstreiter war hier erneut die Schwessterkammer in Elberfeld. Auf Betreiben der Kammern schlossen sich 1835 die interessierten Kreise beider Städte zur „Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahngesellschaft“ zusammen. 1837 wurde das Projekt genehmigt, 1838 der Streckenteil



Das Kaufhaus Leonhard Tietz an der Schadowstraße im Jahre 1902.

Düsseldorf-Erkrath und 1841 die gesamte Strecke bis nach Elberfeld eröffnet. Bereits 1842 beförderte die Bahn über 383.000 Personen und 370.000 Zentner Güter.

Ferner setzte sich die Düsseldorfer Kammer erfolgreich für die Fortführung der Köln-Mindener-Bahn über Düsseldorf nach Duisburg ein (Eröffnung der Strecke Deutz-Düsseldorf 1845, Eröffnung Düsseldorf-Duisburg 1846). Mit beiden neuen Verkehrsadern wurden das industriell geprägte bergisch-märkische Hinterland, aber auch das aufstrebende Ruhrgebiet mit seinen Zechen hervorragend an den prosperierenden Handels- und Umschlagplatz Düsseldorf angeschlossen.

Im Folgenden widmete sich die Handelskammer dem Ausbau der Eisenbahnlinie Aachen-Mönchengladbach-Oberkassel (Fertigstellung 1853/54) einschließlich des erforderlichen Brückenbaus, um die Anbindung des rechtsrheinischen Raumes problemlos zu gewährleisten. Bis zur Fertigstellung der Hammer Brücke 1870 mussten Fahrgäste und Güter über den Rhein von Oberkassel/Neuss nach Düsseldorf übergesetzt werden.

Nach der Verstaatlichung der privaten Eisenbahnlizenzen (1879 bis 1882) setzte sich die Kammer für den Umbau und die Zentrierung der bisher getrennt voneinander liegenden Bahnhöfe ein. Im Zuge der Errichtung des neuen Hauptbahnhofes, der 1891 fertig gestellt wurde, plädierte sie bereits für einen Zugang von und nach Oberbilk (was allerdings erst mit dem Bahnhofsumbau in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts verwirklicht werden sollte). Mit der Zentrierung der Bahnlinien in einem Bahnhof mussten Tarife angepasst, Fahrpläne koordiniert und die Fahrkartenbeschaffung erleichtert werden – im Interesse ihrer Unternehmen wurde die Kammer auch hier aktiv.

Düsseldorf: Sprungbrett für Auslandsbeziehungen

Wie berichtet, wirkte Düsseldorf wie ein Magnet: Nicht nur Industrielle, auch Verbände und Konzernzentralen nahmen hier – vornehmlich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – ihren Sitz: So wurde der „Schreibtisch des Ruhrgebiets“ aus der Taufe gehoben. In zunächst bescheidenem Maße siedelten sich Banken und Versicherungen an.

Ganz im Interesse ihrer zugehörigen (Groß-)Handels- und Industrieunternehmen hat sich die Kammer bereits sehr früh mit allen Fragen der preußischen und deutschen Handelspolitik auseinandergesetzt und sie zum Teil nachhaltig beeinflusst. So wurden beispielsweise Zugangsvoraussetzungen für europäische und internationale Märkte mitgestaltet, etwa mit den bilateralen Handelsverträgen Deutschland-Frankreich



Wilhelm Pfeiffer

Präsident von 1886 bis 1895

An den Düsseldorfer Bankier und Geheimen Kommerzienrat Wilhelm Pfeiffer erinnert heute noch die Pfeiffer-Straße in Gerresheim. Er gründete die Pfeifferstiftung zur Pflege der Parkanlagen in Grafenberg und auf der Hardt.

(1860) oder Deutschland-Russland (1894). Um die Jahrhundertwende rückten auch schon Japan und China ins Blickfeld – zu Vertragsabschlüssen sollte es vor dem Ersten Weltkrieg allerdings nicht mehr kommen. Kern der internationalen Aktivitäten der wirtschaftlichen Selbstverwaltung war stets, sich als sachkundiger Anwalt des Marktes für die heimische Wirtschaft – vornehmlich bei Erleichterungen im Zollverkehr – stark zu machen. Zeugnis legen davon mehrere „Denkschriften“ ab, in denen die Kammer sich zu Fragen der Freihandels- und Schutzzollpolitik geäußert hat. Ziel all dieser Bemühungen war es, den Düsseldorfer Erzeugnissen neue Absatzmärkte zu erschließen.

Klein-Paris putzt sich heraus

Neben der „großen“ Politik galt es für die Handelskammer auch, sich mit den Vor-Ort-Fragen des innerstädtischen Handels zu beschäftigen. Denn neben den Speditions-, Kolonialwaren- und Materialhändlern, die alle dem Groß- beziehungsweise Zwischenhandel



Kunstakademie am Eiskellerberg, im Vordergrund der Sicherheitshafen, um 1890.



Ernst Schiess
Präsident von
1895 bis 1897

Der Fabrikant Ernst Schiess kam 1865/66 nach Düsseldorf, um mit Unterstützung Albert Poensgens seine kleine Werkstatt zu einer modernen Werkzeugmaschinenfabrik auszubauen. Die Produktion umfasste später Spezialmaschinen für den Eisenbahnbedarf, den Schiffsbau, Werkzeugmaschinen und Nähmaschinen. 1906 wurde die Fabrik in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, 1920/21 vom Duisburger Konzern Demag übernommen. Neben seinem Amt als Handelskammer-Präsident leitete Ernst Schiess den „Verein Deutscher Werkzeugmaschinen-Fabrikanten“ und war Mitorganisator großer Veranstaltungen wie der Gewerbeausstellungen von 1880 und 1902 oder des Presseballs von 1913. Der Unternehmer Schiess engagierte sich darüber hinaus vorbildlich in der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses. Dem Düsseldorfer Stadtrat gehörte er von 1888 bis zu seinem Tod 1915 an. Als Vorsitzender der Ortsgruppe des Deutschen Flottenvereins setzte sich Schiess für eine starke Marineaufrüstung ein.

zugerechnet werden müssen, gab es kleinteiligen Einzelhandel, Reisende und Marktbesucher.

Während Letztere für die Versorgung der Bevölkerung mit Dingen des täglichen Bedarfs ihr Geld verdienten, klagten die ortsansässigen Einzelhändler schon um 1830 über den „unlauteren Wettbewerb“ und die Zunahme der Reisenden. Die Kammer sah sich deshalb 1833 veranlasst, in ihrem Bericht darauf hinzuweisen, dass

„nahe und entfernte Fabrikanten, Manufakturisten und Großhändler ein Gewerbe daraus machen, die Produkte ihres Etablissements auch im Kleinen in der Art an die Konsumenten abzusetzen, dass die Reisenden hier fast von Haus zu Haus umherziehen, um Bestellungen en detail aufzunehmen.“

Die Kammer erwirkte daraufhin zum Schutze der Kleinhändler eine gesetzliche Regelung, die schon bald Abhilfe schuf.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts nahm der Einzelhandel einen raschen Aufschwung, der sich in einer weiteren Spezialisierung und einem größeren Warensortiment niederschlug. Düsseldorf galt schon bald als das führende Zentrum für modische Damenoberbekleidung im Rheinland, auch entwickelte sich hier eine lebhafteste Kunsthandelsszene sowie der Handel mit wertvollen Einrichtungsgegenständen.

Während der kleinteilige Einzelhandel über die gesamte Stadt verstreut war, konzentrierten sich die Spezialgeschäfte und die aus den früheren Magazinen hervorgegangenen Warenhäuser in der Innenstadt. Diskussionen über die „Zentralität von Innenstädten“ und Verdrängungswettbewerb beherrschten schon damals das Tagesgeschäft. Als beispielsweise Kaufmann Leonhard Tietz aus Platzgründen sein Warenhaus von der Shadowstraße an die Königsallee und Kasernenstraße verlegen wollte, protestierten Stadtverwaltung und mittelständische Händler, befürchteten Letztere doch einen Konkurrenzkampf, in dem sie unterliegen würden. Nachdem die Wogen sich geglättet hatten, konnte Tietz den Neubau seines Warenhauses 1907 eröffnen.

Bereits 1804 hatte sich der Handlungsvorstand für die Einrichtung einer Warenhandelsbörse und 1817 für die Einrichtung eines Getreidemarktes stark gemacht. Beiden Unterfangen, wie auch späteren Versuchen für Frucht- und Wollmärkte, war zunächst kein dauerhafter Erfolg beschieden. Daher forcierte die Handelskammer die Idee einer zentralen Börse ab 1844 erneut, genehmigt wurde diese endlich im Jahre 1884. Die erfolgreiche Gründung der Düsseldorfer Börse ist dabei in erster Linie den Industriellen um William Thomas Mulvany und Gustav Bloem, dem dritten Präsidenten der Handelskammer (1869-1878), zu verdanken, der von 1874 bis 1884 der Vorläufer-Organisation, dem Börsenverein, vorstand. Seit 1896 lag die Börsenaufsicht in den Händen der Handelskammer.

Düsseldorf ist eine Messe wert

Sehr früh, nämlich 1811 und 1817, hat es unter Beteiligung des Handlungsvorstands Ausstellungen in Düsseldorf gegeben. Allerdings dienten diese mehr einem „Schaulaufen“ vor dem jeweiligen Landesherrn, als dass sie den eigentlichen Zweck einer Gewerbeausstellung erfüllten. Das änderte sich erst 1837 mit der von der Kammer initiierten und vom 1836 gegründeten „Gewerbeverein für den Regierungsbezirk Düsseldorf“ organisierten Ausstellung. Ziel war es, den Absatz anzukurbeln, und zwar indem

„die Warenausstellungen nicht auf einzelne, oft in fremden Ländern gelegene Orte...zu beschränken



Gedenkblatt zur Gewerbeausstellung für Rheinland und Westfalen in Düsseldorf 1852.

(sind), um den ansässigen Stadt- und Landbewohnern Gelegenheit darzubieten, den Ankauf ihrer Bedürfnisse aus nächster Quelle zu beziehen".

113 Firmen präsentierten rund 3.000 Produkte, für die sich rund 8.700 Besucher interessierten.

Unter Regie des Fabrikanten und früheren Handelskammerpräsidenten Franz Schimmelbusch fand bereits 1838 mit 71 Firmen und rund 6.000 Besuchern die nächste heimische „Leistungsschau“ statt. 1852 gab es die erste „Provinzial-Gewerbe-Ausstellung für Rheinland und Westfalen“ mit 756 Ausstellern aus dem gesamten preußischen Staatsgebiet, 60.000 Besucher wurden gezählt. Anlass für diese Ausstellung war die Londoner Weltausstellung 1851, von der die dort ausstellenden 192 Firmen aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf enttäuscht zurückgekommen waren. Obwohl die Ausstellung von 1852 die Erwartungen weit

übertrafen und die Absatzchancen der ortsansässigen Firmen enorm gesteigert hatte, folgte erst 1880 die nächste Gewerbe- und 1902 die große „Industrie- und Gewerbeausstellung für Rheinland, Westfalen und benachbarte Bezirke“. Der Kronprinz übernahm die Schirmherrschaft und kam zusammen mit Reichskanzler von Bülow zur Eröffnung am 1. Mai 1902. Für die Produkte der 2.500 Aussteller interessierten sich bis zum 20. Oktober rund fünf Millionen Besucher. Beide Ausstellungen hatte die Handelskammer befördert und beide sollten den Ruf Düsseldorfs als Messe- und Ausstellungsort begründen.

Alles, was Recht ist

Seit Beginn engagierte sich die Handelskammer in der Rechtspflege. So beschäftigten sie neben handelsregisterlichen Fragen auch solche des Marken- und Patentschutzes sowie des Konkursrechts. In erster Linie aber trat sie für die Errichtung eines Handelsgerichts ein.

So setzte sich die Kammer seit 1863 für ein Markenschutzgesetz ein, das nach mehreren Anläufen end-



Postkarte zur Industrie- und Gewerbeausstellung 1902.



Der neue Hauptbahnhof,
eröffnet 1891.

gültig 1874 erlassen wurde, dafür aber dem Gesetzesentwurf der Kammer fast völlig entsprach. Ebenso erfolgreich entschied sie die Auseinandersetzung mit der Handelskammer Köln um den Sitz einer Patentauslegestelle für sich, die 1891 in Düsseldorf eingerichtet wurde. 1913 folgte der Entwurf eines Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichengesetzes.

In punkto Handelsregister votierte die Kammer 1863 für die Eintragung aller Handelsfirmen, monierte die ungleiche Behandlung von Eintragungen bei den Gerichten (1868) und formulierte 1876 Abgrenzungskriterien für Handel und Handwerk. Ferner forderte sie 1898 die Mitwirkung der Handelskammern bei der Führung der Handelsregister.

Seit ihrer Gründung trat die Handelskammer massiv für die Einrichtung eines von Kaufleuten gebildeten Handelsgerichts ein, das die preußische Regierung erst 1862 genehmigte.

Non scholae...

...sed vitae – gemäß diesem Lehrsatz geriet auch die Aus- und Weiterbildung recht früh in den Fokus der Handelskammer. Bereits 1835 regte sie die Einrichtung einer Real- und Gewerbeschule in Düsseldorf an, forderte 1850 – unter Berufung auf das königliche Versprechen, Düsseldorf ein polytechnisches Institut zu

gewähren – die Errichtung einer Maschinenbauschule und machte sich 1871 für die Institution der Mittelschulen stark. 1886/87 rückte die Idee einer kaufmännischen Fortbildungsschule auf freiwilliger Basis in den Vordergrund des Kammerinteresses, die am 1. Oktober 1888 unter Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats Wilhelm Pfeiffer, Präsident der Handelskammer von 1886 bis 1895, eröffnet wurde. Unterrichtet wurde dort in den Abendstunden (also berufsbegleitend!) in den Fächern kaufmännisches Rechnungswesen, Buchführung sowie in Korrespondenz in englischer und französischer Sprache. Als 1902 der Fortbildungsunterricht Pflicht wurde, entstand neben der Handelskammer-Schule ein städtisches Institut. 1903 übernahm die Kammer ferner die Handelsschule für Mädchen, die der Düsseldorfer Frauenverein 1897 gegründet hatte. 1908 entließ die Kammer beide Schulen in die Obhut der Stadt, bezuschusste diese aber auch weiterhin.

Darüber hinaus lud die Handelskammer seit 1898 regelmäßig ihre Mitglieder zu wissenschaftlichen Vorträgen ein, die 1908 auch für den Mittelstand und die Arbeitnehmer zugänglich gemacht wurden. Diese Vortragsreihe bildete den Vorläufer für die Akademischen Kurse, die Stadtverwaltung und Kammer ab 1911 gemeinsam ins Leben riefen. Der Vorschlag der Kammer von 1911, auch für Fabriklehrlinge (= Auszubildende in

industriell-technischen Berufen) analog zum Handwerk Ausbildungs-Abschlussprüfungen einzuführen, konnte vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht mehr verwirklicht werden.

Mit der Wirtschaft wachsen Stadt und Handelskammer

Das pulsierende Wirtschaftszentrum benötigte Arbeitskräfte. Über die Zuwanderungen aus dem Bergischen Land und vom Niederrhein (bis 1870/71) und später auch aus Süd- und Ostdeutschland sowie aus den russischen und österreichischen Gebieten Polens nahm die Bevölkerung zu: 1882 erreichte Düsseldorf die 100.000-Grenze und wurde Großstadt. Seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde die Citybildung vorangetrieben, die Stadt um- und neu gestaltet, benötigt wurde Platz für neue Gewerbe und Wohnraum für Arbeitskräfte. Über die Eingemeindungen vergrößerte sich die „anbaufähige“ Fläche Düsseldorfs von 3,75 Quadratkilometern (1854) auf 78,04 Quadratkilometer (1913). Wichtigster Impulsgeber dieser Entwicklung war seit 1860 die Eisen verarbeitende Industrie und hier vor allem der Maschinenbau.

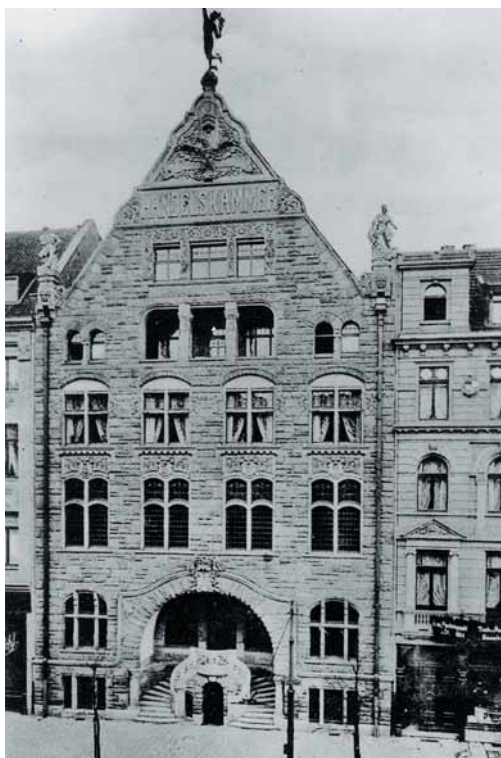
Mit steigender Wirtschaftskraft vergrößerten sich auch Aufgabenspektrum und Zuständigkeitsbereich der Handelskammer. Über die Novellierung des preußischen Handelskammergesetzes von 1870 gehörten bereits neben Düsseldorf auch Gerresheim, Erkrath, Eckamp, Ratingen und Hilden zum Handelskammer-Bezirk. 1885 folgte Benrath, 1900 der restliche Landkreis und über die städtischen Eingemeindungen kam 1909 noch Heerdt-Oberkassel hinzu. Die Vollversammlung der Handelskammer wuchs von ursprünglich sechs Mitgliedern (1831) auf 26 Mitglieder vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts manifestierte sich die Tätigkeit der Kammer in fünf ständigen Ausschüssen: 1. Jahresbericht, Haushalt und allgemeine Verwaltung, 2. Industrie und Verkehr, 3. Recht, 4. Kleinhandel und 5. Verwaltung der kaufmännischen Lehranstalten.

Diese Entwicklung schlug sich auch in einem gesteigerten Personalbedarf und einer sich wiederholenden Raumknappheit nieder: So musste die Handelskammer mehrfach umziehen, und zwar vom Rathaus (1831-1870) über den Marien- (1870-1880) und Königsplatz (1880-1890) in die Elberfelder Straße (seit 1890), bis sie endgültig ihre Zelte 1901 im eigenen Neubau an der Graf-Adolf-Straße aufschlagen konnte. Dieser Standort blieb Sitz der Kammer bis zu seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg.

Adolf Möhlau
Präsident von
1898 bis 1907

Adolf Möhlau war Inhaber der Blau-Druckerei Ferd. Möhlau & Söhne (gegründet 1849), einer Färberei und Zeugdruckerei, die den seinerzeit bekannten Derendorfer Blaudruck herstellte. Wie fast alle Spitzen der Düsseldorfer Gesellschaft partizipierte er aktiv am Vereinsleben, so bei der Deutschen Kolonialgesellschaft, im Rheinischen Goetheverein für Festspiele und im Bergischen Verein für Gemeinwohl. Sein besonderes Engagement galt jedoch dem Kampf gegen die Tuberkulose. 1908 wurde er zum Kommerzienrat ernannt, auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Düsseldorfer Vereins für das Gemeinwohl.



Das Gebäude der Handelskammer an der Graf-Adolf-Straße 1901.

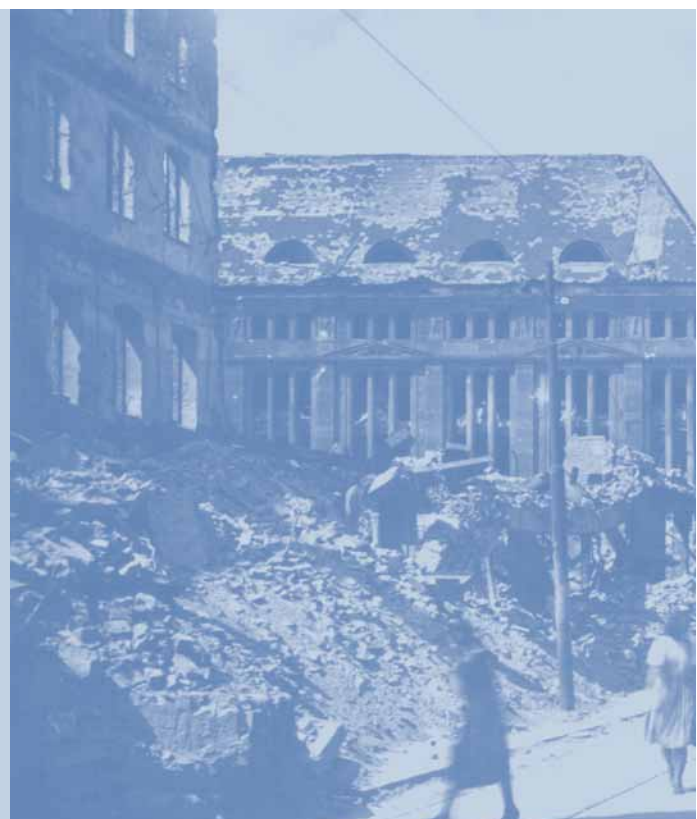
Schwere Zeiten 1914 bis 1945

Wirtschaft und Handelskammer im Ersten Weltkrieg

Unvorbereitet traf der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 auch den Wirtschaftsstandort Düsseldorf.

Bereits seit der Jahrhundertwende hatte sich hier eine blühende und vielfältige Wirtschaft entwickelt, Vorreiter waren die Eisen verarbeitende Industrie und der Dienstleistungssektor (öffentliche und häusliche Dienste, Verbände und Vereinigungen, Banken und Versicherungen). Düsseldorf hatte damit die einst zentrale Funktion Elberfelds für die Bergische und Ruhr-Wirtschaft übernommen und konnte sich mit Städten wie Köln, Frankfurt am Main und Hannover durchaus messen. Düsseldorfer Unternehmen reüssierten bereits 1900 mit der breitesten Produktpalette, wie eine Umfrage der „Vereinigung von Handelskammern des niderrheinisch-westfälischen Industriebezirks“ (VHKnwI, gegründet 1899) bei den ihr angeschlossenen Kammern ergab.

Hatte die verkehrsgeografische Lage der Stadt die bisherige wirtschaftliche Entwicklung begünstigt, so begünstigte sie nun die Einbindung Düsseldorfs in die Kriegswirtschaft. „Klein-Paris“ wurde Versorgungsstadt für die Westfront, Lazarettstadt – und aufgrund des hohen Anteils der Eisen verarbeitenden Industrie – auch Zentrum der Rüstungsindustrie. Das bedeutete den kompletten Umbau der industriellen Produktion, der zunächst nur zögerlich anlief, weil man allseits mit einem kurzen und erfolgreichen Kriegsverlauf rechnete. Die Umstellung von der Investitionsgüter- auf die Verbrauchsgüterproduktion (= Rüstungsgüter) bedeutete für die Wirtschaft zunächst steigende Auftragseingänge für Waffen, Munition und Transportmittel sowie für Armeekleidung, mittelfristig jedoch den Verlust des technologischen Vorsprungs und wichtiger Absatzmärkte, weil nichtkriegsbezogene Produkte und Verfahren nicht weiter entwickelt wer-



Arbeitslosigkeit in den 1920er Jahren: Düsseldorfer auf Jobsuche.

den durften. Ferner war es versäumt worden, Vorratslager für Rohstoffe und Halbfabrikate anzulegen. Die Blockadepolitik der Entente-Mächte verhinderte darüber hinaus bis ins Jahr 1919 die Versorgung mit diesen dringend benötigten Gütern.

Durch Produktionsumstellung und Einberufung (von den rund 400.000 Einwohnern Düsseldorfs waren bis zu 60.000 zeitweise oder ganz im Kriegseinsatz, fast 10.000 davon sollten nicht mehr zurückkehren) kam es zur Stilllegung zahlreicher Betriebe, Arbeitslosigkeit war die Folge. Die Verschlechterung der Einkommenssituation wie auch die durch die Kriegswinter 1914/15 und 1916/17 („Steckrübenwinter“) zunehmend dramatische Entwicklung der Versorgungsengpässe führten zu massiven Unterstützungsmaßnahmen seitens



der Stadt. Das „Vaterländische Hilfsdienstgesetz“ vom 5. Dezember 1916 verpflichtete darüber hinaus nicht nur die nicht eingezogenen Männer vom 17. bis 60. Lebensjahr zum Dienst in der Rüstungsindustrie oder in kriegswichtigen Einrichtungen, sondern erhöhte auch den Frauenanteil an den Erwerbstätigen und ebnete den Weg für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer durch obligatorische Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Betrieben und paritätisch besetzte Schlichtungsausschüsse. Am Ende des Krieges stellten im Raum Düsseldorf 532 Unternehmen mit über 90.000 Beschäftigten Kriegsmaterial her: So beschäftigte beispielsweise die Rheinmetall AG 1913/14 8.000 Mitarbeiter und 1918 48.000 Mitarbeiter, Mannesmann erhöhte im gleichen Zeitraum die Beschäftigtenzahl von 10.200 auf 20.500.

Die Kammer vor neuen Herausforderungen

Der Krieg war der „Vater aller Dinge“ – und nahm deshalb auch Einfluss auf die Handelskammeraktivitäten. Diese sah sich vor gänzlich fremde und neue Aufgaben gestellt. Beratend – aber auch federführend – galt es, den Mangel zu verwalten und Engpässe bei der Versorgung von Bevölkerung und Armee zu verhindern. Für die Kriegswirtschaft war die Handelskammer erste Anlaufstelle, wenn Unternehmen Aufträge von der Heeresverwaltung erhalten sollten: Auskünfte über Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Solidität der Firmen waren hier gefordert. Darüber hinaus war die Kammermeinung gefragt, wenn es galt, Zurückstellungen vom Wehrdienst zu erwirken beziehungsweise die Kriegswichtigkeit von Betrieben feststellen zu lassen.



Sanitätswache des Roten Kreuzes auf dem Bilker Bahnhof 1915.

Der sozialen oder Fürsorge-Pflicht kam die Handelskammer nach, indem sie zu Kriegsbeginn die Kaufleute ermahnte, nicht vorschnell Betriebe zu schließen und Mitarbeiter zu entlassen, um Arbeitslosigkeit und Versorgungsengpässen nicht zusätzlich Vorschub zu leisten. Gefragt war der Rat der Kammer bei der Flut der sich ständig ändernden Gesetze, Verordnungen und behördlichen Anordnungen für Handel und Industrie, aber auch das aktive Eingreifen, wenn es um Verbesserungen dieser Gesetze und Verordnungen ging.

Engagiert hat sich die Kammer um die Versorgung mit Nahrungsmitteln gekümmert, hier in erster Linie um die Sicherung der Zufuhr über die Eisenbahn, tarifliche Erleichterungen sowie um eine Steigerung der Lebensmittelproduktion. Aktiv hat sie zwei Webstofflager der Kriegswirtschafts-AG verwaltet, Roh- und Ersatzstoffe sowie Nahrungsmittel zugeteilt. Darüber hinaus galt ihr Augenmerk der Preisfestlegung. Hier benannte sie Ende 1915 Beisitzer zum Schiedsgericht für Höchstpreise, das sich mit Einführung der Bezugsscheine für Bekleidung seit 1916 mit Preisstreitigkeiten beim Verkauf von Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren zu befassen hatte. Tätig wurde die Kammer auch, als es 1918 galt, Düsseldorf mit Notgeld zu versorgen.

Um den Eisenbahn-, Güter-, Post-, Telegraf- und Fernsprechverkehr wenigstens notdürftig für die Wirtschaft aufrechtzuerhalten, hat die Kammer während



Düsseldorfer Notgeld vom September 1923.

der Kriegsjahre engen Kontakt mit den Eisenbahn- und Postbehörden, aber auch mit den Militär- und zivilen Verwaltungsbehörden des Inlandes und des besetzten Gebietes (Belgien) gehalten. Damit der Außenhandel nicht völlig zum Erliegen kam, setzte sie sich für einen eingeschränkten Personen- und Warenverkehr mit dem neutralen Ausland ein und bearbeitete zahlreiche Anfragen zu Ausfuhr- und Durchfuhrverboten.

Bereits während des Krieges dachte die Handelskammer nach vorn. Zwei Denkschriften von 1916 geben Aufschluss darüber, was nach Beendigung des Krieges vordringlich zu erledigen sei: Abbau der Kriegseinrichtungen, Aufbau der Rohstoffversorgung, Ordnung der Staats- und Gemeindefinanzen sowie Wiederbelebung des Außenhandels.

Zwischenspiel: 1918 bis 1932

Der Waffenstillstand von Compiègne (11. November 1918) und der Friedensschluss mit Unterzeichnung des Versailler Vertrages (28. Juni 1919) beendeten den Ersten Weltkrieg. Als Erblast der jungen Republik wirkten sich in erster Linie folgende Bestimmungen des Versailler Vertrages aus: Anerkennung der Kriegsschuld und damit Verlust der internationalen Gleichberechtigung des Deutschen Reiches sowie finanzielle Kriegsfolgen. Das betraf nicht nur die zu leistenden Reparationen in Form von Kohle, Maschinen und Vieh, son-

dern auch die durch die neun Kriegsanleihen hervorgerufene Entwertung des Geldes, die sich durch hohen Kaufkraftüberhang bei geringer Güterproduktion wie auch durch die fortschreitende staatliche Verschuldung enorm beschleunigte. Beides, wie auch die Besetzung des linksrheinischen Gebietes mit Brückenköpfen in Köln, Koblenz und Mainz für fünf, zehn beziehungsweise 15 Jahre diskreditierte die junge Weimarer Republik im Inland rasch, vor allem bei Selbständigen und im Mittelstand, soweit diese von Vermögensverlusten betroffen waren.

Düsseldorf nach dem Krieg

War Düsseldorf während des Krieges stark in die Kriegsgüterproduktion eingebunden, so war die wirtschaftliche Lage nach dem Krieg hier besonders schlecht. Arbeitslosigkeit und Versorgungsmangel einerseits sowie Kaufkraftüberhang andererseits waren vor Ort in hohem Maße ausgeprägt. Die geforderten Reparationsleistungen ließen im ehemaligen „Rüstungszentrum“ so manche Firma bluten. Als Beispiel sei die Firma Rheinmetall genannt, während des Krieges größter Arbeitgeber vor Ort, deren Produktionsanlagen nach dem Krieg unter Aufsicht der englischen Besatzung zu großen Teilen zerstört wurden. Auch der Übergang zur zivilen Wirtschaft vollzog sich nur schleppend: Rheinmetall etwa organisierte seine verbliebene Produktion auf „rollendes Eisenbahnmateriale“ um, der erste Wagon und die erste Lok konnten jedoch erst 1920 ausgeliefert werden.

Ferner wurde das städtische (Wirtschafts-) Leben durch den Spartakus/KPD-Aufstand (8. Januar bis 28. Februar 1919), die Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts durch die französische Armee (8. März 1921 bis 25. August 1925) sowie durch die Ruhrbesetzung (1923) erheblich behindert. Letztere, wie auch der von der Reichsregierung ausgerufenen „passi-

Umstellung auf zivile Wirtschaft: Dampfpflug der Firma Rheinmetall 1921.



ve Widerstand" brachten der Wirtschaft erhebliche Verluste. Der Kohletransport geriet ins Stocken, Eisen- und Stahlindustrie wurden über Monate unterversorgt, Telegraf-, Telefon- und Eisenbahnverkehr waren für längere Zeit weitgehend unterbrochen. Daran konnte auch der – trotz guten Willens aller Beteiligten – 1923 von Vertretern der Stadt, der Handelskammer, der Gewerkschaft und der Besatzungstruppen eingerichtete Wirtschaftsrat kaum etwas ändern.

Erst die Währungsreform im Herbst 1923 und das Ende der Ruhrbesetzung sollten das einläuten, was heute allgemein unter den „Goldenen Zwanzigern“ bekannt ist.

Handelskammer 1919 bis 1932

Neben den politischen Umbrüchen der Nachkriegsjahre bewegte die Menschen auch die Frage nach der Gestaltung einer künftigen Wirtschaftsordnung. Hier sprach sich die Handelskammer Düsseldorf 1919 vehement gegen die im Reichswirtschaftsministerium entwickelten und am 7. Mai veröffentlichten Pläne einer Planwirtschaft aus. Mit Minister und Unterstaatssekretär verschwanden diese nach wenigen Wochen zwar schnell in der Versenkung, Handelskammersyndikus Dr. Otto Brandt wollte aber auf Nummer sicher gehen und trug das Thema deshalb am 4. Juli 1919 dem Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages (gegründet 1861) vor, der diesen Vortrag später auch publizierte. Tenor: Es „war nicht alles schlecht in Deutschland, und das Beste und Erfolgreichste in ihm war seine Volkswirtschaft“.

Konkret jedoch beschäftigte sich die Handelskammer in den ersten Nachkriegsjahren damit, die Produktion von Gütern des zivilen Bedarfs wieder in Gang zu setzen, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Heizmaterial und Wohnungen zu organisieren und die Versorgung der Wirtschaft mit dringend benötigten Rohstoffen und Vorprodukten sicherzustellen. Unter dem Vorsitz der Kölner Kammer schlossen sich die linksrheinischen Handelskammern sowie einige rechtsrheinische, darunter Düsseldorf, zum „Wirtschaftsausschuss für das besetzte Gebiet“ zusammen. Im Gegenzug wurde der Handelskammer Düsseldorf dafür die „Reichshilfe zur Lohnsicherung und zur Kredithilfe“ übertragen, was nichts anderes bedeutete, als dass sie sich während des „passiven Widerstands“ um die Einkommenssicherung der Arbeitnehmer wie auch um die Liquiditätssicherung der Unternehmen bemühte, um weitere Firmenzusammenbrüche zu verhindern. Während der gesamten Besatzungszeit (der linksrheinische Teil des Handelskammer-



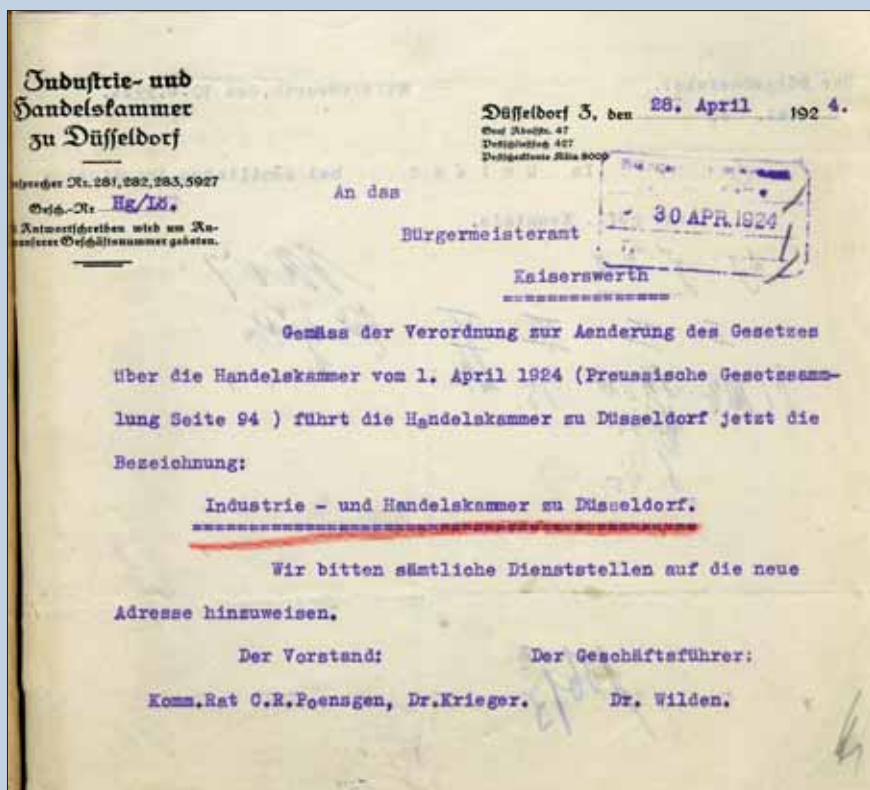
Abzug der französischen Truppen aus Düsseldorf am Ratinger Tor 1925.



Postkartenansicht vom Quartier Général des Armées du Rhin.

bezirkes war direkt nach Beendigung des Krieges von den Briten, der Süden bis Benrath von den Belgiern und die Stadt Düsseldorf sowie der restliche Bezirk seit März 1921 von den Franzosen besetzt worden) fungierte die Handelskammer als Mittler zwischen Unternehmen, Besatzern und Stadt. Über eine eigens in Oberkassel eingerichtete Zweigstelle konnten auch die in der britischen Zone angesiedelten Unternehmen am Dienstleistungsangebot der Handelskammer partizipieren. Kernpunkt des Kammergeschäftes blieb bis zum Ende der Besatzungszeit die Beratung der Unternehmen, die an Rohstoff- und Energiemangel, aber auch am Verlust ihrer früheren Absatzmärkte litten.

Im Jahr 1924 änderte sich mit der Reform der Selbstverwaltung der deutschen Wirtschaft auch der Name: Seit 1. April 1924 hieß es nun „Industrie- und Handelskammer“ – wobei verbal nur zum Ausdruck kam, was längst durch die wirtschaftliche Entwicklung dokumentiert worden war: Die zunehmende Bedeutung der Industrie. Bereits 1919 hatte sich die Handelskammer eine neue Wahlordnung gegeben.



Aus der „Handelskammer“ wurde 1924 die „Industrie- und Handelskammer“.

Gewählt wurde nun in Wahlgruppen statt – wie bisher – in Klassen nach Steueraufkommen. Der „Kleinhandelsausschuss“ wurde 1921 in den „Einzelhandelsausschuss“ umbenannt, „Industrie- und Verkehrsausschuss“ wurden getrennt. Hinzu kamen 1924 der „Großhandelsausschuss“ sowie ein „Kommunalpolitischer Arbeitskreis“. Die Mitgliederzahl der Vollversammlung erhöhte sich 1924 auf 39 und 1928 erneut auf 42 Personen. Neu war auch der Vorstand, dem neben dem Präsidenten und seinen zwei Stellvertretern zunächst zwei, später drei von der Vollversammlung gewählte Mitglieder angehörten.

Im Rahmen der kommunalen Neugliederung 1929 wurde der IHK-Bezirk Düsseldorf neu gefasst. Er bestand nun aus dem Landkreis Düsseldorf-Mettmann mit den Städten Düsseldorf, Hilden, Kettwig und Ratingen sowie den Ämtern Angermund, Eckamp, Erkrath, Hubbelrath und Mintard.

Hafen und Schifffahrt

Während des Krieges waren Rheinschifffahrt und Güterumschlag fast völlig zum Erliegen gekommen. Betrug der Hafenumschlag 1913 1,8 Millionen Tonnen Güter, so sank dieser zwischen 1915 und 1918 auf 0,5 bis 0,6 Millionen Tonnen; erst 1927 konnte das Vorkriegsniveau mit 1,4 Millionen Tonnen Güterumschlag annähernd wieder erreicht werden. Die Kammer enga-

1929 übernahm die Stadt Düsseldorf die Rheinbahn von der notleidenden „Rheinischen Kraftwagen Betriebsgesellschaft mbH“.

gierte sich in den folgenden Jahren für Erleichterungen im Schiffsverkehr und für die Vereinheitlichung der Tarife. Auch im Eisenbahnverkehr galt es, im Interesse der Unternehmen auf Tarifpolitik, Preis- und Fahrplangestaltung Einfluss zu nehmen, den Reiseverkehr zu erleichtern und Anschluss an das Kölner Dreieck im Personenverkehr zu erreichen.

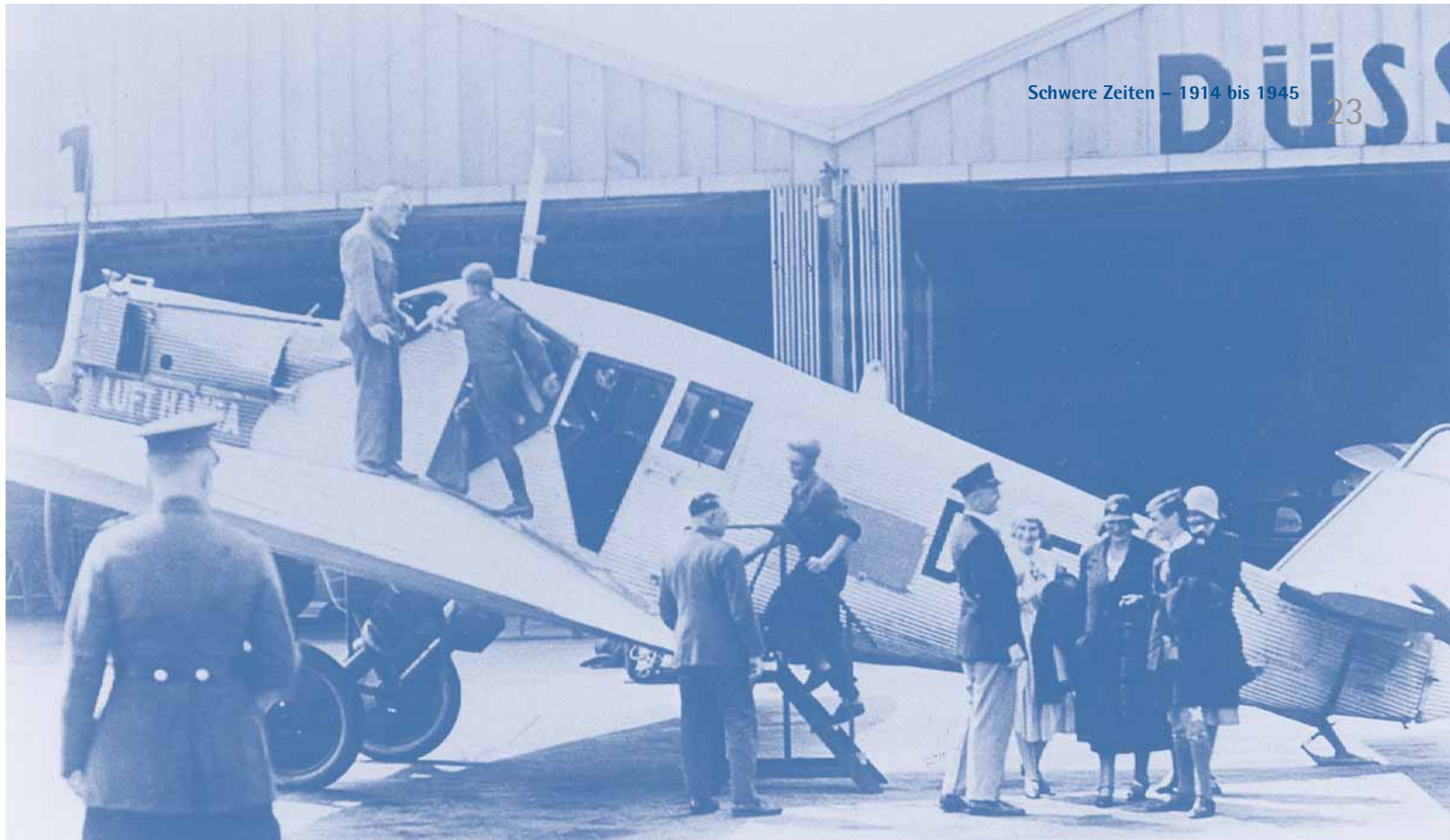
Straßenbau

Mit dem Auto betrat ein neues Verkehrsmittel die Bühne, auch wenn es in den ersten Jahren noch nicht das Individualfahrzeug schlechthin war. So wurde zunächst auf öffentliche Kraftwagenlinien, sprich: Omnibusse, gesetzt – die erste Linie verkehrte bereits 1908 vom Hafen nach Hamm. Der Überlandverkehr gestaltete sich jedoch schwierig, 1929 übernahm die Stadt Düsseldorf die Rheinbahn von der 1924 gegründeten und inzwischen Not leidenden „Rheinischen Kraftwagen Betriebsgesellschaft mbH“, um die Städte Solingen, Mülheim und Langenfeld verkehrlich besser anzubinden.

Der Bau von Landstraßen erfolgte über den Ausbau der Chausseen, auch gab es bereits erste Pläne für den Bau von Autobahnen und Umgehungsstraßen. Das erste Teilstück der ersten Autobahn (Bonn-Köln) wurde 1932 vom Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer eröffnet und – östlich von Düsseldorf – weitergeführt ins Ruhrgebiet und nach Hannover.

Die Kammer beschäftigte sich in diesem Zusammenhang vornehmlich mit Wegebauabgaben, Kraftfahrzeugverordnungen, Fragen der Einführung einer Zwangshaftpflichtversicherung und Kraftfahrzeugbesteuerung wie auch mit der Benutzung öffentlicher Wege durch Fuhrwerke.





Flughafen

Bereits 1909 waren auf der Golzheimer Heide eine Luftschiffhalle und ein Luftschiffhafen der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft entstanden, 1911 hatte es sogar schon eine kleine Luftfahrt-Ausstellung gegeben. Die „Bruchlandung“ des Luftschiffes „Deutschland“ in Düsseldorf im selben Jahr dämpfte jedoch die hochfliegenden Pläne deutlich. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Luftschiffverkehr eingestellt, man setzte nun auf die moderneren Flugzeuge. Die erste Flugzeuglinie verkehrte zwischen Berlin und Gelsenkirchen und veranlasste die Handelskammer bereits im November 1920 zu der Forderung, die Linie bis Düsseldorf/Köln auszudehnen, um Nachtflüge für Geschäftsreisende anbieten zu können. Das scheiterte jedoch daran, dass sowohl die technischen Voraussetzungen fehlten, als auch an den einschränkenden Bestimmungen des Versailler Vertrages. Erst 1926 konnte der städtische Flughafen auf der Golzheimer Heide eröffnet werden, für

den die IHK bei den Unternehmen kräftig geworben hatte. Von April bis Oktober 1926 wurden 2.100 Personen befördert, ab 1927 flog die Lufthansa diesen an – Düsseldorf war damit an das Auslandsnetz der Fluggesellschaft angebunden.

Neben diesen Transportfragen beschäftigte sich die IHK auch immer wieder mit dem Nachrichtenwesen, also mit Post, Telegraf, Telefon – und zunehmend auch mit dem Rundfunk.

Handel

Während der Jahre 1924 bis 1932 nahmen im Handel die Anfragen nach Vergleichsverfahren, Ausverkaufs- und Versteigerungsanträgen zu. Beklagt wurden von den Händlern in erster Linie die hohen Mieten. Die IHK lud daraufhin Einzelhandelsverband und Haus- und Grundbesitzerverein zu einer Aussprache ein. Letzterer gelobte Besserung und bat in schwierigen Fällen um Vermittlung durch die IHK.

Im Interesse ihrer angeschlossenen Einzelhandelsunternehmen wandte sich die IHK gegen den zunehmenden Bahnhofshandel wie den „Beamtenhandel“, informierte über Inventur- und Saisonverkäufe, Marktordnung und Ausnahmesonntage (= verkaufsoffene Sonntage) und wandte sich gegen den unlauteren Wettbewerb. Ganz modern und entschieden wandte sich ein Vollversammlungsbeschluss von 1926 gegen das „Rabatt- und Zugabe(un)wesen“, denn:

„Die Rabattgewährung, die in letzter Zeit mehr und mehr weite Kreise des Einzelhandels zu erfassen sucht, ist geeignet, dem Einzelhandel und der Wirtschaft empfindliche Schädigungen zuzuführen.“

Mit Maschinen vom Typ Junkers F 13 betrieb die Lufthansa 1927 die Verbindung Düsseldorf – Berlin.

Das Luftschiff „Deutschland II“ wurde bei der Ausfahrt aus der Halle auf der Golzheimer Heide von einer Windböe erfasst und völlig zerstört.



Eine – 1918 noch vertrauliche – Denkschrift der Handelskammer Düsseldorf über „Deutschlands Handelspolitik nach dem Kriege“.

So würde nur das „Vertrauen der Käuferschicht“ erschüttert und das Image des Einzelhandels empfindlich beschädigt: Unsolide Kalkulation würde der Vorwurf lauten!

Steuern und Abgaben fest im Blick

Steuern und Abgaben, aber auch die Verschwendung öffentlicher Mittel, belasteten die Wirtschaft – und deshalb hatte die IHK diese stets fest im Blick. So forderte sie 1924 in der Denkschrift „Einfluss der Baupolitik der öffentlichen Körperschaften auf die Wirtschaftslage“ an den Reichskanzler äußerste Sparsamkeit mit öffentlichen Geldern, Beschränkung auf das wirklich Notwendige, feste Preise, Termintreue

und vor allem solide Etatansätze – damit keine Mehrausgaben auf „Pump“ entständen. Diese Denkschrift fand in ganz Deutschland große Beachtung – offenbar war die öffentliche Verschwendung nicht nur für die Düsseldorfer Wirtschaft ein Problem!

Im Fokus standen darüber hinaus die Reichsfinanz- und Steuerreform, die Befreiung der Ausfuhr und der Reparationslieferungen von der Umsatzsteuer, Fragen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Staat und Gemeinden sowie einzelne Steuerarten.

Ferner begutachtete die Kammer gemäß ihres gesetzlichen Auftrages auch die Haushaltspläne der ihr zugehörigen Kommunen und konnte im Jahresbericht 1925 zufrieden feststellen:

„In allen Fällen hat sich eine Einigung erzielen lassen; lediglich die Stadt Hilden glaubte, dem Vorschlag der Kammer nicht Rechnung tragen zu können, so dass hier besondere Auseinandersetzungen notwendig waren. Auch diese sind in durchaus freundschaftlicher Weise erfolgt und werden, wie zu erwarten ist, zu einem guten Ausgang für beide Teile führen.“

Außenwirtschaft

Waren durch den Krieg und die einseitige Ausrichtung auf die Rüstungsindustrie sowie durch Blockadepolitik und Versailler Vertrag die ausländischen Märkte verloren gegangen, so war die IHK Düsseldorf kurz nach dem Kriege bestrebt, die so wichtigen Auslandsbeziehungen wieder zu beleben.

Der Wegfall der handelspolitischen Fesseln des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925 löste einen Ansturm auf die Außenhandelsabteilung der Kammer aus

– gefragt waren Informationen über Zollbestimmungen und Wirtschaftsverhältnisse in den einzelnen Ländern, über Liefer- und Bezugsadressen – aber auch die Schiedsgerichtsbarkeit im internationalen Handel wurde zunehmend wichtiger. Eine eigens eingerichtete Zollauskunftsstelle wie auch die 1924/25 in Düsseldorf eingerichtete Reichsnachrichtenstelle für Außenhandel (1930 nach Wuppertal verlegt) half den Unternehmen bei der Informationsbeschaffung.

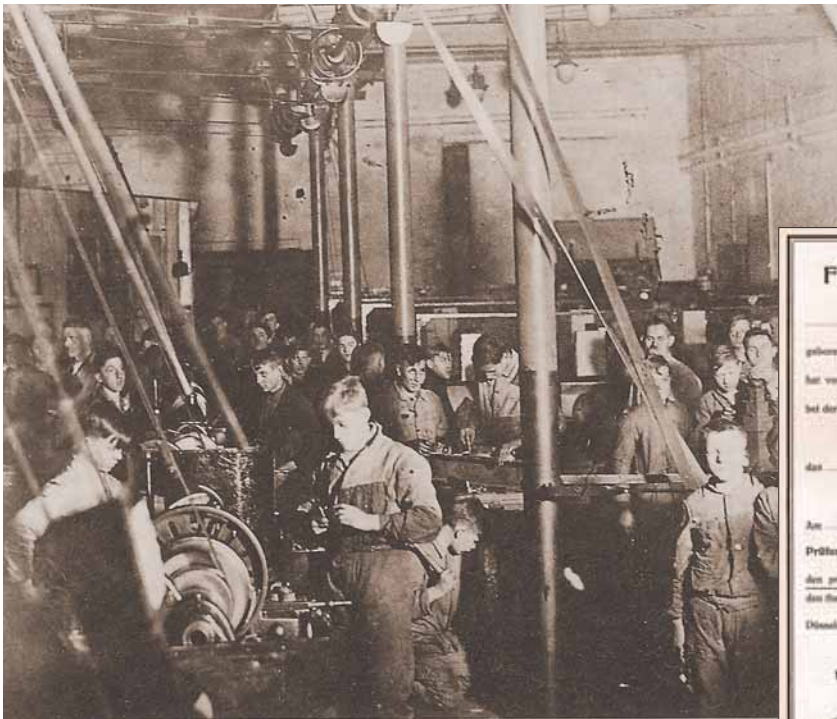
Die Kammer organisierte darüber hinaus Auslands-tage, gab Merkblätter zu Außenhandelspapieren, konsularischen Vertretungen sowie zu deutschen Zoll- und Außenhandelsvorschriften heraus. Ferner nahm die Kammer Stellung zu den Handelsvertragsentwürfen mit europäischen Staaten, aber auch mit Kanada und Siam. Darüber hinaus machte sie sich für die Ansiedlung von Konsulaten und ausländischen Handelsförder-einrichtungen in Düsseldorf stark, so zum Beispiel für die Länder Brasilien, Estland und die Niederlande.

Bereits 1924 hatte die IHK-Vollversammlung die Leitsätze für eine „thatkräftige Außenhandelspolitik“ formuliert. Gefordert wurden darin: Beseitigung von Ein- und Ausfuhrverboten, Exportförderung, Werbung für deutsche Produkte im Ausland, Ausbau des Konsulatswesens, Aufbau von Auslandshandelskammern, Mustermessen und Ausstellungen. Im Sinne eines freien Warenverkehrs über die Grenzen hinweg begrüßte die IHK 1928 den Entwurf zur Gründung des Völkerbundes.

Aus- und Weiterbildung

Während der Kriegsjahre konnten zunächst keine Verbesserungen für Aus- und Fortbildung erzielt werden. Um die größte Not zu lindern, regte die Kammer 1919 den Bau eines „Ledigenheims“ für junge Kaufleute mit 200 Zimmern an, um dem kaufmännischen Nachwuchs eine sichere Unterkunft am Standort Düsseldorf zu ermöglichen.

1921 wurde in der Kammerpublikation „Rheinische Wirtschaftszeitung“ ein Beitrag über das „Lehrlingswesen in der Zukunft“ veröffentlicht. 1922 unterstützte die Handelskammer den Aufruf des Berufsamtes an die Unternehmen, auch wirklich jede freie Lehrstelle zu melden, wie sie auch während der gesamten 1920er Jahre immer wieder an die Pflicht, auszubilden, appellierte. Seit 1923 fanden regelmäßig Stenografenprüfungen statt, wenn auch zunächst ohne ordentliche Prüfungsordnung. 1925 endlich konnte an das Bemühen von 1911, eine Abschlussprüfung auch für industriell-gewerbliche Lehrlinge einzuführen, angeknüpft werden: Gemeinsam mit der Düsseldorfer Industriellen-Vereinigung wurde eine Facharbeiterprüfung nebst



Blick in eine Lehrwerkstatt 1928.



dazugehörigem Prüfungsausschuss installiert, ein weiterer Prüfungsausschuss konnte 1930 in Ratingen eingerichtet werden. Die erste Prüfung in Düsseldorf fand 1925 bei der Jagenberg AG statt, von 24 Prüflingen bestanden 19. Dazu die Kammer in „Wirtschaft und Verkehr“:

„Alle Beteiligten schieden von der ersten Prüfung mit dem Bewusstsein, dass hier ein Weg beschritten ist, der sicher segensreiche Auswirkungen für Werkstatt und Jugend zeitigen wird.“

1926 wehrte sich die Kammer gegen den Versuch, die Not der älteren kaufmännischen Arbeitslosen über eine Beschränkung der Zahl der Auszubildenden zu lindern. Derartige dirigistische Maßnahmen seien völlig ungeeignet, vielmehr sei der Heranbildung des Fachkräftenachwuchses größte Aufmerksamkeit zu widmen, garantiere diese doch letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Und das sei, wie auch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, die das Düsseldorfer Arbeitsamt in vorbildlicher Weise organisiere, der beste Schutz für Arbeitnehmer zum Erhalt des Arbeitsplatzes.

1927 arbeitete die IHK Düsseldorf maßgeblich an den Entwürfen eines Berufsbildungsgesetzes mit und richtete gemeinsam mit neun Unternehmen unterschiedlicher Wirtschaftszweige eine Musterlehrwerkstatt ein. Auch die auf Initiative der IHK organisierte Ausstellung mit Lehrlingsarbeiten im selben Jahr wurde ein großer Erfolg. Ziel war es, den Besuchern die Vorteile einer soliden Ausbildung in der Industrie zu vermitteln.

Die Wirtschaftskrise seit 1929 bedeutete auch den Verlust vieler Ausbildungsplätze. Trotz der schlechten Wirtschaftslage gab es Anlass zu ungewöhnlicher Klage. So konstatierte die IHK in ihrem Jahresbericht von 1930: Die Jugendlichen „lassen sich nicht für ihren Stand ausreichend Vorbilden, verlieren den Arbeitsan-

trieb und den Lerneifer“. Zum Vergleich: In einer IHK-Umfrage aus dem Jahr 2004 bemängeln die befragten Betriebe als größte Ausbildungshemmnisse nicht nur fehlende Kenntnisse der Schulabgänger in Mathematik und Deutsch, sondern auch mangelnde Motivation und Leistungsbereitschaft!

1931 sprach sich die Kammer gegen die Erweiterung der Berufsschulpflicht aus und schloss sich 1932 mit anderen großen Kammern zu einem Berufsschulverband zusammen, der sich mit Fragen der beruflichen Ausbildung befasste.

In Sachen Fortbildung bot die IHK neben den Akademischen Kursen ihren Vollversammlungs- und Ausschussmitgliedern Vorträge zu speziellen Wirtschaftsthemen an. Geschäftsführer, wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auch Mitglieder des IHK-Ehrenamts referierten zum Beispiel über Themen wie: „Wirtschaft und Reparationen“ oder „Aufgabe und Wege neuzeitlicher Verkehrspolitik“.

Wirtschaftskrise und NS-Diktatur

Bereits im Winter 1927/28 stagnierte die Industrieproduktion in Deutschland. Der New Yorker Börsenkrach („Schwarzer Freitag“ am 25. Oktober 1929) und die Wirtschaftskrise in Deutschland schürten Ängste und führten zur Not. Es kam 1930 zum Wahlerfolg der Nationalsozialisten, die stärkste Partei wurden. Inflation und fehlendes Inlandskapital hatten in den vergangenen Jahren vermehrt Auslandskapital nach Deutschland fließen lassen, das jedoch – sollten die Geldgeber selbst in Schwierigkeiten geraten oder ihnen die Verhältnisse in Deutschland zu unsicher erscheinen – jederzeit wieder abgezogen werden konnte. Eine Notverordnung der Regierung vom 5. Juni 1931 brach-

Facharbeiterprüfungszeugnis der Industrie- und Handelskammer 1927.



Auszubildende der Firma Mannesmann stellen sich dem Fotografen.

Düsseldorf „rüstet“ auf:
Blick in die Geschützbau-
halle von Rheinmetall im
Jahre 1939.



te das Fass zum Überlaufen. Der Versuch von Reichskanzler Heinrich Brüning, Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen und Senkung der Sozialleistungen der Bevölkerung mit folgenden Worten schmackhafter zu machen: „Die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches [zwingt] gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationsverpflichtungen“ wurde im In- und Ausland als Bankrotterklärung der Weimarer Republik verstanden. Firmenzusammenbrüche, Bankkräche und Devisenbewirtschaftung führten in eine tiefe Depression. Industrieproduktion und Volkseinkommen sanken von 1929 bis 1932 um 40 Prozent, das Arbeitseinkommen sogar noch stärker. 1931 waren zwischen 4 und 5,6 Millionen Menschen arbeitslos, 1932 wurde der traurige Spitzenwert von 6,1 Millionen erreicht.

Der Vertrauensverlust in Staat und Regierung trieb große Bevölkerungskreise in die Arme der radikalen Parteien, allen voran die Bauern und den Mittelstand. Hatten 1928 von 41,2 Millionen Wahlberechtigten 30,8 Millionen ihre Stimme abgegeben und davon 0,8 Millionen (= zwei Prozent) für die NSDAP votiert, so entschieden sich 1933 von 39,3 Millionen Wählern (Wahlberechtigte: 44,7 Millionen) 17,3 Millionen oder 38,7 Prozent für die Partei Adolf Hitlers.

Da über eine demokratische Wahl die absolute Mehrheit nicht zu erzielen war, kam es zum „Staatsstreich“ mit „formal legalen Mitteln“: Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler (30. Januar 1933), die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 und das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März des gleichen Jahres machten den Weg frei für den totalitären Staat. Spätestens seit Ende 1933 war die enge Verbindung von Partei-, Staats- und Verwaltungsämtern vollzogen, mit dem „Führerprinzip“ (Führerentscheidungen und von diesem gebilligte Minis-

tererlasse wurden „Gesetz“) wurden die Weichen für Gleich- und Ausschaltung gestellt.

Die IHK in der Wirtschaftskrise

Auch die Düsseldorfer Industrie litt 1928 unter der abflauenden Konjunktur – wie auch unter den drückenden Reparationsleistungen. Ferner wurde sie zusätzlich durch Streiks in der Eisen- und Stahlindustrie zur Durchsetzung höherer Lohnforderungen belastet. Die IHK sah ihre Aufgabe in der Vermittlerrolle: „Maßhalten“ müsse für beide Parteien das Gebot der Stunde lauten, denn sowohl höhere Löhne würden die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf dem Weltmarkt gefährden, wie auch höhere Preise im Inland nicht durchsetzbar seien, um Beamte und andere „Festbesoldete“ nicht noch stärker zu belasten. Als „Hüterin der Wirtschaft“ machte sich die IHK für das freie Unternehmertum stark und wandte sich strikt gegen die wirtschaftliche Betätigung von Beamtenorganisationen, die eigene Verteilstellen und Banken eingerichtet hatten. Ein Dorn im Auge waren ihr auch die Versuche, die in bedenkliche Schieflage geratenen Gemeindefinanzen über den „so beliebten und oft gegangenen Weg“ der Gewerbesteuererhöhung zu sanieren, denn dies helfe nicht aus der Not, sondern verschärfe sie nur.

Als die Regierung 1930 per Notverordnung Maßnahmen zur Preissenkung erließ, wurde dies von der IHK begrüßt, da sie sich davon positive Auswirkungen auch auf die ihr angeschlossenen Unternehmen erhoffte. Denn verantwortlich für die Preisgestaltung seien nicht zuletzt hohe Energie- und Frachtkosten, staatliche Abgaben wie Zölle und Steuern, sondern auch Monopole auf Post und Telefon, die die Produktionskosten in die Höhe treiben würden. In einer Eingabe an den Reichskanzler machte sie dennoch klar, dass der Preisabbau „frei von behördlichen Zwangseingriffen“ bleiben



175 Jahre Industrie- und Handelskammer Düsseldorf

müsse, denn beispielsweise habe die Preisbindung von Markenartikeln auch eine Schutzfunktion für kleinere Einzelhändler.

Ebenfalls 1930 entwickelte die IHK einen Zehn-Punkte-Katalog mit Reformvorschlägen für Wirtschaft und Staat. Gefordert wurden unter anderem eine Staatsgewalt mit einfacher und klar gegliederter Verwaltung, freie Entfaltung der individualistischen Wirtschaft, nur subsidiäre öffentliche wirtschaftliche Betätigung, Abschaffung der staatlich-fürsorgenden Kultur- und Sozialpolitik, Stärkung des Binnenmarktes unter Berücksichtigung des Welthandels, sparsames Wirtschaften der öffentlichen Hand „unter weitgehender Schonung der Steuerquellen“, eine Steuerreform mit gerechtem Lastenausgleich sowie eine Vereinfachung des Schul- und Bildungswesens.

Noch im Krisenjahr 1932 setzte die IHK Düsseldorf weiter auf die Selbsthilfe als erste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft. Syndikus Dr. Josef Willen bemerkte dazu – frei nach Schiller:

*„Woran erkenne ich den besten Staat?
Woran du die beste Frau kennst:
daran, mein Freund, dass man von beiden nicht
spricht.“*

und weiter:

„Heute spricht man leider auch in Wirtschaftskreisen viel zu viel vom Staate, von dem man Hilfe heischt und Hilfe erwartet.“

Düsseldorf nach 1933

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte in Düsseldorf kein grundsätzlich anderes Ergebnis als im Reich: 36,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die NSDAP. Von 1932/33 bis 1938 fiel die Arbeitslosenzahl von 60.000 (= 25 Prozent) auf 5.689 (= zwei Prozent). Unabhängig von der Machtergreifung erholte sich die Wirtschaft nach der langen Krise ohnehin merklich über den Aufbau der Lagerbestände und über Rationalisierungsinvestitionen. Weitere konjunkturelle Impulse gingen von Instandsetzungsprogrammen und ab 1934/35 von der Aufrüstung (Staatsaufträge für Kasernen, Waffen, Uniformen) aus. Gerade die Düsseldorfer Industrie profitierte davon: Die Arbeitsplätze in der Metallindustrie wurden von 1933 (31.000) bis 1939 (74.000) mehr als verdoppelt. Politisch gewollt, wurde auch die Versorgungs- und Gebrauchsgüterindustrie angekurbelt: Die Nachfrage wurde bewusst auf heimische Produkte gelenkt, die Einfuhr von Konsumgütern beschränkt und der Außenhandel kontrolliert.

Carl Rudolf Poensgen
Präsident von
1908 bis 1933



Carl Rudolf Poensgen, Mitinhaber und Vorstandsmitglied der Düsseldorfer Röhren- und Eisen-Walzwerke AG (vormals Poensgen AG) sowie seit 1898 Aufsichtsratsmitglied der „Industrietrains Düsseldorf-Reisholz AG zu Benrath“, initiierte 1903 gemeinsam mit anderen Unternehmern die Gründung der „Arbeitgebervereinigung für Düsseldorf-Oberbilk und Umgebung“, die sich zum Ziel setzte, die „hiesigen Arbeitsverhältnisse“ zu verbessern. 1901 wurde er zum Kommerzienrat und 1911 zum Geheimen Kommerzienrat ernannt. Verdient gemacht hat er sich ferner 1926 um die „Gesolei“ – Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen – die ein eindrucksvolles Zeichen für Düsseldorfer Lebens- und Aufbauwillen setzte. Darüber hinaus hat Carl Rudolf Poensgen durch seine internationalen Verbindungen viel für die Entwicklung Düsseldorfs hin zu einem internationalen Handelsplatz geleistet. Als IHK-Präsident trat Carl Rudolf Poensgen nach 25-jähriger Präsidentschaft 1933 auf Druck der Nationalsozialisten zurück.

Sein Name und sein Wirken leben bis heute fort in der anlässlich des 125-jährigen Kammerjubiläums 1956 gegründeten „C. Rudolf Poensgen-Stiftung e. V. zur Förderung von Führungskräften in der Wirtschaft“.

Gleichschaltung oder der Anfang vom Ende der wirtschaftlichen Selbstverwaltung

Die NS-Durchdringung von Staat, Verwaltung und Gesellschaft machte auch vor den Toren der Industrie- und Handelskammern nicht halt. Wenn auch diese bestehen blieben, so wurden bereits in den ersten Monaten nach der Machtergreifung Präsidien und Geschäftsführung ausgetauscht und NS-Funktionären über Scheinwahlen zu den Vollversammlungen der Einzugs in die „Parlamente der Wirtschaft“ ermöglicht. In Düsseldorf wurde der 70-jährige Carl Rudolf Poensgen, seit 25 Jahren



Karl Zucker
Präsident von
1933 bis 1943

Nach dem erzwungenen Rücktritt Carl Rudolf Poensgens wählten die neuen Mitglieder der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf am 8. Mai 1933 den NS-Kommissar Karl Zucker, Mitinhaber der Hydro-Apparatebau-Gesellschaft, zum IHK-Präsidenten. Dieses Amt hatte er bis zur Auflösung der Industrie- und Handelskammern am 31. Dezember 1942 inne. Er blieb aber noch im Amt, bis die neue Gauwirtschaftskammer am 31. Mai 1943 ihre Tätigkeit aufnahm. Präsident dieser Einrichtung wurde auf Vorschlag des Gauleiters bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Fritz Höfermann, Direktor der Commerzbank-Niederlassung Düsseldorf, seit 1933 Vorsitzender der Düsseldorfer Börse und seit 1939 auch Teilhaber des Wuppertaler Bankgeschäftes von der Heydt-Kersten & Söhne.

ununterbrochen Handelskammerpräsident, durch die widerrechtliche Besetzung der IHK-Geschäftsstelle durch NSDAP-Kommissare und SA am 28. März 1933 gedrängt, noch am selben Tag vor der Vollversammlung eine Erklärung abzugeben, in der sich die IHK bereit erklärte, „an den großen Aufgaben mitzuwirken, die Herr Reichskanzler Hitler in seinem Regierungsprogramm aufgezeichnet hat“. Am 12. April legten Präsident und Mitglieder der Vollversammlung, nachdem sie Poensgen zum Ehrenpräsidenten ernannt hatten, ihre Ämter nieder. Mit den folgenden Wahlen wurden die jüdischen Vollversammlungsmglieder wie Oskar Manes, seit 1910 Vollversamlungs- und seit 1925 Vorstandsmitglied der IHK sowie Vorsitzender des Düsseldorfer Einzelhandels, aus der Wirtschaftsvertretung vertrieben.

IHK-Präsident war nun seit 8. Mai 1933 das NSDAP-Mitglied Karl Zucker, Mitinhaber der Hydro-Apparatebau-Gesellschaft. Die Ausrichtung der Kammer änderte sich spürbar: Zucker forderte bereits in seiner Antrittsrede die Einbindung der IHK in einen autoritären Staatsaufbau, auch wäre sie in ihrer Arbeit erfolgreicher, „wenn sie die Durchführung ihrer Beschlüsse und Anordnungen erzwingen(!) könnte“.

Mit dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der Deutschen Wirtschaft“ (27. Februar 1934) und der Einführung des Führerprinzips (20. August 1934) endete die Selbstverwaltung der Wirtschaft auch de jure. Ab jetzt beriefen die (systemtreuen) Präsidenten nach vorheriger „Freigabe“ durch die NSDAP die neuen Mitglieder der Beiräte (vormals Vollversamlungen), aus deren Reihen sie früher frei gewählt wurden. Die so ernannten Mitglieder konnten auch – bei unbotmäßigem Verhalten – wieder abberufen werden.

Die Wirtschaft wurde umorganisiert in ein fachlich und bezirklich geordnetes Kammersystem. Fachlich wurde sie in Fachgruppen auf Bezirks- und Reichsebene gegliedert, bezirklich über Bezirkswirtschaftskammern (wiederum zusammengefasst in der Reichswirtschaftskammer), denen die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern unterstellt wurden. Der Bezirkswirtschaftskammer Düsseldorf gehörten danach die früheren IHK-Bezirke Düsseldorf, Duisburg, Essen, Krefeld, Mönchengladbach, Solingen und Wuppertal an. 1936 wurden ebenfalls die Bezirksgruppen der Industrie- und Handelsverbände integriert. In der aufgeblähten Organisation kam es durch Kompetenzstreitigkeiten und nicht eindeutig geregelte Zuständigkeiten häufig zu einem unproduktiven Neben- wenn nicht Gegeneinander von „Industrie- und Handelskammerabteilung“ einerseits und „Industrie-“ oder „Handelsabteilung“ andererseits.

In diesem Zusammenhang liest sich die folgende Passage aus dem IHK-Jahresbericht von 1934 wie ein Dokument zwischen Hoffnung und Resignation:

„Die neue Organisation der gewerblichen Wirtschaft ist für Düsseldorf als die Stadt, die nächst Berlin die meisten Wirtschaftsverbände beherbergt, von großem Einfluss. Wie sich der Aufbau der wirtschaftlichen Selbstverwaltung unter der Geltung der neuen Bestimmungen im Düsseldorfer Bezirk entwickeln wird, lässt sich jetzt noch nicht ganz übersehen. Soviel steht aber fest, dass in seinem Mittelpunkt die Industrie- und Handelskammer stehen wird, deren Arbeit seit jeher nicht den Belangen einzelner Wirtschaftsgruppen gilt, sondern dem Dienst an der Gesamtwirtschaft und an dem Gemeinwohl.“

Und noch 1935 setzte die IHK auf Rechtsstaatlichkeit kontra Willkür: Von 1933 bis 1935 hatte der Reichsverband Deutscher Makler (RDM) nichts unversucht gelassen, einen jüdischen Immobilienmakler aus der Liste der vereidigten Sachverständigen der Düsseldorfer IHK entfernen zu lassen. Die gegen den Makler erhobenen



großdeutschen Traumes“ durch den Anschluss Österreichs und die Besetzung des Sudetenlandes Wirklichkeit geworden sei.

Bericht über die erste Sitzung der Wirtschaftskammer Düsseldorf 1935.

Der IHK-Jahresbericht von 1938 widmete ferner ein ganzes Kapitel dem Thema „Entjudung der Wirtschaft“ und beschrieb präzise die Rolle, die die IHK darin (zwangsweise) übernommen hatte. Beschrieben wird die Gutachtertätigkeit der Kammer hinsichtlich der „Arisierung“ jüdischer Unternehmen. Begutachtet werden musste, ob die Überführung in „arisches“ Eigentum volkswirtschaftlich angezeigt und ob der neue Eigentümer sachlich und persönlich geeignet sei. Ferner wurde der vereinbarte Kaufpreis überprüft. Für die Bewertung der Warenbestände ehemaliger jüdischer Geschäfte wurden 33 Sachverständige benannt. Hier galt es, die Interessen von Beschäftigten und Gläubigern zu wahren wie auch die Verwertung ehemals jüdischen Besitzes, etwa Kunstgegenstände, im Sinne „der Belange der Düsseldorfer Fachkreise“ zu betreiben.

Die nach den November-Pogromen einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen – so der IHK-Bericht – hätten „mannigfache Gelegenheiten [für die Kammer] geboten, die behördlichen Maßnahmen nachhaltig zu unterstützen“. IHK und Registergericht vereinbarten von diesem Zeitpunkt an bereits bei der Beantragung des Handelsregistereintrags die Vorlage des „Arier-nachweises“.

juristischen Vorwürfe konnte der RDM auf Verlangen der IHK jedoch nicht beibringen, so dass die Kammer die Streichung ablehnte, denn „die bloßen Anschuldigungen des Maklervereins dürften unseres Erachtens nicht genügen, die Streichung durchzuführen“, schrieb sie im August 1934. Die gleiche Position vertrat Syndikus Dr. Josef Wilden noch im November desselben Jahres entschieden und erfolgreich bei seinem Besuch im Reichswirtschaftsministerium. Im Juli 1935 gab der jüdische Makler dennoch auf und legte sein Amt nieder.

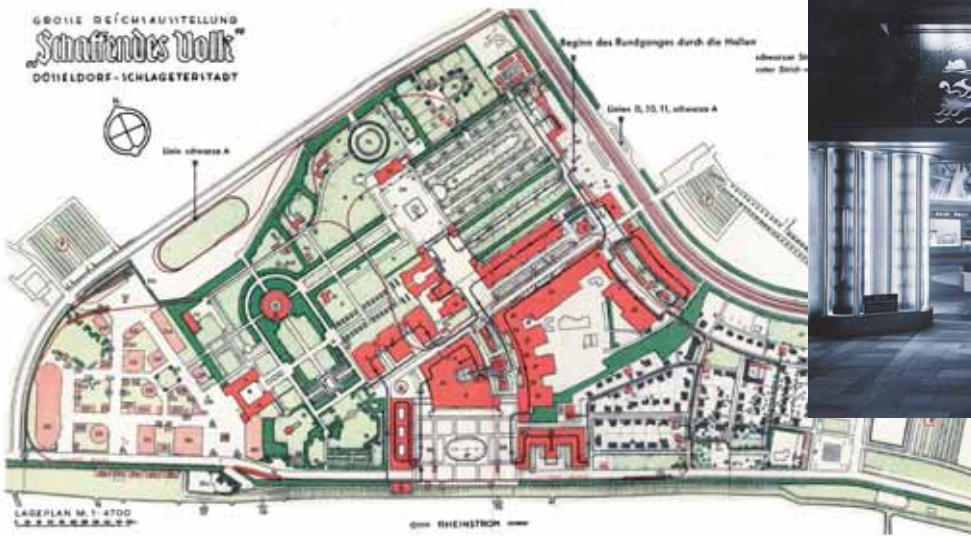
Der staatliche Zugriff forcierte die Gründung weiterer Zusammenschlüsse: Beispielsweise in Form von Einzelhandelsvertretungen unter dem Dach der IHK oder als eigene Gruppe Verkehr, die alle Verkehrstreibenden und -vermittler sowie die Unternehmen der Kraftfahrzeugbewirtschaftung umfasste. Neu war auch, dass nun die nicht im Handelsregister eingetragenen Minderkaufleute (heute: Kleingewerbetreibende) in der Kammer vertreten waren, ihre Position wurde 1936 durch die Berufung ihres Repräsentanten Karl Rieth zum Vizepräsidenten noch gestärkt. Ferner wurden die Gremien neu geordnet. Fortan gab es je einen Ausschuss für Einzelhandel, Großhandel, Großindustrie sowie für kleinere und mittlere Industrie.

„Kammeraufgaben“ im Sinne der NS-Ideologie

1938 wurde Syndikus Dr. Josef Wilden aus dem Amt gedrängt und durch den strengen Parteisoldaten und Gauwirtschaftsberater Emeran Amon ersetzt. Gang- und Tonart verschärfen sich abermals. Der Jahresbericht von 1938 wertete rückblickend das Jahr denn auch als „Jahr der politischen Ernte nach fünf Jahren gewaltigster Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Führung“, in dem die „Erfüllung des jahrhundertalten



„Hart wie ...“ – die Braune Elite drückte auch der Berufsausbildung ihren Stempel auf.



Aufgaben – fast ohne „politischen“ Anstrich

Neben dieser staatlich verordneten Tätigkeit blieb die Kammer – wenn auch in eingeschränktem Maße – ihren angestammten Aufgaben in den Themen Verkehr, Handel, Außenwirtschaft und Berufsausbildung treu. In welchem Maße diese jedoch vom Staat beschnitten worden waren, zeigte bereits der IHK-Jahresbericht 1936: Er war gegenüber den Vorjahren um die Hälfte geschrumpft, auch enthielt er nicht mehr – wie bis dahin – einen Bericht zur allgemeinen Wirtschaftslage.

Die IHK engagierte sich beispielsweise im Rahmen der Neuordnung des Güterfernverkehrs, setzte sich für eine neue D-Zugverbindung Essen-Heidelberg ein und arbeitete aktiv an der Fahrplangestaltung wie an der Verbesserung des Gütertarifs sowie an der Vermarktung anlässlich der Ausstellung „Schaffendes Volk“ 1937 in Düsseldorf mit. Ferner wollten – ebenfalls ab 1937 – in zunehmendem Maße Anträge auf „Erteilung der Erlaubnis zur Errichtung, Erweiterung oder Verlegung von Versandgeschäften“ geprüft werden.

In enger Zusammenarbeit mit dem Reichsnährstand erstellte sie Gutachten für Eierhandel, Fleisch- und Fischwirtschaft und richtete 1936 das Einigungsamt für Wettbewerbsstreitigkeiten ein.

Im Rahmen der Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung stellte sie „Notwendigkeitsbescheinigungen“ über die Zuteilung von Zahlungsmitteln bei Auslandsreisen aus und begutachtete Devisenanträge, für die bei Bewilligung „Dringlichkeitsbescheinigungen“ ausgestellt wurden.

Im Außenhandel kam der 1924/25 eingerichteten Außenhandelsstelle eine völlig andere Bedeutung zu: Bestand ihr Kerngeschäft ursprünglich in der Informationsbeschaffung für deutsche Unternehmen, so wurde sie nun in Maßnahmen „zur Bekämpfung der Greuelhetze und Boykottbewegung im Auslande“ eingebunden.

Seit 1935 engagierte sich die IHK mit Einführung der Lehrlingsrolle noch stärker als bisher in der Berufsausbildung. 15 Prüfungsausschüsse mussten gebildet werden, die 1935/36 200 Kaufmannsgehilfen prüften, von denen 150 bestanden. Geprüft wurden aber auch 68 Lehrlinge in Kurseschrift und Maschineschreiben sowie 443 industriell-gewerbliche Lehrlinge. Aufgrund ihrer „umfangreichen Erfahrungen“ bot die IHK darüber hinaus ihre Mitwirkung bei der Erarbeitung eines Berufsbildungsgesetzes an.

Das Ende der NS-Diktatur – die Kammern werden aufgelöst

Mit der Gauwirtschaftskammerverordnung vom 20. April 1942 wurden die Industrie- und Handelskammern geschlossen. Dies bedeutete den endgültigen Verlust der Selbstverwaltung, von der ohnehin kaum noch die Rede sein konnte. Die Kammern wurden zum „Hilfsmittel des Staates zur Organisation der Kriegswirtschaft“.



Über den „Aufbau der Gauwirtschaftskammer“ hielt der Leiter der Reichswirtschaftskammer 1942 einen Vortrag in Düsseldorf.



Gemeinsam mit Wirtschafts- und Handwerkskammern sowie sonstigen Wirtschaftsorganisationen wurden die IHKs in die Gauwirtschaftskammer (= deckungsgleicher Bezirk mit NS-Gauen) überführt, unter deren Dach sie de facto bis Kriegsende weiter existierten. Da sich der Konflikt um die Besetzung des Präsidentenamtes in der Gauwirtschaftskammer Düsseldorf zwischen Gauleitung einerseits und den Reichsministerien Wirtschaft und Rüstung andererseits hinzog, fand die konstituierende Sitzung erst am 7. März 1944 statt, so dass die Gauwirtschaftskammer praktisch keine Aktivitäten mehr entfalten konnte. Präsident wurde nicht Karl Zucker, sondern der Direktor der Commerzbank-Niederlassung, Fritz Höfermann.

Während des Krieges wurde die Kammer mehr und mehr zum verlängerten Arm des Reichswirtschaftsministeriums. So beschäftigten sie Fragen der Preisbindung, vornehmlich der Festlegung von Einheitspreisen für Rüstungsaufträge, aber auch Themen der „Nachwuchslenkung“. Wie bereits im Ersten Weltkrieg stand die Versorgung der „kriegswichtigen gewerblichen Wirtschaft mit Arbeitskräften, Kohle und Energie“ dabei an erster Stelle.

Neben der Einbindung in die Kriegswirtschaft prüfte die IHK 1942 1.333 kaufmännische und 1.677 gewerbliche Lehrlinge. In die Lehrlingsrolle eingetragen waren zum damaligen Zeitpunkt 2.913 „Stifte“.

Für Düsseldorf endete die NS-Diktatur am 17. April 1945 mit der Besetzung durch US-amerikanische Truppen, die die Stadt kampflos übernahmen. Düsseldorf war ein Trümmerfeld, Deutschland lag am Boden – und wappnete sich für den Wiederaufbau.



Die Bildkollage oben zeigt von links: Lageplan zur Ausstellung „Schaffendes Volk“ im Jahre 1937, den Stand der Firma Henkel, den Pavillon der Mannesmann Röhrenwerke AG sowie Infotische zur industriellen Berufsausbildung.

Einmarsch der amerikanischen Truppen in Düsseldorf am 17. April 1945.

Wiederaufbau: Das erste Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg



Die Königsallee war im Jahr 1946 wieder von Trümmern befreit.

Trostlos präsentierte sich Düsseldorf in der Stunde Null: Nach Kriegsende war die Stadt zu 50 Prozent zerstört, 80 Prozent der Handelsgeschäfte existierten nicht mehr und zwei Fünftel der Industrieanlagen waren ebenfalls nicht mehr vorhanden. Sämtliche Rheinbrücken waren gesprengt worden, zehn Millionen Kubikmeter Schutt und Trümmer bedeckten Straßen und Plätze. Von 535.800 Einwohnern im Mai 1939 lebten im April 1945 noch 185.000 in Düsseldorf.

Dass es trotz dieser Zerstörungen in relativ kurzer Zeit gelang, Düsseldorf wieder aufzubauen, ist mehreren Faktoren zu verdanken. So erhöhte sich die Einwohnerzahl bis 1951 erneut auf 541.517 durch die Rückkehr sowohl der vormals evakuierten Bevölkerung wie

auch durch die Rückkehr der deutschen Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft. Mit dem kontinuierlichen Wiederaufbau der Industrie wurden ferner Flüchtlinge und Vertriebene aus Ostdeutschland und Osteuropa angezogen, auch gab es einen Zustrom von Arbeitskräften, die aus der Landwirtschaft abwanderten.

Begünstigt wurde – wie in der gesamten, von den Alliierten besetzten Westzone Deutschlands – der Wiederaufbau in erster Linie durch die grundsätzliche Übereinkunft, wie sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gestalten sollten. Zur Diskussion standen von September 1944 bis 1947 der Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau, der die vollständige Vernichtung des industriellen Produktionskapitals bedeutet hätte, ferner der Plan, große Teile der Wirtschaft zu verstaatlichen und drittens die von Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Franz Böhm und Alfred Müller-Armack entwickelte Idee der „Sozialen Marktwirtschaft“. Erst mit der Tolerierung dieser Idee durch die US-amerikanische Besatzung seit der zweiten Jahreshälfte 1948 wurde es möglich,

dass „Deutschlands Weg zum Frieden“ eben nicht – wie seinerzeit von Morgenthau gewünscht – „über den Bauernhof führt(e)“.

Verwirklicht wurde die „Soziale Marktwirtschaft“ nach der Währungsreform (20. Juni 1948) von Ludwig Erhard, seit März 1948 Direktor der bizonalen Wirtschaftsverwaltung. Neben der „Sozialen Marktwirtschaft“ und der Währungsreform wurde das nun folgende „Wirtschaftswunder“ angeschoben durch die Devisenhilfe des Marshall-Plans (1,3 Milliarden US-Dollar von 1948 bis 1952), dem erklärten Willen und der großen Bereitschaft der Bevölkerung zum Wiederaufbau, einem Reservoir gut ausgebildeter Arbeitskräfte,

dem Vorhandensein eines ausgeprägten unternehmerischen Know-hows wie auch der zunehmenden Öffnung der westeuropäischen Industriemärkte. Neben der Demontage, die in Düsseldorf bis Oktober 1947 24 Werke mit 18.000 Arbeitsplätzen betraf (darunter die Firmen Rheinmetall, Hasenclever, Schenk, Liebharkort, Schiess-Defries, Stahlwerke Klöckner, Haniel & Lueg, Deutsche Röhrenwerke und Mannesmann-Röhrenwerke) gab es zahlreiche Neugründungen von Unternehmen, auch durch Flüchtlinge oder Vertriebene. So wurde 1950 von der in Ingolstadt neu gegründeten Auto Union auf einem Gelände der Rheinmetall Borsig AG in Düsseldorf die Pkw-Produktion aufgenommen. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Demontage auch eine Chance enthielt: Der Wiederaufbau beziehungsweise die Neuaufnahme unternehmerischer Tätigkeit setzte Modernisierungskräfte frei, die halfen, den während der Kriegsjahre vernachlässigten technologischen Vorsprung der anderen Industriestaaten wieder aufzuholen.

Die Auferstehung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung

Mit Kriegsende waren die Gauwirtschaftskammern aufgelöst worden. Sowohl die Industrie- und Handelskammern als auch die Handwerkskammern konnten – von den Einwirkungsmöglichkeiten der Alliierten einmal abgesehen – ihre Tätigkeit wie vor 1933 wieder aufnehmen. Die IHK Düsseldorf tat dies bereits vor dem 8. Mai 1945: Am 25. April 1945 wurde der frühere Hauptgeschäftsführer, Dr. Josef Wilden, mit der Reorganisation der Kammer beauftragt. Zuständig war die IHK damit für den Wiederaufbau in ihren Bezirksgrenzen von 1929, also für die Stadt Düsseldorf und den Landkreis Düsseldorf-Mettmann mit den Städten Hil-

Niels von Bülow Präsident von 1945 bis 1946

Niels von Bülow, Vorstandsvorsitzender der Aktiengesellschaft der Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Ferd. Heye, und politisch unbelastet, wurde im April 1945 von der US-amerikanischen Militärregierung zum IHK-Präsidenten ernannt.

Neben dem Ausbau des Unternehmens zum größten deutschen Glashersteller ließ von Bülow Arbeiterwohnungen bauen, schuf Weiterbildungsmöglichkeiten für seine Werksangehörigen und gründete im Wintersemester 1951/52 zur Fortbildung von Angestellten und Arbeitern eine Volkshochschule in Gerresheim. Als IHK-Präsident setzte er sich vornehmlich für die Erteilung von Produktionsgenehmigungen ein. Im März 1946 entthob ihn die Militärregierung seines Amtes, angeblich, weil er eine Besatzungsverordnung nicht beachtet hatte. 1948 wurde er erneut in die Vollversammlung der IHK Düsseldorf gewählt. 1966 ernannte ihn das „Parlament der Wirtschaft“ zum Ehrenmitglied, zwei Jahre zuvor hatte ihn das oberste Kammergremium bereits mit der Goldenen Ehrenplakette ausgezeichnet.



den, Kettwig und Ratingen sowie den Gemeinden Angermund, Breitscheid, Eckamp, Eggerscheid, Erkrath, Hasselbeck, Hösel, Homberg-Bracht-Bellscheid, Hubbelrath, Lintorf, Meierberg, Metzkausen und Wittlaer.

Quartier nahm die IHK zunächst im Gebäude der Commerzbank an der Benrather Straße, musste diese Räume aber bereits im August 1946 wieder verlassen, um darauf in die Räume der Firma C. & A. Brenninkmeyer in die Shadowstraße zu ziehen. Seit 1948 bemühte sich die Kammer um den Wiederaufbau ihres 1943 zerstörten Gebäudes in der Graf-Adolf-Straße, in das sie aber erst – nach einem weiteren Zwischenstopp in der Bahnstraße – 1951 zurückkehren konnte.

Die der Demontage unterliegenden Betriebe in der Verteilung auf die Einzelzweige der Industrie im Kammerbezirk Düsseldorf

Industrie-zweig	Zahl der zu demonstrierenden Betriebe	Ausfälle durch Demontage auf der Grundlage der Zahlen vom Jahre 1936 an		
		Arbeits-plätzen	Brutto-Produktions-werten (in 1.000 RM.)	direktem Export (in 1.000 RM.)
Großeisenindustrie	7	8.080	104.613	30.300
Maschinenbau	22	17.330	123.832	20.300
Sonstige Zweige ¹⁾	4	1.590	56.155	400
insgesamt	33	27.000	284.600	51.000

¹⁾ Zahlen z. T. geschätzt

Quelle: Düsseldorf vor neuen Aufgaben, Schriftenreihe der IHK Düsseldorf, 1948.



Professor Dr. Josef Wilden
Präsident von 1946 bis 1949

Professor Dr. Josef Wilden ist der einzige Hauptgeschäftsführer einer Industrie- und Handelskammer, der später zum Präsidenten ernannt wurde. Von 1922 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt 1938 und erneut in den Jahren 1945/46 war Wilden Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf. Als Prokurist des August Bagel Ver-

lages wurde er nach der Abberufung von Bülow durch die US-amerikanische Militärregierung 1946 in das Präsidentenamt der IHK Düsseldorf gewählt. 1949 wurde Wilden Vizepräsident, 1952 Ehrenpräsident der IHK Düsseldorf. Bekannt geworden ist Josef Wilden auch über seine zahlreichen Aufsätze, Bücher und Schriften, in denen er sich mit Kunst und Wissenschaft, Politik und Volkswirtschaft, aber auch mit der Stadtgeschichte Düsseldorfs und der Kammerhistorie befasste. Wilden engagierte sich darüber hinaus in vielen Ehrenämtern, etwa als Vorsitzender des Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen oder als Vorsitzender der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Kunstakademie Düsseldorf.

Neben ihren wechselnden Hauptsitzen unterhielt die IHK darüber hinaus nach dem Kriege für kurze Zeit eine Außenstelle in Oberkassel und bis Anfang 1954 eine in Benrath sowie Sprechstunden mit „Vertrauensmännern“ aus der IHK-Geschäftsführung in den Landkreismunicipalitäten vor Ort. Ferner gab es seit Anfang der 1950er Jahre regelmäßige Treffen mit Wirtschafts- und Städtevertretern in Mettmann. Lokale Arbeitskreise, etwa für Hilden, Kettwig und Ratingen, kamen erst Anfang der 1960er Jahre hinzu.

Neuer IHK-Präsident wurde nach dem Kriege Niels von Bülow, Vorstand der Gerresheimer Glashütte. Diesen entthob die britische Militärregierung bereits am 25. März 1946 wieder seines Amtes, angeblich wegen Nichtbeachtung einer Besatzungsverordnung. Zum nächsten IHK-Präsidenten ernannt wurde daraufhin am 12. April 1946 Dr. Josef Wilden, inzwischen Vizepräsident und Prokurist des August-Bagel-Verlages. Zu seinem Nachfolger als Hauptgeschäftsführer wurde

Dr. Hermann Bohley bestellt. Nachdem die vorläufige IHK-Satzung am 17. Juli 1945 gebilligt worden war und die Militärregierung die IHK in ihrer „Verordnung zur Organisation der Wirtschaft“ vom 25. November 1945 ausdrücklich anerkannt hatte, wurde die Wahlordnung der IHK vom NRW-Wirtschaftsminister im März 1947 bestätigt. Im Herbst 1947 folgten die ersten freien Kammerwahlen nach dem Krieg, die konstituierende Sitzung der Vollversammlung am 17. Oktober 1947 bestätigte Dr. Josef Wilden in seinem Amt als IHK-Präsident. Ferner beschloss die Vollversammlung 1947 die Einsetzung von elf Ausschüssen. Hinzu kamen 1951 der Handelsvertreter- und 1955 der Fremdenverkehrsausschuss.

Im Fortgang dieser Restituirung spielte die Frage nach der weiteren Organisationsform der IHK eine wesentliche Rolle, ob nämlich die Mitgliedschaft künftig auf freiwillige oder verpflichtende Basis zu stellen sei. IHK-Präsident Wilden votierte in diesem Zusammenhang 1948 für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft, denn nur als „Vertretung des Handels und der Industrie als Ganzheit“ könne die Kammer das „Interesse aller Handels- und Gewerbetreibenden ... wahren“. Am 23. April 1948 beschloss die Vollversammlung daraufhin ausdrücklich, am IHK-Status „Körperschaft öffentlichen Rechts“ festhalten zu wollen.

Kontrovers diskutiert wurde in den ersten Nachkriegsjahren auch die Frage nach der paritätischen Besetzung der IHKs mit Arbeitnehmern. Als Interessenvertretung der Wirtschaft vor Ort lehnte die IHK dieses Ansinnen ab, plädierte jedoch für die Beibehaltung des Wirtschaftsausschusses, dem neben Vertretern der Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern auch Gewerkschaftsvertreter angehörten. Dieser Ausschuss beschäftigte sich vorwiegend mit Fragen der Demontage, Energieversorgung oder Preisgestaltung, aber auch mit den Folgen der Währungsreform. Für das Thema „Soziale Marktwirtschaft“ konnte die IHK 1948 einen sehr prominenten Redner gewinnen: Ludwig Erhard referierte über dieses neue Wirtschaftsmodell.

IHK-Aufgaben in der Phase des Wiederaufbaus

Mit drei Abteilungen (Industrie, Handel und Allgemeines) kam die IHK Düsseldorf der Bitte von Düsseldorfs Oberbürgermeister Wilhelm Füllenbach nach, sich um die „an die Stadtverwaltung gelangenden Angelegenheiten der Industrie, des Handwerks, des Großhandels, des Einzelhandels, des Handelsvertreter-Gewerbes und des ambulanten Gewerbes“ zu kümmern. Dabei galt es zunächst, die Versorgungsprobleme der Bevölkerung mit Wohnraum, Nahrungsmitteln und Kleidung



allgemeiner wirtschaftspolitischer Bedeutung, an deren Diskussion sie aktiv teilnahm. Das traf in erster Linie auf die Zeit der Präsidentschaft von Professor Dr. Dr. h. c. Ernst Schneider von 1949 bis 1968 zu, insbesondere für die Jahre 1963 bis 1969, als Schneider auch Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages war.

1951 konnte die IHK anlässlich der Einweihung des wieder aufgebauten Kammergebäudes an der Graf-Adolf-Straße als prominenten Gastredner Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard begrüßen.

zu lösen sowie die Unternehmen mit Brennmaterial, Facharbeitskräften und Produktionsräumen zu versorgen. Aber auch der Spagat zwischen Ingangsetzung der Produktion einerseits und den Demontage-Absichten der Alliierten andererseits wollte gemeistert werden. Mehrfach gelang es hier, gemeinsam mit der Wirtschaftsverwaltung und den Gewerkschaften für betroffene Unternehmen einen Demontagestopp oder einen Aufschub zu erwirken. Bereits in ihrer ersten Sitzung appellierten die IHK-Vollversammlungsmitglieder an die Alliierten, die Demontageliste zu überprüfen, denn „der Wert der Demontage (lässt) sich ebenso wenig durch einfache Addition von Kapazitätsszahlen ausdrücken (...), wie man das menschliche Herz im Verhältnis zum übrigen Körper in seinem Wert gewichtsmäßig beurteilen kann.“

Alle Unternehmen mit mehr als 25 Mitarbeitern mussten darüber hinaus seit Mai 1945 einen Antrag auf Produktionserlaubnis stellen. 1.800 solcher Anträge begutachtete die IHK 1946. Für kleinere Unternehmen stellte die IHK so genannte Wiederanlaufgenehmigungen aus. Betriebe, denen beides versagt wurde, mussten geschlossen werden. Die IHK riet in diesen Fällen häufig zur Umstellung der Betriebstätigkeit oder zur „Neuaufnahme von für die Gesamtheit wichtiger und vorrangiger Fertigungen“. Darüber hinaus beschäftigten die IHK Fragen der wirtschaftlichen Verwendung von Brennmaterial, die Zuteilung von Acetylen und Treibriemen, die Zulassung von Groß- und Einzelhandelsbetrieben sowie die Zulassung für Handelsvertreter, aber auch die Zulassung von Kraftfahrzeugen, womit mancher Ärger verbunden war. Da Kommunikationsmittel wie Telefon und Post noch nicht wieder instand gesetzt worden waren, erforderten all diese Aktivitäten das persönliche Gespräch – ein zeitraubendes und oft mühsames Geschäft für beide Seiten.

Allgemeine wirtschaftspolitische Fragen, Recht und Steuern

Wie schon in der Zeit vor 1933, so beschäftigten die IHK Düsseldorf in der Nachkriegszeit auch stets Fragen von

So protestierte die IHK-Vollversammlung etwa 1954 gegen den in ihren Augen völlig unzureichenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Finanz- und Steuerreform – den sie, wie auch der damalige NRW-Finanzminister Flecken, schlichtweg ablehnte. Das oberste Gremium der Kammer forderte stattdessen die Entlastung mittlerer Einkommen, Gewinnermittlung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und Steuersenkungen – eine Ergänzungsabgabe wurde hingegen abgelehnt. Im März 1956 gelang es Präsident Schneider in einer mehrstündigen Unterredung endlich, Bundesfinanzminister Fritz Schäffer von einer „wenn auch temporären“ Steuersenkung zu überzeugen.

Gebäudeschäden in Düsseldorf

Art der Gebäude	Bestand im Jahre 1939	schwer beschädigt	Totalschaden	Schwer- und Totalschaden insgesamt
Zahl				
Wohngebäude	37.000	5.680	12.580	18.260
Geschäfts- und Lagerhäuser	6.586	1.560	3.676	5.236
Industriebetriebe	956	175	220	395
Öffentl. Gebäude	490	125	145	270
in Prozent				
Wohngebäude	100	15	35	50
Geschäfts- und Lagerhäuser	100	24	55	79
Industriebetriebe	100	18	23	41
Öffentl. Gebäude	100	26	29	55

Quelle: Düsseldorf vor neuen Aufgaben, Schriftenreihe der IHK Düsseldorf, 1948.

Anlässlich einer weiteren Diskussion über die Wirtschaftspolitik Deutschlands verabschiedete die IHK-Vollversammlung am 21. November 1955 eine Stellungnahme, in der sie – wie auch der Bundesfinanzminister und die Bank deutscher Länder – an das „Maßhalten bei Preisen und Löhnen“ appellierte.

Ebenso engagiert vertrat die IHK die Interessen der Wirtschaft in der Landesgesetzgebung. Seit 1947 beschäftigte sich ein Ausschuss unter Leitung von Präsident Dr. Josef Wilden mit der Ausgestaltung der Lan-



**Professor Dr. Dr. h. c.
Ernst Schneider**
Präsident von 1949 bis 1968

Eine der bedeutendsten Unternehmerpersönlichkeiten der deutschen Nachkriegszeit war von 1949 bis 1968 Präsident der IHK Düsseldorf und von 1963 bis 1969 auch Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages: Professor Dr. Dr. h. c. Ernst Schneider. Schneider promovierte

1922 zum Dr. rer. pol., wurde Mitarbeiter einer Schweizer Finanzgruppe und später Juniorpartner des Berliner Industriellen Dr. Siegfried Arndt (unter anderem Odol-Werke). Nach dem Kriege verlegte Schneider den Firmensitz nach Düsseldorf, wurde Vorstandsvorsitzender der Konzernmutter Kohlen-säure-Industrie AG sowie deren Töchter, der Lingner- und Odol-Werke. Ferner betätigte er sich als Unternehmer im Stahl- und Schiffsbau sowie in der Chemischen und Kosmetischen Industrie. Schneider war Verfechter der freien Marktwirtschaft und der Wettbewerbsfreiheit, Mahner einer vernünftigen Preispolitik, Vorreiter der Globalisierung und Förderer des unternehmerischen Nachwuchses. Sein Interesse als Kammerpräsident galt der Gesellschafts- und Bildungspolitik sowie der Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen und Kammer hin zu einer möglichst großen Transparenz wirtschaftlicher Tatbestände für alle Marktteilnehmer. So gehörte er zu den Gründervätern der Kammergemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit wie auch der C. Rudolf Poens-

gen-Stiftung e. V. zur Förderung von Führungskräften in der Wirtschaft. Schneider genoss als Berater in der Politik hohes Ansehen.

Neben seinen zahlreichen Ehrenämtern widmete sich Ernst Schneider als Gegengewicht zu seiner wirtschaftlichen Tätigkeit der Kunst und Literatur. So sammelte er neben moderner Kunst altes Meissner-Porzellan, Silber und Möbel aus dem 18. Jahrhundert. Große Teile seiner Sammlung sind heute in Schloss Lustheim bei München, ein kleinerer Teil in Schloss Jägerhof in Düsseldorf zu besichtigen. Schneider war Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, Träger des Großen Ehrenrings der Stadt Düsseldorf und Ehrendoktor der Medizinischen Fakultät der Universität Düsseldorf. Das Land Nordrhein-Westfalen ernannte ihn in Anerkennung seiner Verdienste zum Professor ehrenhalber. Die Vollversammlung der IHK Düsseldorf berief Ernst Schneider 1972 zu ihrem Ehrenpräsidenten. Heute erinnern an sein Wirken der 1970 noch von ihm ins Leben gerufene „IHK-Ernst-Schneider-Medienpreis“, mit dem die Kammern jährlich vorbildliche Wirtschaftssendungen in Fernsehen und Hörfunk sowie inzwischen auch in der Zeitungsberichterstattung auszeichnen, die Hausanschrift der IHK Düsseldorf „Ernst-Schneider-Platz 1“ sowie der 1983 von DIHK und IHKS gestiftete Ernst-Schneider-Brunnen in seinem Geburtsort Heldenbergen, der heute zur Gemeinde Nidderau gehört.

desverfassung, in der wirtschaftliche Belange stärker berücksichtigt werden sollten. 1953 fand erstmals – gemeinsam von den IHKs Düsseldorf, Neuss und Solingen ausgerichtet – ein „Bierabend“ mit Richtern, Staatsanwälten und Handelsrichtern zum Thema „unlauterer Wettbewerb“ statt.

Im Rechtsgeschäft galt es auch, sich gegen „Sachbezeichnungen oder gar Phantasienamen anstelle des Inhabernamens“ auszusprechen (1954), oder zu klären, ob „Napoleon“ eine übliche Bezeichnung für Wermut sei (1955) oder aber festzustellen, dass eine Beimischung von 35 Prozent Erdnüssen im Studentenfutter eine Täuschung des Verbrauchers darstelle (1955). Darüber hinaus übertrug der Landesgesetzgeber 1957 den

IHKs erneut die Aufgabe, Sachverständige zu berufen (was die Kammern bereits seit dem preußischen Kammergesetz von 1870 getan hatten). Wieder eingerichtet wurde bei der IHK 1957 auch die Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten, wie es sie bereits seit 1932 gegeben hatte, deren gesetzliche Grundlage aber 1945 von den Alliierten außer Kraft gesetzt worden war.

Lokale und regionale Standortpolitik

1948 formulierte die IHK als Akteur lokaler und regionaler Standortpolitik ihre Vorstellungen von der zukünftigen Gestaltung des IHK-Bezirks. Um die „Innenstadt als City“ stärker zu betonen, sollte dort die An-



1955 lud die Kö erneut zum Bummeln und Verweilen ein.

siedlung von Großgewerbe unterbunden, dafür aber die Ansiedlung von „Verwaltungsbetrieben aller Art, Großhandel, qualifiziertem Einzelhandel, besonderen Erscheinungen der freien Berufe etc.“ gefördert werden. Der „City-Charakter“ sollte durch den Städtebau unterstützt werden, Alt- und Karlstadt sollten erhalten bleiben. Industriegebiete sollten nach IHK-Vorstellungen vornehmlich im Nordosten Düsseldorfs (Rath, Unterrath), in Ratingen und im Süden der Stadt (Reisholz) ausgebaut werden, auch müsse der Hafen Reisholz erweitert werden. Bemängelt wurde von der Kammer fehlender (bewachter) Parkraum in der Innenstadt. Entwicklungspotenziale für Düsseldorf sah die IHK seinerzeit vor allem im Flughafen, als Modestandort sowie als Banken-, Börsen- und Messeplatz.

Um Letzteren zu befördern, hatte das IHK-Präsidium bereits im Oktober 1946 für die Einrichtung einer Messegesellschaft gestimmt, die 1947 als Nordwestdeutsche Ausstellungs-Gesellschaft mbH (NOWEA) gegründet wurde.

1949 bildete die IHK einen „Bau- und Wohnungswirtschaftlichen Ausschuss“, der sich mit den städtischen Bebauungsplänen auseinandersetzte. Auch in den Gemeinden des Landkreises Mettmann engagierte sich die IHK bei der Entwicklung von Leit- und Flächennutzungsplänen – wobei in den ersten Nachkriegsjahren das Thema „Wohnungsbau“ ganz oben auf der Agenda stand.

Mit der städtebaulichen Fokussierung auf die Innenstadt verfolgte die IHK bereits 1950 den Gedanken, Düsseldorf als „Leitregion“ oder „Marke“ für den gesamten IHK-Bezirk zu positionieren. Ein Pfund, mit dem die Stadt schon in Vorkriegszeiten habe wuchern können, sei die Eleganz und Formschönheit des Einzelhandels, den es auszubauen gelte. In diesem Zu-

sammenhang plädierte die IHK in den Folgejahren dafür, Geschäftsstraßen für Passantenströme nicht zu zerschneiden, die Handelszone Altstadt mit den anderen Geschäftsstraßen zu verbinden, die Verkehrsströme besser zu lenken, den schienenungebundenen ÖPNV auszubauen, die Planungen für eine Untergrundbahn voranzutreiben sowie – angesichts des kontinuierlich steigenden Kraftfahrzeugbestandes – in ausreichendem Maße Flächen für die Parkraumbewirtschaftung vorzuhalten.

Als Träger öffentlicher Belange hat sich die IHK auch immer wieder mit den kommunalen Haushalten auseinandergesetzt. Trotz des regelmäßigen Gedankenaustausches zwischen Düsseldorfer Stadt- und IHK-Spitze (das erste Gespräch fand bereits 1949 statt) zu Themen wie Ausbildung, Verkehrsführung oder Regionalplanung klafften die Vorstellungen über das, was machbar, sinnvoll und finanzierbar sei, häufig auseinander.

Bereits 1955 attestierte IHK-Präsident Schneider der Stadt Düsseldorf, dass sie über ihre Verhältnisse lebe, Kosten steigen würden und das Vermögen schwinde. Denn „die gegenwärtige Steuerkraft unserer Wirtschaft (könne) nicht als etwas Selbstverständliches“ hingenommen werden. Um dieser Ausgabefreudigkeit vorzubeugen, rief Schneider daraufhin den „Ausschuss für Kommunalwirtschaft“ ins Leben, der sich mit Gemeindefinanzen, Raumordnung, Stadtplanung, Energie- und Wasserwirtschaftsfragen sowie mit Verkehrsthemen auseinandersetzte. 1956 gelang es, einige Unternehmer zur Kandidatur für die Kommunalwahl zu bewegen, um wirtschaftliches Know-how in den



Wiederaufbau: Das erste Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg

Im Aufwind: Der Düsseldorfer Flughafen in den 1950er Jahren.

Stadttrat einfließen zu lassen. Auch hielt die IHK „möglichst enge Fühlung“ zu den Fraktionsvorsitzenden im Rat, um diese für die Belange der Wirtschaft zu sensibilisieren. Ferner reagierte die Stadt 1956 auf die IHK-Vorschläge und senkte – wenn auch nur kurzzeitig – die Hebesätze für die Gemeindesteuern. Doch bereits 1957 wurde der „Burgfriede“ erneut gestört: Die Stadt erhöhte die Gewerbesteuer, um die neuen Ausstellungshallen zu finanzieren. Die IHK zeigte sich „tief enttäuscht“ darüber, dass ihr Angebot, mit freiwilligen Maßnahmen einen kurzzeitigen finanziellen Engpass zu überbrücken, ausgeschlagen worden sei.

Früh plädierte die IHK auch für ein anderes Mittel, um kommunale Haushalte zu konsolidieren, nämlich die Trennung von städtischem Eigentum. Votierte sie – zunächst vorsichtig – nur für die Verwaltung der städtischen Wohnungen durch private Anbieter, so forderte sie 1953 schon deren Privatisierung wie auch die Aufgabe der städtischen „Regiebetriebe“.

Verkehr, Hafen und Flughafen

In der frühen Phase des Wiederaufbaus setzte sich die IHK in erster Linie für den Auf- und Ausbau der innerstädtischen Verkehrswege und Landstraßen sowie für den Wiederaufbau der im Krieg vollständig zerstörten Rheinbrücken ein. Thematisiert wurden die Verbreiterung der Fahrbahnen ebenso wie eine ausreichende Beschilderung und die Schaffung von Parkplätzen. Mit der Rheinischen Bahngesellschaft beriet die IHK über die Versorgung der Außenbezirke, die Einrichtung neuer Linien wie auch über eine Tarifreform. Konfrontiert sah sich die Kammer 1951 auch schon mit dem modernen Gedanken einer „Mitfahrzentrale“, als ein Unternehmer die „Errichtung einer Reisevermittlung für Pkw-Fahrten“ eintragen lassen wollte, was seinerzeit auf allerhöchster Ebene – nämlich durch das Bundes-

verkehrsministerium – abschlägig beschieden wurde.

1953 forderte das Güterkraftverkehrsgesetz den Nachweis über fachliche Eignung und Sachkunde von Antragstellern, die sich im Güterkraftverkehr selbständig machen wollten. Für den Nahverkehr sollten die Kammern jeweils die Prüfung abnehmen, für den Güter- und Möbelfernverkehr jeweils die IHK am Sitz des Regierungspräsidenten. Für die IHK Düsseldorf bedeutete dies, bis 1960 sämtliche Fernverkehrsprüfungen für den Regierungsbezirk Düsseldorf abnehmen zu müssen.

Neben dem Wiederaufbau und Ausbau des Straßennetzes beschäftigte sich die IHK auch mit Fragen des Schienenverkehrs. Im Vordergrund stand hier die IHK-Forderung nach einer besseren Anbindung des Düsseldorfer Raumes an den Hafen Antwerpen – also die Wiederinbetriebnahme der alten Güterstrecke über Mönchengladbach, Roermond und Herentals, besser bekannt unter dem Namen „Eiserner Rhein“. Im Sinne einer zukunftsgerichteten Hafenpolitik beschloss die Vollversammlung 1948, einen eigenen Hafenausschuss einzurichten. Thema im Jahr 1949 war die verkehrliche Anbindung des Hafens an das Straßen- und Schienennetz, aber auch die räumliche Einbindung in das Stadtbild. 1952 wurde darüber hinaus ein Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Düsseldorfer Hafens unter Vorsitz von IHK-Vizepräsident Hermann Adloff gegründet.

Ferner setzte sich die IHK bereits kurz nach Kriegsende für den Ausbau des Düsseldorfer Flughafens ein. Im Verbund mit der Stadtverwaltung war es 1949 gelungen, europäische Luftverkehrslinien für Düsseldorf zu interessieren. Seit 1953 betrieb die Luftverkehrsbedarfs AG (LUFTAG) von hier aus einen Teil ihrer Linien, die 1955 in die Lufthansa AG aufging. So alt wie die Idee des Flughafenausbaus ist auch die Auseinandersetzung mit dem Problem Fluglärm und den Ausbauegegnern.

Die Börse handelte 1957 im Wilhelm-Marx-Haus.



International

Trotz der Autarkiestrebungen des NS-Staates war Düsseldorf vor dem Krieg einer der wichtigsten Außenhandelsplätze des Deutschen Reiches geblieben. Hier konnten sich ausländische Interessenten über Investitionsgüter und Produktionstechniken informieren, auch eignete sich der Handelsplatz für Niederlassungen ausländischer Unternehmen und konsularischer Vertretungen. Diese Bedeutung erreichte die Landeshauptstadt zwischen 1945 und 1950 rasch wieder. Zusätzliche Impulse erhielt Düsseldorf als geografisch günstig gelegenes Standbein für außereuropäische Unternehmensniederlassungen in der sich bildenden Europäischen Gemeinschaft. Bereits 1951 erwirtschaftete der IHK-Bezirk mit einer Milliarde Mark sieben Prozent der bundesdeutschen und 15 Prozent der nordrhein-westfälischen Exportumsätze. Kam der Export zunächst unter dem Diktat der Militärregierung nur schleppend voran, so förderte die IHK das internationale Geschäft ihrer angeschlossenen Unternehmen 1948 mit einem dreisprachigen Handbuch über „Außenhandelsverbindungen der Unternehmen im IHK-Bezirk Düsseldorf“ und 1949 mit der Einrichtung einer speziellen Außenwirtschaftsabteilung – für deren Nutzung zunächst ein eigener Mitgliedsbeitrag erhoben wurde. Seit 1947 erhielten die Unternehmen bereits ein „Außenwirtschaftsroundschreiben“, das 1948 von allen IHKs in der amerikanischen und britischen Zone übernommen wurde. Früh bemühte sich die IHK auch um die Kontaktabahnung mit dem Ausland, indem sie Mitglied von Auslandshandelskammern wurde und jährlich zu Empfängen mit dem Diplomatischen Korps nach Schloss Benrath einlud.

Aus- und Weiterbildung

War in den ersten Monaten nach Kriegsende an eine geregelte Aufnahme der Berufsausbildung nicht zu denken, so galt die Sorge der IHK zunächst der Unterbringung von Jugendlichen in Lehrlingsheimen wie der Integration von Flüchtlingen oder Jugendlichen aus sozial schwierigen Verhältnissen in den Ausbildungsprozess, die „durch die Verhältnisse aus dem normalen Ausbildungsweg herausgerissen“ worden waren.

Doch bereits Anfang 1946 konnte die Prüfungstätigkeit wieder aufgenommen werden, neu eingerichtet wurden Lehrmeisterkurse für das grafische Gewerbe wie auch – aufgrund des hohen Bedarfs an Dolmet-

schern und Übersetzern – ein Fremdsprachenprüfungsamt, das für ganz Nordrhein-Westfalen in den Sprachen Englisch, Russisch, Niederländisch und Französisch prüfte. 1947 wurden diese Fremdsprachenprüfungen staatlich anerkannt. Im gleichen Jahr nahm auch die Einzelhandelsberufsschule ihren Betrieb wieder auf, es wurden erneut Geschäftsstenografenprüfungen abgenommen, und auch der Berufsausbildungsausschuss begann mit seiner Tätigkeit. 1948 stieg die Zahl der registrierten Auszubildenden auf 5.900, 1952 waren es bereits 12.000. Von 1949 bis 1955 wurden neue Berufsbilder aus der Taufe gehoben, wie der Schaufenstergestalter, der Groß- und Außenhandels- sowie der Einzelhandelskaufmann, der Drogist, der Fotolaborant, und auch der „Kaufmannsgehilfe im Hotel- und Gaststättenge-

Dreisprachiges Handbuch der IHK aus dem Jahre 1948.



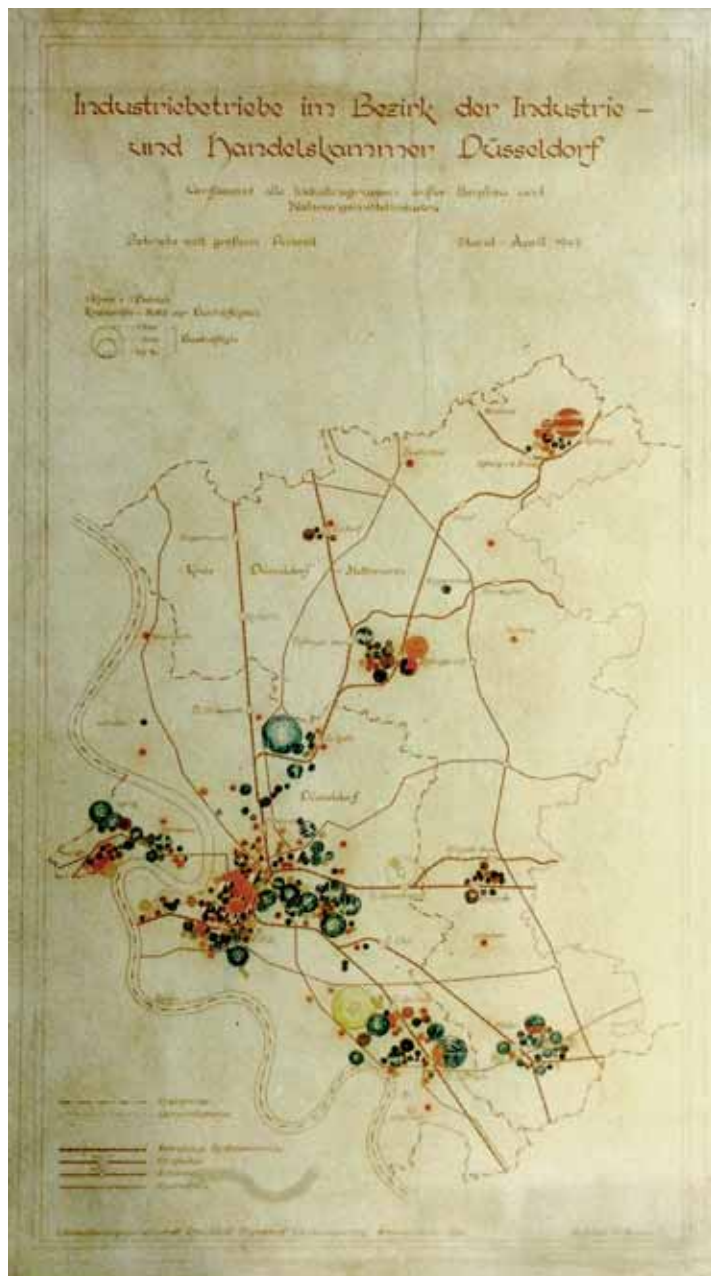
werbe". 1953 gab es bei der IHK Düsseldorf 95 Prüfungsausschüsse mit 536 ehrenamtlichen Prüfern.

Ebenfalls in den 1950er Jahren investierte die IHK in Weiterbildung. So rief sie Mitte 1950 einen „Juniorclub“ für Söhne und Töchter von Unternehmern ins Leben, die ihr Wirtschaftswissen erweitern wollten, um so besser gerüstet in die Fußstapfen ihrer Väter treten zu können. Gemeinsam mit einem Wirtschaftspsychologen wurde ferner eine Arbeitsgemeinschaft „Die Sekretärin“ gegründet, die sich in Kursen mit dem Berufsbild der Sekretärin auseinandersetzte. Druckmeister wurden bereits seit 1948 geprüft, weitere Meisterlehrgänge sollten in den späten 1950er und 1960er Jahren folgen. 1949 wurde die Außenhandelschule – zunächst in der Außenwirtschaftsabteilung, später in der Abteilung Aus- und Weiterbildung angesiedelt – eröffnet, die auf kaufmännische Tätigkeiten im Außenhandel vorbereitete.

„Stifte“ in einer Lehrwerkstatt 1950.



175 Jahre Industrie- und Handelskammer Düsseldorf



Vom Ende der 1940er Jahre bis in die 1960er Jahre dominierte in Düsseldorf und im Kreis Mettmann die Industrie.

Der IHK-Bezirk Düsseldorf: Eine Region im Wandel

Der IHK-Bezirk Düsseldorf, der seit dem Jahre 1977 die Landeshauptstadt Düsseldorf und den Kreis Mettmann umfasst, zählt heute zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Deutschland. Rund 680.000 Erwerbstätige erwirtschaften hier ein Bruttoinlandsprodukt von rund 50 Milliarden Euro. Mit anderen Worten: Gut acht Prozent der Erwerbstätigen erbringen über zehn Prozent der Wirtschaftsleistung Nordrhein-Westfalens. Der Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt beträgt 2,3 Prozent. Rund 1,08 Millionen Menschen wohnen hier. Mit durchschnittlich 20.625 Euro verfügen die Einwohner des Kreises Mettmann dabei über das höchste verfügbare Pro-Kopf-Einkommen von allen Kreisen in Nordrhein-Westfalen.

Anfang des dritten Jahrtausends bestimmt eine Vielfalt von privaten und öffentlichen Dienstleistungen die Wirtschaftsstruktur im IHK-Bezirk. Vier von fünf Erwerbstätigen arbeiten mittlerweile bei einem Dienstleister, mit seit Jahren steigender Tendenz. Der Wertschöpfungsanteil der Dienstleistungen übertrifft insgesamt die 80-Prozent-Marke. Er reicht in der Landeshauptstadt Düsseldorf sogar nahe an die 90 Prozent. Aber auch im Kreis Mettmann haben die Dienstleistungen inzwischen einen Anteil von fast 70 Prozent erreicht.

Noch vor wenigen Jahrzehnten sah die hiesige Wirtschaftsstruktur völlig anders aus. Bis in die 1960er Jahre des 20. Jahrhunderts dominierte die Industrie, sowohl in der Landeshauptstadt als auch besonders im Kreis Mettmann. Seither ist also der Industrieanteil in Düsseldorf auf gut ein Viertel des Ursprungwertes zurückgegangen, im Kreis Mettmann hat er sich mehr als halbiert. Gleichwohl kann auch heute keineswegs von einer „entindustrialisierten Zone“ gesprochen werden, wenn vom Wirtschaftsraum Düsseldorf die Rede ist.

Weiterhin gibt es in der Landeshauptstadt bedeutende Produktionsstätten, beispielsweise in der Chemi-



Produktion bei Daimler-Chrysler Düsseldorf.

schen, der Automobil- oder der Röhrenindustrie. Hinzu kommen namhafte Unternehmen etwa aus der Stahlindustrie, des Anlagenbaus, der Spezialchemie oder der Energiewirtschaft, die – wenn auch nicht ihre Produktion – so doch ihren Sitz und ihre Verwaltungen in der Landeshauptstadt haben.

Im Kreis Mettmann reicht das Spektrum auch heute noch von der Automobilzulieferindustrie, der Kalksteinindustrie, den Schloss- und Beschlagproduzenten und Gießereien vor allem in Niederberg, über die Baustoffindustrie, den Werkzeug- und Anlagenbau, den Maschinenbau bis zur Chemischen und Pharmazeutischen Industrie und der Biotechnologie.

Heute ist die industrielle Ausrichtung breit gestreut, während die Industrie vor sechzig Jahren stärker auf den Bereich Metallerzeugung und -verarbeitung als Zulieferer der Bergbau- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes ausgerichtet gewesen ist.

In den letzten Jahrzehnten massiv und kontinuierlich an Bedeutung gewonnen haben die Dienstleistungen, deren Vielfalt nicht im Geringsten hinter der des Industriesektors zurückbleibt. Vom Groß- und Einzelhandel, der Gastronomie, dem Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft, über Banken und Versicherungen, der leitungsgebundenen und der drahtlosen Telekommunikation, der EDV- und Softwarebranche, der Unternehmensberatung, der Werbe- und Marketingbranche, über das Verlagswesen, die Rechtsberatung, Wissenschaft, Bildung und Verwaltung bis hin zur Sicherheitsbranche und der Gebäudereinigung sowie nicht zuletzt den persönlichen Dienstleistungen reicht die bunte Palette. Ihre Vielfalt und ihre große Zahl verhelfen dem Standort zu seiner führenden Position in Deutschland. Beim bundesweiten Vergleich der Wirtschaftsstruktur und Unternehmen, von Arbeitsplätzen und Einkommen, der Infrastruktur und Finanzen sowie von Kulturangebot und Lebensqualität belegt folge-



Eindruck vom Parkett-handel der Düsseldorfer Börse vor ihrem Umbau.

richtig die Landeshauptstadt beziehungsweise der Wirtschaftsraum Düsseldorf regelmäßig vordere Positionen, oft sogar die Spitzenplätze.

Gleich, ob Folge oder Ursache, diese Branchenvielfalt hat zu einer weiteren Unternehmensdichte in und um die Landeshauptstadt geführt. Gegenwärtig haben in der Landeshauptstadt vier der DAX-Unternehmen ihren Sitz. Weitere sechs sind hier oder im Kreis Mettmann mit Niederlassungen vertreten. Schließlich sind vier MDAX-Unternehmen im IHK-Bezirk angesiedelt.

Zudem hat sich in den vergangenen Jahrzehnten der Raum Düsseldorf zu einem führenden internationalen Unternehmensstandort entwickelt. Rund 5.000 ausländische Unternehmen werden hier gezählt.

Heute ist die Branchenvielfalt in Düsseldorf und im Kreis Mettmann groß. Die Wirtschaftsstruktur ist heterogen, und es sind hier sowohl Großunternehmen als auch bekannte und unbekannte Mittelständler angesiedelt. Diese Vielfalt hat den Wirtschaftsraum in der letzten Zeit vergleichsweise unanfällig gegenüber konjunkturellen Schwankungen gemacht, und sie begünstigt den weiteren wirtschaftlichen Strukturwandel. Bis



Dr. h. c. Viktor Langen
Präsident von 1968 bis 1974

Viktor Langen, Spross der berühmten Kölner Zuckerfabrikantenfamilie Langen, war persönlich haftender Gesellschafter des Automobilzulieferers A. Ehrenreich Cie., Düsseldorf, leitete die Firma Langen & Co. (Ölhydraulik) und das Kölner Traditionsunternehmen Johann Maria Farina gegenüber dem Jülichs-Platz zur Herstellung von Eau de Cologne.

Darüber hinaus war er Kommanditist des Düsseldorfer Bankhauses Trinkaus. 1965 wurde er Mitglied der IHK-Vollversammlung, 1966 Vizepräsident und 1968 Präsident der Kammer. Als IHK-Präsident vertrat Langen eine klare ordnungspolitische Linie und war ein Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft. Aus Unzufriedenheit mit der Darstellung von Unternehmerzielen und Belangen der Wirtschaft in der Öffentlichkeit regte er 1968 gegenüber dem BDA-

Vorsitzenden Hanns Martin Schleyer an, dass die Wirtschaft eine eigene kostenlose Zeitung herausgeben solle.

In seiner Amtsperiode wurde ein Abkommen mit der Chambre de Commerce et d'Industrie de Paris geschlossen, das zu einer gemeinsamen Prüfung der Kammern Paris und Düsseldorf für Handelsfranzösisch sowie der Errichtung einer Niederlassung der „Ecole des affaires de Paris“ (Europäische Wirtschaftshochschule) in Düsseldorf führte. 1974 beendete Langen seine Präsidentschaft nach sechs Jahren. 1975 ernannte ihn die Vollversammlung zum Ehrenmitglied und zeichnete ihn 1976 mit der Goldenen Ehrenplakette aus.

Viktor Langen war ein Freund und Mäzen der bildenden Kunst; seine besondere Neigung galt der Philosophie. Die Japan-Sammlung Viktor Langens, heute in der Langen-Foundation in Hombroich zu besichtigen, gilt in Umfang und Qualität als einzigartig in Europa.

es aber soweit war, ist auch hier die Entwicklung keineswegs gradlinig verlaufen.

Auch der Wirtschaftsraum Düsseldorf hat in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg die Höhen eines beinahe grenzenlosen Wachstums, vorübergehende konjunkturelle Rückschläge und schmerzliche Anpassungsprozesse im wirtschaftlichen Strukturwandel durchlebt.

1948 bis 1961:

Wirtschaftswunder in den Nachkriegsjahren

Mit der Währungsreform 1948 kam der Wiederaufbau in Schwung. Die Wachstumsraten waren enorm und erreichten im Industriebereich zeitweilig zweistellige Raten.

Um das Jahr 1952 war der Vorkriegsstand in der Industrie-Produktion wieder erreicht. Bis Anfang der

1960er Jahre wuchs die Industrie in Düsseldorf weiter. Der industrielle Beschäftigungshöhepunkt wurde mit rund 128.500 Beschäftigten im Jahre 1961 erreicht. Seit 1949 hatte sich damit die Beschäftigtenanzahl gut verdoppelt.

Stärker noch als der sekundäre Sektor expandierte bereits in der Wiederaufbauphase der Dienstleistungssektor. Sein Erwerbstätigenanteil nahm zwischen 1950 und 1961 von rund 50 Prozent auf 53 Prozent zu, um Ende der 1970er Jahre bereits fast 70 Prozent zu erreichen. Dabei spielte zum einen die Ausdehnung des öffentlichen Sektors mit vermehrtem Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung bei Schulen oder Gesundheit oder für die Unternehmen bei Verwaltung und Verbänden eine Rolle. Zum anderen waren vor allem das Kreditwesen und die Versicherungen in Düsseldorf besonders wachstumsstark.

Zur Expansion der Banken trugen der Wegfall Berlins als zentraler Bankenplatz für die deutsche Exportindustrie ebenso bei wie auch die Ansiedlung der Landeszentralbank in der Landeshauptstadt, die Dichte von Industrie und Handel in Düsseldorf, die Zerschlagung der Großbanken in Regionalban-

Blick auf das Gebäude der Landeszentralbank im Herzen Düsseldorfs.



ken auf Länderebene sowie die hier bereits vorhandene Bankenlandschaft mit einer ganzen Reihe kleinerer und mittlerer Privatbanken. Auch nach der Rekonstituierung der Großbanken in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre blieben noch Jahrzehnte lang die Düsseldorfer Niederlassungen mit führenden Personen des Managements besetzt. Im Versicherungswesen wurde Düsseldorf zwar nur in wenigen Fällen Hauptsitz einer Gesellschaft, jedoch für viele der nicht in Nordrhein-Westfalen beheimateten Assekuranden zentrale Niederlassung für dieses Bundesland.

Wie andere Städte versuchte in der Nachkriegszeit auch Düsseldorf, sich als Messestadt zu entwickeln. Sie knüpfte dabei an die Ausstellungstradition der Zwischenkriegszeit an.

Mit der 1947 gegründeten Messegesellschaft NO-WEA etablierte sich Düsseldorf schnell als bedeutende Messestadt, die ihre Schwerpunkte auf Fachmessen für die Investitionsgüterindustrie und die Modebranche legte.

IHK und Messe

Bereits im Oktober 1946 hatte sich das IHK-Präsidium für die Gründung einer Messe-Gesellschaft ausgesprochen. Dies geschah mit dem Aufbau der Nordwestdeutschen Ausstellungs-Gesellschaft mbH (NOWEA), die ab 1947 Messen veranstaltete, so 1951 die erste Fachmesse für Druck und Papier DRUPA. An der Gründung der NOWEA waren die IHK und die Handwerkskammer Düsseldorf zunächst mit je 15 Prozent beteiligt. 1954 sprach sich die IHK-Vollversammlung für den Bau weiterer Ausstellungshallen und einer Kongresshalle aus.

Ende der 1960er Jahre konkretisierten sich bei der Stadt Düsseldorf Überlegungen, entweder das bisherige Messegelände auszubauen oder ein neues Gelände zu suchen. Die IHK trat nach Diskussionen in der Vollversammlung und im Präsidium am 13. August 1968 für eine große Lösung ein. Dies bedeutete den ebenerdigen Ausbau bis zu 120.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche mit Erweiterungsmöglichkeit. Auf einen bestimmten Standort legte sich die IHK in ihrem Votum nicht fest und regte gleichzeitig eine enge Kooperation mit der Kölner Messe an.



Der Landkreis Düsseldorf-Mettmann war in den Nachkriegsjahren ein ausgesprochener Industriekreis, jedoch ohne ein zusammenhängendes Industriegebiet zu bilden. Strukturell knüpfte die Wirtschaft an die Vorkriegszeit an, zumal mit Ausnahme Ratingens keine nennenswerten Kriegsschäden im Kreis selbst entstanden waren. Struktur bestimmend waren die Metallherzeugung und -verarbeitung, die Textilindustrie, Kalksteinindustrie, Papierherzeugung- und -verarbeitung, Chemie, Elektrotechnik und Keramik. In Ratingen herrschten Betriebe der Metallindustrie und Reste der früher bedeutsamen Textilindustrie vor. Ähnlich war die Struktur in Mettmann und Wülfrath. In Hilden war gleichzeitig die Textilindustrie noch stark. Velbert und Heiligenhaus waren durch die Schloss- und Beschlagindustrie geprägt, wobei in Neviges und Langenberg sogar die Textilindustrie dominierte.

In Haan waren Textil- und Kleinmetallwarenindustrie in etwa gleichgewichtig. Hinzu kamen die Papierverarbeitung in Langenberg und Erkrath, die Elektroindustrie in Ratingen und Heiligenhaus, die chemische Industrie in Hilden und Haan sowie Keramik in Ratingen.

Auch im Kreis Mettmann setzte nach der Währungsreform ein erheblicher Aufschwung ein. Zwischen 1946 und 1962 stieg die Anzahl der Industriebeschäftigten um 87 Prozent von knapp 50.000 auf knapp 84.000 Personen.

1961 bis 1974:

Strukturwandel gewinnt an Fahrt

In den 1960er Jahren beschleunigte sich im IHK-Bezirk Düsseldorf der wirtschaftliche Strukturwandel. Dabei nahmen die industrielle Wertschöpfung in Düsseldorf und im damaligen Landkreis Düsseldorf-Mettmann um fast das Eineinhalbfache zu, und in noch viel stärkerem Maße die Wertschöpfung in den Dienstleistungsberei-

Die Fachmesse Druck und Papier (DRUPA) in den 1950er Jahren.

chen, nämlich um das Zweieinhalbfache. Folglich kam es zu einer weiteren Strukturverschiebung: Vor dem Hintergrund eines kräftigen gesamtwirtschaftlichen Wachstums von jahresdurchschnittlich nominal 8,5 Prozent ging der Wertschöpfungsanteil des produzierenden Gewerbes seit Anfang der 1960er Jahre insgesamt um knapp neun Prozentpunkte auf gut 41 Prozent im Jahre 1974 zurück. Innerhalb des Dienstleistungssektors, der insgesamt entsprechende Anteile hinzugewann, kam es zu Verschiebungen zwischen den klassischen Dienstleistern im Bereich Handel und Verkehr, deren Anteil von 24 Prozent auf 19 Prozent schrumpfte, und den übrigen, häufig auch unternehmerorientierten Dienstleistungen, deren Wert-

schöpfungsanteil um fast 15 Punkte auf 39 Prozent im Jahre 1974 anstieg.

Auch im Landkreis Düsseldorf-Mettmann entwickelten sich in diesen Jahren die Dienstleistungen stärker als die Industrie, allerdings immer noch von einem vergleichbar niedrigen Niveau aus. 1974 erreichte ihr Wertschöpfungsanteil trotz hoher Zuwachsraten erst knapp 39 Prozent. Bei stärkeren konjunkturellen Schwankungen ging die Industriebeschäftigung in diesem Zeitraum um gut 10.000 Personen beziehungsweise zwölf Prozent zurück. Die Anzahl der Industriebetriebe blieb mit 600 nahezu konstant.

Die Wachstumsraten gingen nachhaltig zurück, und zwar von jahresdurchschnittlich 8,5 Prozent im Zeitraum von 1961 bis 1974 auf jetzt nur noch fünf Prozent. Das verarbeitende Gewerbe steigerte seine Bruttowertschöpfung nominal noch um 3,5 Prozent jähr-

lich, während die privaten und öffentlichen Dienstleistungen um jährlich sechs Prozent zulegen konnten. Trotz eigenen Wachstums, dessen Zunahmen über der Inflationsrate lagen, fiel deshalb der Wertschöpfungsanteil des produzierenden Gewerbes bis zum Jahr der Deutschen Einheit 1990 um knapp zehn Prozentpunkte auf weniger als ein Drittel. Entsprechend erwirtschafteten im Vereinigungsjahr die Dienstleister zwischen Rhein und Niederrhein zwei Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung in Düsseldorf und dem Kreis Mettmann. In Düsseldorf trug die Industrie im Jahre 1990 nur noch gut ein Viertel zur Wirtschaftsleistung bei, im Kreis Mettmann immerhin noch fast zur Hälfte. Hier waren es 15 Jahre zuvor allerdings noch mehr als 60 Prozent gewesen.

Bis Mitte der 1980er Jahre sorgten Rezession und Strukturwandel auch im Kreis Mettmann für einen scharfen Arbeitsplatzabbau im Industriesektor von zunächst gut 70.000 Beschäftigten auf unter 59.500 im Jahre 1983. Daran schloss sich jedoch ein länger anhaltender Aufschwung an, der sogar wieder zu einem Aufbau von mehr als 10.000 industriellen Arbeitsplätzen führte. Der Industrieumsatz stieg mit Ausnahme von 1987 von Jahr zu Jahr. Die Zahl der Industriebetriebe ist über den gesamten Zeitraum betrachtet in etwa konstant geblieben.

1990 bis heute: Zeiten der Globalisierung

Die 1990er Jahre und der Anfang des neuen Jahrtausends sind auch im Raum Düsseldorf geprägt durch eine verstärkte Standortkonkurrenz aus dem Ausland. Zwar hatten auf der einen Seite der Europäische Binnenmarkt und dann, infolge des Zusammenbruchs des Ostblocks, die Öffnung des ostdeutschen und der osteuropäischen Märkte neues Absatzpotenzial erschlossen.

Schnell stellte sich aber heraus, dass die Marköffnung keine Einbahnstraße war, sondern dass auch der hiesige Wirtschaftsstandort mit ausländischen Produktionsstandorten konkurrierte.

Diese konnten mit zunehmender Qualität vergleichbare Vor- und selbst Endprodukte anbieten, allerdings deutlich kostengünstiger. Zur osteuropäischen Konkurrenz kamen die fernöstlichen so genannten Tigerstaaten und zuletzt mit Sieben-Meilen-Stiefeln auch der Gigant China hinzu. Diese Globalisierung der Produktion und – durch die technische Revolution in der elektronischen Nachrichtentechnik – zunehmend auch der Dienstleistungen, beschleunigte den wirtschaftlichen Strukturwandel zwischen Rhein und Niederrhein nochmals.



Schlange stehen in der IHK: Interessenten warten auf Erteilung einer Fahrerlaubnis an den autofreien Sonntagen während der ersten Ölkrise in den 1970er Jahren.

1974 bis 1990: Beschleunigter Strukturwandel nach dem Ölpreisschock

Die erste Ölpreiskrise, die kurzfristig zu einer schweren Rezession und langfristig zu höheren Energiepreisen führte, beschleunigte den Strukturwandel massiv.

Betroffen davon war direkt die Industrie in Düsseldorf und im Kreis Mettmann, sofern sie zur Metallerzeugung zählte, sowie indirekt, sofern sie immer noch stark auf Zulieferungen an die Montanindustrie des Ruhrgebietes ausgerichtet war.

Die Wachstumsraten gingen nachhaltig zurück, und zwar von jahresdurchschnittlich 8,5 Prozent im Zeitraum von 1961 bis 1974 auf jetzt nur noch fünf Prozent. Das verarbeitende Gewerbe steigerte seine Bruttowertschöpfung nominal noch um 3,5 Prozent jähr-



Der Flughafen Düsseldorf International gehört heute zu den Unternehmen im Kammerbezirk, die wichtige Dienstleistungen für die ansässige Wirtschaft erbringen.

Dass der Raum Düsseldorf den Herausforderungen der Globalisierung insgesamt gut begegnen konnte, ist der Flexibilität der hiesigen Unternehmen, dem stark aufkommenden Dienstleistungssektor sowie dem bereits zuvor breiten Branchenmix zu verdanken. Rückgänge einzelner Branchen konnten so oft relativ geräuschlos durch die Expansion anderer Wirtschaftszweige kompensiert oder gar übertroffen werden.

Standort führend bei unternehmensorientierten Dienstleistern

Heute ist der Raum Düsseldorf mit der Landeshauptstadt an der Spitze einer der führenden deutschen Standorte der unternehmensorientierten Dienstleister, nicht nur in der Informations- und Kommunikationsbranche. Von der Werbewirtschaft, der Unternehmensberatungs- und Consultingbranche, den Finanzdienstleistern, der Immobilienbranche, dem Modestandort sowie der Messe Düsseldorf und dem Flughafen Düsseldorf International werden nicht nur wichtige Dienstleistungen für die ansässige Wirtschaft erbracht, sondern meist auch für Firmen und Privatkunden in Nordrhein-Westfalen oder ganz Deutschland. Dieses engmaschige Netz bringt erhebliche Führungsvorteile der Branchen untereinander, aber auch beispielsweise für Verwaltungen großer in- und ausländischer Unternehmen mit sich. Auch deshalb ist der Standort Düsseldorf mit seinen unmittelbaren Nachbarstädten für weitere Ansiedlungen unvermindert attraktiv.

In Ziffern ausgedrückt ist der Raum Düsseldorf

- führende Werbemetropole in Deutschland mit rund 1.000 Agenturen, darunter mit dem Sitz von vier der Top 10-Agenturen in Deutschland und bedeutenden ausländischen Agenturen;



Eine der Top-Einkaufsstraßen in Deutschland: Die Königsallee.

- führendes Modezentrum mit weltbekannten Messen und bedeutenden Modefirmen sowie ein Top-Einkaufsstandort vom Prachtboulevard Königsallee über die innerstädtischen Kaufhäuser und Einkaufszentren bis zur jungen Mode in der Düsseldorfer Altstadt;
- zweitbedeutendster Beraterstandort in Deutschland mit über 500 Unternehmen der Unternehmens-, IT-Beratung, Wirtschaftsprüfung sowie Rechts- und Steuerberatung;
- zweiter deutscher Bankenplatz mit rund 170 Banken, darunter fünf Hauptsitzen sowie vielen Niederlassungen und Deutschlandzentralen ausländischer Kreditinstitute, einer Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank sowie der Börse Düsseldorf;
- darüber hinaus Standort von 130 Niederlassungen von Versicherungen aus dem In- und Ausland mit vier Hauptsitzen großer Versicherungskonzerne;
- Standort des drittgrößten deutschen Flughafens mit gut 15 Millionen jährlichen Fluggästen und
- vierter deutscher Messe- und Kongressstandort mit rund 40 internationalen Fachmessen, darunter über 20 Leitmessen.

Standortpolitik: Die Region stärken

Standortpolitik heißt für die IHK, die Attraktivität des Kammerbezirks für die Unternehmen zu verbessern. Dazu erarbeitet sie – gemeinsam mit den übrigen Akteuren – Konzepte zu Stadt- und Regionalentwicklung, unterstützt Unternehmen bei der Sicherung ihrer Standorte und setzt sich gegenüber Politik und Verwaltung für eine leistungsfähige Infrastruktur ein. Sie

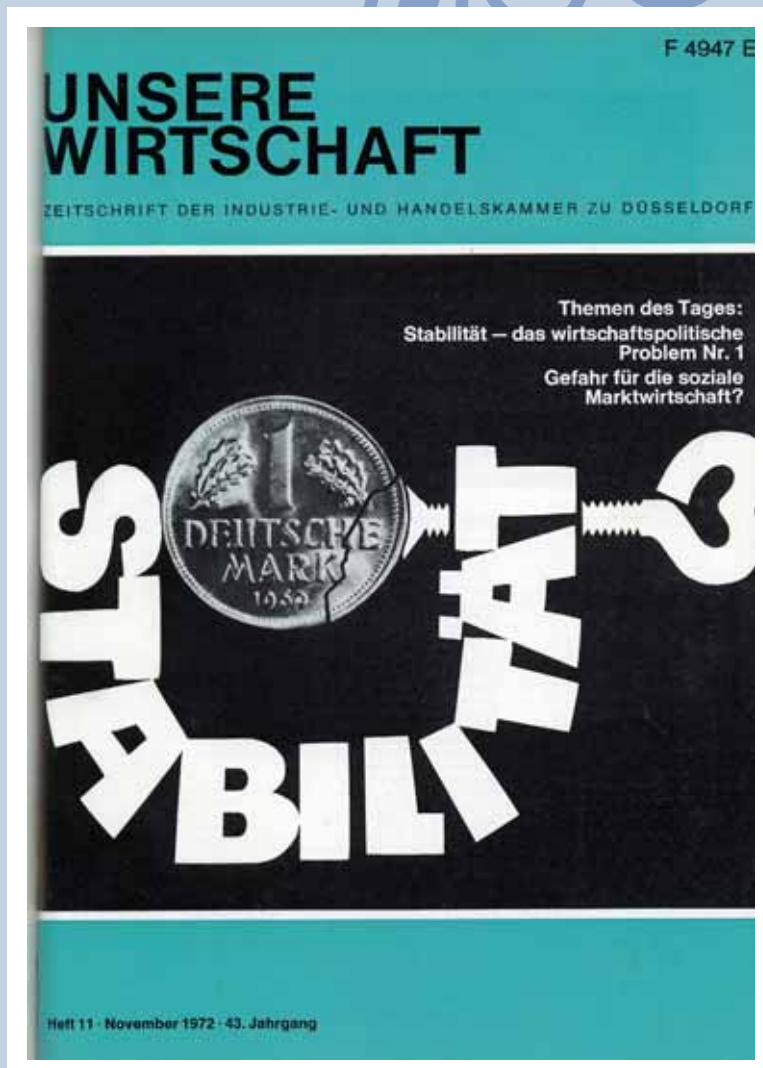
bewertet kritisch die kommunale Haushaltswirtschaft und privatwirtschaftliche Aktivitäten der Kommunen.

Der Standortpolitik als Kammeraufgabe fällt gerade in einem so hoch verdichteten Raum wie Düsseldorf und dem Kreis Mettmann eine ganz besondere Rolle zu. Zum einen gibt es konkurrierende Flächenansprüche, etwa zwischen Wohnen und Gewerbe, Siedlungsflächen und Freiraum, wirtschaftlicher Grundstücksverwertung sowie Natur- und Landschaftsschutz. Regional-, Flächennutzungs- und Bauleitpläne sind hier die Ansatzpunkte des Ausgleichs zwischen diesen konkurrierenden Ansprüchen. Zum anderen hat ein Oberzentrum wie Düsseldorf besondere Ansprüche an eine exzellente Infrastruktur zu erfüllen. Nur so bleibt der Standort für nationale und internationale Investoren attraktiv.

Kaum ein anderer Standortfaktor fällt dabei so sehr ins Gewicht wie der Düsseldorfer Flughafen. Er ist ein Job-Motor erster Güte und der entscheidende Pluspunkt bei Ansiedlungen ausländischer Unternehmen in Düsseldorf, im Kreis Mettmann und den angrenzenden linksrheinischen Kommunen. Stets hat der Flughafen in der standortpolitischen Arbeit der IHK eine herausragende Rolle gespielt.

Aber auch die Anbindung an das Fernstraßennetz – die Autobahn A 44 ist hier über längere Zeitstrecken mit Abstand das wichtigste Projekt im IHK-Bezirk – bestimmt maßgeblich über die Standortqualität. Hinzu kommt, dass die ausgeprägten Pendler- und Kundenströme eine hervorragende Nahverkehrsbedienungsleistung in der Stadt Düsseldorf und ihre leistungsfähige Verknüpfung mit Standorten in der Region erfordern.

Für gute Standortbedingungen zu sorgen ist aber nur eine Seite der Medaille. Sie zu kommunizieren ist



deren andere Seite. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen der IHK, den Kommunen und den Kaufleuten vor Ort zeichneten sich vor allem in den 1990er Jahren ab. Im Kreis Mettmann wie auch in Düsseldorf wurde mit dem Stadtmarketing, später auch mit dem Stadtteilmarketing, ein völlig neuer Ansatz der Kommunikation von Standortstärken erprobt. Die IHK übernahm hier vielfach die Rolle des Initiators.

Die Attraktivität der Innenstädte und der Stadtteilzentren ist nicht etwa nur das Produkt eines erfolgreichen Marketings, sondern hängt auch entscheidend von Visionen der Stadtentwicklung und der Stadtplanung ab. Dieses Thema hat auch im IHK-Bezirk seit Beginn der 1990er Jahre an Bedeutung gewonnen. Der Rückzug der Industrie schuf einerseits neue Flächen-spielräume außerhalb der Innenstädte, andererseits fiel die Expansion der Handelsflächen genau in eine Phase ausgeprägter Konsumschwäche. Sie löste gravierende Verdrängungseffekte, insbesondere im mittelständischen Einzelhandel, aus.

Fragen des Strukturwandels spielen immer dann in der standortpolitischen Diskussion eine Rolle, wenn sich ein Sektor massiv zurückbildet, ohne dass es zu einem Ausgleich an anderer Stelle kommt. Wie andere Regionen auch haben die Stadt Düsseldorf und der Kreis Mettmann über Jahrzehnte den massiven Rückzug der Industrie zu spüren bekommen. Im Kreis Mettmann traten völlig neue Strukturen in der Beziehung zwischen den dort ansässigen Automobilzulieferern und ihren Abnehmern hinzu. Analyse und Therapie-vorschläge zum Strukturwandel sind somit spätestens seit Beginn der 1980er Jahre, als es zur massiven Deindustrialisierung kam, ein neuer Schwerpunkt des Dialoges der IHK mit Politik und Verwaltung geworden.

Die Solidität der kommunalen Haushalte trägt zum guten Ruf eines Standortes ebenso entscheidend bei wie die Infrastrukturausstattung und kluge Konzepte zur Stadtentwicklung. Viele Kommunen – so auch die Stadt Düsseldorf und die Städte im Kreis Mettmann – haben in den letzten Jahrzehnten manche Wechselbäder zwischen überzogenen Ausgabeansprüchen und Konsolidierungsnotwendigkeiten in ihren Haushalten hinter sich. Diesen Prozess hat die IHK stets kritisch begleitet, vor allem, um die Gewerbesteuerbelastung für ihre Mitgliedsunternehmen erträglich zu halten.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Verfolgt man das standortpolitische Engagement der IHK in der Nachkriegszeit, so fällt eines unmittelbar auf: Die 1950er und 1960er Jahre waren durch ein außerordentlich starkes wirtschaftspolitisches Engagement

der Kammer geprägt, das vor allem auf die Bundespolitik und auf die internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen zielte.

Hintergrund ist zum einen, dass es in der Phase des Wiederaufbaus primär noch um die rechtliche Ausgestaltung des Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft ging und um die Integration der deutschen Volkswirtschaft in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung.

Zum anderen standen regionale Struktur- und Arbeitsmarktprobleme wegen des praktisch „selbst laufenden“ Aufwärtstrends eher im Hintergrund der Diskussion. Allenfalls das Thema der knapper werdenden Arbeitskräfte bedrückte die Wirtschaft, aber auch die Lösung dieses Problems war ebenfalls primär eine der gesamtwirtschaftlichen Rahmensetzung, nämlich für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte.

Ein entscheidender Grund für dieses besondere Gewicht der wirtschafts- und finanzpolitischen Ausrichtung war, dass Professor Ernst Schneider als Präsident der IHK über exzellente Kontakte zur Bundesre-



gierung, zu den Ministerien und Abgeordneten verfügte. In seiner Zeit als DIHT-Präsident von 1963 bis 1968 haben sich diese noch weiter vertieft. Prominente Bundespolitiker waren daher in der IHK stets willkommene Gäste in der Vollversammlung und den Fachausschüssen. So sprach zum Beispiel am

Bundesfinanzminister Franz Etzel (links) im angeregten Gespräch mit IHK-Präsident Dr. Ernst Schneider 1960 ...



... und sein Nachfolger,
Bundesfinanzminister Dr.
Heinz Starke (rechts), auf
dem Weg in die IHK 1962.

10. März 1960 der Bundesfinanzminister Franz Etzel, am 28. November desselben Jahres Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard zu den Vollversammlungsmitgliedern.

Standen zuvor steuerpolitische Themen im Vordergrund, so konzentrierten sich Ende der 1950er Jahre die Stellungnahmen der IHK immer stärker auch auf außenwirtschaftliche und damit währungspolitische Fragen. Es ging um die Frage der D-Mark-Aufwertung, die Lösung der deutschen Zahlungsbilanzüberschüsse, um das neue Außenwirtschaftsgesetz, um die entstehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und schließlich immer wieder auch um entwicklungspolitische Fragen.

In den wirtschaftspolitischen Positionen der IHK während der fortschreitenden 1960er Jahre wurde der Ruf nach einer in sich geschlossenen wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption der Regierung immer lauter. Ausführliche Stellungnahmen der IHK zum neuen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz im Jahre 1966 kennzeichnen das anhaltende Engagement in dieser Zeit.

Bescheiden mutet ein eigenes Resümee aus dem Jahre 1964 an, in dem es zum wirtschaftspolitischen Engagement der Kammer heißt: „Die Kammer ist sich durchaus der Grenzen bewusst, die ihr rechtlich und sachlich im wirtschaftspolitischen Bereich gezogen sind. Umso mehr bemüht sie sich, auf den Erfahrungen und der Sachkunde aufbauend, die ihr im räumlichen Bezirk zur Verfügung gestellt werden, zur Klärung der Sachverhalte und zur leidenschaftslosen Abschätzung zu erwartender Entwicklungen beizutragen, um dadurch den Politikern die verantwortungsvolle Entscheidung zu erleichtern.“

Ende der 1960er Jahre und danach immer stärker zeichnete sich in den standortpolitischen Fragen eine spürbare Gewichtsverlagerung in der IHK-Arbeit ab. Die regionalen Entwicklungsfragen rückten in den Vordergrund, denn der erste Ölpreisschub 1972 zog auch strukturelle Anpassungsprozesse in der Region nach sich. Der Arbeitsmarkt wurde seit dieser Zeit von Rezession zu Rezession mehr und mehr zum Sorgenkind. Dies spiegelt sich auch in der IHK-Zeitschrift „Unsere Wirtschaft“ wider. Im Jahresbericht 1971 heißt es: „Die Redaktion der Kammerzeitschrift war im Berichtsjahr bestrebt, die inhaltliche Ausrichtung der Aufsätze und Berichte mehr als bisher regionalen Themen zu widmen.“

Regionale Zusammenarbeit

Regionale Zusammenarbeit ist in den letzten drei Jahrzehnten zu einem lebhaft diskutierten Thema im Raum Düsseldorf geworden. Bereits die seit 1970 diskutierte und 1975 in Kraft getretene kommunale Neugliederung warf die Frage des geeigneten Zuschnitts der Städte und Kreise immer wieder auf. Am zähen und letztlich erfolgreichen Kampf der Stadt Monheim um ihre kommunale Selbständigkeit wurde deutlich, wie schmerzhaft neue regionale Zuordnungen sein können.

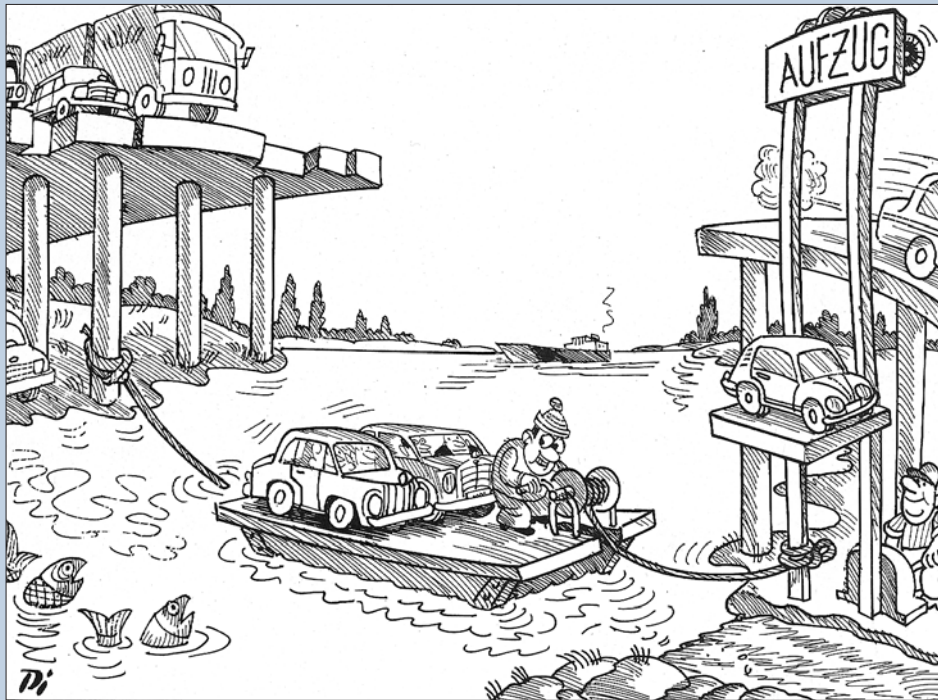
Ausgangspunkt aller regionalpolitischen Diskussionen sind die Verflechtungen zwischen den Gebietskörperschaften innerhalb eines Wirtschaftsraumes. Besonders ausgeprägte Interdependenzen ergaben sich schon ab den 1970er Jahren, als junge Familien aus Düsseldorf ins „Umland“ zogen, um dort preisgünstigen und familiengerechten Wohnraum zu finden. Sie kehrten der Stadt Düsseldorf zwar als Einwohner den Rücken, blieben ihr aber als Einpendler und Arbeitnehmer erhalten.

Mit dem Nachzug von Industrie, Handel und Dienstleistungen in die Peripherie bekam die Arbeitsteilung in der Region Düsseldorf ein neues Muster: Flächenknappheit in Düsseldorf, aber ein ausreichendes und preisgünstiges Flächenangebot in den Nachbarkreisen Neuss und Mettmann mit guter Anbindung an die Autobahnen und niedrigeren Gewerbesteuersätzen lieferten die Motivation für zahlreiche Firmenwanderungen vom Ballungskern Düsseldorf in die Randgemeinden.

Erstmals machte die IHK 1968 die „Interkommunale Zusammenarbeit“ zum Thema einer Vollversammlung in Hilden. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage einer engeren Kooperation Düsseldorfs mit den Nachbargemeinden, um gemeinsam den Flächenbedarf der Unternehmen, aber auch die Pendlerproblematik zu lösen. Schon in dieser Debatte fallen die Schlagworte „Zweckverband“ oder „Arbeitsgemeinschaft“ als mögliche Klammern einer engeren regionalen Kooperation.

Themen gemeinsamen regionalen Interesses wurden in den 1960er Jahren auch schon in der so genannten Niederrhein-Kommission erörtert. Hier ging es allerdings nur um Fragen der Binnenschifffahrt am Niederrhein, die gemeinsam mit den Häfen und Kommunen diskutiert wurden. Es blieb dort stets bei diesem sehr engen Teilausschnitt regionaler Zusammenarbeit.

Regionalpolitische Mitwirkung stand der IHK bis zum Jahre 1975 mit Sitz und Stimme in den so genannten Landesplanungsgemeinschaften zu. Im nachfolgenden Bezirksplanungsrat trat ab 1976 an diese



Um die ökologische Verträglichkeit der A 44 – Rheinquerung tobte ein jahrelanger Streit. Karikatur aus dem IHK-Jahresbericht 1989.

Stelle lediglich ein beratendes Mandat, das zunächst von der IHK Wuppertal, in den Jahren 1989 bis 1999 und ab 2004 wieder von der IHK Düsseldorf wahrgenommen wurde. Abgesehen von dieser beratenden Funktion im Bezirksplanungsrat blieben der IHK weitere Formen der Mitwirkung in der Regionalpolitik bis zum Jahre 1989 versagt. In diesem Jahr entstanden erstmals flächendeckend in NRW unter der von der Landesregierung ausgerufenen „Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen (ZIN)“ so genannte Regionalkonferenzen.

Eine Besonderheit für die ZIN-Region Düsseldorf war ihr Zuschnitt. Die neue Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein umfasste die IHK-Bezirke Düsseldorf und Mittlerer Niederrhein mit den kreisfreien Städten Düsseldorf, Krefeld und Mönchengladbach sowie den Kreisen Mettmann, Neuss und Viersen. Die Zusammenarbeit ließ sich zunächst gut an, da erhebliche Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Strukturhilfe lockten.

Innerhalb kurzer Zeit gelang es den Kammern und Kommunen, umfangreiche Listen förderwürdiger Projekte – darunter die A 44-Rheinquerung – zusammenzutragen. Das Geld als regionales Bindemittel hatte nur kurzfristig Wirkung. Die Strukturhilfemittel flossen nach der Wiedervereinigung bekanntlich in die neuen Bundesländer.

Dennoch ist die Bilanz dieser regionalen Zusammenarbeit nach 1989 nicht negativ. Die IHK arbeitete in zahlreichen Arbeitskreisen und in dem zentralen Gremium, dem Regionalen Lenkungsausschuss, kontinuierlich mit. Die Zusammenarbeit ließ neue Formen des Dialogs zwischen den Gebietskörperschaften

und der Wirtschaft entstehen. Die Transparenz über Ziele und Mittel der regionalen und städtischen Entwicklung verbesserte sich stark. Handfeste Ergebnisse dieser Zusammenarbeit waren umfassende planerische Vorarbeiten, die in die Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes in den Jahren 1994 bis 1998 einfließen. Auch die Europäische Gartenschau 2000+ sowie die Regiobahn Kaarst-Mettmann sind greifbare Ergebnisse der regionalen Kooperation dieser Jahre.

Neue Kooperationsmuster entlang des Rheins versprachen in der Zeit seit 1999 wiederholte Annäherungsversuche der Rhein-Metropolen Köln und Düsseldorf. Die dabei immer wieder diskutierte engere Zusammenarbeit der Flughäfen und der Messengesellschaften war, im Nachhinein betrachtet, eher hemmend als fördernd für die Entwicklung einer engeren Rheinland-Kooperation.

Diese neuere Kontroverse hat manche Vorläufer. So wurde die Frage einer engeren Messenkooperation bereits 1968 intensiv zwischen den Städten und den Kammern Köln und Düsseldorf diskutiert, als es um die Verlagerung der Düsseldorfer Messe in das neue Gelände in Stockum ging. Zumindest blieb am Ende dieser Diskussion das Resultat, dass beide Kammern die führenden Hotelbetriebe beider Städ-

Die Regiobahn zwischen Kaarst und Mettmann steht für eine erfolgreiche regionale Kooperation in den 1990er Jahren.



175 Jahre Industrie- und Handelskammer Düsseldorf

te dafür gewinnen konnten, sich wechselseitig bei der Unterbringung von Messegästen zu unterstützen.

Die IHK Düsseldorf hat – um den Gedanken der Rheinland-Kooperation auch in der Gegenwart lebendig zu halten – zusammen mit ihren rheinischen Schwesterkammern immer wieder gemeinsame Projekte für die Wirtschaft initiiert. Inzwischen gibt es erfolgreiche Branchenplattformen für die Biotechnologie-Unternehmen, die Automobilindustrie und die Umwelttechnik.

Offen ist, welchen Rahmen die künftige Verwaltungsstrukturreform den Kommunen und Kreisen und letztlich auch den IHKs für die regionale Kooperation im Rheinland bieten wird.

In einer gemeinsamen Entschliebung haben die rheinischen IHKs im Jahre 2004 für das Rheinland die gleichen politischen Gestaltungsspielräume gefordert, wie sie dem Ruhrgebiet mit dem neuen Gesetz zum Regionalverband Ruhr (RVR) zugestanden wurden. Gleichzeitig vereinbarten die IHKs Aachen, Bonn, Mittlerer Niederrhein, Köln und Düsseldorf die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern im Rheinland“.

Eine völlig neue Struktur für die regionale Zusammenarbeit hat die Landesregierung mit den neuen Regionalagenturen noch im Jahre 2004 geschaffen. Sie sollten die regionale Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik – im Wesentlichen die Verteilung von

Fördermitteln – in die Hand nehmen. Ihre regionale Zuständigkeit folgt genau der Abgrenzung der 16 IHK-Bezirke, sie umfasst also hier die Stadt Düsseldorf und den Kreis Mettmann.

Die IHK hat sich im Jahre 2004 entschlossen, dafür gemeinsam die Trägerschaft mit der Landeshauptstadt Düsseldorf, der Handwerkskammer Düsseldorf und dem Kreis Mettmann zu übernehmen. Seit Frühjahr 2005 führt die IHK den Vorsitz in der Regionalagentur. Bedauerlich ist, dass die seit 1989 bestehende Rhein überschreitende Zusammenarbeit in der ZIN-Region einstweilen als beendet gilt.

Stadtentwicklung, Raumordnung, Flächennutzung

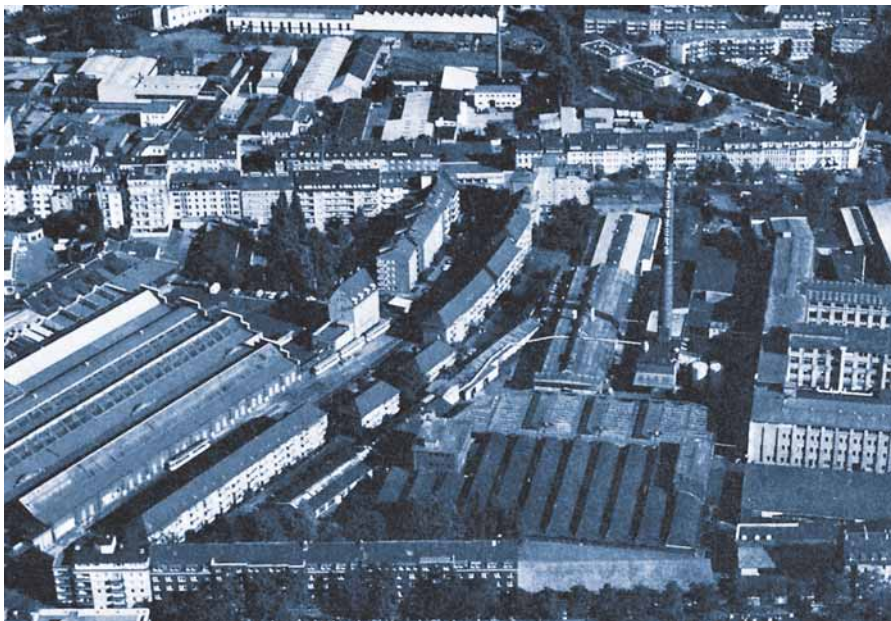
Schon 1955 spielte die Auseinandersetzung mit Fragen der Raumordnung und Stadtplanung in der IHK-Arbeit eine wichtige Rolle. Damals ging es um die Erarbeitung der so genannten „Leitpläne“ – eine Art Vorläufer der Flächennutzungspläne – durch die Städte im IHK-Bezirk. Überraschend ist das bereits damals formulierte Resümee zum Düsseldorfer Leitplan: „Die intensive Betätigung der Kammer auf dem Gebiete der Raumplanung aufgrund des Leitplans hat die Erkenntnis der Notwendigkeit gefordert, eine überörtliche Abstimmung sowie eine Lösung durch Zweckverbände, die die wirtschaftsbehindernden kommunalen Grenzen überspringen, herbeizuführen.“ Hintergrund war bereits hier die Sorge um sich abzeichnende Flächenengpässe.

Der Wunsch nach ausreichenden Gewerbeflächen wurde 1965 in den Stellungnahmen zum Entwurf des Gebietsentwicklungsplans für den Landkreis Düsseldorf – Mettmann wiederholt.

Zu Beginn der 1960er Jahre zeichnete sich ein neues Thema in der Stadtentwicklung ab, nämlich die Integration von Nahversorgungsunternehmen des Handels- und Dienstleistungssektors in den großen Neubaugebieten, insbesondere in Düsseldorf-Garath. Die IHK sah ihre Aufgabe darin, Firmen für die Ansiedlung zu gewinnen und ihnen eine Standort- und Investitionsberatung anzubieten.

Nach dem massiven Strukturwandel zu Beginn der 1980er Jahre gewannen Fragen der Stadtentwicklung, der Raumordnung und der Flächennutzung neues Gewicht. Der Grund lag auf der Hand: Mit dem Rückzug der Industrie in der Stadt Düsseldorf wuchs das Reservoir an Brachflächen kontinuierlich. Für diese

Deindustrialisierung: Ehemalige Industriegebiete, wie hier das Gelände der Firma Jagenberg, wurden in den 1980er Jahren zu Brachflächen.



Flächen standen neue Nutzungen in der Diskussion.

Im Kreis Mettmann hingegen gab es in den Städten stark unterschiedliche Ausgangslagen: Einerseits die traditionellen Industriestandorte wie Velbert und Heiligenhaus mit ihren Gemengelagen, dem dichten Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe, andererseits die aufstrebenden Städte in der Rheinschiene wie Monheim, Ratingen und Langenfeld, die mit erheblichen Flächenreserven Gewerbe ansiedeln konnten.

Anfang der 1980er Jahre, als der neue Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf sowie der Flächennutzungsplan für die Stadt Düsseldorf erarbeitet wurden und intensive Gespräche zwischen Unternehmen und IHK stattfanden, war es an der Zeit, in diesen Verfahren die gewerblichen Interessen zu sichern. Damals schon wurde sehr deutlich, dass Kernkonflikte in der Planung immer wieder aus der engen Nachbarschaft von Wohnen und Gewerbe resultieren. In diesem Konflikt die gewerblichen Interessen zu vertreten, sie in den politischen Abwägungsprozess einzuspeisen – darin lag der IHK-Auftrag damals wie heute.

Beispiele für diesen Konflikt aus der jüngsten Vergangenheit bieten die politischen Kontroversen zur Entwicklung des Reisholzer Hafens- und Gewerbegebietes und des Düsseldorfer Haupthafens. Im Falle des Reisholzer Hafens führte am Ende ein Architekten-Wettbewerb zu dem auch von der IHK angestrebten Ergebnis, dem Gewerbe neue Wohngebäude als Nachbarn zu ersparen. Für den Haupthafen wird diese Diskussion immer noch geführt.

Gerade nach den einschneidenden Verlusten an industrieller Basis war es der IHK seit den frühen 1980er Jahren besonders wichtig, auch dem produzierenden Gewerbe in den Städten des IHK-Bezirks eine Chance zu geben. Dies zieht sich wie ein roter Faden bis hin zu den Stellungnahmen zum letzten Gebietsentwicklungsplan, der 1998 im Bezirksplanungsrat verabschiedet wurde. Dabei ist auch der Natur- und Landschaftsschutz in enge Konkurrenz zu den gewerblichen Standortansprüchen getreten.

Eine Konsequenz aus dem wachsenden Brachflächenangebot – nicht nur im IHK-Bezirk, sondern praktisch in allen Städten an Rhein und Ruhr – war der Wunsch, die frei gewordenen Flächen mit großflächigem Einzelhandel zu besiedeln. Manche Städte, auch im Kreis Mettmann, gingen recht großzügig mit diesem



Wunsch um, nicht nur auf industriellen Brachflächen, sondern auch auf der „grünen Wiese“.

Kein Wunder, dass sich in den 1970er Jahren schon ein deutlicher Aufholprozess des Kreises Mettmann bei den Geschäftsflächen, der Zahl der Betriebsstätten und der Beschäftigten im Einzelhandel abzeichnete – übrigens ein Phänomen, das sich als Aufholprozess der Mittel- gegenüber den Oberzentren auch andernorts zeigte. Die Stadt Düsseldorf verfuhr bis zur Gegenwart mit wenigen, aber durchaus spektakulären Ausnahmen restriktiv mit der Ansiedlung von Einzelhandel an der Peripherie, weil sie früh die Risiken für die City und die gewachsenen Stadtteilzentren sah.

In allen Bauleitplanverfahren zum großflächigen Einzelhandel seit den 1980er Jahren hat die IHK als Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahmen aus dem Blickwinkel eines räumlichen Leitbildes formuliert, das der Zentrenhierarchie und der Zuordnung von Einzelhandelsstandorten zu Siedlungsschwerpunkten verpflichtet ist. Die Planungen großer Projekte in Düsseldorf, auf dem so genannten Oronto-Gelände zwischen Flingern und Oberbilk, auf dem Schiess-Gelände in Heerdt, an der Paulsmühle, am Bilker Bahnhof, aber auch im Kreis Mettmann sind von der IHK so auf den Prüfstand gestellt worden. In vielen Fällen hat sich die Politik auch dem IHK-Votum angeschlossen und die Planungen zumindest modifiziert. Vielfach stand die Bezirksregierung Düsseldorf in diesen Verfahren an der Seite der IHK.

Von besonderem Gewicht für die Zukunft des Einzelhandels war – wegen der außergewöhnlichen Größenordnung und der Wahl des Standortes – das Centro-Projekt in Oberhausen. Im Bezirksplanungsrat löste

Bereits 1968 wurde das Thema „Wohnen im Hafen“ zum Zankapfel.



Um sich ein Bild von der Situation im Düsseldorf Haupthafen zu machen, „stachen“ 1984 IHK-Hafenausschuss und Geschäftsführung gemeinsam „in See“.

dieses Projekt ab 1993 lebhaft Kontroversen aus, die bis heute nachwirken.

Gemeinsam mit den anderen Kammern im Regierungsbezirk, einigen Städten und anderen Institutionen hat die IHK Düsseldorf am Ende erreicht, dass die Einzelhandelsverkaufsfläche im CentrO auf 70.000 Quadratmeter festgeschrieben wurde. Die Hoffnung, dass damit eine weitere Expansion der Flächen definitiv verhindert werden konnte, musste nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster Mitte 2005 allerdings vorerst begraben werden.

Seit Beginn der 1990er Jahre hat die Einzelhandelsentwicklung eine ganz besondere Brisanz, weil die Wünsche nach Flächenexpansion auf eine stagnierende Nachfrage der Konsumenten treffen. Einzelhandelsprojekte lösen gerade dann in eng besiedelten Räumen erhebliche Kaufkraftumleitungen aus, die die Nachbargemeinden spürbar berühren.

Aus dieser Erkenntnis, dass ein ungehemmter Ansiedlungswettbewerb der Städte am Ende nur Verlierer hinterlässt, ist im Jahre 2000 auf Initiative der IHK und des Kreises Mettmann das Interkommunale Einzelhandelskonzept (INTEK) für die Städte im Kreis Mettmann entstanden. Es sollte die Kommunen in ihrer Bauleitplanung – soweit sie den Einzelhandel betrifft – binden, um eine „Kannibalisierung“ des Handels zu vermeiden.

Das INTEK hatte Modellcharakter; es war das erste interkommunale Konzept dieser Art. Auf „höherer Ebene“ ist schließlich 2004 das „Regionale Einzelhandelskonzept Westliches Ruhrgebiet/Düsseldorf“ in der Moderation der Bezirksregierung unter Mitwirkung der IHK und der Städte entstanden. Es definiert Standorte für den Handel und sieht ein interkommunales Moderationsverfahren vor, wenn konkrete Einzelhandelsprojekte eine festgelegte Größenordnung überschreiten.

Zu Wasser

Der Düsseldorfer Hafen verknüpft die Region über das Binnenschiff vor allem mit den Nordseehäfen Rotterdam und Antwerpen und dem gesamten europäischen Wasserstraßennetz. Als Logistik-Drehscheibe spiegelt der Hafen im Volumen und in der Struktur seines Warenumschlages sehr deutlich den Wandel der regionalen Wirtschaft wider. Aber der Hafen ist nicht nur Logistik-Drehscheibe, sondern auch Standort produzierender Unternehmen, insbesondere der Mühlenindustrie und auch des Kraftwerkes der Stadtwerke.

Heute ist der Hafen primär Empfangshafen. Er bedient nicht nur die Landeshauptstadt und den Kreis Mettmann. Das Hinterland des Hafens reicht traditionell weit in den bergischen Raum hinein. Er ist Schnittstelle der Binnenschifffahrt mit den Verkehrsträgern Straße und Schiene und spielt vor allem für den in den letzten anderthalb Jahrzehnten rasant gewachsenen Containerverkehr eine wichtige Rolle.

Nachdem sich die IHK seit den frühen 1980er Jahren für ein Container-Terminal in Düsseldorf-Eller eingesetzt hatte, dieses aber am Ende nicht nur auf Ablehnung im Rat der Stadt stieß, sondern 1994 auch nicht einmal mehr das Plazet der Deutschen Bahn AG fand, erhielt der Hafen als letzter verbliebener Container-Umschlagplatz im Stadtgebiet eine Schlüsselrolle.

Kaum eine andere Infrastruktureinrichtung stand in der gesamten Nachkriegszeit so lange in einer „Zukunftsdiskussion“ wie der Düsseldorfer Haupthafen. Auf den Kern reduziert, lautete die Frage stets: Wie viel Hafen braucht die Stadt, die Region überhaupt? Welche Hafenflächen sind obsolet und können anderen als logistischen Nutzungen überlassen werden? Welche Nutzungen können und sollen dies sein, um den jeweils verbleibenden Restbestand des Hafens nicht zu gefährden?

Rückschauend betrachtet hat sich die IHK in dieser lang anhaltenden Kontroverse grundsätzlich für den Erhalt der Logistik-Funktionen des Hafens stark gemacht und ist zunächst auch den tertiären Folgenutzungen des Hafens mit Skepsis entgegengetreten.



Geblieben ist bis heute die Zielsetzung, dass ein Wirtschaftsraum wie der IHK-Bezirk auf die Logistikleistungen des Hafens nicht verzichten sollte und der Hafen wegen seiner zahlreichen unvermeidbaren, aber rechtlich zulässigen Immissionen grundsätzlich nicht zum Wohnen taugt.

Hinter diesem Resümee stehen zahlreiche Einzeldebatten, wechselnde Meinungen im Rat der Stadt, Gutachten und Bestandsaufnahmen sowie unterschiedliche Visionen für die mittel- und langfristige Zukunft des Hafens.

Schon im Jahre 1948 richtete die IHK-Vollversammlung als Plattform für die unternehmerische Meinungsbildung in allen Hafenfragen einen Hafenausschuss ein. Auf seiner ersten Sitzung im Jahre 1949 standen die Verkehrserschließung des Hafens und dessen künftige Einbindung in die Stadtentwicklung auf der Agenda.

Lebhaft geführt wurde die Diskussion ab dem Jahr 1960. In diesem Jahr wandte sich die IHK gegen den Fortfall des unteren Rheinwerfts, das einer Verbreiterung der Rheinuferstraße weichen sollte. Die IHK reichte der Stadt damals ein umfangreiches Gutachten ein, das sich für die Beibehaltung des Umschlagplatzes aussprach.

In den 1970er Jahren setzten sich diese gegensätzlichen Betrachtungen fort, immer wieder auch unter dem Blickwinkel, die beabsichtigten städtebaulichen Veränderungen im Hafen in Einklang mit den gewerblichen und logistischen Funktionen zu bringen.

In diesen Debatten wurden vornehmlich Gutachten bewertet, die letztlich auch Daten für die Bauleitplanung setzten. Der IHK ging es dabei vor allem darum, in jeder Phase der städtebaulichen Umwandlung weiterer Hafenteile den Betrieben einen reibungslosen Umschlag ohne existenzgefährdende Produktionsbeschränkungen zu sichern. Schon 1975 hieß die Zielsetzung: „Im Düsseldorfer Hafen muss wieder langfristig geplant werden können.“ Wie ein roter Faden zieht sich durch diese Kontroversen der Wunsch der Hafenwirtschaft nach frühzeitiger und offener Information über die Zukunft des Hafens.

Die entscheidende Phase der Umwandlung weiterer Teile des Hafens in den heutigen Medienhafen lag in den 1980er Jahren. Dies geschah auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses aus dem Jahre 1976. Bürogebäude rückten den traditionellen Umschlagbetrieben näher. Schon Mitte der 1990er Jahre standen die Zeichen auf weiterer Expansion der Büros in dem noch verbliebenen Teil des Hafens. Grundlage der weiteren Diskussion wurde dabei das im Jahre 1993 von der Stadtverwaltung und den Stadtwerken vorgelegte Papier „Perspektiven für den Düsseldorfer Hafen“. In enger Abstimmung mit den Hafenbetrieben hat die IHK dazu ihre grundsätzliche Zustimmung formuliert, „da ihre wesentlichen Forderungen Berücksichtigung fanden. Dies sind Erhaltung der Güterverkehrs- und Umschlagfunktion, Bestandsschutz und Zukunftsperspektiven für die ansässigen Betriebe, kein Heranrücken von sensiblen Nutzungen (Wohnen, Büros) an die emittierenden Betriebe (Mühlen, Lagerhäuser, Kraftwerk) und die Verbesserung der Verkehrserschließung durch eine direkte Verbindung zum Südring“ – so der IHK-Jahresbericht aus dem Jahre 1993.

Um die Jahrtausendwende waren dennoch bereits weitere Teile des Hafens in tertiäre Nutzungen (Büros, Hotel) umgewandelt worden. Die Politik hatte bis dahin dem Wohnen im Hafen allerdings noch kein „grünes Licht“ gegeben, so wie es auch der IHK-Linie stets entsprach.

Container-Terminal in Düsseldorf-Bilk in den 1980er Jahren.

Lastkähne am Düsseldorfer Rheinwerft.





Modell des geplanten
Werstener Kreuzes aus dem
Jahre 1978.

Erst in jüngster Zeit ist diese Frage wieder akut geworden. In einem Lenkungsreis, in dem die IHK im Jahr 2002 ihre Anregungen und Hinweise zu einem entstehenden neuen Hafen-Gutachten vortragen konnte, wurden erneut die Argumente zugunsten eines Logistik-Standortes Hafen oder eines neuen Büro- und Wohnquartiers im Hafen ausgetauscht.

Die IHK hat in umfangreichen Stellungnahmen für ein im Jahr 2005 angelaufenes Bauleitplanverfahren ihre schon früheren Bedenken gegen die enger werdende Nachbarschaft zwischen Wohnungen und den Unternehmen dargelegt. Bislang hat die Vision vom „Wohnen im Hafen“ noch keine konkrete Umsetzung erfahren. Die dort ansässigen Unternehmen sehen sich allerdings durch die immer wiederkehrende Diskussion trotz ihrer langfristigen Pachtverträge stark verunsichert. An dieser Diskussion hat auch die Fusion der Häfen Düsseldorf und Neuss im Jahre 2003 nichts geän-

dert, denn die planerischen Vorstellungen der beiden Städte blieben davon unberührt.

Die Frage der ausreichenden Verkehrserschließung des Hafens ist im Übrigen nach wie vor so aktuell, wie sie bereits unmittelbar nach dem Kriege war.

Zu Lande

Fragen des innerstädtischen Verkehrs berühren Händler und Dienstleister, wenn es um die Kundenströme geht, die Spediteure und den Einzelhandel, wenn es um die Lieferströme geht und schließlich alle Unternehmen, wenn die Pendlerströme betroffen sind.

Die Mobilität dieser Gruppen steht im Spannungsverhältnis unterschiedlicher wirtschafts- und kommunalpolitischer Zielsetzungen. Grob gesprochen: Eingriffe in die Mobilität spielen vor allem dann eine Rolle, wenn umweltpolitische Anliegen an Gewicht gewinnen.



Die ersten verkehrspolitischen Positionen der IHK in der Wiederaufbauphase wurden in einem Forderungskatalog aus dem Jahre 1955 deutlich. Im Rahmen einer Stellungnahme zum Entwurf eines Leitplanes für die Landeshauptstadt Düsseldorf schienen folgende Grundpositionen durch:

- Die IHK plädierte für die großzügige Bemessung der neuen angedachten Verkehrsachsen, die in Nord-Süd-Richtung durch das Stadtgebiet führen sollten. Die Sorge, dass für die innerstädtischen Verkehrsströme keine ausreichenden Kapazitäten zur Verfügung stehen könnten, ist nachvollziehbar, wenn man berücksichtigt, dass auch die überregionalen Verkehre über die B1 durch das Stadtgebiet flossen. Im Sinne eines besseren Verkehrsflusses machte sich die IHK für eine „Verkehrsführung in zwei Ebenen“ stark.
- Schon mit Blick auf den Einzelhandel sprach sich die IHK für eine großzügige Bemessung von Parkplätzen und Parkhäusern aus. Das Parkhausproblem griff sie 1959 erneut auf: Sie rief die gewerbliche Wirtschaft, insbesondere den Einzelhandel auf, sich an der Finanzierung und am Bau neuer Parkhäuser zu beteiligen.
- Schließlich regte sie an, in den Leitplan der Stadt auch Vorschläge zum Bau „einer Unterpflasterbahn zur Entlastung des oberirdischen Straßenverkehrs“ aufzunehmen.

Über ihre beratende Funktion im Ordnungs- und Verkehrsausschuss der Stadt Düsseldorf nahm die IHK ab Anfang der 1960er Jahre Einfluss auf die Parkraumbewirtschaftung. Im Sinne eines engen Dialogs zwischen städtischer Verkehrsplanung und den Unternehmen initiierte sie so genannte Anliegerausschüsse. Ziel war es, Anregungen und Wünsche der vom lebhaften Straßenbau betroffenen Firmen mit der Stadt auszutauschen.

Die mit den wachsenden Einpendlerströmen einhergehenden Verkehrsspitzen kamen 1968 auf die Agenda eines städtischen Arbeitskreises. Die IHK eruierte für die Beratungen, in welchem Maße die Unter-

nehmen zu einer zeitlichen Entzerrung ihrer Arbeitszeiten in der Lage waren, um den Belastungsspitzen des Verkehrs entgegenzuwirken.

In ihrer Stellungnahme zum so genannten Generalverkehrsplan und zur Errichtung von Fußgängerzonen wurde deutlich, dass die IHK der Erreichbarkeit der City durch den Individualverkehr hohe Priorität einräumte, gleichzeitig aber dafür plädierte, den Lkw-Durchgangsverkehr aus der City herauszuhalten. Im Grundsatz gelten diese Positionen bis heute fort.

Parkplatznot herrschte bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre in der Düsseldorfer Innenstadt.



Der U-Bahn-Bau bedeutete für die Düsseldorfer Stadtentwicklung eine herbe Zäsur. Die IHK identifizierte sich von Anfang an stark mit diesem Projekt, sorgte sich aber um das Wohl der Kaufleute während der Bauphase. Im Jahre 1971 gründete sie den so genannten U-Bahn-Koordinierungsausschuss, gemeinsam mit anderen Organisationen der lokalen Wirtschaft. Ein erstes Ergebnis war eine gemeinsame Stellungnahme zum vorgesehenen U-Bahn-Netz, gestützt auf die Befragung von Unternehmen, um Anhaltspunkte für die Kunden- und Besucherströme zu gewinnen. Ab 1978 stand die Frage der Kompensation der U-Bahn-Anlieger für Geschäftseinbußen während der Bauphase im Mittelpunkt, für die im Streitfalle ein Gutachtergremium installiert werden sollte.

Die Auswirkungen des U-Bahn-Baus auf den Einzelhandel zeigten sich über mehrere Jahre hinweg an der Kölner Straße sehr deutlich. Hier hat die IHK in

Während der U-Bahn-Bau den Verkehr auf der Kölner Straße teilweise zum Stillstand brachte (Foto oben), erfreut sich die U-Bahn heute bei den Düsseldorfern und ihren Gästen großer Beliebtheit (Foto unten).



Fahrbahnverengungen zugunsten des Radverkehrs waren lange Zeit Bestandteil der Düsseldorfer Verkehrspolitik.



engem Kontakt mit den Kaufleuten und der Stadt im Rahmen des Stadtteilmarketings an der Revitalisierung des Standortes intensiv mitgewirkt.

Aktuell steht die so genannte Wehrhahnlinie vor ihrem Bau. Auch hier geht es für die IHK wieder um die Frage, wie die Belastungen für die Unternehmen durch die U-Bahn-Planung und den U-Bahn-Bau in Grenzen gehalten werden können.

Innerstädtische Verkehrsthemen rückten erneut 1993 in den Mittelpunkt. Zur Debatte standen Eingriffe in den Individual- und Lieferverkehr, um die Belastung mit Schadstoffemissionen einzudämmen. Die IHK-Vollversammlung schaltete sich mit einem umfangreichen Forderungskatalog zum innerstädtischen Verkehr in die Auseinandersetzung ein. Der eindeutige Tenor war, mit möglichst milden Eingriffen in den Verkehr die Erreichbarkeit der Innenstadt – trotz Konzessionen an den Umweltschutz – zu sichern.

Ab 1995 – dem Beginn der rot-grünen Mehrheit im Düsseldorfer Stadtrat – trat eine spürbare Trendwende in der Verkehrspolitik ein. Fahrbahnverengungen zugunsten des Radverkehrs, Verkehrsberuhigung in der Altstadt und Restriktionen für den Lieferverkehr gehörten zum Katalog der neuen Verkehrspolitik. Die IHK hat mit ihrer Kritik an diesen Maßnahmen die breite Unterstützung ihrer betroffenen Mitgliedsunternehmen erfahren. Diese Phase hat eine neue Erfahrung gebracht, nämlich dass auch Kaufleute – ähnlich wie die Bürgerinitiativen – zu unkonventionellen Protesten greifen, wenn sie nicht gehört werden.

Restriktive Lieferzeiten, Zunahme von Kurierdiensten und Auslieferungsservice des Handels verschaff-

ten zur gleichen Zeit dem Lkw-Lieferverkehr besondere Aufmerksamkeit in Politik und Verwaltung. Gemeinsam mit Speditionsunternehmen aus Düsseldorf und dem Kreis Mettmann, der Stadt Düsseldorf und mit Förderung durch die Landesregierung entwickelte die IHK daher ein Konzept für eine Düsseldorfer City-Logistik. Ziel war es, die Warenzustellung in der Innenstadt zu bündeln. Im Jahre 1998 startete die praktische Erprobung.

Trotz des guten Willens aller an diesem Versuch Beteiligten führten am Ende die mangelnde betriebswirtschaftliche Rentabilität und fehlende verkehrstechnische Vorteile zugunsten der City-Logistik schließlich zu einem Abbruch dieses Experimentes. Die gleiche Erfahrung mussten übrigens die meisten aller anderen Städte machen, die sich für die City-Logistik engagiert hatten.

Es mag sein, dass es künftig zu einer Wiederbelebung der City-Logistik-Ideen kommt, denn umweltpolitische Restriktionen haben den Lkw-Verkehr inzwischen erneut eingeholt. Seit 2005 spielt die Feinstaubbelastung durch Dieselfahrzeuge eine Rolle. Die IHK hat sich hier von Anfang an in die Maßnahmen-Diskussionen eingeschaltet, um vor allem die berechtigten Anliegen des Lieferverkehrs und der ansässigen Unternehmen zu vertreten.

Für die Unternehmen ist die Straße mit Abstand der wichtigste Verkehrsträger. Leistungsfähige Verkehrsachsen werden daher zu Recht als „Lebensadern der Wirtschaft“ bezeichnet. Quälend lang sind gerade bei Autobahnen die Planungsverfahren, nicht zuletzt, weil immer stärker Umweltbelange in die Planung einfließen.

Kaum eine Verkehrsachse ist für den IHK-Bezirk von solch herausragender Bedeutung wie die A 44. Sie soll den linksrheinischen Raum mit dem niederbergischen und darüber hinaus mit dem Ruhrgebiet verbinden. Sie ist Teil einer der wichtigen europäischen Verkehrsachsen und reicht von Frankreich über Belgien bis in den osteuropäischen Raum hinein. Sie bildet darüber hinaus den nördlichen Teil des Tangentialnetzes um die Landeshauptstadt Düsseldorf.

Für alle Teilstrecken der A 44 hat die IHK über lange Zeiträume in der Nachkriegszeit in Politik und Verwaltung geworben und in allen Planungsverfahren Position bezogen: Die Teilstrecke Heiligenhaus-Velbert mit dem Birther Tunnel, den Flughafenknoten mit Anschluss an A 52 und A 3, die Rheinquerung bei Illverich, die so genannte Flughafenbrücke, und den Lückenschluss zwischen der A 3 und Velbert.

Zwischen der Rheinquerung der A 44 und der A 3 liegt das älteste Teilstück der A 44 auf Düsseldorfer Stadtgebiet. Es wurde 1992 eröffnet. Damit waren Messe und Flughafen erstmals direkt an das Autobahnnetz angeschlossen. Gerade noch rechtzeitig zur Kunststoffmesse wurde dieser Abschnitt mit einem Volksfest eröffnet. Mit dabei waren zahlreiche Demonstranten – in diesem Falle einmal für die A 44-Rheinquerung.

Die Rheinquerung bei Illverich war besonders umstritten. Über Jahre ging es um die Alternativen „Brücken- oder Tunnelösung“. Schließlich fiel die Entscheidung für die heutige Flughafenbrücke mit zwei Vorlandtunneln auf der Meerbuscher Seite.

Neben den üblichen Instrumenten – Stellungnahmen gegenüber Politik und Verwaltung, Pressestatements – hatte die IHK als Befürworter dieser Lösung auf der Messe „aktiv leben“ 1990 einen Infostand errichtet, an dem Messebesucher über die Planung anhand eines Großmodells unterrichtet wurden. Mit ihrer Unterschrift sprachen sich dort über 3.000 Personen für dieses Projekt aus.

Die Rheinbrücke wurde schließlich am 31. Mai 2002 mit einem Brückenfest eröffnet, auch hier war die Kammer mit einem Infostand vertreten, mit der heute noch aktuellen Botschaft: Das Teilstück zwischen der Autobahn A 3 und Velbert besitzt für den niederbergischen Wirtschaftsraum eine herausragende Bedeutung, mit ihrer Verbindung zur Rheinschiene, in die Benelux-Länder, zur Messe und zum Flughafen Düsseldorf. Speziell

die Auto-Zulieferindustrie kann ihre Standorte und Arbeitsplätze nur in der Region halten, wenn eine störungsfreie, pünktliche Belieferung der Produktionsstätten der Fahrzeugindustrie gewährleistet ist.

Bereits im Jahre 1987 gab es für das östliche Teilstück der A 44 südlich Heiligenhaus einen Planfeststel-



Staatssekretär Dr. Wilhelm Knittel (mit Schere) gab im Herbst 1992 die 16 Kilometer lange A 44-Trasse zum Flughafen für den Verkehr frei.

Auf der Messe „aktiv leben '90“ hatte die IHK mehr als 3.000 Unterschriften für die Vervollendung der A 44 gesammelt.

lungsbeschluss. Dieser wurde allerdings im Jahre 1990 vom OVG Münster aufgehoben. Jahrelange Bemühungen mit Resolutionen, politischen Gesprächen und Stellungnahmen sowie die Arbeit einer von der Kammer mitgetragenen ersten Initiative „A 44 jetzt!“ (eine zweite Aktion unter diesem Namen erfolgte im Vorfeld der Rheinquerung) erschienen vergeblich. Auch gemeinsame Vorstöße mit den DGB-Vorsitzenden des Kreises Mettmann beim Landesverkehrsminister brachten keinen Fortschritt.



Das Vorfeld des Düsseldorfer Flughafens 1965.

So wurde die A 44 in den Folgejahren von der Bundes- und Landespolitik kaum noch weiterverfolgt. Erst nach dem „Ruhrkompromiss“ – einer umfassenden neuen Fernstraßenplanung für das Revier – im Jahre 1997 wurde das Projekt wieder ernsthaft bearbeitet.

Kritisch wurde es noch einmal bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes im Jahre 2003. Ein „besonderer naturschutzfachlicher Planungsauftrag“ drohte, die Realisierung erneut zu gefährden. In einer geradezu vorbildlichen Gemeinschaftsarbeit gelang es der Kammer, dem Land NRW, dem Kreis Mettmann und den Anlieger-Kommunen, die Bundesregierung zu überzeugen, diesen Vorbehalt aufzuheben. Die IHK-Ausschüsse für Heiligenhaus, Velbert, Mettmann, Wülfrath und Ratingen hatten zusätzlich noch einmal eindringlich auf die wirtschaftlichen Folgen einer weiteren Hinauszögerung der A 44 hingewiesen. Die A 44 kam danach in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplanes. Nach Abschluss des weit vorangeschrittenen Planfeststellungsverfahrens kann jetzt endlich mit einem Baubeginn in den nächsten Jahren gerechnet werden. Die Anbindung an das Autobahnnetz des Ruhrgebietes über Velbert hinaus wäre somit gesichert.

..... und in der Luft

Der Düsseldorfer Flughafen ist für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Düsseldorf und des Kreises Mettmann seit der Nachkriegszeit einer der ganz entscheidenden Standortfaktoren. Seine ökonomische Ausstrahlungskraft reicht weit in die linksrheinische Nachbarregion und das Ruhrgebiet hinein.

Der Flughafen ist einer der maßgeblichen Gründe dafür, dass sich internationale Wirtschaftsaktivität in der Region besonders gut entfalten konnte: Export- und Importströme, Investitionen ausländischer Unternehmen, aber auch globale Aktivitäten der hier ansässigen Anbieter von Gütern und Dienstleistungen.

Dass viele der „global players“ in Düsseldorf und der Region ihren Sitz haben, ist auch dem Flughafen zu verdanken. Der Flughafen trug ferner dazu bei, dass sich Düsseldorf nach dem Kriege zu einem der

führenden Messeplätze mit über 20 internationalen Leitmessen entwickeln konnte. Die Aussteller und Besucher, die über den Flughafen die Stadt Düsseldorf erreichen, geben der lokalen und regionalen Wirtschaft wiederum als Kunden des Einzelhandels und der Gastronomie erhebliche Impulse.

So wundert es nicht, dass der Flughafen in Düsseldorf wie alle Flughäfen der Welt als Job-Motor gilt. Der Düsseldorfer Flughafen beschäftigt direkt rund 13.000 Mitarbeiter, alle regionalen Beschäftigungseffekte zusammengekommen summieren sich auf rund 50.000. Dies alles erklärt, warum die Unternehmen im Kammerbezirk – und damit auch die IHK – stets ein vitales Interesse an einem leistungsfähigen Flughafen hatten. Man mag hinzufügen: So wie die Kaufleute im Gründungsjahr der Kammer 1831 ihr vitales Interesse an einem funktionsfähigen Hafen hatten.

Von einigen wenigen Ausnahmejahren abgesehen, wächst der Luftverkehrsmarkt schon über lange Zeiträume mit einer deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegenden Rate. Das immer wiederkehrende Problem des Düsseldorfer Flughafens besteht darin, an diesem Wachstum nur unzulänglich teilnehmen zu dürfen.

Generalausbauplan



Schon im Jahre 1956 stand die Frage an, ob der Flughafen Düsseldorf mit seinem damaligen Ausbauzustand für den neuen Trend zu düsengetriebenem Fluggerät gewappnet sei. Die IHK hat sich in dieser Frage letztlich zu einem Ausbau bekannt, gleichwohl dabei deutlich gemacht, dass sie auf technische Fortschritte bei der Lärmdämpfung der Triebwerke setze. Sie stützte sich dabei auf Gutachten zur Triebwerkstechnik. Diese Argumentation spielte auch in der 1958 aufkommenden landespolitischen Frage eine Rolle, ob der Ausbau des Flughafens Köln/Bonn gegenüber Düsseldorf präferiert werden sollte.

Die IHK stützte ihre Position auf die faktische Marktlage, die einen klaren Vorsprung der Luftverkehrsnachfrage zugunsten des Düsseldorfer Flughafens belegte.

Vorschläge zur Anpassung der Flugpläne der Lufthansa und anderer Airlines gehörten in den 1960er Jahren zu den immer wiederkehrenden Kammeraktivitäten zum Luftverkehr. Dabei koordinierte die IHK als „federführende Kammer in Nordrhein-Westfalen“ auch die Wünsche aus den übrigen Regionen des Landes. Hierbei spielte auch die heute noch aktuelle Forderung der Wirtschaft nach mehr Tagesrandflügen schon eine Rolle.

Unterstützung gab die IHK dem Flughafen schließlich 1977 in ihrer Stellungnahme zum beantragten Bau der Parallelbahn.

Heute liegen die Wachstumshemmnisse des Flughafens in einer Genehmigungssituation, die die Anzahl der Flugbewegungen auf einem Niveau fest schreibt, das weit unterhalb der Nachfrage der Fluggesellschaften liegt. Technisch gesprochen, geht es um die Anzahl der Zeitnischen – der so genannten Slots –, die in den sechs verkehrsreichsten Monaten des Jahres für Starts und Landungen zur Verfügung stehen. Sie wurde begrenzt, um dem Lärmschutz der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Am zähen Ringen des Flughafens um mehr Wachstumsspielräume wird deutlich, welch lange Zeit Genehmigungsverfahren beanspruchen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie durch Verwaltungsgerichtsverfahren immer wieder hinausgezögert werden.

Die IHK hat über viele Jahre das Ringen des Flughafens um mehr Wachstumsspielräume unterstützt. Dabei kamen unterschiedliche Instrumente zum Zuge. Sie zeigen, dass politische Kontroversen auch neue Ansätze in den IHK-Aktivitäten erfordern. Die klassische Unterstützung lag immer wieder in zahlreichen Entschlüssen der Gremien der IHK, also der Vollver-



Die Abfertigungshalle des Flughafens Düsseldorf International heute.



Aufruf zur Weiterentwicklung Düsseldorf International

sammlung und ihrer Ausschüsse, zum Beispiel des Verkehrsausschusses. Durch intensive Pressearbeit wurden diese Resolutionen in die Öffentlichkeit transportiert, selbstverständlich auch über die eigenen Medien der IHK.

In den verschiedenen Genehmigungsverfahren bot sich der IHK „als Träger öffentlicher Belange“ Gelegenheit, aus wirtschaftlicher Sicht die Argumente zu bündeln, die für eine Expansion des Flughafens sprachen. Dass sie dabei stets eine enge Rückkopplung zu den betroffenen Unternehmen suchte, die besonders stark den Flughafen nutzen, versteht sich von selbst. „Testimonials“ aus den Unternehmen, die gegenüber der Presse erklärten, warum sie den Flughafen benötigen, stützten die Argumente zusätzlich.

Für die Unternehmen an Rhein und Ruhr gehört der Flughafen Düsseldorf International zu den wichtigsten Standortfaktoren. Er war stets Motor für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sowie für die Ansiedlung zahlreicher Unternehmen aus dem In- und Ausland.

Mit großer Besorgnis sehen wir, dass der Flughafen künftig diese Rolle verlieren könnte. Nach dem Abschluss der umfassenden Modernisierung seiner Terminals hätte der Flughafen Düsseldorf International zwar sehr gute Voraussetzungen, um am Wachstum des Luftverkehrs teilzuhaben, die aktuelle Genehmigungslage steht einer solchen Erwartung jedoch entgegen.

Aus unserer Sicht fehlen klare und vor allem übereinstimmende Signale aus der Landespolitik und der Kommunalpolitik in der Region Düsseldorf, welche Entwicklungsspielräume man dem Flughafen künftig einräumen will. Aus Sorge um die künftige Standortqualität für die Unternehmen fordern wir alle politisch Verantwortlichen im Land und in den Kommunen auf:

• Burkard Ungricht, Geschäftsführer A. + E. Ungricht GmbH & Co KG, Mönchengladbach • Max Wilhelm Schenck, Geschäftsführender Gesellschafter A. MANNESSMANN MASCHINENFABRIK GmbH & Co. KG, Remscheid • Andreas Skaletz, Geschäftsführer A. S. Ingenieure GmbH, Ratingen • Christian Sutter, Geschäftsführender Gesellschafter A. Sutter GmbH, Essen • Hendrik Weiler, Vorsitzender der Geschäftsführung ABB Color Emag Mittelspannung GmbH, Ratingen • Reiner Brandts, Inhaber Adolf Koch Stempelfabrik, Mönchengladbach • Dr. Lutz Aengevelt, Geschäftsführender Gesellschafter Aengevelt Immobilien KG, Düsseldorf • Frank-Werner Dreisörner, Vorsitzender der Geschäftsführung Alberdingk Boley GmbH, Krefeld • Thomas Geupel, Kaufmännischer Geschäftsführer Aluminium Norf GmbH, Neuss • Kurt Seyboldt, Vorstandsmitglied ara Shoes AG, Langenfeld • Dr. Paul-Otto Fassbender, Vorstandsvorsitzender ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf • Dr. Arno Ralf Wilfert Baron, Geschäftsführer Market Manager Arthur D. Little GmbH, Düsseldorf • Reinhard Wilmes, Vorstand August Heine Baugesellschaft Aktiengesellschaft, Oberhausen • Rolf Königs, Geschäftsführer AUNDE Achter & Ebels GmbH, Mönchengladbach • E.A. Wasmuth, Geschäftsführer AVIT-Hochdruckrohrtechnik GmbH, Essen • Josef Beutelmann, Vorsitzender der Vorstände Barmenia Versicherungen, Wuppertal • Walter Schulz, Leiter Werk Dormagen Bayer AG Leitung Werkdienst, Dormagen • Dr. Jürgen Hinz, Geschäftsführer Bayer Industries Bayer AG Werk Uerdingen, Krefeld • Dr. Bernd von der Linden, Werksleiter BAYER Aktiengesellschaft, Wuppertal • Maximilian Knappertsbusch, Leiter der Niederlassung Firmenkunden Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Düsseldorf • Gerhard Holtrup, Vorstand BEA Holding AG, Düsseldorf • Ute Becker-Wittig, Inhaberin Becker-Wittig Immobilien RDM, Krefeld • Bernd Böving, Bernd Böving Berufskleidung + Industriebekleidung Zweigstelle Goch, Goch • Robert Bienen, Gesellschafter / Geschäftsführer BIEHEN & PARTNER Immobilien GmbH, Mönchengladbach • Horst Gombert, Leiter technischer Außendienst Bilfinger + Berger Bau AG, Düsseldorf • Klaus Lothar Krenge, Geschäftsführender Gesellschafter Bänders Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Krefeld • René Perillieux, Geschäftsführer Booz Allen Hamilton, Düsseldorf • Dirk Elberskirch, Mitglied des Vorstandes Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf • Prof. Dr.-Ing. Klaus Brankamp, Geschäftsführer BRANKAMP AUTOMATION GmbH, Erkrath • Wolfgang R. Bays, Gesellschafter / Geschäftsführer Brune Consulting GmbH, Düsseldorf • Jürgen Drissner, Geschäftsführer Brüninghaus & Drissner G.m.b.H., Hilden • Dr. Roland Peter, Vorsitzender der Geschäftsführung BYK-Chemie GmbH, Wesel • Andreas Böhm, Geschäftsführer BZ Bildungszentrum GmbH, Tönisvorst • Wilhelm F. Thywissen, Geschäftsführer C. Thywissen GmbH, Neuss • Carl Hugo Erbslöh, Geschäftsleitung C.H. Erbslöh KG, Krefeld • Dirk Vornmann, Geschäftsführender Gesellschafter Casino Zollverein GmbH, Essen • Joachim Malich, Leiter Region West Cegelec Anlagen- und Automatisierungstechnik GmbH & Co. KG, Essen • Dipl.-Wirtschafts-Ing. Andreas Haberland, Abteilungsleiter Chemion Logistik GmbH Lager-Leitung, Krefeld • Frank Ullinger, Niederlassungsleiter CONDOOR Schutz- und Sicherheitsdienst GmbH, Düsseldorf • Theo Convent, Geschäftsführender Gesellschafter CONVENT SPEEDITION GmbH, Emmerich • Ralf Bartsch, Geschäftsführer DeCeDe Duisburger Container Terminalgesellschaft mbH, Duisburg • RA Rainer Spenke, Geschäftsführer DEHOGA Nordrhein e.V., Düsseldorf • Manfred Diedrich, Vorsitzender der Geschäftsführung DELPHI DEUTSCHLAND GmbH, Wuppertal • Frank Schneider, Geschäftsführender Gesellschafter „Der Baustoff-Mann“ Schneider oHG, Oberhausen • Bernd Fink, Geschäftsführender Gesellschafter deuka Deutsche Tiernahrung GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Dr. Marcus Dahmen, Mitglied der Geschäftsleitung Deutsche Bank AG, Düsseldorf • Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Goehrmann, Präsident Deutscher Marketing-Verband e.V., Düsseldorf • Alexander Felsenberg, Geschäftsführer, Mitglied des Gesamtvorstandes Deutscher Multimedia Verband (dmv) e.V., Düsseldorf • Dr. Wulf Bernotat, Vorsitzender des Vorstandes E.ON AG, Düsseldorf • Dieter Fritscher, Geschäftsführer ED. Fritscher GmbH & Co. KG Metallwerk, Oberhausen • Harald Wüsthof, Geschäftsführender Gesellschafter Ed. Wüsthof Dreizeck Werk, Solingen • Sven Eggert, Geschäftsführer Eggert Group, Düsseldorf • Rolf Wackermann, Geschäftsführer EKOTEC Gusstechnik GmbH, Ratingen • Markus Lacum, Geschäftsführer Elevator Gesellschaft für Kommunikation mbH, Oberhausen • Uwe Berghelm, Vorsitzender der Geschäftsführung E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Dr. Joachim Hank, Geschäftsführer ERFICARBON GmbH & Co. KG, Grevenbroich • Dr. Ernst Johannes G.S. Trapp Hegemann, Aufsichtsrat Vorstand F. C. Trapp AG, Wesel • Friedrich Georg Conzen, Geschäftsführer F. G. Conzen GmbH, Düsseldorf • Dr. Matthias Mitscherlich, Vorsitzender des Vorstandes Ferrostar AG, Essen • Michael Esser, Geschäftsführer / Inhaber First Reisebüro Esser GmbH & Co. KG, Krefeld • Hans-Joachim Peters, Berater Flughafengesellschaft Mönchengladbach mbH, Mönchengladbach • Frank Schnitzler, Geschäftsführer Frank Schnitzler Parfümerie GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Reiner Brandts, Inhaber Franz Brandts Stempelfabrik, Mönchengladbach • Günther Hülse, Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie. GmbH, Duisburg • Dr. Thomas Kreifels, Office Managing Partner Freshfields Bruckhaus Deringer, Düsseldorf • Karl Bernes, Geschäftsführender Gesellschafter FTB Ferntransporte Bernes & Co. GmbH, Willich • Uwe Spiegel, Geschäftsleitung Galea Kaufhof, Berliner Allee, Düsseldorf • M. Becker, Geschäftsführer Gebr. Becker GmbH & Co., Wuppertal • Heinz Trox, Hauptgesellschafter Gebrüder Trox GmbH, Neukirchen-Vluyn • Detlev Moritz, Geschäftsführender Gesellschafter Gemo G. Moritz GmbH & Co. KG, Krefeld • Rudolf Conrads, Vorsitzender des Vorstandes Geno-Volks-Bank Essen eG, Essen • Dr. Axel Herberg, Vorstandsvorsitzender Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf • Heinrich Gerstmann, Geschäftsführender Gesellschafter Gerstmann Holding GmbH & Co. KG, Oberhausen • Frank Wohlfahrt, Geschäftsführender Gesellschafter Gert Wohlfahrt GmbH, Düsseldorf • Prof. Dr. Hans-Joachim Kollmeier, Vorsitzender des Vorstandes Goldschmidt AG, Essen • Bernd M. Michael, Chairman & CEO Grey Global Group Europe, Middle East, Africa, Düsseldorf • Dipl.-Betriebswirt Heinz Ravens, Inhaber H. Ravens Industrievertretungen, Meerbusch • Andreas Huber, Geschäftsführer Hager & Werken GmbH & Co. KG, Duisburg • Dr. Wolfgang Eiseich, Geschäftsführender Gesellschafter Hans & Willi Eiseich GmbH & Co., Heiligenhaus • Ulrich Trox, Geschäftsführer Hans Trox GmbH & Co. KG, Mülheim an der Ruhr • Matthias J. Hoffmann, Kaufmännischer Geschäftsführer HAZET – WERK, Remscheid • Dirk Grünwald, Geschäftsführender Gesellschafter (zugleich Präsident der IHK zu Essen) Heinrich Grünwald GmbH & Co. KG, Oberhausen • Heinz Schmidt, Geschäftsleitung Heinrich Schmidt GmbH & Co. KG, Mönchengladbach • Ulf Zimmermann, Gesellschafter GL HELBAKO GmbH, Heiligenhaus • Prof. Dr. Gerd Krieger, Managing Partner Hengeler Mueller Rechtsanwälte, Düsseldorf • Edward Hengstenberg, Geschäftsführer Hengstenberg Beteiligungs GmbH, Essen • Prof. Dr. Ulrich Lehner, Vorsitzender der Geschäftsführung Henkel KGaA, Düsseldorf • Dr. Wolfram Rube, Geschäftsführer herbert dahn datensysteme GmbH, Düsseldorf • Hermann Franzen, Persönlich haftender Gesellschafter Hermann Franzen KG, Düsseldorf • Dr. Thomas Haas, Geschäftsführer Hettlage GmbH, Düsseldorf • Michael Specking, Generaldirektor Hilton Düsseldorf, Düsseldorf • Stefan Silber, Direktor Holiday Inn Düsseldorf Airport, Ratingen • Karl-Heinz Altenkamp, Eigentümer Hotel Altenkamp, Ratingen • Michael Lübbert, Inhaber Hotel Schloß Hugenpoet GmbH, Essen • Thomas Lenz, Kaufmännische Leitung Hoyer GmbH Logistikzentrum Rhein-Ruhr, Dormagen • Dr. Sieghard Rometsch, Persönlich haftender Gesellschafter HSBC Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf • Leo Imhoff, Bevollmächtigter Hubert Imhoff GmbH, Essen • Thomas Hüttemann, Geschäftsführender Gesellschafter HUETTEMANN GmbH, Duisburg • Ulrich Hulsbeck, Vorsitzender der Geschäftsführung Hulsbeck & Fürst, Velbert • Dr. Wolf Langer, Geschäftsführer Technik Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Düsseldorf • Manfred Kronen, Geschäftsführer Igeo Internationale Modemodex Kronen GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Heinz Bartels, Geschäftsführer Imperial Logistics International GmbH & Co. KG, Duisburg • Helmut Bortemann, Geschäftsführer Imperial Recederei GmbH, Duisburg • Dr. Gustav Adolf von Halem, Vorstandsvorsitzender Industrie Club Düsseldorf e.V., Düsseldorf • Joachim Schurfass, Geschäftsführer Industrie-Spedition Mönchengladbach, Mönchengladbach • Dr. Reiner Götz, Geschäftsführer / Inhaber Interboden Innovative Lebenswelt GmbH & Co. KG, Ratingen • William Mc Neil, Director International School of Düsseldorf, Düsseldorf • Bernd Mann, Vorstand iSAM AG, Mülheim an der Ruhr • Horst Schäfers, Geschäftsführer ISIS MULTIMEDIA NET GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Dr. Claus Stauder, Geschäftsführender Gesellschafter Jacob Stauder GmbH & Co. KG, Essen • Stefan Schmersal, Geschäftsführender Gesellschafter K.A. Schmersal Holding, Wuppertal • Rolf Kalthöfer, Geschäftsführer Kalthöfer Telekommunikation GmbH, Mönchengladbach • Dr. Rolf, Haag Geschäftsführer KANEX Krohne Anlagen Export GmbH, Duisburg • Dr.-Ing. Klaus Heuck, Generalbevollmächtigter Karl Heuck GmbH & Co. KG, Krefeld • Thomas Conrad, Geschäftsführer Karl Schumacher GmbH & Co. KG, Essen • Peter Fütterer, Personalleiter / Prokurist Kennametal Widia GmbH &



des Flughafens

- für eine spürbare Verbesserung der aktuellen Genehmigungslage von Düsseldorf International einzutreten mit dem Ziel, kurzfristig die Nutzung der vollen Einbahnkapazität auf dem Parallelbahnsystem zuzulassen; dies setzt die Abkehr von den heute festgeschriebenen Stundeneckwerten für Starts und Landungen voraus,
- einen Dialog mit den Angerland-Gemeinden zu beginnen, um tragfähige Lösungen zum Lärmschutz und zur Anpassung des Angerland-Vergleiches zu vereinbaren, die auch den Weg für eine Start- und Landebahnverlängerung freimachen,
- die Grundlagen eines Rahmenplanes zu erarbeiten, der die mittel- und langfristigen Spielräume für die Entwicklung von Düsseldorf International definiert.

Der Flughafen Düsseldorf International ist unser Tor zur Welt. Er muss auch künftig dazu beitragen können, unseren Wohlstand im internationalen Wettbewerb zu sichern.

Im August 2003

Co. KG, Essen • Dr. Werner Sterzenbach, Vorsitzender des Aufsichtsrates Kiekert AG, Heiligenhaus • Henner Kipphardt, Geschäftsführer KIPPHARDT GmbH Bau- und Industriemaschinen, Duisburg • Dr.-Ing. Jochen F. Kirchhoff, Vorsitzender der Geschäftsführung KIRCHHOFF GRUPPE, Iserlohn • Kurt Peltzer, NL-Leiter Klüh - Security GmbH, Düsseldorf • Roger Klüh, ZGF Klüh Service Management GmbH, Düsseldorf • Dieter Hötter, Erster Beigeordneter Kommunalverband Ruhrgebiet, Essen • Werner Jordan, Betriebsleiter Kötter GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Holger Ruhfus, Geschäftsführer KRANKKOM Alexander Kranki Kommunikation GmbH, Duisburg • Helmut Kaspers, Regionalleiter Kühne und Nagel International, Duisburg • Kay A. Espey, Geschäftsführender Gesellschafter LW. Cretschmar GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Ralf Schwartz, Geschäftsführer Lackwerke Peters GmbH & Co. KG, Kempen • Viktor Lemken, Inhaber LEMKEN GmbH & Co. KG, Alpen • Dirk Lindner, Geschäftsführender Gesellschafter Lindner Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Günter Haberland, Geschäftsführer M. Zietzschmann GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Wilhelm Giese, Vorsitzender der Geschäftsführung Messe Düsseldorf GmbH, Düsseldorf • Dr. Joachim Henneke, Vorsitzender der Geschäftsführung Messe Essen GmbH, Essen • Dipl.-Kfm. Werner Wolters, Inhaber Messediens, Mönchengladbach • Dr. Hans-Joachim Körber, Vorsitzender des Vorstandes Metro AG, Düsseldorf • Dipl. Kfm. Norman Willich, Geschäftsführer Michelin Kronprinz Werke GmbH, Solingen • Christian Köhler, Geschäftsführender Gesellschafter MOERSER EISENHANDLUNG GmbH & Co. KG, Moers • Dr. Henner Puppel, Sprecher des Vorstandes National-Bank AG, Essen • Heinz Lison, Geschäftsführender Gesellschafter Neumann Elektronik GmbH, Mülheim an der Ruhr • Eberhard Hücker, Geschäftsführer Neusser Druckerei und Verlag GmbH, Neuss • Eberhard Hücker, Geschäftsführer Neusser Zeitungsverlag GmbH, Neuss • Dr. Jürgen Schuhmacher, CEO New Lab BioQuality AG, Erkrath • Hans-Jürgen Lakenmacher, Betriebsleiter Niederrheinische Bewachungs GmbH, Düsseldorf • Horst Nebken, Geschäftsführer NOVELL GmbH, Düsseldorf • Ursula Patzold, Direktorin Novotel Düsseldorf Airport, Ratingen • Dipl.-Ing. Dieter Harre, Hauptabteilungsleiter NVW AG Niederrheinische Versorgung und Verkehr AG, Mönchengladbach • Walter Weidenfeld, Geschäftsführer Papiersackfabrik Tenax GmbH & Co. KG, Ratingen • Udo Pollok, Geschäftsführer Pollok-Sicherheitsdienste, Düsseldorf • Stephan Lange, Geschäftsführer PROBAT-WERKE von Gimborn Maschinenfabrik GmbH, Emmerich • Ulrich Jansen, Stellv. Vorsitzender des Vorstandes Provinzial Rheinland Die Versicherung der Sparkassen, Düsseldorf • Rolf Kuchenbecker, Geschäftsführer PUKY GmbH & Co. KG, Wülfrath • Johann-Konrad Püll, Geschäftsführer Püll Touristik Novesia-Tours-GmbH, Neuss • Dr. Michael Heinemann, Partner / Mitglied der Geschäftsleitung PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Essen • Horst Engelkes, Mitglied des Vorstandes Readymix AG, Ratingen • Jens Baestlein, Hoteldirektor Relexa Hotel Airport Düsseldorf / Ratingen, Ratingen • Dr. Karl Hans Arnold, Geschäftsführender Gesellschafter Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH, Düsseldorf • Klaus Eberhardt, Vorsitzender des Vorstandes Rheinmetall AG, Düsseldorf • Klaus Kartmann, Direktor Rheinpark Plaza Neuss GmbH Swissotel Düsseldorf / Neuss, Neuss • Merian Dudek, Geschäftsführer Rhenuus Lub GmbH & Co. KG, Mönchengladbach • Jochen Roeser, Geschäftsführer Roeser Medical GmbH & Co. KG, Mülheim an der Ruhr • Gerd Volkmar, Geschäftsführer ROLLON GmbH, Ratingen • Peter Röske, Geschäftsführer Röske Spedition GmbH, Heiligenhaus • Dr. e. h. Achim Middelschulte, Mitglied des Vorstandes Ruhrgas AG, Essen • Harry Roels, Vorstandsvorsitzender RWE Aktiengesellschaft, Essen • Dr. Eberhard Uhlig, Leiter der Kraftwerke Frimmersdorf-Neurath RWE Rheinbraun AG Kraftwerke Frimmersdorf-Neurath, Grevenbroich • Dr. Wolf-Dieter Griebler, Vorsitzender der Geschäftsführung Schellbeen Chemie GmbH, Duisburg • Marc Georg Schauenburg, Geschäftsführender Gesellschafter Schauenburg GmbH, Mülheim an der Ruhr • Matthias Koch, Geschäftsführer SCHMIDT-RUDERSDORF Handel- und Dienstleistungen GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Patrick Schwarz-Schütt, Vorsitzender des Vorstandes SCHWARZ PHARMA AG, Monheim • Ewald Schwing, Geschäftsführer Schwing Fluid Technik GmbH, Neukirchen-Vluyn • Walter Maciejewski, Geschäftsführer SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Robert Prager, Gesellschafter, Geschäftsführer SETTER GmbH & Co. / O-Plast GmbH & Co., Emmerich • Peter B. Kuntze, General Manager Sheraton Essen Hotel, Essen • Helmut Fricke, Geschäftsführer Siebeck-Bitter GmbH, Ratingen • Udo Hinsche, Sprecher der Zweigniederlassung Düsseldorf Siemens AG, Düsseldorf • Michael Schenkel, Geschäftsführer SITARDSBERG HOTEL- UND REISEBETRIEBS GmbH, Duisburg • Axel Blasberg, Geschäftsführer Soeffing Kälte Klima GmbH, Düsseldorf • Dr. Heinz-Josef Welter, Werksleiter Solvay Rheinberg Solvay Deutschland GmbH, Rheinberg • Ernst von Bismarck, Geschäftsführer Sonepar Deutschland GmbH, Düsseldorf • Helmut Wanner, Geschäftsführender Gesellschafter SPIEKERMANN GmbH Beratende Ingenieure, Duisburg • Hans Schwarz, Vorsitzender des Vorstandes Stadtparkasse Düsseldorf, Düsseldorf • Dipl.-Kfm. Karl-Heinz Lause, Vorsitzender des Vorstandes Stadtwerke Düsseldorf AG, Düsseldorf • Heinz Runde, Vorsitzender der Geschäftsführung Stadtwerke Neuss GmbH, Neuss • Rainer Köllen, Geschäftsführer STAHLWILLE Eduard Wille GmbH & Co. KG, Wuppertal • Dieter Dünnhaupt, Geschäftsführer Standard Kessel Lentjes GmbH, Duisburg • Roland Ross, Hoteldirektor Steigenberger Parkhotel Düsseldorf, Düsseldorf • Horst Janssen, Geschäftsführender Mitinhaber STERN - VERLAG & Co., Düsseldorf • Karl-Heinz Stockheim, Gastronom Stockheim GmbH & Co. KG, Düsseldorf • Eberhard Potempa, Geschäftsführer Stora Enso Beteiligungen, Düsseldorf • Friedhelm Sträter, Sträter Industrie Holding KG, Solingen • Wolfgang Stromps, Geschäftsführer Stromps + Co. Int. Spediteure Transport-Kontor, Krefeld • Ibrahim E. Sutton, Geschäftsführender Gesellschafter Sutton-Gastronomie GmbH Zentralverwaltung, Düsseldorf • Hans-Jürgen Lessenich, Geschäftsführer Taxi-Zentrale eG, Mönchengladbach • Wolfgang Suhr, Geschäftsführer Taxizentrale Neuss, Neuss • Erivan K. Haul, Vorsitzender des Beirats Tengelmann Warenhandelsgesellschaft, Mülheim an der Ruhr • Werner Näser, Geschäftsführer Theod. Münke-Korn-Ges. GmbH & Co., Krefeld • Dr. Götz Sadtler, Mitglied des Vorstandes ThyssenKrupp Technologie AG, Essen • Dipl.-Oec. Andreas Schmieg, Vorstandsvorsitzender TORKRET AG, Essen • Renate Köbel, Geschäftsführende Gesellschafterin Trombello Köbel Immobilienconsulting GmbH, Düsseldorf • Dr. Michael Schürenkrämer, Geschäftsführender Gesellschafter Trützschler GmbH & Co. KG, Mönchengladbach • Andreas Schmitz, Geschäftsleitung Tuchfabrik Willy Schmitz GmbH & Co. KG, Mönchengladbach • Josef Gerhard Tünkers, Geschäftsführer TUNKERS SCHUBENBAU GmbH, Ratingen • Udo-Jürgen Hennig, Vorsitzender der Geschäftsführung Unikema GmbH & Co. KG, Emmerich • Wolfgang Nast, Vizepräsident United Parcel Service Deutschland Inc. & Co. OHG, Neuss • Michael Grütering, Hauptgeschäftsführer Unternehmenshaft Düsseldorf und Umgebung e.V., Düsseldorf • Heinz Lison, Präsident Unternehmerverbandsgruppe Ruhr-Niederrhein, Duisburg • Ulrich von der Linde, Geschäftsführer v. d. Linde-Arzneimittel GmbH, Düsseldorf • Friedhelm Wagener, Geschäftsführer VAI Fuchs GmbH, Willstätt-Legelshurst • Hermann Lück, Generalbevollmächtigter Van Eupen Logistik GmbH & Co. KG, Essen • Rolf Getschmann, Geschäftsführer van Laack GmbH, Mönchengladbach • Dr. Helmut Rödl, Hauptgeschäftsführer Verband der Vereine Creditreform e.V., Neuss • VICTORIA Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Düsseldorf • Bernhard Vogel, Geschäftsführer/Inhaber VOGEL GER-MANY GmbH & Co. KG, Kevelaer • Claus Lerscher, Sprecher des Vorstandes Volksbank Düsseldorf Neuss eG, Düsseldorf • Dr. Jörg Mittelsten Scheid, Persönlich haftender Gesellschafter Vorwerk & Co., Wuppertal • Dr. Jean-Pierre Lacoste, Geschäftsführer Vorwerk Elektrowerke GmbH & Co. KG, Wuppertal • Thomas Busch, Geschäftsführender Gesellschafter WALBUSCH Walter Busch GmbH & Co. KG, Solingen • Dipl.-Ing. Martin Schlegel, Leiter der Direktion Walter Bau AG NL Düsseldorf, Düsseldorf • Martin-Christian Schmidt, Geschäftsführender Gesellschafter Walther Flender GmbH, Düsseldorf • Dr. h. c. Erich Schumann, Geschäftsführender Gesellschafter Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlags GmbH & Co. KG, Essen • Werner Böhnke, Vorsitzender des Vorstandes WZG-Bank Westdeutsche Genossenschafts Zentralbank eG, Düsseldorf • Dr. Norbert Wieners, Sprecher des Vorstandes Wilh. Werhahn KG, Neuss • Dipl. Ing. Jost Winter, Geschäftsführer Wilhelm Winter GmbH & Co. KG, Ratingen • Frank Wittig, Geschäftsführer WITTIG GmbH Schiffsausrüstung - Industriebedarf, Duisburg • Theo Sausen, Geschäftsführender Gesellschafter WOMA Apparatebau GmbH, Duisburg • Jürgen Schroeder, Geschäftsführer WOMAG GmbH, Krefeld • Thomas Schmid, Geschäftsführer Xaver Schmid GmbH, Willich • Johannes Beelen, Geschäftsführer Zwilling J. A. Henckels Aktiengesellschaft, Solingen • Dr. Ing. Hans Walter, Honorarkonsul der Republik Kamerun in NRW, Essen • RA Wolfgang Feinendegen, Mönchengladbach

In den diversen Genehmigungsverfahren zeichnete sich aber immer stärker ab, dass Fluglärmgegner sich mit „massenhaften Einwänden“ im Verfahren artikulierten. Eine der PR-Aktionen der IHK darauf war die Aufklebe-Aktion „We fly DUS“ aus dem Jahre 1992. Sie war als öffentliche Sympathiebekundung für den Flughafen gedacht. Ein anderer Ansatz der IHK lag seit dem Antrag des Flughafens auf Einführung eines Lärmkontingentes im Jahre 1992 darin, auch die Unternehmen zu motivieren, ihr vitales Interesse an einem wachsenden Luftverkehr zu formulieren und dieses auch selbst in das Genehmigungsverfahren einzuspeisen.

Die Reaktion in Düsseldorf und im Kreis Mettmann auf diesen Aufruf der IHK war hervorragend. Unterstützt wurde sie durch die benachbarten IHKs an Rhein, Ruhr und Wupper.

Zur weiteren Unterstützung des Flughafens initiierte die IHK schließlich im Vorfeld des jüngsten Genehmigungsverfahrens „zur vollen Nutzung der Einbahn-Kapazität“ – gemeinsam mit den benachbarten IHKs – einen an die Politik gerichteten Aufruf der über 230 führenden Unternehmen im Rheinland und im Ruhrgebiet mit insgesamt mehr als 200.000 Beschäftigten in der Region. Tenor auch hier: Dem Flughafen künftig mehr Bewegungsspielräume zu geben und auch dem Interkontinentalverkehr mit einer verlängerten Start- und Landebahn eine neue Chance zu bieten. Die Landesregierung hat im November 2005 dem Flughafen ca. 15 Prozent mehr Starts und Landungen zugestanden.

Die IHK-Aktivitäten pro Flughafen stießen dabei nicht überall auf Gegenliebe. Vor allem die vor Ort ansässigen Bürgerinitiativen kritisierten, dass die IHK die Bürgerinteressen nicht hinreichend gewürdigt habe. Dieser Vorwurf mag aus Sicht der Flughafenfgegner nachvollziehbar sein, er verkennt aber den gesetzlichen IHK-Auftrag, die Interessen der gewerblichen Wirtschaft zu vertreten.

230 Unternehmen aus dem Rheinland machten sich 2003 für den Ausbau des Düsseldorf Flughafens stark.



Dr. h. c. Friedrich Conzen
Präsident von 1974 bis 1983

Dr. h. c. Friedrich Conzen ist Inhaber der weit über die Grenzen Düsseldorfs hinaus bekannten Rahmen- und Leistenfabrik, Bauglaserei und Kunsthandlung F. G. Conzen, die seit ihrer Gründung im Familienbesitz ist und 2004 stolze 150 Jahre alt wurde.

Friedrich Conzen machte eine kaufmännisch-technische Ausbildung, studierte Betriebswirtschaftslehre und Kunstgeschichte, um 1933 als Lehrling in den elterlichen Betrieb einzutreten, dessen Leitung er nach dem Tod des Vaters im Jahre 1941 übernahm. Als leidenschaftlichem Kunstsammler war es ihm so vergönnt, Beruf und Hobby auf das Angenehmste miteinander verbinden zu können.

Bereits 1955 wurde Conzen in die Vollversammlung, ein Jahr später in das IHK-Präsidium gewählt. Seit 1972 war er ständiger Vertreter des Präsidenten, bis ihm die Vollversammlung von 1974 bis 1983 die Präsidentschaft übertrug. Zu ihrem Ehrenpräsidenten berief das „Parlament der Wirtschaft“ ihn 1984. Friedrich Conzen, langjähriger Weggefährte von Dr. Dr. h. c. Ernst Schneider, war und ist ein en-

gagierter Verfechter der Marktwirtschaft. So, wie er sich für den Erhalt von Wettbewerb und die Gesundung der Staatsfinanzen einsetzte, so energisch wandte er sich gegen staatliche Eingriffe, öffentliche Misswirtschaft und das Subventionsunwesen. Tatkräftig und streitbar scheute er sich nicht, die Dinge, die die Wirtschaft störten und behinderten, deutlich beim Namen zu nennen.

Über sein ehrenamtliches Engagement bei der IHK Düsseldorf hinaus leitete Friedrich Conzen von 1969 bis 1984 als Präsident den Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, dessen Ehrenpräsident er heute ist. Ferner war er Präsident der Deutsch-Französischen Handelskammer in Paris, war Vorstandsmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft sowie Aufsichtsratsmitglied der Düsseldorfer Messegesellschaft. Seine Verdienste um die Handelsforschung und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis ehrte die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln 1979 mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde. 1983 zeichnete der Bundespräsident Friedrich Conzen mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern aus.

Den Kommunen auf die Finger schauen

Trotz des außerordentlich starken Engagements der IHK in bundes- und währungspolitischen Fragen in den 1950er Jahren spielten die Analyse und die politische Bewertung der kommunalen Haushalte schon damals eine herausragende Rolle. Kommunalwirtschaftliche Fragestellungen reichen inzwischen über Fragen der Haushaltswirtschaft hinaus, sie schließen auch die kommunale Betätigung in privatwirtschaftlich besetzten Märkten und die Privatisierung kommunalen Vermögens ein.

Im Haushalts-Dialog mit den Kommunen ging es seit den 1950er Jahren im Kern darum, die Belastung der Unternehmen mit Gewerbesteuern und sonstigen öffentlichen Abgaben in Grenzen zu halten.

Die Stellungnahmen der IHK haben sich dabei stets auf eine Analyse der Entwicklung in den großen Ausgabe- und Einnahmeblöcken, des Investitions- und des Verschuldungsverhaltens gestützt.

Die IHK-Haushaltsstellungen folgten dabei der Grundposition: Konsolidierung und Privatisierung kommunalen Vermögens müssen Vorrang vor Steuererhöhungen und Verschuldung haben, investive Ausgaben, die die Infrastruktur verbessern, sind konsumtiven vorzuziehen, und der Schuldenstand darf künftige Handlungsspielräume nicht einengen. Auch die Folgekosten von Investitionen und die angemessene Rücklagenbildung waren ein durchgängiges Thema in den Stellungnahmen. In den zahlreichen Diskussionen mit Politik und Verwaltung kamen diese Aspekte immer wieder zur Sprache.

Ein Dissens mit den Kommunen über die zutreffende Einschätzung des künftigen Gewerbesteueraufkommens war dabei nicht selten. Schon 1956 gab es hierzu einen handfesten Meinungsaustausch mit der Stadt Düsseldorf.

Die IHK hat bereits in den 1960er Jahren immer den engen Kontakt zu ihren Mitgliedsunternehmen ge-

sucht, um mit ihnen zu treffsicheren Einschätzungen zu gelangen. Unkonventionell war sicherlich auch der 1964 umgesetzte Vorschlag der IHK, einen externen Sachverständigen zur Bewertung der Düsseldorfer Haushaltslage hinzuzuziehen.

Immer wieder spielten im Dialog mit den Kommunen grundsätzliche Fragen der Finanzausstattung der Gemeinden eine wichtige Rolle. Dieses Thema war seit Anfang der 1960er Jahre ein Dauerbrenner. Die IHK hat sich dabei soweit wie möglich mit den Kommunen solidarisiert, wenn es um deren adäquate Finanzausstattung ging. Die Schmerzgrenze lag hier allerdings stets dort, wo die Kommunen ertragsunabhängige Komponenten in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer einbeziehen wollten.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre hat die IHK ihre Stellungnahmen mit interkommunalen Haushaltsvergleichen auf der Basis eines Kennziffern-Systems angereichert. Inzwischen sind solche Vergleiche problematisch geworden, da die Städte in unterschiedlichem Maße Funktionen in Tochtergesellschaften ausgelagert haben.

Die anhaltende Wachstumsschwäche seit dem Jahr 2000 hat die Finanzlage der Kommunen spürbar verschärft. Haushaltssicherungskonzepte, auch solche, die nicht genehmigungsfähig sind, gehören inzwischen schon zum Normalbild. Erfreulich ist, dass in den meisten Kommunen die Haushaltsdisziplin so stark gewachsen ist, dass Gewerbesteuer-Anhebungen möglichst vermieden werden.

Dass erfolgreiche Entschuldung mit Privatisierung betrieben werden kann, hat die Stadt Düsseldorf mit einem Anteilsverkauf der Stadtwerke im Jahre 2000 bewiesen. Die IHK hat in der dazu geführten heftigen Kontroverse die Position der Stadt unterstützt. Auch die Stadt Langenfeld bietet ein gutes Beispiel, wie durch eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik und sparsame Haushaltsführung der Weg in die Komplettentschuldung möglich wird.

Kritisch sieht die IHK bis in die Gegenwart das Hineindrängen kommunaler Tochtergesellschaften in Absatzmärkte, die von privaten Unternehmen bereits besetzt sind.

Die IHK hat daher das ihr mit der Reform der Gemeindeordnung im Jahre 1997 zugestandene Recht zur

Stellungnahme in zahlreichen Einzelfällen genutzt und auf die negativen Folgen für die mittelständische Wirtschaft aufmerksam gemacht.

Standortmarketing: Mit den Pfunden wuchern

Die Standortattraktivität für Kunden und Besucher zu verbessern ist das Ziel des Stadtmarketings und Stadtteilmarketings.

Ansätze zu diesem Thema gab es bereits früh, so etwa mit der Gründung eines Arbeitskreises „City Probleme“, der sich 1966 in Düsseldorf etablierte. Hier waren die innerstädtischen Verkehrsprobleme der Auslöser. Primär von Vertretern der Händler, der Fremdenverkehrswirtschaft und der IHK getragen, ging es dem



Arbeitskreis um die „Lebendigerhaltung der Düsseldorfer Innenstadt“. Wie im heutigen Stadtmarketing war schon damals die enge Zusammenarbeit zwischen der Stadtplanung und der City-Wirtschaft ausdrücklich erwünscht.

In Ratingen formierte sich 1968 „aus tiefer Sorge um die City-Zukunft und der für bedrohlich gehaltenen Konkurrenz moderner Vertriebsformen“ im neuen Stadtteil Eckamp der „Werbering Innenstadt Ratingen e. V.“

Die Hildener Fußgängerzone 1994: Ein Beispiel für gelungenes Stadtmarketing.



Treffen des Stadtteilmarketings Oberkassel 1995 mit Vertretern der IHK.

Dieser Werbering wiederum schloss sich gemeinsam mit der IHK, der Kreishandwerkerschaft und den Kirchen 1969 zur „Aktionsgemeinschaft Innenstadtplanung Ratingen“ zusammen. Diese wurde seinerzeit von der IHK moderiert.

Der breite Einstieg der IHK in das Thema Stadtmarketing und damit auch der Städte im IHK-Bezirk be-

gann allerdings erst im Jahre 1989. Die IHK hat im Kreis Mettmann vor allem in den Jahren 1989 bis 1996 Stadtmarketing-Konzepte mitinitiiert und in zahlreichen Arbeitskreisen aktiv mitgewirkt. In den Städten des Kreises Mettmann erkannten Kaufleute, Politik und Verwaltung zu dieser Zeit, dass die wachsende Mobilität der Kunden den Städten größere Anstrengungen abverlangte, ihre Attraktivität zu verbessern. Das Ziel lautete: Die Bindung der Bürger – vor allem deren Kaufkraft – und der auswärtigen Besucher an die Städte zu festigen.

Von Anfang an wurde das Stadtmarketing als Gemeinschaftsprojekt verstanden. Es musste alle wichtigen Akteure umfassen: Die Stadt, die Wirtschaft, aber auch die kulturellen Einrichtungen.

Methodisch war das Vorgehen in allen Städten sehr ähnlich. Stärken-Schwächen-Analysen bildeten den Auftakt, die Formulierung von Zielen und Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung war Aufgabe spezieller Arbeitskreise und Projektgruppen, die konkrete Lösungsvorschläge erarbeiteten. Meist berichteten sie dann vor dem koordinierenden Gremium, dem so genannten Lenkungskreis.

Marketing für Düsseldorf

Destination Düsseldorf (DD)

Die Initiative zur Gründung von DD im Jahre 1989 ging insbesondere von Hoteliers und der Messe Düsseldorf aus. Vorausgehende Diskussionen gab es dazu im IHK-Fremdenverkehrsausschuss. In den 1990er Jahren hat sich die DD auf die Vermarktung Düsseldorfs nach außen konzentriert. Markenzeichen ist vor allem die Jazz Rallye, die seit über 13 Jahren bundesweit vermarktet wird. Die IHK ist Mitglied von DD.

Forum Stadtmarketing Düsseldorf

Das Forum Stadtmarketing wurde 1998 von der IHK, dem Einzelhandelsverband, den Warenhauskonzernen sowie den fünf Innenstadt-Werbegemeinschaften gegründet. Die IHK finanziert über ihre Mitgliedschaft hinaus Einzelprojekte des Forums Stadtmarketing mit. Ziel des Forums Stadtmarketing ist es, durch abgestimmte Konzepte Bürgern und Besuchern eine verbesserte Aufenthaltsqualität in Düsseldorf zu bieten. Durch eine enge Partnerschaft mit Politik, Verwaltung und Polizei sind verschiedene Projekte aus den Bereichen Stadtmarketing, Kunst,

Kultur, Städtebau, Stadtentwicklung und Verkehr hervorgegangen, so etwa das Projekt „Düsseldorf soll strahlen“, die „Mittsommernacht“, „Ab in die Mitte“, „Die saubere Stadt (Dreck-weg-Tag)“.

Düsseldorf Marketing und Tourismus GmbH (DMT)

Die DMT nahm ihre Geschäftstätigkeit im Jahre 2001 als privat-öffentliche Gesellschaft auf. Gesellschafter sind neben der Landeshauptstadt Düsseldorf die Messe Düsseldorf, die Düsseldorf Congress Veranstaltungsgesellschaft, der Einzelhandelsverband, das Forum Stadtmarketing, die Kreishandwerkerschaft Düsseldorf, die Destination Düsseldorf und die IHK.

Die Aufgabenbereiche der DMT liegen im Tourismus-Marketing, Stadtmarketing, Tagungs- und Kongressmarketing, touristischen Incoming-Geschäft, in Stadtrundfahrten und Stadtrundgängen, im Veranstaltungsmanagement, Hotel-Vermittlungsservice und Messe- und Tagungsservice. Sie ist Betreiberin der Tourist-Information am Bahnhof, im Stadtzentrum und in der Altstadt und auch für das Sportmarketing der Landeshauptstadt zuständig.



1998 war die Gestaltung der Kölner Straße einer der Schwerpunkte des Stadtteilmarketings in Wersten.

In der ersten Stunde des Stadtmarketings im Jahre 1989 waren die Städte Velbert und Hilden dabei. Ein Jahr später folgte Langenfeld, danach – in den Jahren 1991 und 1992 – stießen Erkrath, Heiligenhaus, Mettmann, Monheim und Wülfrath hinzu.

Zeitweise gab es bis zu 30 Arbeitskreise. In vielen dieser Arbeitskreise hat die IHK Konzepte für das Stadtmarketing mitentwickelt. Im Vordergrund standen dabei immer

- die verbesserte Erreichbarkeit der Stadt für den Kunden und Besucher,
- die Koordination von Veranstaltungen,
- die Gründung von Interessengemeinschaften mit dem Ziel, die Stadtwerbung zu fördern,
- Image bildende Gemeinschaftsaktionen,
- Verbraucherbefragungen,
- Verbesserung der Parkplatzsituation und der ÖPNV-Anbindung,
- die Förderung der Außengastronomie,
- Schaufenster-Wettbewerbe,
- die Erarbeitung von Leitbildern zur künftigen Stadtentwicklung.

Nach dieser Anschubphase im Kreis Mettmann schichtete die IHK ihre Aktivitäten seit 1993 kontinuierlich zur Entwicklung des Stadtteilmarketings in Düsseldorf um. Den Auftakt bildete 1993 Oberbilk, ausgehend von einer IHK-Studie über den Wandel dieses citynahen Stadtteils.

Die Stadtteilmarketing-Aktivitäten setzten sich 1998 in Düsseldorf-Wersten, 2000 in Benrath und Eller, 2004 in Garath und schließlich 2005 in Gerresheim fort.

In allen diesen Fällen hat die IHK die Stadtteilmarketing-Arbeitskreise gegründet und moderierte projektbezogene Diskussionen, die zu greifbaren Ergebnissen geführt haben. Im Sinne einer öffentlich-privaten



Partnerschaft sitzen einerseits die Mitglieder der IHK, nämlich Händler und Dienstleister, andererseits aber auch Polizei, Mitglieder der Bezirksvertretung und der Bezirksverwaltungsstelle gemeinsam an einem Tisch.

Publikumswirksame Vermarktung: Das Shadow-Strassenfest im Sommer 1993.

Beispiel Oberbilk-Marketing

Der im Jahre 1993 gegründete und damit am längsten bestehende Stadtteilmarketing-Arbeitskreis hat mittlerweile 60 Mitglieder. Getagt wird zumeist auf Einladung von Unternehmen, die der IHK und den Mitgliedern Gelegenheit geben, sie näher kennen zu lernen. Zahlreiche projektbezogene Diskussionen wurden in der Vergangenheit geführt, etwa zur Wiederbelebung der Kölner Straße, mit dem Ziel, Oberbilk wieder zu einem funktionierenden innerstädtischen Lebenszentrum werden zu lassen.

Viele Einzelprojekte zur Verbesserung der Verkehrssituation und des Branchenmixes wurden während dieser Zeit initiiert. Die Arbeit in Oberbilk kennzeichnete eine enge und gute Zusammenarbeit mit den Fachämtern der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Bezirksvertretung.



IHK-Präsident Friedrich Conzen (rechts) und seine Stellvertreter Rolf Schwarzschütte (Mitte) und Albrecht Woeste erläuterten in der IHK-Vollversammlung 1983 die Folgen des strukturellen Wandels.

Grundlage des Stadtteilmarketings ist stets die systematische Marktforschung, die der praktischen Arbeit vorausgehen hat. Dazu gehören Geschäftserhebungen und -befragungen, um die aktuelle Angebotsituation zu erfassen, aber auch Branchenmixanalysen, Verkaufsflächenerhebungen und andere standortbezogene Fragen, etwa nach der Höhe der Geschäftsmieten und dem Parkplatzangebot. Ergänzt werden diese Daten durch Kundenbefragungen, um auch die Nachfrageseite hinreichend zu beleuchten. Daraus abgeleitet werden Ziele, Projekte und Maßnahmen, gegebenenfalls auch für einen längeren Zeitraum. Nicht zu kurz kommen dabei auch alle Themen der Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Straßenraum.

Im Juni 2005 hat die IHK schließlich ein Netzwerk Stadtteilmarketing ins Leben gerufen. Hier soll über Konzepte und Ideen aus den jeweiligen Stadtteilmarketing-Aktivitäten wechselseitig informiert werden. Ziel ist es, Aktionen abzustimmen, um Überschneidungen zu vermeiden oder um gemeinschaftlich etwas auf die Beine zu stellen.

Erfreulich ist, dass immer wieder Großunternehmen mit Sitz in den jeweiligen Stadtteilen die Stadtteilmarketing-Aktivitäten der IHK unterstützt haben. Eine Nebenwirkung war im Übrigen, dass durch die kontinuierliche Beobachtung von Leerständen manch einem Interessenten ein Tipp bei seiner Suche nach einem geeigneten Ladenlokal gegeben werden konnte.

Strukturanalysen: Vom Sezieren und Kombinieren

Strukturfragen gewinnen immer dann an Bedeutung, wenn es der Wirtschaft schlecht geht. Konjunkturfllaute und Wachstumsschwäche beschleunigen den Struk-

turwandel, es gehen mehr Arbeitsplätze verloren als neue entstehen.

Dennoch gab es bereits strukturelle Bestandsaufnahmen der IHK, als die ungebremste Wachstumsdynamik an sektorale oder regionale Strukturprobleme noch nicht denken ließ.

So legte die IHK schon 1957 eine Studie vor, die die Nachkriegsentwicklung in Düsseldorf in der Zeit seit 1949 nachzeichnete. Der Titel „Düsseldorf 1949 bis 1957 – acht Jahre wirtschaftlicher Aufstieg“ signalisierte bereits, dass ein außerordentlich positiver Grundtenor die Studie bestimmte. So vermeldete der Bericht in den Zwischenüberschriften: „Düsseldorf wächst“, „Neue Arbeitsstätten“, „Expansion der Industrie“, „Handel auf hohem Niveau“. Aber er wies auch bereits auf ein prägendes Merkmal hin, das bis heute – im Gegensatz zu anderen – erhalten blieb: „Zunehmende internationale Verflechtung.“

Von Problemen war also noch nicht die Rede. Im Resümee hieß es damals: „Fast man das Resultat aller Betrachtungen zusammen, so lässt sich feststellen, dass wir in den letzten Jahren gut vorangekommen sind. Der Aufschwung war heftiger, als es zum Beginn der marktwirtschaftlichen Entwicklung die größten Optimisten zu hoffen wagten.“

Ende der 1950er Jahre konzentrierten sich die Strukturanalysen der IHK auf die Rationalisierungsspielräume der Industrie, was vor dem Hintergrund zunehmender Arbeitskräfteknappheit eine durchaus nahe liegende Fragestellung war.

In einer 1970 vorgelegten Strukturanalyse für Düsseldorf klangen erstmals deutliche Warnungen an, künftig zu sehr auf den Tertiär- und Quartärsektor zu



setzen. Jede einseitige Förderung des Dienstleistungssektors sei eine Notlösung.

Für die Stadt Düsseldorf und den gesamten Kreis Mettmann – also den neuen IHK-Bezirk – legte das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, 1977 im Auftrag der IHK eine umfassende Strukturanalyse vor. Diese Studie wies nicht nur auf die begrenzten zukünftigen Wachstumsspielräume der Industrie hin, wobei sie vor allem den Kreis Mettmann meinte; sie zeigte auch die starken Verflechtungen zwischen den beiden Teilräumen auf, die zu engerer interkommunaler Zusammenarbeit führen müssten.

Ein gravierender Strukturbruch im IHK-Bezirk lässt sich rückblickend in der ersten Hälfte der 1980er Jahre konstatieren. Es war die Zeit der Diskussion über die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die vermeintlich den akuten Verlust an industriellen Arbeitsplätzen ausgleichen könnte.

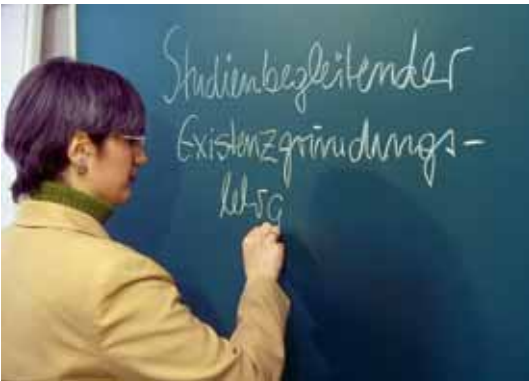
Anfang 1983 hieß es in der Konjunkturanalyse der IHK: „Die ausbleibende Belebung der Binnenkonjunktur und das nachlassende Auslandsgeschäft zwangen die Unternehmen im Kammerbezirk zu weiterer Kosteneinsparung und Rationalisierung, so dass der Arbeitsmarkt erneuten Belastungen ausgesetzt war.“

Diesen gewaltigen Strukturbruch, den Prozess der Deindustrialisierung, sichtbar werden zu lassen und

daraus Vorschläge zur Therapie an Politik und Verwaltung zu richten, war ein neuer Ansatz der standortpolitischen Aktivität der IHK. Gleichzeitig sollten damit die Lücken des RWI-Gutachtens geschlossen werden, das noch zu wenig auf die individuellen Besonderheiten der einzelnen Städte einging. So untersuchte die IHK seit 1984 en détail die Deindustrialisierung in Düsseldorf und im Kreis Mettmann, aber in den Folgejahren auch in den einzelnen Städten des Kreises Mettmann wie in Heiligenhaus, Velbert und Wülfrath. Sie analysierte die Ursachen und gab Hinweise zu möglichen Lösungen. Dabei spielte vor allem für die Diskussion in Düsseldorf die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen und deren Mobilisierung eine besondere Rolle.

Die Analysen wurden in Politik und Verwaltung sowie von den Unternehmen in den IHK-Gremien intensiv diskutiert. Die Stadt Wülfrath ließ die IHK-Strukturanalyse zu einem integralen Baustein der Begründung ihres neuen Flächennutzungsplanes werden.

Rückblickend betrachtet, lag das Neue in dem empirischen Ansatz, mit handfesten Daten, mit eigenen Umfragen und auch mit Prognosen der kommunalen Wirtschaftsförderung und den Stadträten Orientierung zu geben. Heute ist dies ein „Muss“, will die IHK in der standortpolitischen Diskussion Gehör finden.



Seit 1978 bietet die IHK ein umfangreiches Beratungspaket für Existenzgründer an.



Recht und Unternehmensförderung: Von der Wiege bis zur Bahre

Die IHK unterstützt die Unternehmen in ihrem Lebenszyklus – bei der Gründung, Nachfolge, Übernahme, Festigung, Expansion und Beendigung der unternehmerischen Tätigkeit.

Die IHK informiert über Wirtschaftsrecht, Steuern und Unternehmensfinanzierung, aber auch über öffentliche Förderprogramme. Sie setzt sich gegenüber Politik und Verwaltung für Entbürokratisierung und Privatisierung sowie eine unternehmensfreundliche Gesetzgebung ein.

Sie vermittelt der Wirtschaft und den Gerichten Sachverständige und hilft den Unternehmen bei Konflikten mit ihren Geschäftspartnern.

Im gesamten Lebenszyklus von Unternehmen gibt es Kontakt zur IHK, sei es bei Fragen der Firmierung, der Beurteilung des Gründungsvorhabens, der Finanzierung oder der Suche nach einem geeigneten Nachfolger. Düsseldorf und der Kreis Mettmann verfügen über ein gutes Gründungsklima, das dafür sorgt, dass der Bestand an Unternehmen stetig wächst. Das gute Klima wird bestimmt durch die exzellente Qualifikation der Arbeitnehmer, aus deren Reihen auch das Groß neuer Existenzgründungen stammt. Aber es kommt manches andere hinzu: Das hohe Pro-Kopf-Einkommen, die erhebliche Kaufkraft, die Chance, viele Kunden auf engem Raum zu erreichen, vom Outsourcing großer

Unternehmen zu profitieren oder deren Service- und Beratungsbedarf als Dienstleister abzudecken. Der Kreis Mettmann brilliert durch eine mittelständische Unternehmensstruktur, vielfach in der Leitung der Eigentümerfamilien. Nicht nur hier gilt es, die Nachfolge zu regeln.

Für Gründer, ansiedlungsbereite Unternehmen und Unternehmensnachfolger spielen funktionierende Netzwerke der Know-how-Träger für ein solches Vorhaben eine besondere Rolle. Die IHK versteht sich als Teil eines solchen Netzwerkes.



Nomen est omen – das gilt auch bei der Wahl des richtigen Firmennamens.

Nicht zuletzt gehören auch Konflikte und Konfliktbereinigung zur Wirtschaft. Düsseldorf ist ein bedeutsamer Gerichtsstandort, aber auch ein Standort mit großem Bedarf an außergerichtlicher Konfliktbeilegung. Beides sind Themen, die die IHK berühren. Gerichte benötigen zur fachkundigen Einschätzung technischer und kaufmännischer Sachverhalte qualifizierte, von der IHK öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige; die Unternehmen benötigen zur zügigen Konfliktbereinigung Schiedsgerichte.

Auf die Sprünge helfen

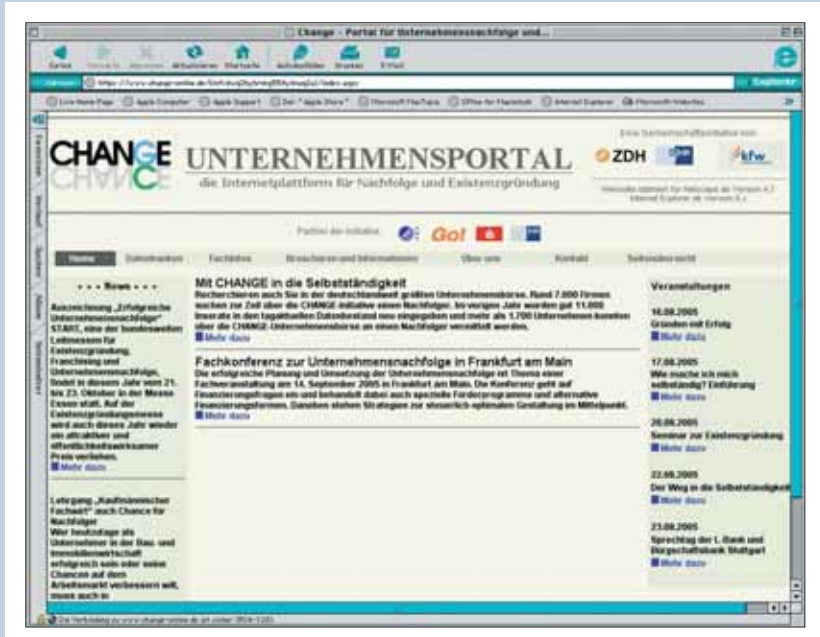
Ende der 1970er Jahre gewann die Existenzgründungsberatung in der IHK spürbar an Bedeutung. Anfragen von Interessenten, die eine selbständige berufliche Existenz aufbauen wollten, nahmen zu dieser Zeit erheblich zu. Darin spiegelte sich auch die angespanntere Arbeitsmarktlage wider, die die Selbständigkeit als Alternative zur Arbeitslosigkeit attraktiv machte.

Die IHK half den Existenzgründern bei der Planung und gründlichen Vorbereitung ihrer Vorhaben. Seit 1978 bot sie ein umfangreiches Beratungspaket für Existenzgründer an. So erschien noch im selben Jahr eine Broschüre der IHK mit ersten Grundinformationen. Die Kammer sah ihre Aufgabe darin, in Einzelberatungen künftige Unternehmer nicht nur über potenzielle Marktchancen zu informieren, sondern sie auch deutlich auf die Risiken und persönlichen sowie finanziellen Belastungen hinzuweisen.

1980 wurde die Förderung von Jungunternehmern und Existenzgründern weiter ausgebaut. Die monatliche Sprechstunde des Arbeitskreises Existenzgründung der Düsseldorfer Wirtschaftsjuvenen ergänzte zu diesem Zeitpunkt die IHK-Beratungen.

1985 führte die Kammer eine Untersuchung der in den vergangenen fünf Jahren staatlich geförderten Existenzgründungen durch, um die Effizienz öffentlicher Förderprogramme und mögliche Verbesserungsansätze für die eigene Gründungsberatung zu ermitteln. Ein überraschendes Ergebnis war, dass die geförderten Existenzgründer im Durchschnitt sechs Arbeitsplätze schufen und auch ein über dem Branchendurchschnitt liegendes Umsatzwachstum verzeichnen konnten. Mit einer guten Vorbereitung gelang also der Start in die Selbständigkeit.

Viele Gründungen werden berufsbegleitend vorbereitet. Daher fanden auch die ab Mitte der 1980er Jahre erstmals an Samstagen angebotenen Existenzgründungsseminare der IHK großen Anklang. Dabei stellte



die IHK auch ein besonderes Interesse der Gründer an einer (aktiven) Beteiligung an bereits bestehenden Unternehmen fest. Viele Gründer sahen erhebliche Vorteile darin, in ein bereits am Markt etabliertes Unternehmen einsteigen zu können. So entstand die IHK-Beteiligungsborse in Düsseldorf, die im Jahre 1987 auch von anderen Kammern übernommen wurde. Durch die überregionale Suche verbreiterten sich die Erfolgchancen bei der Suche nach geeigneten Unternehmen deutlich. Heute gibt es eine bundesweite Existenzgründungs- und Nachfolgebörse unter www.change-online.de, die Angebot und Nachfrage zueinander führt.

Ende der 1980er Jahre rückte die Unternehmensnachfolge in mittelständischen Familienunternehmen immer stärker in den Vordergrund. Der sich schon damals abzeichnende Wunsch, ein bestehendes Unternehmen im Generationswechsel zu übernehmen, ist auch heute noch weit verbreitet. Zahlreiche Veranstaltungen zur Unternehmensnachfolge mit Kooperationspartnern aus der Kreditwirtschaft und den städtischen Wirtschaftsförderern bestimmten das Angebot der IHK.

Übrigens kamen die Gründer – und nicht nur sie – mit der IHK in einen frühen Kontakt, wenn es um die zutreffende Wahl ihres Firmennamens ging. Das deutsche Firmenrecht war bis Ende der 1970er Jahre „eher kleinlich“, denn die Wahl des Firmennamens wurde sehr

Die bundesweite Existenzgründungs- und Nachfolgebörse Change online im Internet.



Alle Hände voll zu tun hatten die Existenzgründungsberater der IHK 1990: Viele Gründer wollten die Marktchancen in Ostdeutschland nutzen.

restriktiv gehandhabt, etwa um kein falsches Bild von der wirklichen Bedeutung des Unternehmens zu vermitteln. Wer sich mit dem Attribut „Westdeutsche“ oder „Deutsche“ im Firmennamen schmücken wollte, musste auch tatsächlich eine führende Position in seiner Branche einnehmen. Nach ersten Liberalisierungsschritten, für die die IHK Düsseldorf stets eingetreten ist, hat letztlich die Handelsrechtsreform von 1998 die Wahl des Firmennamens hin zu mehr Praktikabilität vereinfacht.

Der Existenzgründungsservice der IHK wurde nach der Wiedervereinigung im Jahre 1990 besonders intensiv von Gründern genutzt, die auf die neuen Marktchancen in Ostdeutschland setzten. In den ersten Wochen des Jahres 1990 informierten sich aber auch Interessenten aus Sachsen und Thüringen als Teilnehmer in den Existenzgründungsveranstaltungen der IHK Düsseldorf, weil sie an ihren Wohnorten noch kein entsprechendes Angebot vorfanden. Gerade in einer solchen Aufbruchphase mit „Goldgräber-Stimmung“ zeigte sich immer wieder, dass nur fundierte Fach- und Branchenkenntnisse sowie ein durchdachtes Unternehmenskonzept zu einer erfolgreichen Gründung führen konnten.

Anfang der 1990er Jahre begann die IHK mit einer gezielten Beratung zur Existenzsicherung. Das Ziel war, die Jungunternehmer nach dem Schritt in die Selbstständigkeit durch ein zusätzliches Coaching zu unterstützen. Dieses begleitende Angebot ist im Jahre 2004 zusätzlich noch um eine Krisenberatung erweitert worden. Erstmals im Jahre 1993 bot die IHK auch eine Existenzgründungsberatung für türkische Mitbürger an, gemeinsam mit dem Türkischen Generalkonsulat und dem Zentrum für Türkeistudien. Gerade im Handel und in der Gastronomie zeigte sich aus dieser Gruppe ein lebhaftes Interesse an unternehmerischer Tätigkeit.

Im Herbst 1995 startete die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft die Gründungsoffensive „GO“. Das neue an dieser Offensive war, dass einerseits mit einer breiten PR-Kampagne das Thema Selbstständigkeit und Existenzgründung über Plakate und Anzeigen in die Öffentlichkeit getragen wurde. Nicht zuletzt stand dahinter auch die Hoffnung, arbeitslosen Menschen mit dem Sprung in die Selbstständigkeit eine neue Perspektive zu geben.

Im Herbst 1995 startete die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft die Gründungsoffensive „GO“. Das neue an dieser Offensive war, dass einerseits mit einer breiten PR-Kampagne das Thema Selbstständigkeit und Existenzgründung über Plakate und Anzeigen in die Öffentlichkeit getragen wurde. Nicht zuletzt stand dahinter auch die Hoffnung, arbeitslosen Menschen mit dem Sprung in die Selbstständigkeit eine neue Perspektive zu geben.



Die „GO“-Initiative verstärkte den Netzwerk-Gedanken. So löste die Gründungsoffensive eine engere regionale Kooperation der IHK und der Handwerkskammer mit den städtischen Wirtschaftsförderern sowie den Banken und Sparkassen aus.

Im Rahmen dieser Zusammenarbeit entstanden auch Spezialveranstaltungen für Gründer aus ausgewählten Wirtschaftszweigen, insbesondere aus der stark wachsenden Informations- und Kommunikationsbranche und für den Life Science-Sektor. Darüber hinaus entwickelte die IHK im Kreis Mettmann – zu meist in enger Kooperation mit den Städten – ein flächendeckendes, regelmäßiges Informationsangebot für Existenzgründer.

Neue Zielgruppen kamen verstärkt seit Ende der 1990er Jahre auf die IHK zu: Arbeitslose, die unter Einsatz von öffentlichen Fördermitteln der Arbeitsverwaltung den Schritt in die Selbstständigkeit wagten, nicht

Existenzgründer, die sich mit einer „Ich-AG“ selbstständig machen, kommen verstärkt auf die IHK zu.

zuletzt auch die so genannten „Ich-AG“-Gründer im Rahmen der Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt.

Im Jahre 2002 startete die Kammer gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium NRW und der IHK Mittlerer Niederrhein das Projekt „Go Senior Coaching NRW“. Ziel war es, das reichhaltige Erfahrungswissen von Senioren beziehungsweise erfahrenen Praktikern für Gründer und Jungunternehmer zu nutzen. Die IHKs versprechen sich bis heute von dieser weiteren Abrundung ihres Services Rat und Hilfe für junge Unternehmen in kritischen Phasen kurz nach der Gründung.

Fördertöpfe anzapfen

Gerade im Zusammenhang mit der Existenzgründungsberatung informierte die IHK die künftigen Unternehmer über öffentliche Finanzierungshilfen. Für die Gründer – denen es gleichzeitig an Eigenkapital mangelte und wegen fehlender Sicherheiten auch an Kreditwürdigkeit – war dies ein wichtiges Vehikel auf dem Weg in die Selbständigkeit.

Neben der Information und Einzelberatung lag die Rolle der IHK stets auch darin, zu konkreten Förderanträgen gutachterlich Stellung zu nehmen. Aus ihrer langjährigen Erfahrung mit öffentlichen Förderprogrammen plädierte sie auch stets für eine Lichtung des Förderdschungels.

Heute stehen den Unternehmen mehr als 1.000 verschiedene Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder zur Verfügung. Die Haltung der IHK zu diesen staatlichen Töpfen war immer ambivalent: Als Subventionen, die aus dem allgemeinen Steueraufkommen

finanziert werden, waren sie ordnungspolitisch stets suspekt. Gleichwohl: Wenn die öffentliche Hand sie schon einmal anbot, sah sich die IHK auch verpflichtet, ihren Mitgliedsunternehmen den Zugriff zu erleichtern.

Know-how für Streitfälle

Die Industrie- und Handelskammern bestellen und vereidigen Sachverständige aus vielfältigen Fachgebieten. Ihre Aufgabe ist es vor allem, in Gerichtsverfahren in kaufmännischen oder technischen Fachfragen den Richter mit Sachkunde zu unterstützen. Gerade der lan-



ge Weg der Vorbereitung bis hin zum Nachweis seiner besonderen überdurchschnittlichen Fachkenntnisse macht die Qualifikation der IHK-Sachverständigen aus. Dabei überprüft ein Fachgremium die erforderliche Sachkunde. Erst nach bestandener Prüfung erfolgt die öffentliche Bestellung und Vereidigung durch die IHK.

Ab Mitte der 1950er Jahre nahm die Bedeutung des Sachverständigenwesens zu, die rasante technische und wirtschaftliche Entwicklung dieser Jahre erklärte den wachsenden Bedarf an Sachverständigen in immer neuen Fachgebieten. Die Bestellung und Vereidigung der Sachverständigen erfolgte stets nach eigenem Satzungsrecht der IHK.

So trat im Jahre 1962 eine neue Sachverständigenordnung in Kraft, die seither immer wieder neuen Erfordernissen angepasst wurde.

Die IHK Düsseldorf beteiligte sich Anfang der 1970er Jahre an der Neuordnung des Sachverständigenbeweises im Gerichtsverfahren und setzte sich gleichzeitig für eine angemessene Entschädigung der Sachverständigen im Gerichtsverfahren ein.

Ein neuer Markt für die Sachverständigen entstand Ende der 1980er Jahre, als diese auch die Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen vornehmen durften und

Kraftfahrzeugsachverständige aus der ganzen Bundesrepublik trafen sich 1985 zu einem Erfahrungsaustausch in der IHK.

Öffentliche Förderprogramme waren im April 1990 Titelgeschichte der IHK-Zeitschrift „Unsere Wirtschaft“.





damit die Unternehmen unter einer Vielzahl fachkundiger Partner auswählen konnten.

Mit der steigenden Nachfrage nach Sachverständigen wuchs schließlich auch der Wunsch nach mehr überregionaler Transparenz. Nicht in jeder Region stehen Sachverständige aus allen Fachgebieten zur Verfügung. Derzeit benennt die IHK jährlich rund 6.200 Sachverständige auf Anfrage von Gerichten, von Unternehmen und Privatleuten. Gleichzeitig nahm in den letzten anderthalb Jahrzehnten auch die Nachfrage nach Sachverständigen zu, die in Streitfällen als Schiedsgutachter tätig werden sollten. Um der wachsenden, fachlich immer stärker spezialisierten Nachfrage gerecht zu werden,

entstand in den 1990er Jahren eine bundesweite Sachverständigendatei.

Bei der IHK Düsseldorf sind zurzeit über 130 Sachverständige für über 70 verschiedene Sachgebiete vereidigt. Der Tenor der Vereidigung, der das besondere Fachgebiet umschreibt, nennt die verschiedensten Bereiche wie „Bodenmechanik, Erd- und Grundbau“, „Lasern zur Erzeugung von Lichteffekten“, „Brand- und Explosionsursachen“ oder auch gängige Begriffe wie „Schäden an Gebäuden“, „Sicherheitsschlösser“, „Bewertung von Hausrat“.

2004 wurden die ersten Sachverständigen „für die Verifizierung im Treibhausgas-Emissionshandel“ von der IHK Düsseldorf bestellt und vereidigt.

Wettbewerb und Kooperation unter Kaufleuten verlaufen nicht immer ohne Konflikte. Der Ausgleich divergierender Interessen außerhalb der Gerichte in einem schnellen Verfahren ist den Unternehmen ein wichtiges Anliegen.

1958 richtete die IHK daher eine Einigungsstelle für Wettbewerbsstreitigkeiten ein. Bis heute konnte in den meisten Streitfällen ein gütlicher Ausgleich gefunden werden.

Das Besondere an dieser Lösung war, dass damit ein wenig formgebundener Weg der Konfliktbereinigung gefunden wurde. Anfangs standen vor allem Meinungsdivergenzen der Kaufleute über Rabattaktionen im Vordergrund.

1968 fasste der Bundestag die Rechtsgrundlage für die Einigungsstelle – § 27 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) – neu, was durchaus im Interesse der IHK lag. Den Einigungsstellen wurde damit – wie bereits in der Vorkriegszeit – zugestanden, sich gutachterlich zu Wettbewerbsverstößen auch ohne Zustimmung der betroffenen Parteien zu äußern.

Seit den 1950er Jahren hat sich die IHK in allen Stellungnahmen zur Gesetzgebung dafür engagiert, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb nicht nur den Verbraucherinteressen, sondern auch den Interessen der Unternehmen anzupassen. Das aktuelle UWG zeigt in dieser Hinsicht gegenüber den 1960er Jahren manche Fortschritte, lässt allerdings noch immer einige Wünsche offen.

Bereits zu Beginn der 1950er Jahre wirkte die IHK auch bei der Bildung von Schiedsgerichten mit. Vor allem die Vereinheitlichung der Schiedsgerichtsbarkeit war ihr ein wichtiges Ziel. Im Jahre 1976 verabschiedete sie eine eigene Schiedsgerichtsordnung. Zu vielen Schiedsgerichtsverfahren schlug die Kammer Vorsitzende und sachkundige Beisitzer vor. Einen Aufschwung erlebte die Schiedsgerichtsbarkeit im Zuge der deutschen Einheit und der Wirtschaftsreformen in Osteuropa als Alternative zu den ordentlichen Gerichten.

Zu einem neuen Instrument der Konfliktbereinigung wurde schließlich nach dem Jahre 2000 das so genannte Mediationsverfahren, das im angelsächsischen Raum schon weit verbreitet war. In Mediationsverfahren finden die Konfliktparteien selbst durch eigene Verhandlungen unter der Leitung eines „Mediators“ eine von beiden Seiten akzeptierte Lösung. Dieses Verfahren setzt – im Unterschied zu allen gerichtlichen Verfahren – auf das Prinzip des freiwilligen Ausgleichs. Die IHK kommuniziert dieses Verfahren seit einigen Jahren, denn sie ist davon überzeugt, dass die Mediation alleine aus Kostengründen einer gerichtlichen Auseinandersetzung vorgeschaltet werden sollte.

Im Jahre 2003 verabschiedete die Vollversammlung der IHK Düsseldorf eine eigene Mediationsordnung für die Mitgliedsunternehmen. Auch verfügt die Kammer selbst inzwischen über geeignete Mediatoren.

Wider den unlauteren Wettbewerb

Im Jahre 1953 stellte die IHK nach einer Umfrage fest, dass die Unternehmen für die Beibehaltung des Rabattgesetzes, der Zugabenverordnung und der Regelungen für Sonderverkäufe plädierten. Der IHK wurden zahlreiche Regelverstöße mitgeteilt, um die unlauteren Wettbewerber zur Unterlassung aufzufordern.

1967 hatte sich die Kammer unter anderem mit folgenden Verstößen gegen das Zugabewesen zu befassen:

Verpackungen, die nicht handelsübliches Zubehör darstellen:

- Delfter Schälchen als Verpackung für Senf,
- Bier – oder Whiskygläser als Senfbehälter,
- holländischer Honigkuchen in Külschrankbehältern aus Kunststoff,
- Suppenwürste in Eierbechern.

Nicht handelsübliche Nebenleistungen:

- Kostenlose Verlegung eines Kunststoffbodenbelages,
- freie Fahrt zu einem außerhalb Düsseldorf gelegenen Möbellager,
- kostenlose Änderung von Fertigung,
- kostenlose Gravur von Trauringen,
- Aufhängen von Gardinen ohne Berechnung,
- kostenloser Unterricht beim Kauf einer Schreibmaschine.

Weitere Beispiele verbotener Zugaben:

- Zugabe eines Autoradios bei Kraftfahrzeugkauf,
- bei 20 Rasierklingen Zugabe eines Stücks Rasierseife,
- bei Neueröffnung Abgabe eines Präsentkorbes an jeden 100. Käufer,
- kostenlose Zugabe einer Nerzstola beim Kauf eines Pelzmantels am Eröffnungstage.

Im Jahre 2001 hat der Gesetzgeber das Rabattgesetz und die Zugabenverordnung aufgehoben, drei Jahre später reformierte er das UWG und hob damit unter anderem die Regeln für die Saisonschlussverkäufe und Sonderverkäufe auf.

Anwalt des Mittelstandes

Die mittelständische Wirtschaft mit ihren besonderen Problemen war in der IHK schon Mitte der 1950er Jahre zu einem viel diskutierten Thema geworden. Eindrucksvoll belegt dies eine Schrift der Kammer aus dem Jahre 1957: Unter dem Titel „Der Mittelstand zwischen Bedrängnis und Bewährung in der Sozialen Marktwirtschaft“ skizzierte die IHK die Grundzüge einer marktgerechten Mittelstandspolitik. Die darin angesproche-

nen Themen sind auch heute noch für die mittelständische Wirtschaft von großer Aktualität: Die Steuerpolitik, die Kredit- und Kapitalversorgung, die Behauptung im Wettbewerb, das Nachfolgeproblem sowie die Hilfe zur Selbsthilfe, also die Kooperation mittelständischer Unternehmen. Der Schlusssatz dieser Schrift passt durchaus zur Gegenwart: „Die Gesellschaft und der Staat, welche die Bedeutung des selbständigen gewerblichen Mittelstandes immer wieder betonen, müssen die Aufrichtigkeit ihrer Worte dadurch beweisen, dass sie ihre Politik darauf ausrichten, die Existenzgrundlagen und Lebensbedingungen für einen solchen Mittelstand zu schaffen und zu sichern, das heißt, ihm die Möglichkeit zur Eigentumsbildung und die Freiheit zu unternehmerischer Betätigung geben.“

Zur Verbesserung der mittelständischen Unternehmen unterstützte die IHK in der Mitte der 1960er Jahre die Gründung von Kreditgarantiegemeinschaften für die gewerbliche Wirtschaft. So stimmte die Vollversammlung 1965 der Gründung der Kreditgarantiegemeinschaft Nordrhein-Westfalen zu. Die IHK beteiligte sich schließlich 1966 gemeinsam mit den übrigen Kammern im Lande, den Wirtschaftsverbänden und Kredit-

Neueröffnung des Ernst-Schneider-Saals 1965. Im selben Jahr stimmte die Vollversammlung hier der Gründung der Kreditgarantiegemeinschaft Nordrhein-Westfalen zu.





Die IHK als Mittler zwischen Staat und Wirtschaft: Gespräch über die Auswirkung der Steuerreform mit den Kämmerern und Stadtdirektoren 1988.

instituten an der Kreditgarantiegemeinschaft für Industrie, Verkehrs- und sonstiges Gewerbe in Nordrhein-Westfalen GmbH. Ihr vorrangiges Ziel war es, mittleren und kleinen Unternehmen Bürgschaften für mittel- und langfristige Kredite zu gewähren.

Die Finanzierung mittelständischer Unternehmen blieb auch in der Folgezeit immer wieder im Blickpunkt, so etwa 1971, als sich die IHK für die Errichtung einer Beteiligungs-Garantiegemeinschaft einsetzte. Sie wandte sich auch immer wieder neuen Finanzierungsthemen wie dem Leasing oder – in den letzten Jahren – der Mitarbeiter-Kapitalbeteiligung und dem Rating-Thema (Basel II) zu.

Auch viele der steuerpolitischen Diskussionen hatten durchaus einen „Mittelstands-Touch“. Vertraut klingen noch heute Überlegungen aus den frühen 1950er Jahren, dass eine „Überspannung von Steuertarifen“ letztlich zu einer Einbuße beim Steueraufkommen führt, weil sie die Firmen demotiviert und Ausweichaktionen bei ihnen hervorruft.

Deutlich wird der Mittelstandsaspekt an der Umsatzsteuerdiskussion. Bereits 1958 bezog die IHK dazu Position, also zehn Jahre vor der umfassenden Reform dieser Steuer. Die Kritik richtete sich vor allem gegen die Bruttoallphasen-Umsatzsteuer, die keinen Vorsteuerabzug zuließ und damit vertikal integrierte Großunternehmen gegenüber dem Mittelstand im Preiswettbewerb bevorzugte.

Die Umsatzsteuerreform zog sich bis 1968 in die Länge, weil ab 1963 die Frage der Angleichung der Umsatzsteuersysteme in der EWG mit hineinspielte. Seit Anfang der 1980er Jahre bot die IHK regelmäßige Informationsveranstaltungen nicht nur zur Umsatzsteuer, sondern auch zur Einkommensteuer und zum Reisekostenrecht an.

Netzwerk Mittelstand

Anfang 2000 haben die Industrie- und Handelskammern bundesweit ein „Netzwerk Mittelstand“ aufgebaut. Maßgeblich war daran auch der seit 1999 bestehende Mittelstandsausschuss der IHK Düsseldorf beteiligt. Gemeinsam ist allen darin vertretenen Unternehmen, dass sie vom Inhaber selbst geführt werden.

Das „Netzwerk Mittelstand“ will der Politik konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Lage mittelständischer Unternehmen unterbreiten.

Seit 2002 sind dazu auch vom IHK-Mittelstandsausschuss zahlreiche Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Bereinigung von Gesetzen und Verordnungen formuliert worden.

Mittler zwischen Staat und Wirtschaft

Wenn die Industrie- und Handelskammern gelegentlich als Mittler zwischen Staat und Wirtschaft charakterisiert werden, so trifft dies auf alle Rechtsfragen, die die Wirtschaft berühren, ganz besonders zu. Zum einen geht es der IHK darum, in der Phase der Entstehung eines Gesetzes die Wirkungen auf die Wirtschaft abzuschätzen und aus der engen Rückkopplung mit den Unternehmen Ansatzpunkte für die Modifikation eines Gesetzentwurfes zu gewinnen. Zum anderen liegt eine wichtige Kammernaufgabe darin, die Unternehmen über neue Gesetze und Verordnungen zu informieren und für neue Rechtslagen zu sensibilisieren. Besonderen Stellenwert hatte für die Kammer dabei stets, den Unternehmern eine erste praxisbezogene Information und Hilfestellung zu den rechtlichen Neuerungen zu geben.

Die GmbH-Reformen mit der Ausdehnung des Stammkapitals von zunächst 5.000 über 20.000, dann auf 50.000 D-Mark, heute 25.000 Euro, gehörten ebenso dazu wie die verschärften Publizitätspflichten, die Mitte der 1980er Jahre erstmals den Einfluss Brüssels auf das deutsche Gesellschaftsrecht nur zu deutlich werden ließen. Ein Bestseller, der die Unternehmen für ihre neuen Publizitätspflichten sensibilisierte, ihnen aber auch klar machte, wer nun künftig Einblick in bislang interne Unternehmensdaten nehmen konnte, war „Die GmbH vor dem Röntgenschirm“. Diese IHK-Informationsschrift fand in etlichen Nachdrucken im Jahre 1986 geradezu reißenden Absatz.

Auch die Aktienrechtsreformen der Jahre 1966 und 1994 brachten die IHK besonders stark in die Mittler-



GmbH oder „Limited“?
Diese Frage wurde in mehreren IHK-Veranstaltungen diskutiert.

rolle zwischen Unternehmen und Staat. Die 1994er Reform basierte auf einem Vorschlag, den die IHK-Organisation der Politik unterbreitet hatte; sie brachte neben der Ein-Personen-AG zahlreiche Erleichterungen.

Der Europäische Gerichtshof hat inzwischen mit verschiedenen Entscheidungen den Wettbewerb der Rechtsformen in Europa beschleunigt. So hat eine nach dem Recht eines Mitgliedsstaates der EU errichtete Gesellschaft das Recht, in jedem anderen Mitgliedsstaat tätig zu werden. Diese Entscheidung führte zur vermehrten Gründung der englischen Limited, die gerade für kleine und mittlere Unternehmen wegen des geringen Kapitaleinsatzes attraktiv erschien. Um pro und contra sichtbar zu machen, war allein in den Jahren 2004 und 2005 die „Limited“ sieben Mal Thema von IHK-Informationsveranstaltungen.

Aber auch über das Gesellschaftsrecht hinaus standen Gesetzesänderungen immer wieder im Fokus der IHK-Arbeit: So veränderte sich nach mehr als 100 Jahren im Jahre 2002 das Kaufrecht durch die Schuldrechtsreform erheblich. Die Änderungen im Gewährleistungsrecht, bei allgemeinen Geschäftsbedingungen und beim Unternehmenskauf waren daher Thema zahlreicher IHK-Veranstaltungen für die Mitgliedsunternehmen.

Von gewerblichen Schutzrechten zur Markenpiraterie

Gewerbliche Schutzrechte wie Patente, Gebrauchsmuster und Warenzeichen erforderten bereits 1954 ein IHK-Beratungsangebot für die Unternehmen.

Das Thema hat an Aktualität nicht verloren. Im Gegenteil: Heute ist die Markenpiraterie ein großes Problem. Nach Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages beläuft sich der jährliche Schaden durch Produktfälschungen auf mehr als 200 Milliarden Euro weltweit und allein in Deutschland auf 20 Milliarden Euro.

In den Jahren 2004 und 2005 hat die IHK in Seminaren über die Markenpiraterie informiert. Im Frühjahr 2005 fand dazu eine kleine Ausstellung im Foyer der IHK statt, die an konkreten Beispielen „Original und Fälschung“ zeigte.

Exponate der Ausstellung
„Original und Fälschung“.



International: Der Duft der großen weiten Welt



*Pflege ausländischer Kontakte nach dem Krieg:
IHK-Empfang des konsularischen Korps 1950.*

In allen Fragen des internationalen Geschäftes versteht sich die IHK als erster Ansprechpartner ihrer Mitgliedsunternehmen. Darüber hinaus steht sie allen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen offen, soweit es um Fragen der von ihr landesweit betreuten Schwerpunktländer geht.

Die IHK ist Partner für alle ausländischen Unternehmen und Institutionen, die Kontakte in Düsseldorf und im Kreis Mettmann suchen.

Die IHK unterstützt Unternehmen, die noch nicht im Ausland tätig sind, bei ihren ersten Schritten. Sie

hilft allen Firmen bei der Erschließung großer Wachstumsmärkte wie China, Indien und Russland. Sie stellt Außenwirtschaftsdokumente unbürokratisch zur Verfügung und berät bei der zolltechnischen und rechtlich korrekten Abwicklung des Handels.

In Deutschland gehören Stadt und Region Düsseldorf zu den führenden Außenhandelsplätzen. Rund 15 Prozent des deutschen Außenhandels werden an Düsseldorfer Schreibtischen abgewickelt.

Internationalität eines Standortes bedeutet inzwischen aber deutlich mehr als nur den Austausch von

Gütern: Kapitalströme, vor allem Direktinvestitionen in beiden Richtungen, Distribution und Logistik für die europäischen Absatzmärkte, Outsourcing durch Verlagerung industrieller und zunehmend auch tertiärer Vorleistungen in Niedriglohnländer, Unternehmenskooperationen über die Grenzen hinweg, Ansiedlung ausländischer Unternehmen, Verfügbarkeit internationaler Führungskräfte und international orientierter Mitarbeiter und nicht zuletzt eine Informations-Infrastruktur, mit der sich internationale Geschäftsbeziehungen leicht anbahnen lassen. Vieles davon bietet die Region Düsseldorf auf überschaubarem Raum.

Die zentrale geografische Lage innerhalb des europäischen Binnenmarktes war eine der entscheidenden Erfolgsvoraussetzungen für ausländisches Engagement in der Nachkriegszeit und führte zu erheblichen Investitionen, insbesondere der amerikanischen, britischen, niederländischen und japanischen Wirtschaft. Letzterer fiel eine spürbare Signalwirkung auch für andere Länder des asiatischen Raumes zu. Die Motivation, in die Düsseldorfer Region zu kommen, hing eng zusammen mit der außerordentlich hohen Dichte an Unternehmen und damit zu potenziellen Partnern bei Absatz und Beschaffung. Die Nähe zu den Märkten in den Niederlanden, in Belgien und in Frankreich tat ein Übriges im Zuge der europäischen Integration.

Kontinuierlich wuchs nach dem Krieg nicht nur die Anzahl ausländischer Unternehmen und Repräsentanten auf inzwischen rund 5.000 in der Region; es entstanden mehr und mehr Konsulate sowie sonstige ausländische Wirtschaftsförderungseinrichtungen. Diese sind exzellente Know-how-Träger zur Intensivierung des Handels und der Kapitalströme und zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Region im Ausland. Hinzu

kommt, dass gerade am Standort Düsseldorf zahlreiche Geschäftsbanken die Wirtschaft in allen Fragen der Finanzierung des Auslandsgeschäftes fachkundig begleiten.

Die unter dem Landesdurchschnitt liegende Exportquote der Wirtschaft im Kreis Mettmann könnte die Schlussfolgerung nahe legen, dass sie weniger von der Internationalisierung erfasst ist als die in der Stadt Düsseldorf. Die Exportquote ist aber kein wirklich aussagekräftiger Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Unternehmen. Vielmehr kaschiert sie, dass zahlreiche der mittelständischen Unternehmen im Kreis indirekt in sehr hohem Maße auch von den Exporterfolgen ihrer Abnehmerbranchen abhängig sind. Dies gilt insbesondere für die Zulieferer der Automobilindustrie.

Ein Merkmal der Internationalisierung der Wirtschaft im Kreis Mettmann ist es, dass zahlreiche Zulieferer ihren Abnehmerbranchen, wie der Automobilindustrie, in die neuen Wachstumsmärkte folgen. Hinzu kommt, dass gerade die Zuliefererindustrie unter Kostengesichtspunkten einfachere Komponenten mehr und mehr aus Niedriglohnländern bezieht, um ihre Endprodukte wettbewerbsfähig zu halten.

Sie fragen – wir antworten

Die Außenwirtschafts-Dienstleistungen der IHK spielen sich traditionell in einer beachtlichen Spannweite ab – zwischen den täglichen Anfragen zu Zöllen und zur Abwicklung des Außenhandels bis hin zum Empfang hochkarätiger ausländischer Delegationen.

Information und Beratung im Tagesgeschäft konzentrierten sich schon seit den frühen 1950er Jahren auf Zoll-, aber auch auf Rechtsfragen des Warenverkehrs; in der Wiederaufbauphase mit den sich rasch anbahnenden Exporterfolgen der deutschen Wirtschaft brauchten vor allem die mittelständischen Unternehmen diese Unterstützung. Bereits seit 1947 deckte die IHK den rasant wachsenden Informationsbedarf über einen regelmäßigen Rundschreibendienst zur Außenwirtschaft ab.

In der ersten Phase der europäischen Integration zu Beginn der 1960er Jahre stand die Frage im Mittelpunkt, wie sich in- und ausländische Unternehmen auf



Internationale Kontakte knüpfen: Hier beim Empfang mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak (links) und DIHT-Präsident Hans Peter Stihl 1989.

Ausländische Direktinvestitionen

Wiederholt hat die IHK bereits in den 1960er Jahren die Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung untersucht.

1964 ließen sich 113 Unternehmen mit ausländischem Kapital in die Handelsregister des IHK-Bezirktes eintragen. Davon stammten 25 Prozent aus Großbritannien, 19 Prozent aus den USA. Japan (acht Prozent) lag mit Kanada gleichauf hinter der Schweiz (13 Prozent) an vierter Position.

Insgesamt 942 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung ermittelte die IHK bereits im Jahre 1966.



Die lettische Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga 2005 beim Eintrag in das Goldene Buch der Kammer. Begrüßt wurde sie von IHK-Vizepräsident Michael Rosenberg.

die neuen Marktbedingungen in Europa vorbereiten sollten.

Die ausgehenden 1960er Jahre standen unter dem Einfluss zunehmender Produktionsengpässe, das Interesse der Unternehmen an Zulieferungen aus dem Ausland stieg deutlich an. Die IHK baute ihre Beratung über ausländische Bezugsquellen zügig aus.

Kaum ein Jahrzehnt später bot sich das umgekehrte Bild: Die zu Beginn der 1980er Jahre einsetzende Konjunkturfurche regte immer mehr das Interesse kleiner und mittelständischer Unternehmen am Exportgeschäft an, um einen Ausgleich für die schwache Binnennachfrage zu finden. Ein Ansatzpunkt, um die Unternehmen bei Auslandsanfragen ins Geschäft zu bringen, war der Aufbau einer Datenbank der Im- und Exportprodukte der Mitgliedsfirmen. Gleichzeitig er-

fasste die IHK in dieser Datenbank auch die Länderinteressen der Unternehmen, um eine zielgruppengerechte Ansprache bei Informationsveranstaltungen zu garantieren.

In diese konjunkturelle Schwächephase fiel auch der Ausbau der internationalen IHK-Kooperationsvermittlung, die gegen Ende des Jahrzehnts vor allem den Aufbau von Geschäftsbeziehungen zu osteuropäischen Betrieben erleichtern sollte.

Internationale Konflikte spiegelten sich auch immer wieder deutlich im Beratungsbedarf der Unternehmen wider. So stand Anfang 1991 – vor dem Hintergrund des zweiten Golfkrieges – der Export von so genannten Dual-Use-Gütern, die neben der zivilen auch für die militärische Verwendung tauglich waren, im Mittelpunkt.

Bis zur Gegenwart steckt die Abwicklung des internationalen Warenverkehrs voller Einzelprobleme, wie Mitte 2005 die Wiedereinführung von Einfuhrquoten für Textilerzeugnisse gezeigt hat. Und auch die Bekämpfung des internationalen Terrorismus seit dem 11. September 2001 fordert ihren Tribut, etwa bei der Abwicklung des Containerverkehrs mit Nordamerika.

So lässt sich im Rückblick feststellen, dass der internationale Handel seit dem Kriege enorme Liberalisierungsfortschritte erfahren hat, aber die Tücken seiner Abwicklung immer noch im Detail stecken. Nicht mehr Fragen nach der Höhe eines Zollsatzes, sondern nichttarifäre Handelshemmnisse und neue Formalitäten als Folge von Überwachungsmaßnahmen zur Terrorbekämpfung und -vorbeugung stehen nunmehr im Mittelpunkt der Tagesarbeit.

Immer wieder war Japan Thema in der IHK. Hier ein Empfang japanischer Unternehmerinnen 1969.



25 Jahre Industrie- und Handelskammer Düsseldorf

Auch die Ansatzpunkte, wie man Unternehmen der Region mit ausländischen Geschäftspartnern in Verbindung bringt, haben sich im Laufe der Zeit erheblich verändert. Zu den reinen Informationsveranstaltungen, den Länder- und Investitionseminaren sind handfeste Kontaktbörsen, Intensivberatungen in Form von Einzelgesprächen und die Begleitung auf den neuen Märkten getreten. Die Gründung von Firmenpools als Gemeinschaftsbüros mittelständischer Unternehmen im Ausland, die Organisation von Firmenkontakttreffen und Delegationsreisen in beide Richtungen gehören zu dem erweiterten Instrumentenkasten.

Ein besonderer Glücksfall ist es bis heute, dass gerade Düsseldorf neben Hamburg, Frankfurt und München bevorzugtes Ziel ausländischer Delegationen geworden ist.

Erheblich verändert haben sich im Laufe der Zeit auch die Ansprüche der Kammermitglieder an die Kammer. Gefragt sind qualitativ hochwertige Informationen, vor allem über rechtliche Rahmenbedingungen auf Auslandsmärkten.

Zudem wird von der Kammer erwartet, dass sie als Lotse durch das immer umfangreichere Informationsangebot führt. Im Zuge des allgemeinen Globalisierungsprozesses ist der an außenwirtschaftlichen Fragen interessierte Kundenkreis weit über den klassischen Bereich der Industrie und des Außenhandels hinausgewachsen und erstreckt sich inzwischen auch auf das Dienstleistungsgewerbe.

Nicht jede Kammer kann die gesamte Bandbreite länderspezifischen Wissens vorhalten. Selektion und arbeitsteilige Spezialisierung in Abstimmung mit den übrigen IHKs sind daher ein „Muss“.

Dass die IHK Düsseldorf sich stets intensiv mit dem Schwerpunktland Japan befasste, lag bei der besonderen Konzentration japanischer Unternehmen in der Stadt Düsseldorf nahe. Ähnliches gilt für die Schwerpunktländer Korea und Indien. Neue Impulse für die Spezialisierung lieferten auch die Städtepartnerschaften, zum Beispiel der Stadt Düsseldorf mit Moskau.

Betrachtet man die Methoden des Außenwirtschafts-Services der IHK, so haben Ländersprechtag und Delegationsreisen in beiden Richtungen eine lange Tradition, die bis in die 1950er Jahre zurückreicht. Eine der frühen Düsseldorfer Delegationen reiste 1963 nach London zur Vorbereitung der Britischen Woche in der IHK, die im Mai 1964 stattfand.

Ab Mitte der 1970er Jahre gab es regelmäßige Delegationsreisen ins Ausland, so zum Beispiel 1976 eine Fachinformationsreise nach Japan mit rund 100 Teilnehmern. Es folgten – wegen des durchschlagenden Er-



folges dieser Reise – weitere nach Südamerika, Südafrika, China, Kanada und Australien.

In jüngster Zeit waren es vor allem die „Düsseldorfer Wirtschaftstage in Moskau“, die 2005 bereits zum 5. Mal stattfanden und in der Wirtschaft auf große Resonanz stießen.

Die Präsentation auf Auslandsmessen – auch auf Firmengemeinschaftsständen – blickt ebenfalls auf eine langjährige Tradition in der IHK zurück. Diesen Prozess zu organisieren, war bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre Aufgabe der Außenhandelsstelle für die mittelständische Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, einer von den Handwerks- und Industrie- und Handelskammern getragenen Organisation.

Auf Auslandsmärkten Fuß fassen

Immer gab es besondere Länderschwerpunkte, die sich kontinuierlich über die Jahrzehnte hinweg als „Anker“ erwiesen.

Zu den „Ankerländern“ zählen schon traditionell Japan und Indien, die bereits seit Ende der 1980er Jahre zu den Schwerpunktländern der IHK Düsseldorf gehören, so wie es die nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern im Wege der wechselseitigen, arbeitsteiligen Unterstützung vereinbart hatten.

Aus Indien kam bereits im Jahre 1955 eine erste Delegation in die IHK, immer wieder stand das asiatische Land bei Ländersprechtagen auf der IHK-Tagesordnung.

Ein Höhepunkt war zweifellos eine Delegationsreise im November 1987 mit 25 führenden Wirtschaftsvertretern unter Leitung von Ministerpräsident Johannes Rau, Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen und

Eine Delegation der IHK reiste 1963 nach London, um die Britische Woche im darauf folgenden Jahr vorzubereiten.



Bei den Düsseldorf Wirtschaftstagen in Moskau unter Leitung von Düsseldorf's Oberbürgermeister Joachim Erwin (links) stand auch ein Messebesuch auf dem Programm.

IHK-Präsident Rolf Schwarz-Schütte. Sie führte nach Delhi, Kalkutta, Madras und Bombay. Im Mittelpunkt stand die Modernisierung des indischen Bergbaus, der Stahlindustrie und der Energiewirtschaft. Schon im Jahr danach gab es in der IHK ein Follow-up zu dieser Reise mit dem Besuch des indischen Industrieministers und einer indischen Unternehmerdelegation.

Bis in die Gegenwart hinein bietet die IHK regelmäßig Informationsveranstaltungen zu Indien an und schafft Begegnungen zwischen deutschen und indischen Unternehmen.

Ähnliche Kontinuität zeigen auch die Japan-Aktivitäten. Auch hier kam es schon Mitte der 1950er Jahre zu ersten Kontakten mit japanischen Unternehmen. Die besonders starke Konzentration japanischer Unternehmen in Düsseldorf – auch als Stützpunkt für ihre Europa-Distribution – legte es nahe, die Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Land besonders zu fördern.

Nahezu in jedem Jahr gab es zu den verschiedensten Themen intensive Kontakte mit Repräsentanten der japanischen Wirtschaft. 1981 fanden in Düsseldorf bereits die 7. Deutsch-Japanischen Wirtschaftsgespräche statt, an deren Organisation die IHK mitwirkte. Dabei wurden vor allem Fragen der Markterschließung in Japan diskutiert. In den 1990er Jahren zeichneten sich in der Zusammenarbeit mit japanischen Unternehmen einige neue spezielle Branchenschwerpunkte ab, in denen Japan angesichts ähnlicher wirtschaftspolitischer Herausforderungen vom deutschen Know-how profitieren möchte. Hierzu gehören vor allem die Umwelttechnik und der Gesundheits- und Pflegemarkt. Nach



Russland Kompetenzzentrum Düsseldorf

Am 1. Februar 2001 nahm das Russland Kompetenzzentrum (RKD) in der IHK Düsseldorf seine Tätigkeit auf. Mit diesem Projekt, das von der IHK Düsseldorf gemeinsam mit der Landeshauptstadt Düsseldorf, der Messe Düsseldorf sowie dem Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation ins Leben gerufen wurde, wollen die beteiligten Partner ihre wirtschaftsbezogenen Russlandaktivitäten bündeln und allen interessierten Unternehmen als Anlaufstelle für den Aufbau von Wirtschaftskontakten nach Russland dienen.

Das Konzept des RKD hat sich bewährt und wurde zum Vorbild für analoge Projekte. Die Vorteile einer solchen Anlaufstelle für Unternehmen liegen in:

- der Bündelung des Know-hows der beteiligten Partner,
- dem Zugang zum Netzwerk kompetenter Russlandexperten,
- der Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen den Unternehmen und
- der Begleitung beim Markteinstieg durch ein gezieltes Informations- und Beratungsangebot.

Die Leistungen des RKD werden inzwischen auch verstärkt von russischen Unternehmen und Institutionen in Anspruch genommen.

Das RKD bietet eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen an. Sowohl interkulturelle Seminare als auch das mit Experten des Verbandes der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation konzipierte Managementtraining „Geschäftsaufbau in Russland“ gehören regelmäßig dazu.

Ein Highlight der RKD-Tätigkeit sind die „Düsseldorfer Wirtschaftstage in Moskau“, die seit 2001 in jedem Jahr in der russischen Hauptstadt stattfinden. Eine Unternehmensdelegation unter Leitung von Düsseldorf's Oberbürgermeister Joachim Erwin reist nach Moskau, um sich vor Ort einen persönlichen Eindruck von der aktuellen Marktsituation zu verschaffen und konkrete Geschäftsmöglichkeiten auszuloten.

Im Herbst 2005 fanden zum ersten Mal die „Moskauer Wirtschaftstage in Düsseldorf“ statt.

China Kompetenzzentrum Düsseldorf

Am 24. Januar 2005 wurde das China Kompetenzzentrum, ein Gemeinschaftsprojekt der Landeshauptstadt Düsseldorf, Messe Düsseldorf und der IHK, offiziell eröffnet. Es soll nach dem Vorbild des bereits erfolgreich arbeitenden Russland Kompetenzzentrums agieren.

Die Hauptaufgaben des China Kompetenzzentrums sind:

- Standortwerbung in China,
- Betreuung ansässiger und ansiedlungswilliger chinesischer Unternehmen,
- Förderung von Messebeteiligungen deutscher Unternehmen in China und chinesischer Unternehmen in Düsseldorf sowie
- Unterstützung deutscher Unternehmen bei Geschäften in den Düsseldorfer Partnerregionen in China.

Das China Kompetenzzentrum hat seit seiner Gründung bereits eine Vielzahl von Aktivitäten und Veranstaltungen durchgeführt. Es organisiert Unternehmerreisen und Wirtschaftskonferenzen mit chinesischen Partnerregionen und unterstützt den Aufbau von China-Zentren und eines China-Netzwerks in Düsseldorf. Zudem bietet es individuelle Beratungen und die Veranstaltungsreihe „China goes DUS“ für chinesische Unternehmen an. Die Veranstaltungsreihe „Geschäftspraxis China“ steht unter Federführung der IHK Düsseldorf und richtet sich an deutsche Unternehmen.

Das Leistungsangebot des China Kompetenzzentrums beschränkt sich auf den Bezirk der IHK Düsseldorf. Bei landesweiten Aktivitäten findet eine Abstimmung mit der IHK Köln statt, die Schwerpunktammer für China ist.

diesem Muster, Länder- und Brancheninteressen zu bündeln, erschließt die IHK inzwischen für eine breite Palette von Ländern und Märkten den Unternehmen profilgenaue Geschäftskontakte.

Dass die IHK-Arbeit vielfach die Veränderungen in der Weltwirtschaft, auch in der Weltpolitik, reflektiert, wird an folgenden Beispielen deutlich:

Schon seit Anfang der 1950er Jahre berichtete die IHK über den Handel mit den damaligen „Ostblock-



staaten". Die Region Düsseldorf erlangte in den 1960er Jahren eine Schlüsselstellung im deutschen Osthandel. Verschiedene Ostblockstaaten baten die IHK in dieser Zeit um Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung repräsentativer Ausstellungen und Wirtschaftstage in Düsseldorf.

In den Jahren 1970 und 1971 gab es insgesamt drei Wirtschaftstage mit dem Schwerpunkt Osteuropa: Für Polen, Ungarn und Rumänien. Im Jahre 1982 fand schließlich der Deutsch-Sowjetische Wirtschaftstag in der IHK statt. Dies geschah vor dem Hintergrund verschärfter Sanktionen der USA gegen Lieferungen im Rahmen des deutsch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäftes.

Besonderer Schwung kam in das Thema Osteuropa mit Beginn des Reformprozesses, der Transformation der ehemaligen Staatshandelsländer in marktwirtschaftliche Systeme. So gab es 1989 bereits erste Kontakttreffen mit Mitarbeitern der sowjetischen Handels- und Industriekammer. Ein Forum über neue polnische Investitionsgesetze führte den damaligen Gewerkschaftsführer und späteren Staatspräsidenten Lech Walesa in die IHK, die Kooperation mit polnischen Unternehmen wurde Thema der IHK-Arbeit.

Anfang der 1990er Jahre nahm das Interesse an Osteuropa weiter zu, mehrere Investitionseminare insbesondere zu Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei folgten.

1992 lud die Kammer zu einer großen Wirtschaftskonferenz Osteuropa nach Hilden ein, bei der die Unternehmen mit dem deutschen Wirtschaftsminister und Spitzenpolitikern aus Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei diskutieren konnten.

Zu einem der traditionellen „Ankerländer“ bei den Außenwirtschaftsaktivitäten der IHK Düsseldorf gehört Indien. Hier eine Delegation zu Besuch in der Kammer 1963.

Lech Walesa 1989 zu Besuch in der IHK, im Bild mit IHK-Präsident Rolf Schwarz-Schütte.



Seit 1991 hat die IHK die Ukraine als neues Schwerpunktland im Programm. Auch hier waren es vor allem zahlreiche Wirtschaftskonferenzen und Delegationsreisen, die die Kontakte mit Leben füllten. Neu war hingegen im Jahre 1992 die Idee, einen IHK-Firmenpool Ukraine zu schaffen, der bis heute existiert. Das Modell ist leicht zu erklären: Mittelständische Unternehmen, die in den ukrainischen Markt eintreten wollen, teilen sich die Kosten eines gemeinsamen Büros, das erste Schritte in dem neuen Umfeld anbahnt. Nach diesem Prototyp der IHK Düsseldorf haben die deutschen Industrie- und Handelskammern in der Folgezeit zahlreiche Firmenpools im Ausland aufgebaut.

Treffen des Deutsch-Japanischen Wirtschaftskreises.



Die Städtepartnerschaft zwischen Düsseldorf und Moskau brachte Ende der 1990er Jahre neuen Schwung in die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. Die IHK Düsseldorf hatte inzwischen auch Russland als Schwerpunktland hinzugewonnen.

Gemeinsam mit der Landeshauptstadt Düsseldorf, der Messe Düsseldorf und dem Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation entstand 2001 das Russland Kompetenzzentrum. Nach ähnlichem Muster nahm im Jahre 2005 das gemeinsam von Stadt, Messe und IHK getragene China Kompetenzzentrum seine Arbeit auf.

Nach dem ersten Golfkrieg fand bei den Unternehmen die Frage großes Interesse, wie sich die Geschäftsbeziehungen nach dem Waffenstillstand wieder beleben ließen. Die IHK veranstaltete dazu 1988 zwei Sprechstage mit der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer und dem iranischen Industrieminister. Auch nach dem Ende des Afghanistan-Krieges wuchs das Interesse der regionalen Wirtschaft, sich an Wiederaufbauprojekten zu beteiligen.

Seit 2002 hat die IHK regelmäßig über Investitionschancen in Afghanistan informiert, unter anderem unter mehrfacher Mitwirkung des Afghanistan-Beauftragten der Bundesregierung. So Anfang Dezember 2002 in einer Wirtschaftskonferenz mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai und seinem Kabinett im Anschluss an die „zweite Petersberg-Konferenz“.

Alles dies sind IHK-Angebote, die sich einreihen in eine enorme Bandbreite zahlreicher Länderveranstaltungen. Auf mehr als 50 Veranstaltungen über den Handelsaustausch, Direktinvestitionen, Kooperationen mit den europäischen Handelspartnern und mit den besonders wachstumsstarken Volkswirtschaften des asiatischen Raumes summiert sich inzwischen das Angebot Jahr für Jahr.

Dabei setzen neben Indien, Japan, Russland und der Ukraine auch die übrigen Schwerpunktländer der IHK – nämlich Israel, Korea und die USA – stets besondere Akzente.

Die IHK kann sich in ihren außenwirtschaftlichen Aktivitäten auf viele zuverlässige Partner stützen. Die ausländischen Handelsförderer, also Konsulate, Kammern und ausländische Wirtschaftsförderungsgesellschaften, aber auch die deutschen Auslandshandelskammern und Delegiertenbüros sowie das Auswärtige Amt unterstützen sie dabei nach Kräften, und dies bereits über Jahrzehnte hinweg.

Der Weg in die Europäische Integration

Düsseldorf und der Kreis Mettmann genießen die Standortgunst einer zentralen Lage im europäischen Markt. Der europäische Integrationsprozess spielt daher an einem solchen Standort eine ganz besondere Rolle.

Nachdem in Rom 1957 der Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von den sechs Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde, waren es vor allem drei Meilensteine, die den Integrationsprozess geprägt haben: Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes in den Jahren 1988 bis 1992, die Einführung des Euro, zunächst als Giralgeld zu Jahresbeginn 1999 und sodann als Bargeld ab 2002, und die Erweiterung um zehn weitere, vor allem osteuropäische Mitgliedsstaaten im Mai 2004.

Die Vollendung des Binnenmarktes löste eine Flut von IHK-Informationsangeboten aus, alle standen unter dem Label „Europa '92“. Bemerkenswert war, dass eine Seminarreihe über Frankreich, die Niederlande, Großbritannien und Spanien erhebliche Resonanz bei den Mitgliedsunternehmen fand. Es galt, dort neue Kooperationspartner zu finden, Vertriebslinien zu entwickeln, Investitionen alleine oder als Joint Venture vorzubereiten. Allein 1988, im ersten Jahr des Binnenmarktprogramms, standen 16 Informationsveranstaltungen auf dem Programm der Kammer. Das Netzwerk mit den Auslandshandelskammern hat sich gerade in dieser Phase außerordentlich bewährt, aber auch das Brüsseler Büro des DIHT lieferte gehörigen Input.



Nach diesem Auftakt folgten im Jahre 1989 bereits 22 Informationsveranstaltungen mit über 1.000 Teilnehmern. Auch das war nur die Spitze des Eisberges, denn die Nachfrage nach Einzelberatungen legte im Tagesgeschäft spürbar zu.

Markt- und Rechtsinformationen, die Vermittlung von Kooperationspartnern in den Nachbarländern, technische Informationen und letztlich auch Texte öffentlicher EU-Ausschreibungen lieferten den notwendigen Hintergrund für Einzelberatungen.

Der Binnenmarkt wurde schließlich zum Querschnittsthema aller Abteilungen der IHK. Denn die Bandbreite der Fragen wuchs rasch über solche des Handels, der Kooperationen und Investitionen hinaus. Die Harmonisierung oder wechselseitige Anerkennung bei technischen Verfahren wie auch die Anerkennung von Berufsabschlüssen machte den Unternehmen sehr schnell deutlich, wie umfassend die Europäische Gemeinschaft den Wirtschaftsablauf verändern würde.

Der „Europäische Binnenmarkt '92“ liefert im Übrigen ein gutes Beispiel dafür, dass sich die IHK zum Nutzen der Mitgliedsunternehmen seit 1988 sehr intensiv mit dem Thema „Online-Datenbanken“ beschäftigt hatte. Fünf Mitarbeiter verfügten über das besondere Know-how, mit den nicht immer einfachen Retrieval-Sprachen den internationalen Datenbanken Wissen zu entlocken.

Bedeutete der EG-Binnenmarkt vor allem eine Marköffnung durch Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung bestehender Regelungen, so standen

IHK-Präsident Hermann Franzen empfing 2002 den afghanischen Staatspräsidenten Hamid Karzai zu einer Wirtschaftskonferenz.



Informationen zu den zehn neuen EU-Ländern in Osteuropa standen 2004 hoch im Kurs.

die verschiedenen Erweiterungen der EG/EU stets für eine Vergrößerung des Marktvolumens. Den bisherigen Höhepunkt bildete die bislang letzte Erweiterungsrunde am 1. Mai 2004 mit zehn neuen Ländern. Politisch bedeutete dieses Datum einen „Big Bang“, rein wirtschaftlich aber waren viele Wirkungen schon durch die in den vorausgegangenen Jahren erzielten Liberalisierungsfortschritte eingetreten.

Doch die Tatsache, dass sich nunmehr zehn weitere Länder dem Rechtsrahmen der EU anschlossen, ermutigte auch viele kleinere Unternehmen, die bis dahin kaum oder gar nicht international tätig waren, sich mit diesen benachbarten Märkten auseinander zu setzen.

Die Kammer förderte und begleitete dies mit einem Schub an Informationsveranstaltungen und individuellen Beratungen durch die deutschen Auslandshandelskammern. Der Beratungsbedarf konzentrierte sich auf die neuen Regeln für die Abwicklung des Warenver-

kehrs, handelte es sich doch ansonsten lediglich um die Übertragung der bereits seit dem 1. Januar 1993 geltenden und seither weiterentwickelten Regeln des Binnenmarktes auf zehn weitere Länder.

Der Euro rollt

Eine weitere Herausforderung für die Wirtschaft bedeutete die Einführung des Euro im Jahre 1999 – zunächst als Giralgeld. Ähnlich wie bei der Vollendung des Binnenmarktes wurde auch der Euro schnell zu einem Querschnittsthema unter Koordination eines „IHK-Eurogeld-Beauftragten“.

Nur so konnte es gelingen, allen Facetten des Themas gerecht zu werden. Um die Dinge beim Namen zu nennen: Der Händler fragte zu Recht, wie er denn wohl nach der Euro-Umstellung runden sollte, welche Preispolitik die richtige sei; der Leiter des Rechnungswesens, ob die IHK zu bilanziellen Problemen der Euro-Umstellung Seminare anbiete; der Zulieferer, welche Verträge dann wohl angepasst werden müssten, und nicht zuletzt fragte auch die interne IHK-Verwaltung nach den Konsequenzen für den IHK-Haushalt.

Die bevorstehende Bargeld-Einführung drei Jahre später, zu Jahresbeginn 2002, brachte einen neuen Schub von Anfragen. Im Mittelpunkt stand dabei die Falschgeldprävention. Kein Partner hätte in dieser Phase der IHK besser zur Seite stehen können als die in guter Nachbarschaft ansässige Landeszentralbank.

Europäischer Binnenmarkt und Euro-Einführung waren typische Querschnittsthemen, die nicht nur dem Hauptamt, sondern praktisch auch allen Ausschüssen der IHK und der Vollversammlung Stoff für lebhaftes Diskussionsmaterial boten.



Die IHK beriet die Unternehmen bei der Umstellung auf den Euro.



*Gastrednerin beim Jahres-
empfang 1990: Professor
Christa Luft, stellvertre-
tende Vorsitzende des Mi-
nisterrates für Wirtschaft
der DDR.*

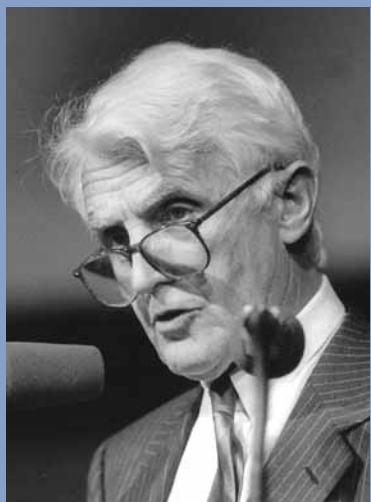
Wiedervereinigung: Aus 2 mach 1

Das wohl wichtigste historische Ereignis der Nachkriegszeit war die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Der deutschen Einheit vorausgegangen waren der Fall der Mauer am 9. November 1989 und die Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990, beides Daten, die der Wirtschaft in Ost und West völlig neue Perspektiven – allerdings nicht nur Chancen – eröffneten.

Wirtschaftsbeziehungen zur DDR waren in der IHK aus nachvollziehbaren Gründen nicht der Außenwirtschaftsabteilung zugeordnet. Als „innerdeutscher Han-

del“ waren sie folgerichtig ein Thema der Abteilung Handel und Dienstleistungen. Mauerfall, Wirtschafts- und Währungsunion sowie die deutsche Einheit ließen die Beziehungen zwischen den alten und neuen Bundesländern aber sehr schnell zu einem Querschnittsthema in der IHK werden.

Zum Jahresempfang am 16. Januar 1990 standen allerdings die Zeichen noch nicht auf Wiedervereinigung. IHK-Hauptgeschäftsführer Joachim Kreplin war es durch Kontakte zur DDR-Handelsvertretung und eine spontane Reise nach Ost-Berlin gelungen, Professor



Dr. h. c. Rolf Schwarz-Schütte
Präsident von 1983 bis 1991

Dr. h. c. Rolf Schwarz-Schütte, langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender der Schwarz Pharma AG, gründete 1946 mit seinem Vater, Dr. Anton Schwarz, nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft in Reichelsheim/Odenwald als KG das Unternehmen. 1950

verlegte der geborene Düsseldorfer das Unternehmen nach Monheim. Heute gehört Schwarz-Pharma zu den führenden Herz-Kreislauf-Spezialisten in Deutschland und ist weltweit aktiv mit Geschäftstätigkeiten in den Bereichen Gefäßerkrankungen, zentrales Nervensystem, Gastroenterologie und Urologie.

Ungeachtet der engagierten Arbeit für sein Unternehmen, nahm und nimmt Rolf Schwarz-Schütte eine Reihe von verantwortungsvollen Ehrenämtern ein. Dazu gehörte an erster Stelle die Förderung von Wissenschaft und Lehre als Präsident der „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf e.V.“ in den Jahren 1988 bis 2000. Heute ist er Senator e.h. Als Präsident der IHK Düsseldorf von 1983 bis 1991 prägte er die Arbeit dieser Institution ebenso wie als Präsident des Düsseldorfer Industrie-Clubs, der ihn 1995 zum Ehrenpräsidenten ernannte. 1998 verlieh ihm die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die Ehrendoktorwürde für sein umfassendes Engagement bei Gründung und weiterer Entwicklung der Fakultät. Der über-

zeugte Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft sieht sich als Unternehmer in der Verpflichtung, auch in der Öffentlichkeit für die demokratischen Grundrechte einzutreten. Für diese beispielhafte Einstellung und für sein Lebenswerk wurde Rolf Schwarz-Schütte 1990 mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Im Oktober 2000 erhielt er den Ehrenring der Stadt Monheim, die sich nach Worten von Professor Dr. Gert Kaiser, ehemaliger Rektor der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, „glücklich schätzen kann, solch einen Bürger von Format in ihrer Mitte haben zu dürfen“. Gleiches gilt auch für die IHK Düsseldorf, denn der Name Rolf Schwarz-Schütte steht für einen Unternehmer, der sich insbesondere während seiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit für die Kammer mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit um die Wirtschaft der Region verdient gemacht hat. Seit 1977 ist Schwarz-Schütte Mitglied der IHK-Vollversammlung, die ihn im gleichen Jahr zum Vizepräsidenten und 1983 zum Präsidenten wählte. Sein Bestreben war es stets, Kammerarbeit unter klaren, langfristigen, strategischen Gesichtspunkten zu betreiben. Die Kammer hat sich in seiner Amtszeit als moderner Dienstleistungsbetrieb profiliert, der von der regionalen Wirtschaft als kompetente Interessenvertretung angesehen wird.

Rolf Schwarz-Schütte ist der IHK als Ehrenpräsident und Mitglied des Finanzausschusses auch heute noch eng verbunden.

Christa Luft, stellvertretende Vorsitzende des Ministerates für Wirtschaft der DDR, als Gastrednerin zu gewinnen. Alles, was in Politik und Wirtschaft Rang und Namen hatte, drängte an diesem Abend in die Düsseldorfer Messe.

Trotz aller Bekenntnisse der Gastrednerin zu Reformschritten in Richtung Sozialer Marktwirtschaft hätte wohl niemand der 1.100 Gäste an diesem Abend das immense Tempo, mit dem das Land sich in den folgenden Monaten auf die Einheit zubewegte, richtig eingeschätzt.

Für die Wirtschaft und auch die IHK bedeutete dies, nahezu täglich mit neuen Fragen zu Geschäftskontak-

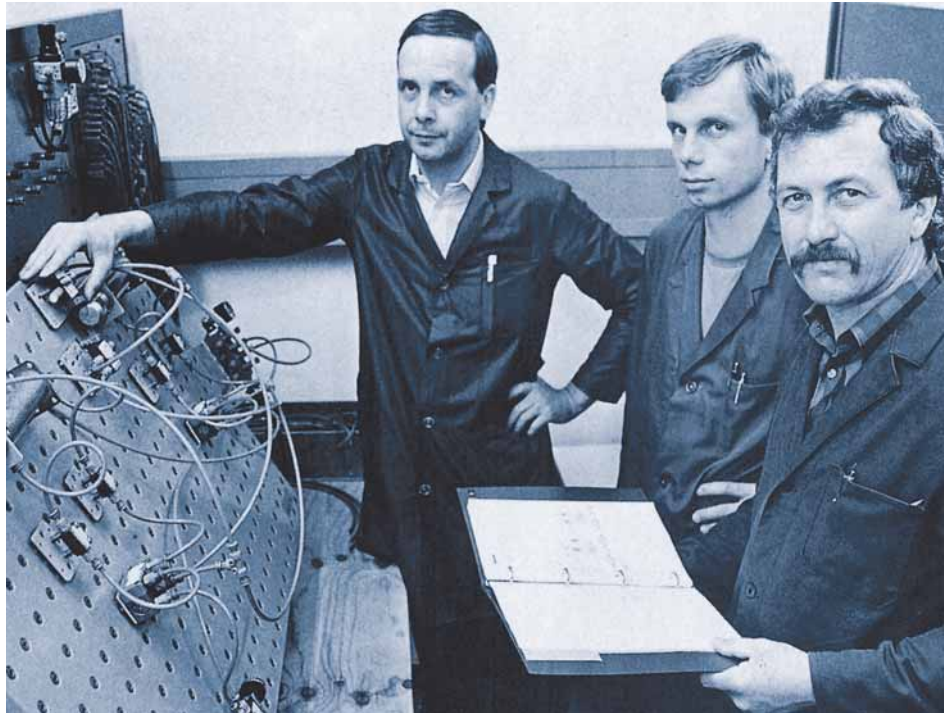
ten und Investitionen in den neuen Bundesländern konfrontiert zu werden und im Sinne ihrer Unternehmen praxisnahe Lösungen zu finden.

Im Vorwort zum Jahresbericht 1990 schrieben Präsident Rolf Schwarz-Schütte und Hauptgeschäftsführer Joachim Kreplin: „Die singulären geschichtlichen Vorgänge des Jahres 1990 drückten auch der Arbeit der IHK Düsseldorf ihren Stempel auf. Praktisch aus dem Stand heraus musste sie dem enormen Beratungsbedarf gerecht werden, der sich aus der schnellen Eini-gung Deutschlands ergab.“ Der Instrumentenkasten der IHK in dieser zeitgeschichtlich bedeutsamen Phase spiegelt dies deutlich wider.

Bereits im Januar 1990 rief die Kammer einen DDR-Arbeitskreis ins Leben. Ziel war es, die Unternehmen vor Ort in einer Veranstaltungsreihe kontinuierlich zu informieren (besonders im Juni 1990 im Vorfeld der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion) und Kontakte zu den Betrieben in Ostdeutschland zu knüpfen. Die Städtepartnerschaft zwischen Düsseldorf und Chemnitz (ehemals Karl-Marx-Stadt) half dabei: Bereits Anfang Februar 1990 besuchten 40 Betriebsleiter und Kombinatdirektoren Düsseldorf, um sich hier über betriebswirtschaftliche Themen zu informieren. Für viele der Teilnehmer war es die erste Reise nach Westdeutschland. Bereits sechs Wochen später reiste die erste Düsseldorfer Delegation nach Chemnitz. Damit begannen erste erfolgreiche Kooperationen.

Wünsche nach Geschäftskontakten standen zu Beginn im Vordergrund. Gleich zu Jahresanfang suchten 600 Unternehmen aus dem IHK-Bezirk über die Kooperationsdatenbank des damals noch Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) den „Draht“ zu ostdeutschen Betrieben.

Fast 400 Einzelgespräche und Geschäftskontakte – so lautete das Ergebnis der ersten Chemnitzer Wirt-



schaftstage in Düsseldorf im Oktober und November. Ziel war es, Chemnitzer Unternehmen Aufträge aus der Region Düsseldorf zu vermitteln.

Parallel zur Städtepartnerschaft entwickelte sich ein freundschaftliches Verhältnis zur wieder entstandenen Industrie- und Handelskammer Chemnitz. Praktische Hilfe vor Ort, vor allem der Aufbau einer funktionstüchtigen Ausbildungsabteilung, aber auch die Schulung von Chemnitzer IHK-Mitarbeitern in Düsseldorf, waren gefragt.

Das Thema „Neue Bundesländer“ blieb auch in der Zeit nach diesem Aufbruch auf der IHK-Agenda. Wie stark sich die Unternehmen aus Düsseldorf und dem Kreis Mettmann in sehr kurzer Zeit in den neuen Ländern engagierten, wurde im Juni 1991 nach einer IHK-Umfrage deutlich. Mehr als vier Milliarden Mark wollten die Mitglieds-Unternehmen in den neuen Ländern investieren. Auch zahlreiche mittelständische Unternehmen wollten dort ihre Chancen nutzen.

Hilfe für Chemnitzer Ausbilder: Auf Vermittlung der IHK konnten sie sich bei Mannesmann im Ausbildungszentrum 1991 weiterbilden.

Karikatur aus dem IHK-Jahresbericht 1990.





Innovative Unternehmen – wie die Bayer CropScience AG in Monheim – haben ihren Sitz im IHK-Bezirk Düsseldorf.

Innovation und Umwelt: Mit der Industrie in die Zukunft

Aufgabe der IHK ist es, die industriellen Standortbedingungen zu verbessern und die Innovationskraft der Unternehmen in der Region zu stärken. Sie informiert frühzeitig über neue Technologien und unterstützt den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Sie schafft Kooperations- und Kommunikationsplattformen für die Wachstumsbranchen der Region. Sie unterstützt Unternehmen beim Einsatz und der Vermarktung von Umwelttechnologie und vertritt ihre Interessen in Abfall- und Abwasserfragen sowie der kostengünstigen Energieversorgung. Sie informiert über die Umwelt-Gesetzgebung und über Förderprogramme zum Einsatz neuer Techniken.

Auf den ersten Blick sind die Stadt Düsseldorf und der Kreis Mettmann keine „Innovationsregion“ wie man etwa Aachen mit seiner Technischen Hochschule einschätzen würde. Dringt man tiefer in die strukturellen Besonderheiten ein, zeichnet sich ein anderes Bild ab. Aber auch Know-how im Umweltschutz spielt eine besondere Rolle, obwohl gerade die Stadt Düsseldorf sich durch hohe Dienstleistungsorientierung auszeichnet. Zu Unrecht wird Umweltschutz vielfach als ein Spezifikum großer industrieller Unternehmen gesehen.

Innovativ sind die Unternehmen im IHK-Bezirk schon deshalb, weil sie sich im Wettbewerb behaupten müssen. Die Patentstatistik belegt im Übrigen, dass die

Albrecht Woeste*Präsident von 1991 bis 1999*

Diplom-Ingenieur Albrecht Woeste, gebürtiger Düsseldorf, zählt aufgrund seines außergewöhnlichen, über drei Jahrzehnte währenden Engagements für die regionale Wirtschaft und die Kammerorganisation zu den bedeutendsten Persönlichkeiten des Düsseldorfer Wirtschaftslebens.

Albrecht Woeste studierte an der Technischen Hochschule Berlin Wirtschaftsingenieurwesen und schloss das Studium 1961 als Diplom-Ingenieur ab. 1963 trat er in das väterliche Unternehmen – die in Düsseldorf 1893 gegründete Fittingsfabrik R. Woeste & Co. – ein.

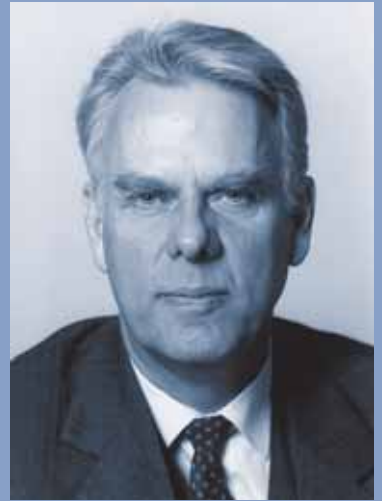
Albrecht Woeste wurde bereits 1968 in die Vollversammlung der IHK Düsseldorf gewählt und ist seit diesem Zeitpunkt ehrenamtlich für die Selbstverwaltung der Wirtschaft tätig. Aufgrund seines besonderen Engagements für die IHK bestellte ihn die Vollversammlung bereits 1978 zum Vizepräsidenten. Von 1983 bis 1991 war er ständiger Vertreter des Präsidenten der IHK Düsseldorf, Dr. Rolf Schwarzschütte. Am 10. Dezember 1991 wählte das „Parlament der Wirtschaft“ Albrecht Woeste zum Präsidenten der IHK Düsseldorf. In dieser Funktion förderte er als Sprecher der Wirtschaft des Düsseldorfer Kammerbezirks in vielfältiger Weise die Region und die IHK-Mitgliedsunternehmen. Dabei setzte Woeste vor allem auf einen kontinuierlichen und konstruktiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Ein besonderes Anliegen war ihm die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit, auch mit der Nachbar-Metropole Köln. Sein Engagement galt aber auch der beruflichen Weiterbildung der Mitarbeiter in den Unternehmen und der beruflichen Erstausbildung. Seinem besonderen Einsatz ist es zu verdanken, dass 1994 das IHK-Forum als modernes Weiter-

bildungszentrum der IHK Düsseldorf eröffnet werden konnte.

Albrecht Woestes Engagement ging weit über die Grenzen des Kammerbezirks hinaus, so als Vorstandsmitglied der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V. und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), wo er sich vor allem für die Interessen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft einsetzte. Darüber hinaus war er Mitglied des Aufsichtsrates der Messe Düsseldorf und über viele Jahre Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Metallindustrie für Düsseldorf und Umgebung als auch der Düsseldorfer Unternehmerschaft. Er war Mitglied des Vorstandes der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände NRW sowie Präsidiumsmitglied des Deutschen Gießereiverbandes. Nachdem 1999 seine Amtszeit als Präsident nach insgesamt acht Jahren satzungsgemäß endete, ist Albrecht Woeste der IHK Düsseldorf als Ehrenpräsident und Mitglied des IHK-Finanzausschusses weiterhin eng verbunden.

Albrecht Woeste ist Vorsitzender des Aufsichtsrates und des Gesellschafterausschusses der Henkel KGaA sowie Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG und der Allianz Lebensversicherungs AG. Für seine vielfältigen Verdienste in Organisationen der Wirtschaft erhielt Albrecht Woeste 1992 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und 2001 das Große Verdienstkreuz. Sein Engagement um die Förderung Düsseldorfs als Sportstadt würdigte die Landeshauptstadt 2003 mit der Verleihung des Großen Ehrenrings der Stadt Düsseldorf.



Region sich nicht verstecken muss. Innovation bedeutet nicht nur die Einführung eigener neuer Produkte. Die Entscheidung darüber fällt nicht selten in den Unternehmenszentralen der Stadt Düsseldorf und im Kreis Mettmann, in enger Kommunikation mit Banken, Werbeagenturen und technischen Projektberatern. Innovation bedeutet vielmehr auch die Einführung neuer Prozesse, die von Geschäftspartnern und von Forschungseinrichtungen entwickelt werden.

Die Branchenvielfalt im IHK-Bezirk garantiert, dass Innovationen hier breite Anwendung finden können. Ein treffendes Beispiel bietet die Entwicklung der Multimedia- und E-Commerce-Produkte, die sowohl auf der Anbieter- als auch auf der Anwenderseite schnelle Verbreitung im Wirtschaftsraum Düsseldorf gefunden haben.

Das Know-how von Unternehmen und Forschungseinrichtungen den Mitgliedsunternehmen verfügbar



Die Wasserversorgung rückte in den 1950er Jahren in den Fokus des Interesses. Im Bild das Wasserwerk Flehe.

zu machen, ist eine schon fast traditionelle IHK-Aufgabe. Die Heinrich-Heine-Universität und die Fachhochschule Düsseldorf sind in der Wirtschaft fest verankert. Spin-offs, insbesondere im Life-Science-Sektor, haben die Gründerszene nachhaltig belebt.

Über diese Hochschulen hinaus bestehen vielfältige weitere Kontakte zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die sich nicht zuletzt bei der Rekrutierung des naturwissenschaftlichen und technischen Nachwuchses auszahlen. Mit ihrem besonderen Schwerpunkt bei den privaten und öffentlichen Dienstleistungen vollzieht sich Innovation in der Region auch in der Datenverarbeitung. Auch hier gilt, dass das breite Anwenderspektrum sein Pendant auf der Anbieterseite findet.

Den Dienstleistungssektor wird man beim Stichwort „Umweltschutz“ nicht gleich im Blick haben. Dennoch bietet auch er dafür zahlreiche interessante Anknüpfungspunkte, wie sich beim Umweltmanagement gezeigt hat.

Umweltschutzfragen stellen sich auch im Kammerbezirk den Unternehmen immer wieder dann, wenn es Konflikte gibt, die aus der engen Nachbarschaft von Wohnen und Arbeiten resultieren. Der Kreis Mettmann ist durch seine besondere Siedlungsstruktur vor allem im niederbergischen Teil mit seinen historisch gewachsenen Gemengelagen von dieser Konfliktsituation betroffen. Aber auch in Düsseldorf kommt es im Zuge der Flächennutzungs- und Bauleitplanung immer wieder zu Unverträglichkeiten.

Verschiedene Branchen im IHK-Bezirk wie Gießereien, große Chemie-Unternehmen, aber auch Automobilzulieferer und Papier verarbeitende Industrie, sind zunehmend von EU-Umweltschutzrichtlinien und deren verschärfter Umsetzung, vor allem in Landesrecht, betroffen. Hier gilt es für die IHK, frühzeitig über

aktuelle Gesetzesänderungen zu informieren, über Firmenbefragungen und Gespräche mit Abgeordneten den „worst case“ zu verhindern und den Unternehmen beratend zur Seite zu stehen.

Themen der Industrie haben in der IHK eine sehr lange Tradition. Innovation und Umweltschutz hingegen gehören zu den jüngeren Geschäftsfeldern. Es ist kein Zufall, dass sich diese beiden Themen in der Industrieabteilung der IHK entwickelt haben:

- Innovation war lange Zeit ein Synonym für „industrielle Innovation“. Vor dem massenhaften Einzug der Computer in den Dienstleistungssektor rechnete man Innovation und Produktivitätsfortschritte praktisch nur dem Fertigungssektor zu.
- Umweltschutz kam in massiver Form über die Gesetzgebung zunächst auf die Industriebetriebe zu.

Nachkriegszeit: Ressourcen-Sicherung

Die industriepolitischen Aktivitäten der IHK in der ersten Phase nach dem Wiederaufbau hatten zum Ziel, die Versorgung mit Energie, Rohstoffen und Arbeitskräften zu sichern. Hinzu trat bereits die Sorge um eine ausreichende Flächenbereitstellung durch die Städte.

Im Jahre 1953 rückten für die IHK die „ungelösten Fragen der zukünftigen ausreichenden Belieferung der Industrie“ mit Wasser in den Vordergrund. Gemeinsam mit den industriellen Großverbrauchern aus dem Industriegebiet Benrath-Reisholz und den Stadtwerken Düsseldorf begannen Gespräche über die Sicherstellung der künftigen Wasserversorgung. In engem Zusammenhang damit beteiligten sich die Industrieunternehmen finanziell an einer Bestandsaufnahme der lokalen Grundwasserverhältnisse, die 1955 abgeschlossen war.

Ähnliche Bedeutung wie die Wasserversorgung gewann die Versorgung mit preisgünstiger Energie. Als schwerwiegende Belastung empfanden 1953 die Industriebetriebe einen Anstieg ihrer Strompreise, der über die Erhöhung der Kohlepreise ausgelöst wurde.

Im Jahre 1955 führte die IHK mit den Stadtwerken Düsseldorf erfolgreiche Verhandlungen über eine Strompreissenkung. Die IHK setzte sich zur gleichen Zeit für den Bau eines neuen Kraftwerkes der Stadtwerke Düsseldorf „Auf der Lausward“ ein. Politische Gespräche mit dem Landeswirtschaftsminister zielten flankierend auf eine Lockerung des Gebietsschutzes in der Energieversorgung und eine Preisliberalisierung.

Mitte der 1950er Jahre rückte das Thema der Auftragsvermittlung für die Industriebetriebe in den Vordergrund. Einerseits vermittelte die IHK Aufträge an

auswärtige Unternehmen, um Auslastungsspitzen der lokalen Unternehmen abzufangen; andererseits kümmerte sie sich um die Vermittlung öffentlicher Aufträge.

In der Vermittlung kommunaler und staatlicher Aufträge sahen die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen schließlich eine Gemeinschaftsaufgabe. Folgerichtig nahm im Februar 1955 eine landesweite Beratungsstelle für das öffentliche Auftragswesen in Düsseldorf ihre Tätigkeit auf.

Ab Mitte der 1950er Jahre zeichnete sich in zahlreichen Industriebetrieben Personalknappheit ab. Damit wuchs der IHK in der Beratung ihrer Mitgliedsunternehmen ein völlig neues Thema zu: Rationalisierung.

So entstand eine enge Zusammenarbeit mit dem Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), dessen Spezialisten für die Beratung der Industriebetriebe gewonnen wurden.

Die anhaltenden Verknappungstendenzen am Arbeitsmarkt und der daraus resultierende Lohnkostendruck gaben dem Rationalisierungsthema bis Anfang der 1960er Jahre breiten Raum in der IHK-Arbeit.

Die ausreichende Grundstücksversorgung der Industriebetriebe klang bereits in den 1950er Jahren als Problem an; so spielte das Thema der Betriebsverlagerungen aus dem Düsseldorfer Stadtgebiet bereits 1958 in ersten Firmenwanderungs-Analysen der IHK eine Rolle. „Als vorherrschende Motive für diese Fortzüge mussten das Fehlen von billigen und geeigneten Grundstücken und der stärker werdende Mangel an Fachkräften festgestellt werden“, hieß es in diesem Jahr.

Die Sorgen um industrielle Flächen begleiteten die

industriewirtschaftliche Arbeit der IHK bis in die 1970er und 1980er Jahre hinein.

Besonders ausführlich ging die IHK im Jahre 1972 auf die industriellen Standortbedingungen ein. Erste industrielle Arbeitsplatzverluste – längst noch nicht mit der Massivität der 1980er Jahre – wurden primär auf den „Mangel an Grund und Boden“ zurückgeführt.

Die Sicherung industrieller Flächen bestimmte damit auch die Stellungnahmen der IHK zur kommunalen Bauleitplanung. Umfassend untersuchte die IHK im Jahre 1976 den industriellen Grundstücksbedarf, um damit der Stadtverwaltung Düsseldorf Material für die Bauleitplanung zu liefern. Derartige Umfragen führte die IHK vor dem Hintergrund zunehmender Firmenabwanderungen wiederholt in den 1980er Jahren in Düsseldorf und in den Städten des Kreises Mettmann durch. Daraus wurden konkrete Ansatzpunkte für die Interessenvertretung abgeleitet.

In den frühen 1980er Jahren setzte in Düsseldorf ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie ein. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Rationalisierung war ein Motiv der Unternehmensleitungen für diesen Prozess.

Neben den Veränderungen auf den Absatzmärkten, der räumlichen Konzentration von Betriebsstätten außerhalb des IHK-Bezirktes und der Übernahme mittelständischer Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus durch Großunternehmen, sorgten auch Insolvenzen für Arbeitsplatzabbau und das Verschwinden bekannter Namen der Düsseldorfer Industriegeschichte. Wie auch in anderen Metropolen wandelte sich das Gesicht Düsseldorfs vom Industrie- und Produktionsstandort zum Dienstleistungszentrum. In Hilden kam es zu ähnlich massiven Deindustrialisierungstendenzen.

Gemessen an Output und Wertschöpfung hat die Industrie allerdings kaum an Bedeutung verloren. Es entstand allmählich durch Outsourcing ein „Netzwerk Industrie“, von dem viele wichtige Impulse auch auf andere Branchen ausgingen. Einer dieser Impulse war – neben Innova-



Die IHK setzte sich für den Bau des Kraftwerks Lausward ein.



Ein Laserdistanzmessgerät war in der IHK Düsseldorf anlässlich der Veranstaltung „Angewandte Mikroelektronik in NRW“ 1988 ausgestellt.



Im Bereich der Computer-Chips kooperiert die RWTH Aachen erfolgreich mit der Wirtschaft.

tion und Umweltschutz – insbesondere das Konzept des modernen Qualitätsmanagements.

Von Qualität und Kooperation

Bis in die 1960er Jahre hinein hieß Qualitätskontrolle in der industriellen Produktion noch: Kontrolle am Ende des Fertigungsprozesses.

Angelehnt an japanische „Null-Fehler-Philosophien“ setzte sich in den 1970er Jahren die „Qualitätssicherung“ innerhalb des Produktionsprozesses immer mehr durch. Dahinter stand die schlichte Erkenntnis, dass Qualität nur in den einzelnen Stufen der Fertigung entstehen kann – oder auch nicht.

Nach Vorarbeiten in Großbritannien übernahm 1987 die International Standardization Organization (ISO) in Genf die britische Norm, die schließlich 1994 unter DIN EN ISO 9000 ff. zum weltweiten Standard für das Qualitätsmanagement aufstieg. Damit wurden immer weitere Kreise innerhalb der industriellen, aber auch tertiären Zulieferketten in das Qualitätsmanagement eingebunden. Dies geschah auch im IHK-Bezirk Düsseldorf.

In Vortragsreihen legte die IHK die Inhalte der Qualitätsmanagementnorm DIN EN ISO 9000 ff. dar, mit der Qualität erstmals im gesamten Unternehmen gesichert beziehungsweise gesteigert werden konnte. Themen wie FMEA (Fehler-, Möglichkeits- und Einflussanalyse), TQM (Total Quality Management), kundenorientierte

Produktentwicklung und computerunterstützte Qualitätssicherung wurden ebenso behandelt wie Qualitätsmanagement-Fragen ausgewählter Wirtschaftszweige. Als praktische Hilfe zur Einführung von QM-Systemen entwickelte und publizierte die IHK Musterhandbücher für den technischen Großhandel und für Software-Unternehmen in engster Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsunternehmen.

Die ISO-Norm war also nicht nur auf das produzierende Gewerbe beschränkt, sondern wurde auch im Handel, bei Softwareunternehmen und anderen Dienstleistern angewendet. Aktiv unterstützte die IHK auch die Gründung des ZQM, des Zentrums für Qualitätsmanagement der Niederrheinischen Industrie e.V., Velbert, im Jahre 1992, das die Unternehmen in allen Fragen rund um das Qualitätsmanagement unterstützen sollte.

Mit der Revision der ISO-Norm im Jahr 2000 und einer stärkeren Betrachtung von betrieblichen Prozessen setzte sich das Qualitätsmanagement auch bei den Dienstleistungsunternehmen mehr und mehr durch.

Automobilzulieferindustrie

Anfang der 1990er Jahre widmete die IHK der Automobilzulieferindustrie im niederrheinischen Raum ihre besondere Aufmerksamkeit. Die Branche steckte in Schwierigkeiten, die man als „Lopez-Krise“ bezeichnete; der Namensgeber, für die Beschaffung bei einem namhaften Autohersteller tätig, leitete eine neue Einkaufspolitik ein. Hinzu trat ein massiver Wettbewerb der japanischen Automobilhersteller.

„Lean Management“, 1992 veröffentlicht durch das renommierte Massachusetts Institute of Technology (MIT), sollte in dieser Drucksituation helfen, Qualität und Produktivität zu steigern und Lieferzeiten und Kosten zu senken. In Veranstaltungen und Kongressen informierte die IHK ihre Unternehmen über das „schlanke Unternehmen“ und zeigte, dass diese Methode nicht nur Ansatzpunkte für Kosteneinsparungen liefern sollte, sondern auch als alternatives Führungsmodell gedacht war.

Die Automobilkrise stellte insbesondere die Zulieferindustrie Niederrheins vor große Herausforderungen. Ausgelöst durch den Konkurs eines großen Gießereiunternehmens, das bundesweit als „erstes Lopez-Opfer“ Schlagzeilen machte, stellte die Kammer ein Aktionsprogramm mit konkreten Projekten auf: So gründete sich unter ihrer Projektleitung im Oktober 1994 in Velbert die MeteQ Mess- und Qualitätstechnik GmbH. Sie hilft seitdem den Zuliefererunternehmen bei der Prüfmittelüberwachung und -kalibrierung sowie bei allen



Unternehmensvertreter
zu Gast bei der MeteQ in
Velbert.

Fragen rund um das Qualitätsmanagement. Gesellschafter sind das ZQM (Zentrum für Qualitätsmanagement), die Städte Heiligenhaus und Velbert sowie bis 2003 die IHK Düsseldorf. 1994 startete die IHK zudem das Zulieferprojekt „Benchmarking“. Unternehmen tauschen hier anonymisiert ihre betrieblichen Kennzahlen

untereinander aus und vergleichen sie mit den Daten der besten Unternehmen.

Industrie-Initiative Düsseldorf/Köln

Im Jahr 2000 startete die IHK Düsseldorf mit ihrer Nachbarkammer Köln die Initiative „Mit der Industrie in die Zukunft“.

Gemeinsames Ziel war es, die Bedeutung der Industrie in der Dienstleistungsgesellschaft deutlich zu machen, den Industriebegriff neu zu definieren und die Öffentlichkeit, vor allem junge Leute und Politik, für das Thema „Arbeits- und Ausbildungsplatz Industrie“ zu gewinnen.

Neben einem Gutachten des renommierten Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, über den Status quo der regionalen Industrie, ihrer strukturellen Bedeutung und ihrem Entwicklungspotenzial setzte die Broschüre „Perspektiven – Mit der Industrie in die Zukunft“ die Kernthesen des Gutachtens plakativ um und porträtierte die 100 innovativsten Unternehmen aus beiden Kammerbezirken.

Aus diesen Marketing-Aktivitäten für die Industrie entwickelten die Kammern in Nordrhein-Westfalen unter Koordination der IHK Düsseldorf schließlich den NRW-Maschinenbautag. Seit 2002 öffnen sich landesweit jährlich bis zu 100 Maschinenbauunternehmen interessierten Schülern und Studenten. Gemeinsam mit dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA), den Metallarbeitgebern und der IG Metall

Die IHK-Broschüre „Perspektiven“ portraitierte 2002 die 100 innovativsten Unternehmen aus den IHK-Bezirken Köln und Düsseldorf.

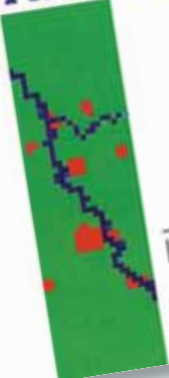


Unter dem Motto „Technik, die fasziniert“ gewährt der Maschinenbautag NRW Jugendlichen Einblicke in den Unternehmensalltag.



HIGH-TECH RHEINLAND

Das innovative
Spektrum der
Technik-Industrie



IHK

Innovation beginnt in den Köpfen

Innovation hängt entscheidend vom Wissens- oder Technologietransfer ab. Öffentliche Förderprogramme mögen die Neigung zur Innovation verstärken. Sie standen in den Informations-Dienstleistungen der IHK eher in der zweiten Linie, in der ersten stand stets der Technologietransfer.

Technologietransfer heißt: Hochschulen, sonstige Forschungseinrichtungen und Unternehmen zusammenzubringen, um – bei geglückter Kooperation – zu neuen wettbewerbsfähigen Produkten und Verfahren zu gelangen.

Erste Ansätze, die Unternehmen über staatliche Forschungs- und Entwicklungsförderung zu informieren, gehen auf das Jahr 1977 zurück. Die IHK nahm dazu vielfältige Kontakte zu den Ministerien, aber auch zu externen Technologieberatern und bereits zu Be-

treibern technischer Datenbanken auf.

1979 richtete die IHK erstmals einen „Informationsdienst Technik“ ein mit dem Ziel, nicht nur über öffentliche Forschungs- und Entwicklungsförderung zu beraten, sondern auch um den Betrieben Spezialisten für eine vertiefte Technologieberatung zu vermitteln. Technologietransfer mit dem heutigen breiten fachlichen Spektrum ist ein IHK-Produkt, das erst in den 1980er Jahren entstand.

Die Transferveranstaltungen für die Unternehmen sind seither an Themenvielfalt kaum zu überbieten: Sensortechnik, CAD/CAM, Biotechnologie, Produktionslogistik waren es in den 1980er Jahren, Multimedia, Internet, Telekommunikation, Keramik als neuer Werkstoff zur Mitte der 1990er Jahre und IT-Sicherheit, Life-Science und E-Procurement in der Gegenwart.

Nicht jede Art von Technologie hat breite Anwendungsfelder. Je schmaler die Zielgruppe, umso mehr macht ein überregionaler Ansatz beim Technologietransfer Sinn. Eine solche Kooperation beim Technologietransfer und Umweltschutz macht Spezialthemen erst richtig tragfähig. Sie hat einen weiteren Vorteil: Sie führt Unternehmen aus einem großen und leistungsfähigen Wirtschaftsraum zueinander und diese



gemeinsam zu Forschung und Wissenschaft. Unter diesem Blickwinkel hat sich inzwischen eine enge Kooperation der IHKs im Rheinland bewährt. Sie begann mit der Innovationsbroschüre „High-Tech Rheinland“, die die Industrie- und Handelskammern Aachen, Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Mittlerer Niederrhein und Wuppertal 1994 aus Anlass des Umzugs der Bundesregierung von Bonn nach Berlin herausgaben. Damit sollten Investoren aus dem In- und Ausland angesprochen und zur Ansiedlung im Rheinland motiviert werden.

Außerdem wurden aus dieser Region zehn High-tech-Wachstumsfelder wie Mikroelektronik, Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnik, Umwelttechnik und Energietechnik einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht.



Aus diesen Anfängen haben sich im Rheinland in den Jahren nach 1994 verschiedene Branchenplattformen gebildet, die zu einem ständigen Forum für Wissenstransfer, Trendinformationen und Unternehmenskooperation geworden sind. Diese Plattformen sind inzwischen zu einem Bindeglied der Unternehmen im Rheinland geworden:

- „Automotive Rheinland“ ist die Branchenplattform der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer. Mit den beiden bedeutenden Herstellern DaimlerChrysler in Düsseldorf und Ford in Köln sowie zahlreichen mittelständischen Zulieferern – vor allem im bergischen Raum, aber auch am Niederrhein – ist dies einer der wichtigsten Industriezweige im Rheinland.
- „BioRiver“ ist seit 2003 die Branchenplattform von Biotechnologie- und Life Sciences-Unternehmen, IHKs, Städten und Kreisen im Rheinland. Die Geschäftsstelle sitzt in Düsseldorf.
- „Umwelttechnik Rheinland“ heißt die im Jahre 2004 von den IHKs Köln, Bonn und Düsseldorf initiierte jüngste Branchenplattform.

Der Kooperationsgedanke schlägt sich auch in dem Firmenbesuchsprogramm „Profile“ nieder. Hier öffnen

Das Gebiet von BioRiver Life Science im Rheinland markieren Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma (links) und der Kölner Regierungspräsident Jürgen Roters (rechts) anlässlich des ersten BioRiver-Kongresses der NRW-IHKs in Köln 2003. Im Hintergrund Dr. Herbert Ferger, Hauptgeschäftsführer der IHK Köln, und Dr. Udo Siepmann, Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf.

Unternehmen für Unternehmer aus der Rhein-Region ihre Türen und lassen sich über die Schulter schauen.

In aller Munde: IuK

Kaum eine technische Entwicklung hat die Wirtschaft im 20. Jahrhundert so umfassend revolutioniert wie die Digitalisierung, das Zusammenwachsen von Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK). Nicht nur die zunehmende Integration von Anwendungen, sondern auch die Verbilligung der Ausrüstungen und Anwendungen ließen eine rasche Verbreitung in praktisch allen Sektoren der Volkswirtschaft zu.

Die Informations- und Kommunikationstechnologie ist daher seit Mitte der 1980er Jahre ein fester Bestandteil der IHK-Arbeit. Bestimmten anfangs Themen wie computerunterstützte Konstruktion und Fertigung (CAD/CAM) und Einsatz von EDV in Büro und Unternehmensverwaltung das Themenangebot und Einzelberatungen, so dominierten in den 1990er Jahren Multimedia, Internet und Telekommunikation.

Durch die Nähe zu den Marktführern gelang es der IHK Düsseldorf rechtzeitig, neue Themen und Entwicklungen wie Telekooperation, Telearbeit, Kostenmanagement in der Telekommunikation, Electronic Business, Electronic Commerce und mobile Datenkommunikation in ihre Informations- und Beratungsaktivitäten aufzunehmen.

Ende 1998 gründete sich auf Initiative mehrerer Software- und IT-Unternehmen der IHK-Arbeitskreis Software, der sich längst als eine Plattform für Erfahrungsaustausch und Kooperation der Unternehmen der



IT- und Telekommunikationsbranche im IHK-Bezirk etabliert hat.

Über 120 Unternehmen aus dem gesamten IT- und Telekommunikationsbereich tauschen sich über Themen wie Qualitätsmanagement, Netzwerke, Projektmanagement, Sicherheitskonzepte, gemeinsame Marketingaktivitäten, Nachwuchsförderung und Verbundausbildung intensiv und regelmäßig aus.

Die rasante Entwicklung des Internets vom reinen Informations- und Datennetz zum „weltweiten Kaufhaus“ ließ auch die IHK Düsseldorf nicht unberührt. Seit 1996 ist die Kammer unter www.duesseldorf.ihk.de im World Wide Web vertreten. Kooperations- und Technologiebörse, Lehrstellenangebote, Broschüren und Merkblätter zum „Download“ werden seitdem immer stärker genutzt.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann die IHK Düsseldorf eine Informationskampagne, um die Unternehmen mit den nötigen Fakten der neuen Technologie zu versorgen. Ob Electronic Commerce, Erstellung einer eigenen Firmenhomepage, virtuelle Marktplätze oder IT-Sicherheit, die IHK informierte zu diesen Themen. Neben den zahlreichen Informationsveranstaltungen sorgte auch die Checkliste „E-Commerce für den Mittelstand“ für die praxisnahe Information der Unternehmen.

Selbstverständlich waren auch öffentliche Förderprogramme stets dann ein Thema für die IHK, wenn damit breite Zielgruppen angesprochen werden sollten. Dies war der Fall, als die Europäische Kommission die Technologie-Förderprogramme „Esprit“ und „Brite/Euram“ auflegte. Erste Aktivitäten der Kammer zu diesen Forschungsprogrammen datieren auf das Jahr 1990. Ein Jahr später wurde unter Federführung der IHK Düssel-

Den richtigen Klick mit der IHK. Das Angebot der Kammer seit den 1990er Jahren reicht von E-Commerce über den Aufbau der eigenen Homepage bis zur IT-Sicherheit.





Eine neue Trommelaufhängung, die für besseren Klang sorgt, war eine der Ideen, die auf der KICK – Kontaktbörse für Ideen und Chancenkapi- tal – der IHKs Düsseldorf und Mittlerer Niederrhein vorgestellt wurde.

dorf der ESPRIT-Club Nordrhein-Westfalen gegründet. Ziel war es, den Erfahrungsaustausch von Unternehmen, die am EU-Programm „ESPRIT“ teilnahmen, zu fördern. Vorstellung einzelner Fachthemen wie Fuzzy-Logic, neuronale Netze, Mechatronik und Parallelrechnereinsatz gehörten zum Programm wie auch die Herausgabe eines Leitfadens für die erfolgreiche Antragstellung von Projekten.

Die europäischen Forschungsrahmenprogramme sind inzwischen – ergänzend zu den nationalen Förderprogrammen – ein wichtiger Motor für wirtschaftliche und technische Innovationen in Europa geworden.

Innovative Unternehmen in Düsseldorf

Wie innovativ sind Unternehmen im Bezirk der IHK Düsseldorf? Diese Frage stellte die Kammer im Frühjahr 1997 und bekam überraschende Antworten bei der Analyse von Patenten und Gebrauchsmustern im Zeitraum 1973 bis 1995. Die Erfinder der Region zählten mit 30.000 Anmeldungen zu den fleißigsten in Deutschland. Innovativste Branchen waren hier unter anderem die Chemie, die Schloss- und Beschlagindustrie und die Metallverarbeitung. Aber auch die so genannten Zukunftstechnologien, hier speziell die Bio- und Gentechnologie, waren bundesweit führend. Nicht umsonst gewann die Region Rheinland mit den Städten Düsseldorf, Köln, Wuppertal und Aachen den mit

50 Millionen Mark Fördergeld dotierten Bio-Regio-Wettbewerb des Bundesforschungsministeriums.

Seit 2003 bieten die IHKs Düsseldorf und Mittlerer Niederrhein die Kontaktbörse für Ideen und Chancenkapi- tal, kurz KICK, an und geben damit dem Technologietransfer ein weiteres wirkungsvolles Instrument der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft. Über 75 Aussteller präsentierten bisher hier ihre Ideen und Erfindungen. Gerade für Existenzgründer und junge Unternehmen ist KICK eine gute Plattform, um mit Kooperationspartnern und Kapitalgebern in Kontakt zu kommen. Jeweils über 400 Besucher in den letzten beiden Jahren zeigten, dass die beiden IHKs mit KICK die richtige Plattform für Erfinder und Ideengeber gefunden haben.

Ökologie und Ökonomie – ein Gegensatz?

Im Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches zum Umweltschutz in der IHK standen in den 1950er Jahren zunächst Abwasserfragen. Hintergrund waren vorbereitende Arbeiten zur Bildung von Wasserverbänden. Auslöser der Diskussion waren – wie so oft – drohende Kostenbelastungen der Unternehmen durch öffentliche Gebühren für die Abwasserentsorgung. Die IHK setzte sich für möglichst große Einzugsgebiete der neuen Wasserverbände ein, um deren Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Umgekehrt sorgten sich vor allem





Wasserwirtschaft war 1958 Thema einer IHK-Fachtagung.

die Industriebetriebe um eine ausreichende Wasserversorgung. So unterstützte die IHK wasserwirtschaftliche Untersuchungen in Düsseldorf, um die Grundwasserhältnisse zu beleuchten. 1958 fand bereits eine wasserwirtschaftliche Tagung in der IHK statt, die das anhaltende Interesse an diesem Thema deutlich dokumentierte.

Die ersten Aktivitäten zur Luftreinhaltung reichen zurück in das Jahr 1960, als die Vollversammlung der IHK bereits „grünes Licht“ für einen Erfahrungsaustausch der Unternehmen gab.

In enger Zusammenarbeit mit dem TÜV ging es um den Vergleich von Messdaten, aber auch um die Ansprache der Mitgliedsunternehmen, ihre Anlagen – im wohlverstandenen Eigeninteresse – untersuchen zu lassen.

Die Kammer nahm zum Umweltschutz schon zu dieser Zeit eine konstruktive, nicht etwa pauschal abwehrende Haltung ein. Gleichwohl sah sie – unter Bejahung des Verursacherprinzips – die kritische Größe in den der Industrie eingeräumten, eher zu knappen Anpassungszeiträumen, um sich mit emissionsmindernder Technologie auszurüsten.

Die konstruktive Position im Umweltschutz wird auch an der engen Kooperation mit der Stadt Düsseldorf deutlich, als es ab 1959 darum ging, ihr durch eine Erfassung der betrieblichen Abfallmengen Planungsunterlagen zur Müllentsorgung zu beschaffen.

Auch zum Thema Lärmbekämpfung gab es ab 1961 einen breiten Erfahrungsaustausch unter den Betrieben, 1963 beriet die IHK in wachsendem Umfang Unternehmen, nicht zuletzt um ihnen bei ihren Kontakten mit den Behörden unter die Arme zu greifen.

Natürlich spielte auch die Kommunikation der Umweltschutzanstrengungen der Unternehmen gegen-

über der breiten Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung eine Rolle. Mit einer Erhebung über die Luftreinhalte-Investitionen der Industrie ging die IHK 1969 an den Markt. Erstmals tauchte übrigens der Begriff „Umweltschutz“ im IHK-Jahresbericht 1970 auf; er ersetzte den bis dahin üblichen Terminus „Immissionsschutz“.

Als einen eigenen Beitrag zur Entlastung der Umwelt setzte die IHK 1974 die heute noch funktionierende Recyclingbörse – damals noch Abfallbörse – in Gang, über die den Unternehmen Reststoffe zur weiteren Verwertung vermittelt wurden. Diese Börse erlangte rasch einen hohen Bekanntheitsgrad – die Anfragequote stieg rapide an, bis zum Jahr 1986 um 35 Prozent. Dies ist ein klarer Hinweis auf ein verstärktes Umwelt- und Kostenbewusstsein der Unternehmen. Die Recyclingbörse wurde 1992 bundesweit verfügbar gemacht, seit 1997 ist sie auch über das Internet erreichbar.



Umweltschutz mit breiterem Aufgabenspektrum

Das Waldsterben, für das vor allem industrielle Luftverunreinigungen verantwortlich gemacht wurden, hat der Forderung nach mehr Umweltschutz politisch einen solchen Nachdruck verliehen, dass sich das Tempo zusätzlicher Maßnahmen in Gesetzgebung und Verwaltung in der ersten Hälfte der 1980er Jahre spürbar beschleunigte.

Neue Aspekte gewann die Umweltpolitik mit der Suche nach marktwirtschaftlichen Lösungsansätzen. Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung diskutierten, ob es sich empfehle, das System des deutschen Umweltschutzes mit seinen Verboten, Genehmigungen und Auflagen durch handelbare Emissionsrechte zu ergänzen. Dies alles sollte übrigens erst im Jahr 2005 Wirklichkeit werden; der CO₂-Emissionsrechtehandel, initiiert durch das Kyoto-Abkommen von 1997, startete mit circa 180 Staaten weltweit.

Kaum ein Jahr brachte der Umweltgesetzgebung solch eine Fülle von neuen Themen wie 1984. Gewässerreinigung, Altlasten und Abfalltourismus waren Schlagworte von besonderer politischer Brisanz. Bereits ein Jahr später standen die Themen Sanierung von Altanlagen, neue Vorschriften zur Luftreinhaltung, Aufgaben des Immissionsschutzbeauftragten und das neue Abfallrecht, speziell im Altölbereich, an.

Der gesetzliche Rahmen für den Umweltschutz bedeutete für die Unternehmen und damit auch für die IHK eine breite Ausdifferenzierung dieses Themas. Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie Immissionsschutz und später umfangreiche Systeme des Umweltmanagements bestimmten über lange Zeiträume die Zusammenarbeit der IHK mit den Unternehmen, mit Politik und Verwaltung.

So verschärften sich seit Beginn der 1980er Jahre die Probleme in der Abfallbeseitigung zunehmend. Politische Widerstände gegen die Planung neuer Deponiestandorte wurden laut. Nach und nach wurde ein Szenario mangelnder Entsorgungsmöglichkeiten – nicht nur in der Region, sondern auch bundesweit – deutlich.

Über den Weg der Rücknahme- und Pfandpflichten sowie der Abfallkennzeichnung sollten angesichts dieser Ausgangslage die Abfallmengen der Unternehmen reduziert werden. Die Kammer unterstützte das Vorhaben des Regierungspräsidenten Düsseldorf, einen Abfallbeseitigungsplan aufzustellen und beriet ihn bei Prognosen zu künftigen Abfallmengen und -qualitäten.

Neue Vorschriften zur Überwachung, Genehmigung und Kennzeichnung wurden auf viele verschiedene Abfallarten ausgedehnt, der Druck auf Wirtschaft, Kommunen und Verbraucher, Abfall zu vermeiden oder zu verwerten, verstärkte sich. Mit der „Technischen Anleitung Abfall“ wurden auch für Sonderabfälle Entsorgungswege vorgegeben.

Die Abfallentsorgung entwickelte sich somit in diesen Jahren zu einem neuen Arbeitsschwerpunkt der IHK. Konkret bedeutete dies die Mitarbeit an den Abfallwirtschaftskonzepten der Stadt Düsseldorf und des Kreises Mettmann und die Schärfung des Problembewusstseins der Wirtschaft durch Einzelberatungen.

Das Thema Abfall wurde auch 1985 lebhaft in den Stadträten diskutiert. Der Kreis Mettmann sorgte sich um den knapper werdenden Deponieraum und die Entsorgung von Galvanik-Schlamm sowie Gießereisanden. Man beschloss, für die Gießereien eine Gießereisandaufbereitung auf der Deponie Plöger Steinbruch zu errichten. Für die Stadt Düsseldorf hingegen war die Wiederverwertung von Baumischabfällen ein vorrangiges Problem.

1991 äußerte die Kammer in verschiedenen Appellen an Politiker ihre Sorge vor gefährlichen Defiziten in der Entsorgungs-Infrastruktur des Wirtschaftsraumes Düsseldorf. Die Deponien waren voll, die Müllverbrennungsanlagen ausgelastet. Die extrem hohen Umweltschutzaufgaben trieben die Gebühren stark in die Hö-



Die Müllverbrennungsanlage in Düsseldorf arbeitet mit einer dreistufigen Rauchgasreinigungsanlage.

Auch die IHK-Publikation „Unsere Wirtschaft“ beschäftigte sich 1990 mit dem immer wichtiger werdenden Thema Abfallwirtschaft.

he. Die Kammer beriet vor diesem Hintergrund intensiv über Abfallvermeidung, den ressourcensparenden Mehrfacheinsatz von Produkten und die stoffliche Verwertung.

Nicht nur steigende Abfallgebühren, sondern auch neue Vorgaben im Landesabfallgesetz, welche die Betriebe zur Erstellung von Abfallkonzepten und -bilanzen verpflichteten, motivierten die IHK, in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Düsseldorf und dem Kreis Mettmann im Jahre 1992 einen Leitfaden herauszubringen: „Betriebliche Abfallwirtschaftskonzepte- und Abfallbilanzen“, der bis 1994 mehr als 6.000mal an die Unternehmen weitergereicht wurde.

Die neue Verpackungsverordnung trat 1991 in Kraft und erhöhte für den Handel den Druck, auf überflüssige Verpackungen zu verzichten. Der Bundesumweltminister plante, bis 1995 72 Prozent der Verpackungsabfälle bei Glas, Weißblech und Aluminium zu reduzieren und 64 Prozent bei Pappe, Kunststoff und Verbundverpackungen einzusparen. Das Landesumweltministe-

rium bezeichnete die Beratung von Produzenten und Händlern als wichtige Kammeraufgabe und bat die IHK Düsseldorf, in ihren Bemühungen um Aufklärung der Unternehmen über Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten fortzufahren.

Die Kammer kam dem geforderten Beratungsbedarf kaum noch nach, denn die Betriebe erwarteten vielfach eine Durchleuchtung ihrer gesamten Betriebsabläufe unter dem Verpackungsabfall-Aspekt.

Seit 1996, dem Jahr der Verabschiedung des Kreislaufwirtschafts-/Abfallgesetzes, standen umfangreiche Informationen zur Kreislaufwirtschaft und eine Verstärkung der IHK-Umweltberatung im Vordergrund. Die Abfallentsorgung ist bis zur Gegenwart ein aktuelles Thema geblieben.

So trat 2003 die Gewerbeabfallverordnung in Kraft, mit Getrennthaltungspflicht, Andienungspflicht an den kommunalen Entsorger und Restmülltonne. Wie schon zuvor geht es auch hier in der IHK-Beratung primär um die Kostenminimierung in den Betrieben und um die Abfallvermeidung.

Ähnlich wie das Thema Abfall gewannen auch Abwasserfragen seit Beginn der 1980er Jahre an Intensität. So löste das Inkrafttreten der Abwasserabgabe im Juli 1981 schon während des Jahres 1980 gründliche Überlegungen und Berechnungen bei den Betrieben sowie bei den Abwasserbeseitigern aus. Der

Bergisch-Rheinische Wasserverband, zuständig für die Abwasserbeseitigung im größten Teil des Kreises Mettmann, legte die zusätzlichen Kosten auf seine Mitglieder um.

Weitere Verschärfungen erfuhr die Abwasserbeseitigung im Jahre 1985, in dem Gewerbebetriebe erstmalig verpflichtet wurden, die betriebseigenen Abwässer vorzubehandeln, bevor sie in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet werden durften.

Durch verschiedene weitere Verordnungen, wie die Indirekt-Einleiter-Verordnung und die geänderte Abwassersatzung der Stadt Düsseldorf, die die Betriebe zur Einhaltung strengerer Abwassergrenzwerte zwangen, wurden die Belastungen, die auf die Betriebe zukamen, nochmals größer.

In all diesen Phasen sah die IHK ihre primäre Aufgabe darin, in Einzelgesprächen die Unternehmen zu beraten, sich aber rechtzeitig in den politischen Meinungsbildungsprozess einzuschalten, um Einfluss auf

die Rechtsgrundlagen zu nehmen, die später zu handfesten Zusatzkosten bei den Unternehmen führten.

So waren die neuen verschärften Satzungen der Indirekt-Einleiter-Verordnung des Landes NRW für die kleinen und mittleren Betriebe vielfach zu unverständlich und lösten Anfang der 1990er Jahre einen besonderen Beratungsbedarf durch die Kammer aus.

Auch 1993 führte die schrittweise Nachrüstung der Düsseldorfer Klärwerke zu einer weiteren Erhöhung der Kanalnutzungsgebühren. Die Kammer bemühte sich um eine maßvollere Preisanpassung und forderte, die Gebühreneinnahmen ausnahmslos der Abwasserreinigung zugute kommen und nicht im allgemeinen städtischen Haushalt versickern zu lassen. Da Letzteres aber gängige Praxis war, forderte die Kammer die Wasserverbände auf, auf jegliche Gebührenerhöhung zu verzichten.

Besondere Beachtung fand auch die Problematik der Altlasten in der Kammerarbeit ab 1986. Die Kammer trat in Gespräche mit dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW ein, um griffige und betriebsnahe Konzepte zu erarbeiten.

Auch bei der Luftreinhaltung wird die besondere „Dynamik“ der Umweltpolitik deutlich. Anfang der 1980er Jahre war die Novelle zum Bundesimmissionschutzgesetz mit den gleichzeitig vorgesehenen Änderungen der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)“ ein wichtiges Thema.

Regional von großer Bedeutung war der Beschluss der Landesregierung, Düsseldorf und Teile der Nachbarregion zum Luftbelastungsgebiet zu erklären. Die Verpflichtung der Betriebe zur Erstellung von Emissionserklärungen und die daraus resultierende Zusammenfassung zu einem öffentlichen Emissions-Kataster erfüllte die Kammer zunehmend mit Sorge.

So standen in den Jahren 1981 und 1982 intensive Beratungen der IHK zu den seit 1981 geltenden Verschärfungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes und zusätzlichen Belastungen durch die Neufassung der TA Luft wie der Entwurf für eine Großfeuerungsanlagen-Verordnung mit den Umweltschutz-Experten aus den



Luftverunreinigung durch Verkehr, Industrie und Haushalt sind bis heute ein Thema.





Betrieben im Vordergrund. Die Ergebnisse flossen in die politischen Stellungnahmen der IHK-Organisation ein.

Der Luftreinhalteplan für die Rheinschiene wurde Mitte 1982 veröffentlicht. Er umfasste das Gebiet der Städte Düsseldorf und Neuss. Er enthielt ein Kataster der Emissionen und Immissionen, der Wirkung und Ursachen von Luftverunreinigungen, die von Industrie, Verkehr und Hausbrand in diesem Gebiet gemessen wurden. In dem Maße, in dem sich die Umweltpolitik – wieder – in den Vordergrund der industriewirtschaftlichen Rahmenbedingungen schob, nahm auch die Mitwirkung der IHK Düsseldorf vor allem als Vermittler zwischen Betrieben und Behörden zu.

Weitere Verschärfungen der Verordnungen setzten neue markante Daten. Luftbelastungs- und Emissionsgrenzwerte für krebserzeugende Stoffe wurden festgesetzt, weitere Auflagen für Altanlagen folgten. 1986 war die TA Luft immer noch ein Kammerthema. Informationsseminare über die Nachrüstung luftverunreinigender Anlagen wurden angeboten, ebenso fand das Thema Einzug in die Beratungen der IHK-Regionalaus-schüsse.

Zur Luftreinhaltung gehörte schließlich auch das Thema „Smog“. Noch während der Smog-Periode im Jahr 1985 forderte die Stadt Düsseldorf die Landesregierung auf, ihr Gebiet in die Smog-Verordnung einzu-beziehen. Damit trat die Smogproblematik erstmalig in Düsseldorf, Langenfeld und Monheim auf. Die Kammer bemühte sich vergeblich um eine gelassene Beurteilung der Situation und wies in Stellungnahmen an die Landesregierung auf die nachteiligen Konsequenzen dieses Schrittes für die Unternehmen hin. Es blieb bei den überzogenen Smog-Kriterien der alten Verordnung. Die ansässigen Firmen mussten sich auf Verkehrssperrungen und Betriebseinschränkungen einstellen, die im Ernstfall verordnet werden konnten. Alleine im Kraftverkehr galt, dass Besitzer von Fahrzeugen mit geregelter Dreiwegkatalysator bei Smog auch in Verkehrssperbezirken fahren durften. Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Fahrverbot forderte die IHK-Mitarbeiter binnen kurzer Frist in ganz besonderem Maße.

1993 wurde erstmals die Frage nach einem umfassenden Umweltmanagement bei den Firmen laut. Öko-Audits hätten nach Ansicht der Kammer ein wirksames Selbstregulierungsinstrument einer umweltbewussten Wirtschaft werden können, wenn die Europäische Gemeinschaft daraus nicht ein „freiwillig verpflichtendes“ Korsett geschneidert hätte. 1996 wurde erstmals über die anspruchsvolle Einführung eines Umweltmanagementsystems berichtet. Gemeinsam mit vier Unternehmen erarbeitete die IHK ein Umweltschutz-Handbuch, das Mitte 1997 erschien.

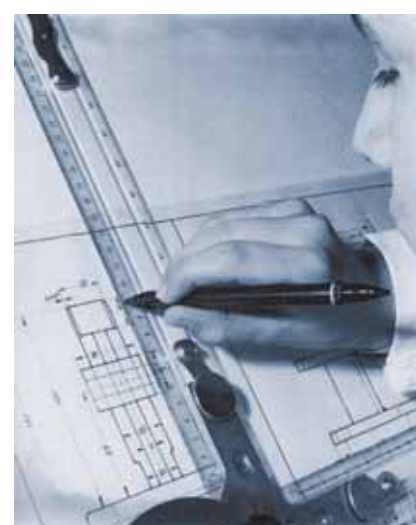
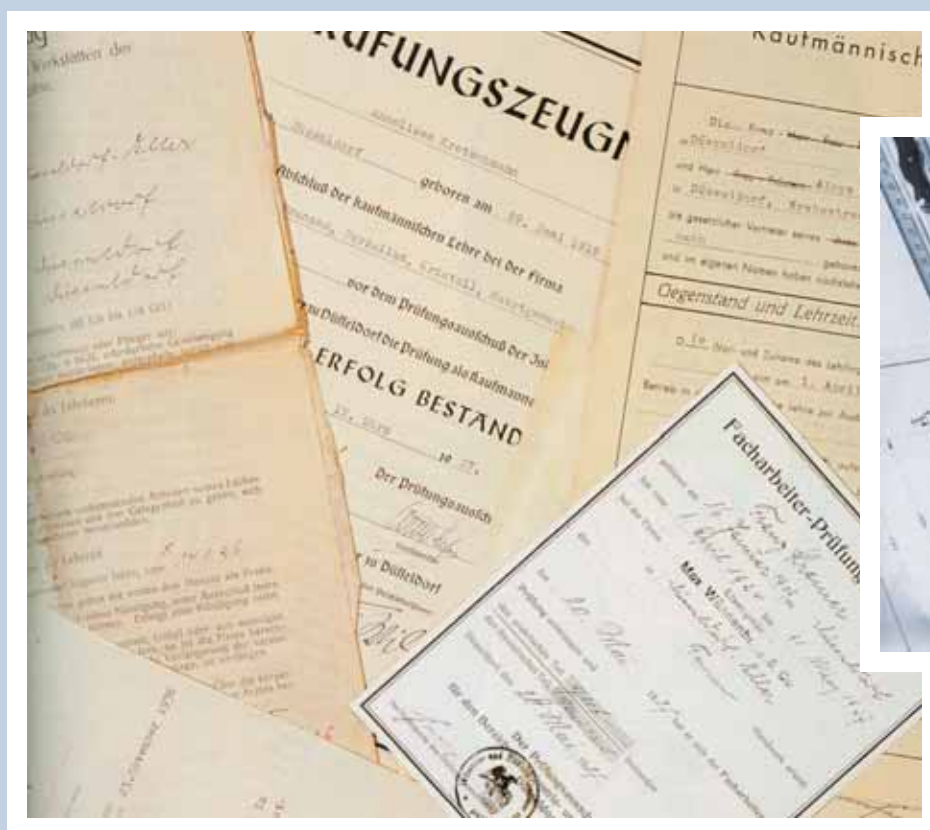
Inzwischen hatten sich zehn Unternehmen im IHK Bezirk Düsseldorf erfolgreich den Prüfungen des EU-Umwelt-Audits unterzogen. Da die Einführung mit erheblichem Aufwand verbunden war, bot die IHK besondere Hilfen an: Der „EU-Umwelt-Audit-Wegweiser“ wurde veröffentlicht. Der Leitfaden „Umweltmanagementhandbuch für den Mittelstand“ erschien im Jahr 1998. Auch Dienstleistern stand nun die Möglichkeit des Umwelt-Audits offen.

2001 hatten sich viele Unternehmen zertifizieren lassen, in der Hoffnung, in Aussicht gestellte Vergünstigungen der Bundesregierung zu erhalten. Als diese nicht gewährt wurden, befürchtete die Kammer – zu Recht – einen drastischen Rückgang der Zertifizierungen und sprach darüber mit politischen Entscheidungsträgern. Bis heute steht eine Privilegierung durch gemilderte Kontroll- und Berichtspflichten der zertifizierten Betriebe im IHK-Bezirk aus.

Dem Smog wurde mit der „TA Luft“ Anfang der 1980er Jahre zu Leibe gerückt.



Aus- und Weiterbildung: Für das Leben lernen



Das „IHK-Zeugnis“ hat auch heute noch einen guten Klang in der Wirtschaft.

In kaum einem anderen Geschäftsfeld der IHK spiegelt sich der Wandel so deutlich wider wie in der Aus- und Weiterbildung: Strukturelle und konjunkturelle Veränderungen, technischer Fortschritt, demografische Entwicklung und die Bildungspolitik sind ihre entscheidenden Determinanten. Aufgabe der Kammern ist es nach Paragraph 1, Absatz 2 IHKG:

„...Anlagen und Einrichtungen, die der Förderung der gewerblichen Wirtschaft oder einzelner Gewerbezweige dienen, (zu) begründen, unterhalten und (zu) unterstützen sowie Maßnahmen zur Förderung und Durchführung der kaufmännischen und gewerblichen Berufsbildung unter Beachtung der geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere des Berufsbildungsgesetzes, (zu) treffen.“

Damit griff der Gesetzgeber 1956 als Aufgabe nur auf, was die IHKs seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts bereits erfolgreich entwickelt hatten, nämlich ein umfassendes System von anerkannten Lehrberufen, Ordnungsmitteln, Ausbildungsrichtlinien und Prüfungsordnungen mit Abschlussprüfungen. Zuständig für die Erarbeitung der Ordnungsmittel war nach Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes 1969 die von BDA, BDI und DIHT getragene "Zentralstelle für betriebliche Berufsausbildung (ABB)" in Bonn. Die von der ABB unter Mitwirkung der Gewerkschaften konzipierten Berufsbilder dienten dem Bundesministerium für Wirtschaft als Entscheidungshilfe für die Anerkennung beziehungsweise Löschung eines Ausbildungsberufes wie auch für not-

wendige Änderungen veralteter Berufsbilder. Mit dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) einschließlich Ausbilder-Eignungsverordnung und Anrechnungsverordnung für das schulische Berufsgrundbildungsjahr und dem Berufsfachschulbesuch wurden 1969 neue Rechtsgrundlagen geschaffen.

Seit dieser Zeit legt der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen für die berufliche Aus- und Fortbildung wie auch für die Umschulung fest, er erlässt die Ausbildungsordnungen auf Grundlagen der Vorarbeiten des Bundesinstitutes für Berufsbildung. Das Gesetz legt ferner fest, dass die Kammern weiter „zuständige Stelle“ für die Berufsausbildung sind. Sie tragen Ausbildungsverträge ein, stellen die persönliche und fachliche Eignung von Auszubildenden, Ausbildern und der Ausbildungsstätte fest, überprüfen den Ausbildungsvertrag und erlassen – aufgrund der Beschlüsse des jeweiligen Berufsbildungsausschusses – Prüfungsordnungen für Zwischen- und Abschlussprüfungen, errichten Prüfungsausschüsse und nehmen die Prüfungen ab. Darüber hinaus obliegt es den Kammern, über ihr Satzungsrecht für die Aufstiegsfortbildung und Umschulung ebenfalls Prüfungsordnungen zu erlassen, Ausschüsse zu berufen und zu prüfen. Ferner können sie Bildungszentren und Gemeinschaftslehrwerkstätten gründen wie auch Seminare und Lehrgänge zur Vorbereitung auf eine Aufstiegsprüfung oder zur laufenden Unterrichtung der Mitarbeiter der kammerzugehörigen Unternehmen (Anpassungsfortbildung) anbieten.

Daran hat auch die jüngste Reform des Berufsbildungsgesetzes aus dem Jahr 2005 wenig geändert. Diese setzt – ganz im Sinne der Wirtschaft – auf eine größere Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen und verlangt eine stärkere Einbeziehung der Lernorte Schule und Betrieb in das Prüfungsverfahren, erhält aber gleichzeitig die Autonomie der IHK-Berufsausbildungsausschüsse.

Erweitert hat sich durch die zunehmende Lehrstellenknappheit der Aufgabenbereich der Kammern: Neben der Beratung, Betreuung und Schlichtung in Fragen der Berufsausbildung (§ 45.1 BBiG) wurden diese inzwischen auch in das Akquisitions- und Vermittlungsgeschäft stärker eingebunden, etwa über den Ausbildungskonsens NRW (seit 1996), die Programme „Jugend in Arbeit“, „TANJA“ (Teilqualifikation als Angebot für jugendliche Arbeitslose zum Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung) und die Bereitstellung der im Ausbildungspakt 2004 geforderten Plätze für Einstiegsqualifikationen. Darüber hinaus engagieren sich die IHKs in Verbundausbildungsprojekten wie „Ausbil-



Das IHK-FORUM, das Weiterbildungszentrum der IHK Düsseldorf, hat seit 1994 seinen Sitz in der Karlstraße 88.

den jetzt – Niederrhein“ (gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfond), aber auch in der individuellen Vermittlung, etwa im Projekt „Verbesserung der Ausbildungssituation von Betrieben in NRW“ (gefördert aus Mitteln des Ausbildungskonsenses NRW). Über ihre Lehrstellenbörse betreibt die IHK inzwischen auch die Lehrstellenvermittlung. Sie ist darüber hinaus ein wichtiger Partner der Schulen für die Berufsorientierung junger Menschen.

Die Zuständigkeit der Kammern für die Berufsausbildung ist in den letzten 50 Jahren mehrfach auf den Prüfstand gestellt worden. Beispielsweise dann, wenn Bund (Hochschulpolitik, Berufsausbildung) und Länder (Schulpolitik) um eine neue Aufgabenverteilung rangen. Diskutiert wurde ferner immer wieder über die Zukunft des „Dualen Systems der Berufsausbildung“, also der praxisnahen Ausbildung im Betrieb mit theoretischem Unterricht in der Berufsschule: Bis heute haben die Kammern alle Versuche einer stärkeren „Verschulung“ oder „Verstaatlichung“ der beruflichen Bildung erfolgreich abwehren können. Und immer dann, wenn die Zahl potenzieller Ausbildungsplatzbewerber größer als die zur Verfügung stehenden freien Lehr-

IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Udo Siepmann konnte erstmals 2004 die TANJA-Zertifikate überreichen.



Vertreter der Wirtschaft, unter ihnen DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun, bei der Unterzeichnung des Ausbildungspaktes am 16. Juni 2004.



stellen schien, wurde der Ruf nach einer Ausbildungsplatzabgabe laut – ob kurz nach Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes Anfang der 1970er Jahre oder jüngst im Jahre 2004, als die IHK-Organisation diese über den Abschluss des Ausbildungspaktes abwenden konnte. Und solange sich die IHKs der Aufgabe der Berufsausbildung stellen, solange währt auch die Klage der Unternehmen über mangelnde schulische Vorbildung der Bewerber. In erster Linie davon betroffen waren und sind die Fächer Deutsch und Mathematik.

Anfänge der Berufsausbildung in Düsseldorf

Weil die Berufsausbildung die wirtschaftliche Entwicklung widerspiegelt, so kann es kaum verwundern, dass die IHK Düsseldorf 1925 als eine der ersten Kammern in Deutschland eine gewerblich-technische Facharbeiterprüfung abnahm, denn die Metall verarbeitende Industrie war in dieser Zeit immer noch der tonangebende Wirtschaftszweig. Die ersten Kaufmannsgehilfen prüfte die IHK hingegen erst im Jahre 1935.

Hatte die Ausbildung durch den Zweiten Weltkrieg sehr gelitten, so nahm die IHK bereits im Frühjahr 1946 ihre Prüfungstätigkeit wieder auf. Neu eingerichtet wurden Lehrmeisterkurse für das grafische Gewerbe sowie ein Fremdsprachenprüfungsamt (1947 staatlich anerkannt), im darauf folgenden Jahr nahm die Einzelhandelschule ihren Betrieb wieder auf, auch wurden erneut Geschäftsstenografen geprüft. 1950 konnte die IHK zufrieden feststellen, dass die Prüfungsanforderungen nun durchweg wieder denen der Vorkriegszeit entsprachen, wobei die Kandidaten erhebliche Bildungslücken aufwiesen.

Für den Standort Düsseldorf war – auch schon zu Vorkriegszeiten – entscheidend, über ein großes Potenzial gut ausgebildeter Fachkräfte verfügen zu können.

Anders als etwa im Ruhrgebiet benötigten die Unternehmen in Düsseldorf in weit geringerem Maße Anlernkräfte als Mitarbeiter, die über berufsspezifische Kenntnisse und Fertigkeiten verfügten. Das galt sowohl für den industriell-technischen wie auch für den kauf-

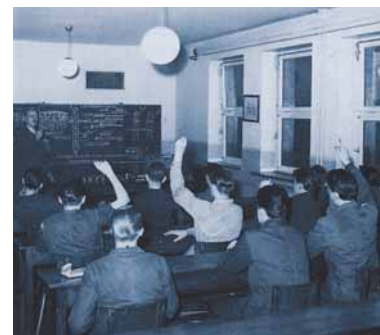
männischen Bereich. Darüber hinaus wollten die speziellen Bedürfnisse des Außenhandelsplatzes bedient sein: Schon in der Besatzungszeit war hier der Bedarf an Dolmetschern und Übersetzern besonders hoch, die Nachfrage nach Mitarbeitern mit Fremdsprachenkenntnissen hielt angesichts der fortschreitenden Internationalisierung bis heute unvermittelt an. Nachgefragt wurde aber auch ein besonderes Know-how für den Außenhandel – dem die IHK mit ihrer Außenhandelschule Rechnung trug.

1950 bis 1959:

Rasanter Zuwachs bei den Ausbildungsplätzen

„Erfreulich“, so die IHK 1953 in ihrem Jahresbericht, „war die Bereitschaft der Wirtschaft zur Aufnahme junger Menschen in Lehr- und Anlernstellen. Sie ist dabei so weit gegangen, dass bisher im Kammerbezirk von einer Arbeitslosigkeit der schulentlassenen Jugend nicht gesprochen werden kann.“ Der Zuwachs in der Lehrlingsrolle betrug bei 13.702 eingetragenen Ausbildungsverhältnissen zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr, die abgenommenen Prüfungen stiegen von 2.296 (1952) auf 4.001 (1953) – das entsprach einem Plus von 75 Prozent!

Eine deutliche Zunahme konnte die Kammer seinerzeit vor allem bei den kaufmännischen Berufen – und hier in erster Linie im Einzelhandel – verzeichnen. Bis Ende der 1950er Jahre stieg die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse unvermindert an: Der Höchststand wurde mit 18.400 registrierten Lehrverträgen 1956 erreicht. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung musste die IHK bereits 1953 erhebliche „Lücken in den elementaren Bildungsfächern Deutsch und Rechnen“ feststellen, was sie dazu veranlasste, sowohl als ständi-



Wie in dieser Lehrwerkstatt fanden in den 1950er Jahren fast alle Schulabgänger einen Ausbildungsplatz.

ge Vertreterin im Schulausschuss der Vereinigung der Kammern des Landes NRW als auch im Arbeitskreis berufsbildender Schulen Düsseldorfs mitzuwirken. Hier kümmerte sie sich vor allem um die Beseitigung von Raumnot und Lehrermangel, aber auch um die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln, nicht zuletzt setzte sie sich für „ausreichenden Berufsschulunterricht“ ein. Im gleichen Jahr wurden erstmalig Lehrmeisterkurse für Schriftsetzer und Buchdrucker angeboten, 1954 folgten Kurse für „Technisches Englisch“.

1956, anlässlich des 125-jährigen Bestehens der IHK, errichtete die IHK zur Förderung von Führungskräften in der Wirtschaft die C. Rudolph Poensgen-Stiftung e. V., ausgestattet mit einem Grundkapital von 400.000 Mark, das Unternehmen zur Verfügung gestellt hatten. Ziel der Stiftung war es – nach Vorbild der Pariser Handelskammer – Führungskräftenachwuchs zu schulen und heranzubilden. Wie die C. R. Poensgen-Stiftung entstanden aus Mitteln der Unternehmen in den folgenden Jahren auch die mit 50.000 Mark dotierte Stiftung des Bankhauses C. G. Trinkaus zur Auszeichnung von sehr guten Lehrlingen in den Berufen „Industriekaufmann“ und „Kaufmann im Groß- und Außenhandel“ (1960), die Stiftung der Lindemann Maschinenfabrik GmbH, ebenfalls mit 50.000 Mark ausgestattet, für die besten gewerblichen Lehrlinge der Eisen- und Metall-Berufe (1961), die mit 20.000 Mark dotierte „Eduard und Christa Grathes-Stiftung für kaufmännische Lehrlinge“ (1963), die mit 300.000 Mark dotierte Stiftung zur „Förderung überbetrieblicher Aus- und Weiterbildung“ (1963), mit der beispielsweise der zweite Bildungsweg am Wilhelm-Heinrich-Riehl-Institut wie auch die Stützkurse für Auszubildende in Deutsch und Rechnen gefördert wurden, die es aber auch ab 1965 allen Einsitzer-Kandidaten der Abschlussprüfungen ermöglichte, für fünf Tage nach Berlin zu fahren.

1957 beschäftigte die IHK vor allem der Plan der Landesregierung, neue Schultypen zu entwickeln. In der Diskussion um die Einführung einer „Wirtschaftsoberschule“ warnte sie vor der „Gefahr einer bereits im jugendlichen Entwicklungsstadium beginnenden Spezialisierung“ und gab zu bedenken:



„Die Wirtschaft ist überwiegend der Auffassung, dass die jugendlichen Entwicklungsjahre der möglichst intensiven und umfassenden Vermittlung einer soliden Allgemeinbildung vorbehalten sein sollten, weil damit dem Interesse der Jugendlichen selbst als auch künftigen beruflichen Anforderungen am besten gedient sein würde.“

Gründungsurkunde der C. Rudolph Poensgen-Stiftung zur Förderung von Führungskräften in der Wirtschaft aus dem Jahr 1956.

Erneut sprach sich die IHK gegen das in Planung befindliche Berufsbildungsgesetz aus, lehnte die Pläne des Kultusministers ab, für „Gewerbelehrer“ künftig die „vollakademische Ausbildung“ vorzuschreiben und setzte sich für den Bau einer Ingenieurschule mit den Schwerpunkten Maschinenbau, Elektrotechnik, Fernmeldewesen und Regeltechnik in Düsseldorf ein.

Nach Erlass des IHK-Gesetzes (1956) musste die Kammer ihren seit 1947 bestehenden Berufsausbildungsausschuss neu berufen: Dieser trat – nach der Berufung der vorgeschriebenen Arbeitnehmervertretung durch das Land NRW – 1958 zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Die IHK-Vollversammlung beschloss im gleichen Jahr die „Lehrlingsrollenordnung“ mit dem klaren Auftrag an die IHK-Geschäftsführung, „alle Ausbildungsbetriebe bei Erfüllung ihrer Ausbildungspflichten zu beraten, die Voraussetzungen für die Eintragung von Ausbildungsverträgen zu überprüfen und Beschwerden nachzugehen“.



Ausbilder mit Lehrlingen
1960.

Dieser Vollversammlungsbeschluss ebnete den Weg für die seit 1954 erhobene Forderung der IHK, Lehrwarte, heute würde man sagen: Ausbildungsberater, einzustellen. Erstmals nahmen ein kaufmännischer und zwei gewerblich-technische Lehrwarte ihre Tätigkeit 1960 auf. Anlässe für Betriebsbesuche der Lehrwarte waren die erstmalige Vereinbarung von Ausbildungsverhältnissen, Anträge auf Eintragung in die Lehrlingsrolle, Klagen über unzulängliche Ausbildung, Überprüfung der Eignung der Lehrstellenbewerber, Einführung neuer Ausbildungsberufe oder die Änderung bestehender Berufsbilder. Darüber hinaus befürwortete die IHK die Einführung des neunten Schuljahres und engagierte sich erfolgreich dafür, dass das Thema Wirtschaft auch im Unterricht der allgemein bildenden Schulen Berücksichtigung fand.

Und auch die IHK-Weiterbildung entwickelte sich: 1958 wurden die Industriemeisterlehrgänge für Gießerei und Zement, der erste Lehrgang für Tankstelleninhaber, der Lehrgang „Technik für Kaufleute“ sowie Fortbildungskurse für Sekretärinnen ins Leben gerufen.

Ende der 1950er Jahre rückte die Berufsbildung immer stärker in den Mittelpunkt der politischen Kammerarbeit: So votierte die IHK entschieden dafür, dass „die Betriebslehre das Kernstück der Berufsausbildung“ bleiben müsse. Ebenso erforderlich sei jedoch ein „leistungsfähiges, allgemein bildendes Schulwesen“, damit der Lehrherr nicht „Lücken in den Elementarfächern“ schließen müsse.

1960 bis 1969: Berufsausbildung zwischen Vollbeschäftigung und Stagnation

Der Beginn der 1960er Jahre war gekennzeichnet durch Vollbeschäftigung einerseits und einem Fachkräfte- und Lehrlingsmangel (wegen rückläufiger Schulabgangszahlen) andererseits. Angesichts eines Rückgangs bei den eingetragenen Ausbildungsverhältnissen von 18.400 (1956) auf 15.000 (1960) und einer erst wieder für 1963 prognostizierten Zunahme ermahnte die IHK 1960 die Firmen, „keine Werbeaktion bei Schulen um Lehrlinge“ zu veranstalten. Auch rügte sie die Unsitte, Lehrverträge weit vor dem eigentlichen Schulabschluss abzuschließen und zu Vorstellungsgesprächen während der Schulstunden einzuladen.

1961 führte der Mangel an Arbeitskräften vermehrt zur Einstellung von nicht ausreichend qualifizierten Jugendlichen, so dass die IHK ihre Zusammenarbeit mit Schulen und Arbeitsverwaltung verstärkte und die Ausbildung mit zusätzlichem Werkunterricht intensiviert werden musste. So wurde beispielsweise ein „Merkblatt für Berufsausbildung“ an den Volksschulen verteilt, der Arbeitsverwaltung wurden Auskünfte über Lehrbetriebe gegeben und sowohl Lehrbetriebe als auch Eltern erhielten nach der Eintragung des Ausbildungsverhältnisses ein Merkblatt über das jeweilige Berufsbild wie auch Hinweise zum Führen des Berichtsheftes.

1963 führte die Kammer auf Anregung des Berufsbildungsausschusses Nachhilfekurse in Deutsch und Rechnen für Lehrlinge ein. Angeboten wurden ferner Seminare für Ausbilder in Industrie, Groß- und Außenhandel. Die Neuordnung der Berufsschulen im Landkreis Düsseldorf-Mettmann beschäftigte die IHK ebenso wie die „Staatliche Ingenieurschule Düsseldorf“, die 1963 ihre Tätigkeit aufnahm. Ferner forderte die Kammer eine „höhere Wirtschaftsfachschule“ für die Landeshauptstadt.



Schon damals eine Frage
des guten Geschmacks:
IHK-Küchenmeisterprüfung 1963.



175 Jahre Industrie- und Handelskammer Düsseldorf

Hermann Franzen*Präsident der IHK Düsseldorf seit 1999*

Hermann Franzen, Mitinhaber und persönlich haftender Gesellschafter der Hermann Franzen KG, Düsseldorf, trat nach Auslandsaufenthalten in der Schweiz und in den USA in den elterlichen Betrieb ein und lenkt seit 1966 gemeinsam mit seinem Bruder Claus in dritter Generation die Geschicke des Familienunternehmens Franzen, das 2005 auf sein 105-jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Die Marke „Franzen“, die weit über die Grenzen Düsseldorfs und Deutschlands hinaus bekannt ist, entwickelte sich gemäß der hauseigenen Philosophie „das Gute und Bewährte erhalten und sich gleichzeitig den Zeittrends und Markterfordernissen anpassen“ zielstrebig vom klassischen Porzellanhaus zu einem modernen Lifestyle-Anbieter „für die schönen Dinge des Lebens“.

Seit 1980 gehört Hermann Franzen der Vollversammlung der IHK Düsseldorf an. Von 1983 bis 1999 stand er als Vizepräsident, seit 1995 als ständiger Vertreter des Präsidenten mit an der Spitze des Unternehmer-Parlamentes, das ihn erstmals 1999 und erneut 2003 zum Präsidenten der IHK Düsseldorf wählte.

Franzen setzt sich vor allem für den Erhalt vitaler Innenstädte ein, der für ihn stets eng mit einer guten verkehrlichen Erreichbarkeit verknüpft ist. Darüber hinaus engagiert er sich mit Nachdruck bei den Unternehmen in der Region für die qualifizierte Berufsausbildung junger Menschen. Auch sein eigenes Unternehmen gilt als vorbildlicher Ausbildungsbetrieb, dessen Nachwuchs fast immer zu den Spitzenlehrlingen eines Jahrgangs zählt.

In Franzens Amtszeit als IHK-Präsident fällt auch das gemeinsam mit dem Kreis Mettmann erstellte

Interkommunale Einzelhandelskonzept (INTEK), das für Nordrhein-Westfalen Modellcharakter hatte. Auf sein besonderes Engagement geht auch das so genannte Düsseldorfer Modell, ein Pilotprojekt zur Zusammenarbeit von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten, das inzwischen in eine Ordnungspartnerschaft mit der Stadt Düsseldorf umgewandelt worden ist, zurück. Last but not least ist es auch seinem Einsatz zu verdanken, dass sich die Bandbreite der IHK-Außenwirtschaftsaktivitäten – insbesondere in Richtung Russland und China – deutlich erweitert hat.

Diese – und andere – Ziele hat sich Hermann Franzen auch bundesweit auf die Fahne geschrieben: Nach den Stationen Mitglied des Vorstandes des Einzelhandelsverbandes Nordrhein (1977 bis 1990) und Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes Düsseldorf (1983 bis 1990) steht Hermann Franzen als Präsident seit 1990 ununterbrochen an der Spitze des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE), Berlin. Von 1982 bis 1994 war Franzen als ehrenamtlicher Handelsrichter am Landgericht Düsseldorf tätig.

Für sein ehrenamtliches Engagement in Verbänden und Organisationen der Wirtschaft, vor allem jedoch für die Förderung des beruflichen Nachwuchses, wurde Hermann Franzen 1990 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und im Jahre 2004 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet.



Mit 12.000 Fremdsprachenprüfungen (seit 1946) stand die IHK Düsseldorf 1963 an der Spitze aller Kammern in der Bundesrepublik. Im gleichen Jahr wurde eine neue Prüfungsordnung für die zunehmend an Bedeutung gewinnenden Industriemeisterprüfungen erarbeitet, die erste Küchenmeisterprüfung abgenommen und für die Bewerber an öffentlichen Ingenieurschulen eine eigene Praktikantenrolle eingeführt.

Zur Mitte der 1960er Jahre stieg erstmals seit 1958 die Zahl der Prüflinge wieder an. Dabei wurde das größ-

te Wachstum in der Gruppe Eisen-Metall erzielt, dem damals immer noch "wichtigsten Wirtschaftszweig". 90 Prozent aller gewerblichen Lehrlinge wurden in "Lehrwerkstätten" und "Lehrecken" ausgebildet, auch erzielten die Prüflinge durchweg bessere Ergebnisse als ihre kaufmännischen Kollegen. Die IHK Düsseldorf erklärte in ihrem Jahresbericht 1964: "Die betriebliche Lehre, ergänzt durch den berufsbegleitenden Schulunterricht, wird als beste Form der Berufsausbildung anerkannt und bejaht."

Belohnung für die Ausbildungsbesten 1965:
Eine Fahrt nach Berlin.

Ferner würden die großen technischen, wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Änderungen auch nach gezielter Weiterbildung verlangen. So bot die IHK 1964 Erfahrungsaustauschgruppen für das rechtzeitige Erkennen der konjunkturellen Situation und der damit verbundenen Preisbewegungen an, offeriert wurden Kurse zu technisch-kaufmännischen Rationalisierungsmöglichkeiten und speziell für Klein- und Mittelbetriebe Kurse in mechanischer und automatischer Datenverarbeitung sowie die Lehrgänge „Technik für Kaufleute“ und „Kaufmännisches Wissen für Techniker“.

Insgesamt machten 2.774 Teilnehmer von diesen IHK-Angeboten 1964 Gebrauch, das entsprach einem Plus von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der „wachsenden Bedeutung der bildungspolitischen Aufgaben“ wurde die IHK Düsseldorf auch mit einem Sonderheft ihrer Monatszeitschrift „Unsere Wirtschaft“ gerecht: Der Titel „Chancen für den Aufstieg in der Wirtschaft“ fand weit über den IHK-Bezirk Beachtung bei Wirtschaft, Pädagogen und Behörden, so dass ein Nachdruck erforderlich wurde.

Die Mitte der 1960er Jahre stand auch im Zeichen eines bildungspolitischen Diskurses: DIHT- und IHK-Präsident Dr. Dr. h. c. Ernst Schneider hatte zur Klärung der Frage, auf welchen Gebieten das Bildungs- und Ausbildungswesen einer Änderung bedürfe, 1965 über 100 Erziehungswissenschaftler und Vertreter der Wirtschaft zu einem Gespräch eingeladen.

Und IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Karl Albrecht nahm unter der Frage „Berufsausbildung in schlechten Händen?“ in der Zeitung „Die Welt“ vom 2. Oktober 1965 Stellung zu den Themen „Duales System der Berufsausbildung“ und „Ehrenamtliches Engagement“.

Um das Verständnis für beide Seiten zu vertiefen, richtete die IHK Düsseldorf den Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft ein. Dieser kam zu dem Ergebnis, dass

1. die weitere Entwicklung der Berufsausbildung in der Wirtschaft im Gesamtzusammenhang der Bildungsreform gesehen werden müsse,

2. ein neues System in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig nicht für erforderlich gehalten werde und
3. das Berufsausbildungssystem auch in Zukunft flexibel bleiben müsse, um der Vielfalt der Anforderungen gerecht zu werden.

Der IHK-Jahresbericht 1965 fasste dazu zusammen:

„In Anbetracht der Entwicklung zu einer Gesellschaft der wirtschaftlich Unselbständigen ist die soziale Problematik der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung stärker in den Vordergrund getreten als früher. Damit verbunden fällt den Betrieben ein wachsender Aufgabenkreis mit hoher Verantwortung für Jugendliche und Erwachsene zu.“

Neben diesen bildungspolitischen Aspekten unterstützte die IHK 1965 die Bestrebungen von NRW-Kultusminister Paul Mikat, eine fakultätsgebundene Hochschulreife einzuführen, auch arbeitete die Kammer beim Entwurf des neuen Gesetzes für die Berufsschulpflicht eng mit dem Ministerium zusammen.

Eingeführt wurden in jenem Jahr auch die „Richtlinien zu Eintragungsvoraussetzungen der Lehrlingsrollenordnung“, ferner setzte sich die Kammer für die zweijährige Ausbildung zum/r Verkäufer/in ein. Darüber hinaus startete der Versuch „programmierter Unterricht“, um die Ausbildung gering begabter oder schulmäßig zurückgebliebener Jugendlicher zu unterstützen.

1966 erhob die IHK eine Stichprobe bei 150 Jugendlichen im Alter von 14 bis 19 Jahren, die Deutschkurse in der Grund- und Förderstufe besuchten, wie sie sich auch an der Repräsentativbefragung des DIHT zum Leistungsstand der Volksschulabgänger in Deutsch und



1966 zeigte sich: Längst nicht alle Volksschulabgänger beherrschen die Rechtschreibung.



Rechnen beteiligte. Danach mangelte es jedem fünften Lehrling an Rechtschreib- und jedem vierten Lehrling an Rechenkenntnissen. Ferner wurde in jenem Jahr der Berufsschulbesuch auch für Lehrlinge nach Vollendung des 18. Lebensjahres verbindlich, wofür sich die IHK eingesetzt hatte. Verabschiedet wurden darüber hinaus von der Vollversammlung die „Richtlinien zur Lehrzeitverkürzung aufgrund vorangegangenen Schulbesuchs“.

Das Jahr 1967 war gekennzeichnet durch den „Übergang von einem kräftigen Wirtschaftswachstum zur Stagnation in vielen Bereichen und der Rezession in besonders bedrohten Bezirken und Branchen“ – stellte der IHK-Jahresbericht nüchtern fest. Die Einführung des 9. Schuljahres verursachte Einstellungsprobleme, auch verschob sich der Ausbildungsbeginn vom 1. April auf den 1. August beziehungsweise 1. September, da der Schuljahresbeginn von Ostern auf Herbst umgestellt wurde.

Als erste Kammer in Nordrhein-Westfalen bot die IHK Düsseldorf 1967 fünf mehrtägige Seminare über volkswirtschaftliches Grundwissen für jeweils 60 Volksschullehrer an, auch ermöglichte sie in diesem Jahr erstmals Betriebsbesichtigungen für Schüler.

Ende der 1960er Jahre wurden die Arbeitskreise Schule-Wirtschaft eingerichtet, die Lehrerseminare auf den Landkreis ausgedehnt. Ein Erlass des NRW-Kultusministeriums gab den Hauptschulen mit auf den Weg, für die „rechtzeitige Hinführung der Schüler zur Arbeits- und Wirtschaftswelt“ Sorge zu tragen. Darüber hinaus wurden die Berufe im Einzelhandel neu geordnet, fortan gab es die Möglichkeit, sich in zwei Jahren zum „Verkäufer“ beziehungsweise in drei Jahren zum „Einzelhandelskaufmann“ ausbilden zu lassen. Im Metallbereich wurde die Stufenausbildung erprobt. In der IHK-Weiterbildung begannen mit finanzieller Förderung der Arbeitsverwaltung erstmals zwei Kurse für Erwachsene, die sich auf die Facharbeiterprüfung vorbereiten wollten.

Das Jahr 1969 bedeutete eine einschneidende Änderung, denn das Berufsbildungsgesetz (BBiG) trat in Kraft. Dieses schrieb unter anderem Zwischenprüfungen und die drittelparitätische Besetzung der Berufsbildungs- und Prüfungsausschüsse mit Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Berufsschullehrervertretern vor. Die IHK Düsseldorf verabschiedete daher am 4. Juli 1969 ihren 1958 errichteten Berufsausbildungsausschuss auf seiner 23. und letzten Sitzung.

Die IHK engagierte sich für den dringend erforderlichen Neubau der kaufmännischen Berufsschulen I und II an der Suitbertusstraße, nahm erstmals Prüfun-

gen für „Verkäufer“ und „Maschinenglasmacher“ ab und bot eine Sonderprüfung für italienische und griechische Gastarbeiter an, denen eine Bescheinigung über die Beherrschung der Grundfertigkeiten in der Metallbearbeitung ausgestellt wurde.

Ferner erhielten niederländische Einzelhandelschüler durch Vermittlung der IHK Praktikantenplätze, auch wuchs das Auslandsinteresse am dualen System der Berufsausbildung.

1970 bis 1979:

Schülerberg und Lehrstellenknappheit

Die erste Hälfte der 1970er Jahre verzeichnete zunächst noch leicht steigende Zahlen bei den Ausbildungs-Abschlussprüfungen, allerdings sank die Zahl der eingetragenen Auszubildenden deutlich. Verantwortlich dafür waren rückläufige Abgangszahlen bei den Hauptschulen, ein hohes Bewerberinteresse am Besuch weiterführender Schulen und die Einführung des Berufsgrundschuljahres.



In Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes mussten alle vorhandenen IHK-Prüfungsausschüsse bis zum 31. Juli aufgelöst werden, ab Winter 1970/1971 wurden diese – nun drittelparitätisch mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Lehrern besetzt – neu berufen. Die konstituierende Sitzung des ebenfalls drittelparitätisch besetzten Berufsbildungsausschusses fand am 6. Oktober 1970 statt. Ferner wurden bis 1973 für alle Ausbildungsberufe Zwischenprüfungen verbindlich eingeführt, die erste für die Industriekaufleute fand im Frühjahr 1970 statt.

Neben diesen gesetzlich vorgegebenen Maßnahmen unterstützte die IHK betriebliche Initiativen einer planmäßigen Sonderausbildung für Abiturienten, um diese auf spätere Führungspositionen vorzubereiten, etwa indem sie mehrere Firmen dafür gewinnen konnte, ehemalige Gymnasialschüler zum „mathematisch-technischen Assistenten“ auszubilden.

Ausbilder bei einem arbeits- und berufspädagogischen Lehrgang 1973.



Sylvia Sommerlath, spätere Königin von Schweden, hatte 1965 ihre Korrespondentenprüfung in Spanisch vor der IHK Düsseldorf abgelegt. Das Bild zeigt sie mit ihrem Ehemann, König Carl XVI. Gustav von Schweden, und dem Ehepaar Schwarz-Schütte 1984 bei einem Besuch in der IHK Düsseldorf.

Die IHK Düsseldorf hatte darüber hinaus seit 1966 die finanziellen Zuwendungen für die Berufsschulen in Düsseldorf in Höhe von jährlich 20.000 Mark angesammelt. Damit stattete die IHK 1970 die vier kaufmännischen Berufsschulen mit je einem Lerncomputer aus, um die Schüler in die Datenverarbeitung einführen zu können.

Im selben Jahr begrüßte die IHK die Entscheidung, eine Fachhochschule in Düsseldorf – und nicht, wie ursprünglich vom Land geplant, in Duisburg – zu errichten. Ebenfalls sah die Kammer ihre langjährige Forderung nach Errichtung einer Wirtschaftsfachschule erfüllt: Auf Anordnung des Ministers für Wissenschaft und Forschung nahm die staatliche höhere Wirtschaftsfachschule Mönchengladbach mit 90 Studierenden ihren Betrieb mit einer Außenstelle zum Wintersemester 1970/71 auch in Düsseldorf auf.

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts standen die rund 1.500 Ausbildungsberatungen in den Unternehmen ganz im Zeichen der Einrichtung betriebsindividueller Ausbildungsplätze. Darüber hinaus engagierte sich die IHK in der „Information der Landjugend über Ausbildungsmöglichkeiten“ und richtete Schwerpunktklassen für Deutsch und Mathematik ein, die den bisherigen Unterricht in Grund- und Förderstufe ablösen.

Die Mitarbeit der IHK war darüber hinaus im Planungsausschuss der Stadt Düsseldorf gefragt, als es um die Errichtung der ersten Gesamtschule am Kikweg ging. Ferner äußerten sich die NRW-Kammern unter maßgeblicher Beteiligung der IHK Düsseldorf kritisch zu den von NRW-Wissenschaftsminister Johannes Rau aufgestellten Thesen zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen. Die Kammern warnten hier vor einer „übereilten Zusammenlegung“ der Studienangebo-

te. Gemäß einer Richtlinie des Kultusministers richtete die IHK einen Praktikantenausschuss ein, dessen Aufgabe in der Beratung und Überwachung des Praktikums von Fachoberschülern der Klasse 11 bestand.

Im April 1972 trat gemäß Paragraph 21 Berufsbildungsgesetz die „Verordnung über die berufs- und arbeitspädagogische Eignung für die Berufsausbildung in der gewerblichen Wirtschaft“ (= Ausbildereignungsverordnung) in Kraft; die ersten Ausbilderprüfungen nahm die IHK Düsseldorf bereits im Frühjahr ab. Seit 1963 hatten sich bereits 1.559 Ausbilder in 52 Ausbilderseminaren schulen und prüfen lassen.

Ferner erlangte im September 1972 die „Verfahrensordnung für den Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden“ (= Schlichtungsausschuss) Gesetzeskraft. Erstmals gab es 1972 spezielle „IHK-Informationen“ zur Berufsbildung, die die Kammer in Schaukästen an der Marienstraße und an der Fassade ihres Haupthauses aushing.

Darüber hinaus war die IHK im Oktober 1972 mit einem „Info-Center“ auf der Messe „büro 72“ vertreten, um über Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im kaufmännischen Bereich und über die Vielfalt der kaufmännischen Tätigkeiten in Industrie, Handel und Dienstleistungsgewerbe zu informieren.

In der Weiterbildung wurden erstmals Versicherungsfachwirte geprüft, auch verzeichneten die Fremdsprachen mit 1.121 Prüfungsteilnehmern ein Rekordjahr. Das Weiterbildungsprogramm reüssierte mit Lehrgängen für Industriemeister und Kaufleute, denen es an technischen Kenntnissen mangelte, mit Veranstaltungen über Marketing, Personalpolitik und Arbeitszeit sowie mit Sonderveranstaltungen zu Steuer- und Rentenrecht.

Darüber hinaus meldeten sich die nordrhein-westfälischen IHKs auf eine große Anfrage der Landtagsfraktionen von SPD und FDP hinsichtlich der von der Landesregierung geäußerten Absicht zu Wort, die betriebliche Berufsausbildung unter staatliche Fachaufsicht stellen zu wollen. Das – so die einhellige Kammerposition – würde dem Selbstverwaltungsgedanken der Wirtschaft widersprechen und die Entscheidungsbefugnis der Berufsbildungsausschüsse erheblich schmälern.

Inzwischen bot die IHK bereits Meisterprüfungen in sechs Fachrichtungen an, in der kaufmännischen Erwachsenenbildung konnten sich Bilanzbuchhalter, Versicherungsfachwirte sowie Dolmetscher und Übersetzer ihre Qualifikationen mit dem begehrten Siegel "IHK-geprüft" bestätigen lassen.

1974 nahm die IHK Düsseldorf erstmals Prüfungen in den im Vorjahr neu geordneten kaufmännischen Berufen Bankkaufmann, Industriekaufmann, Kaufmann im Groß- und Außenhandel sowie Versicherungskaufmann ab. Dennoch war die Zahl der eingetragenen kaufmännischen Auszubildenden rückläufig. Thema in diesem Jahr waren darüber hinaus die Umschulung in Büroberufe wie auch ein Modellversuch mit Sonderschulpädagogen, Eltern sowie Vertretern von Unternehmen, Arbeitsverwaltung und IHK, um die Ausbildung Behinderter zu erproben.

Im gleichen Jahr fand ferner die erste gemeinsame Prüfung der Kammern Paris und Düsseldorf für Übersetzer für Handelsfranzösisch statt, auch wartete die IHK-Weiterbildung mit neuen Angeboten auf: Neu waren beispielsweise Lehrgänge für „Sicherheitsmeister“ (als Einstieg in die gesetzliche Vorgabe für Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte gedacht), zur „Bilanzanalyse“ und zum „kaufmännischen Wissen für Techniker und Ingenieure“. In Tagesveranstaltungen informierte die IHK über das neue Lohnsteuerrecht, die Verdingungsverordnung für Bauleistungen sowie über psychologisch begründete Personaleinstellungsverfahren.

Von 1956 bis 1974 war die Zahl der eingetragenen Auszubildenden von 18.400 auf 9.731 gesunken, erst ab 1975 konnte die IHK mit 10,5 Prozent Plus wieder einen leichten Anstieg verzeichnen. Grund für das verstärkte Interesse der Schulabgänger an einer betrieblichen Ausbildung war in erster Linie die Einführung des Numerus clausus in den Hochschulstudiengängen. Demzufolge verdoppelte sich die Zahl der Auszubildenden mit Fachhochschul- oder Hochschulreife von 1973 mit 9,3 Prozent auf 18 Prozent (1975). Um dieser neuen Bewerbergruppe gerecht zu werden, entwickelte die IHK ein neues Ausbildungsmodell für die Absolventen der gymnasialen Oberstufe: Ab Herbst 1976 konnten diese sich nach einer auf anderthalb bis zwei Jahre verkürzten kaufmännischen Ausbildung in weiteren zwei Jahren an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Düsseldorf (VWA) zum Betriebswirt weiterqualifizieren.

Im April 1975 wurden ferner die fremdsprachlichen Prüfungen neu geordnet: Statt der seit 1965 möglichen wirtschaftsbezogenen fremdsprachlichen Prüfung und der Korrespondentenprüfung gab es nun die Alternativen „fremdsprachlicher Korrespondent“ und „Fremdsprachenkaufmann“.

Darüber hinaus verabschiedete der IHK-Berufsbildungsausschuss die Rechtsvorschriften für die Weiterbildungsprüfungen zum Handels- und Industriefachwirt sowie zum Personalfachkaufmann. Erstmals informierte die IHK auch in einer eigenen Broschüre über das Seminar- und Lehrgangsangebot aller freien Träger in der beruflichen Bildung für Düsseldorf und Umgebung.

Im Jahr 1977 startete die IHK als Reaktion auf das im Herbst 1976 verabschiedete Ausbildungsplatzförderungsgesetz (das eine Berufsausbildungsabgabe als ertragsunabhängige Besteuerung bei Nicht-Erfüllung durch die Wirtschaft vorsah) ihr Aktionsprogramm zur Förderung der betrieblichen Ausbildung: Gegenüber 1976 konnte die IHK ein Lehrstellenplus von 14,4 Prozent verzeichnen. Während mehr Ausbildungsplätze eingeworben werden konnten, sank die Zahl der Bewerber: Im IHK-Bezirk Düsseldorf wurden Ende 1977 nur 118 Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag registriert, das entsprach knapp einem Prozent der Arbeitslosen in der Region. Schon zu diesem Zeitpunkt kamen 42,3 Prozent aller Auszubildenden in Düsseldorf nicht aus der Landeshauptstadt, sondern von auswärts.

Von 1978 bis 1981 stieg die Zahl der Schulabgänger erneut, die IHK konnte 1978 dank ihres Aktionsprogramms 8,6 Prozent mehr Lehrstellen akquirieren. Während das Land NRW die zusätzliche Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in industriell-technischen Berufen förderte und speziell die Mädchen für diese begeistern wollte, wandte sich die IHK – wenn auch vergeblich – gegen die Einführung des 10. Pflichtschuljahres, das ab 1979 verbindlich wurde.

Beratung während der
IHK-Lehrstellenbörse 1983.



1975 Jahre Industrie- und Handelskammer Düsseldorf

Computerübungsraum
1985 im Weiterbildungs-
zentrum der IHK am Mar-
tin-Luther-Platz.



Auch Weiterbildung braucht
mal eine Pause: Cafeteria
im Weiterbildungszentrum
am Martin-Luther-Platz.

Um das Berufswahlverhalten und die Zufriedenheit mit dem erlernten Beruf zu ermitteln, befragte die IHK 1978 Auszubildende des ersten Lehrjahres: Die Mehrheit bestätigte auch im Nachhinein ihre Berufsentscheidung

als richtig. 1979 stieg das Lehrstellenangebot abermals um 3,4 Prozent, die IHK bot erstmals zur Berufsorientierung „Lehrstellentage“ in Düsseldorf und Velbert an. Die Weiterbildung wurde mit großem Erfolg um Existenzgründerseminare erweitert, neu waren auch Speziallehrgänge im Verkehrswesen.

1980 bis 1989: Mehr Lehrstellen als Bewerber

Trotz der Prognose, dass 1982 der Gipfel des Schülerbergs erreicht sein würde, setzte die IHK ihr Aktionsprogramm bis 1985 fort. So wurde in den Jahren 1980 (plus 4,1 Prozent), 1983 (plus 11,3 Prozent), 1984 (plus zehn Prozent) und 1985 (plus 2,9 Prozent) ein Überhang an freien Ausbildungsplätzen erzielt, lediglich 1981 war das Angebot mit minus drei Prozent rückläufig. Zu diesem reichlichen Angebot hatten auch erfolgreiche IHK-Werbeaktionen bei den Betrieben, etwa die „Aktion Lehrstellenmarkt“ (1982), der erste von zahlreichen Lehrstellenatlanten (1983), das Faltblatt „Machen Sie mit! – Werden Sie ein IHK-Ausbildungsbetrieb!“ und der Aufkleber „Wir machen mit! – Wir sind ein IHK-Ausbildungsbetrieb!“ (beide 1984), die von 19 IHKs in der Bundesrepublik übernommen wurden, wie auch die monatliche Grafik „Lehrstellenpegel“ (1984) beigetragen.

1980 hatte sich die IHK darüber hinaus erfolgreich dafür eingesetzt, dass neben dem 10. Pflichtschuljahr auch ein „kooperatives Berufsgrundbildungsjahr“, etwa in einer Lehrwerkstatt, anerkannt wurde: Die Daimler-Benz AG in Düsseldorf gehörte zu den ersten Unternehmen, die dieses Modell gemeinsam mit der Lehrwerkstatt in Velbert erprobten. Im gleichen Jahr testeten die IHKs Düsseldorf, Aachen, Arnsberg, Bonn und Hagen bei 5.700 Auszubildenden (davon 1.500 aus dem IHK-Bezirk Düsseldorf) Deutsch- und Mathematikkenntnisse.

In der IHK-Weiterbildung wurden ab 1984 neue Akzente gesetzt. Die IHK gab die alten Schulungsräume in der Immermannstraße 54 auf und bezog neue Räum-

lichkeiten am Martin-Luther-Platz. Sie erweiterte ihr Weiterbildungsangebot um den Bereich „Neue Technologien/Informatik“, in Kooperation mit der Fachschule für Betriebswirtschaft und Datenverarbeitung (FBD-Schulen) bot sie erstmals in Düsseldorf CNC-, CAD-, BTX- und Textverarbeitungslehrgänge an, ein weiterer CNC-Lehrgang startete in der Gemeinschaftslehrwerkstatt in Velbert. Darüber hinaus übernahm die IHK-Weiterbildung am 1. September 1984 das Bildungszentrum des Einzelhandels und offerierte spezielle Angebote für jugendliche Arbeitslose.

Geprüft wurden in der Weiterbildung erstmals „Fremdsprachensekretärinnen“, „Fachwirte der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft“ sowie „Kraftverkehrsmeister“. Neu im Programm war der Lehrgang zum „Wirtschaftsinformatiker IHK“.

Ab 1985 beschäftigte die IHK vor allem die für 1987 geplante Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe. Diese machte aus 42 Metallberufen sechs Berufsbilder mit dreieinhalbjähriger Ausbildungszeit und insgesamt 16 Abschlussqualifikationen. Bei den Elektroberufen hob sie die Stufenausbildung zugunsten von acht Abschlussqualifikationen auf.

1985 verzeichnete die IHK-Weiterbildung 3.000 Teilnehmer. Kontinuierlich baute die Kammer den Bereich „Neue Technologien/Informatik“ aus, erstmals angeboten wurden ein CNC-Lehrgang für arbeitslose Facharbeiter, Marketing-Seminare für arbeitslose Wirtschaftswissenschaftler sowie die Lehrgänge „Betriebswirtschaft für Juristen“, „Speditionskaufmann“ und „Industriemeister Aluminium“.

Seit 1987 wurde eine Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt spürbar: Die IHK registrierte mit 7.620 eingetragenen Ausbildungsverhältnissen ein Minus von 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 40,1 Prozent aller Lehrstelleneinhaber waren Abiturienten. Ferner griff in

1987 unterstützte die IHK
Düsseldorf erstmals den
Regionalwettbewerb „Ju-
gend forscht“.



diesem Jahr die Neuordnung der Metall- und Elektroberufe – 60 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse im industriell-technischen Bereich im IHK-Bezirk Düsseldorf waren davon betroffen. „3.302 Betriebe im IHK-Bezirk bilden 18.256 Lehrlinge in 157 Berufen aus“, konnte die Kammer 1987 verkünden. Vom 16. bis 27. März hieß es in der Berufserkundung „Projekt Berufswahl“. In diesem Jahr befragten die nordrhein-westfälischen IHKs rund 1.000 Führungskräfte der Wirtschaft zur Bedeutung der Schulpolitik. Das Ergebnis fiel ernüchternd aus. Die Wirtschaftskapitäne sahen NRW auf dem vorletzten Platz. Darüber hinaus setzte sich die IHK 1987 kritisch mit dem Schulentwicklungsplan des Kreises Mettmann auseinander, der die Aufgabe des Bezirksklassenprinzips und die Auflösung des Schulzweckverbandes Velbert-Heiligenhaus vorsah. Erstmals beteiligte sich die IHK als Mitveranstalter an der Ausrichtung des Regionalwettbewerbes „Jugend forscht“.

Am Ende des Jahrzehnts verzeichnete die IHK ein weiteres starkes Absinken der Lehrlingszahlen infolge des Geburtenrückgangs. So blieb 1989 jede zehnte freie Lehrstelle unbesetzt, betroffen waren davon in erster Linie die industriell-technischen Berufe, der Einzelhandel, die Bauberufe sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe. Weitere Erschwernisse in der beruflichen Bildung ergaben sich aus der einseitigen Berufsorientierung, vor allem bei den Mädchen, der hohen Zahl von Abiturienten und Studienabbrechern bei den Bewerbungen und den Integrationsproblemen ausländischer Jugendlicher.

Die Weiterbildung konnte rund 7.000 Teilnehmer für rund 400 Veranstaltungen gewinnen, hoch im Kurs standen vor allem firmenspezifische Seminare. Nach IHK-Berechnungen betrug der Gesamtaufwand der Wirtschaft im Jahr 1988 im IHK-Bezirk Düsseldorf 500 Millionen D-Mark für Aus- und 750 Millionen D-Mark für Weiterbildungsmaßnahmen.

Nach 20 Jahren Berufsbildungsgesetz 1989 stellte die IHK Düsseldorf fest, dass 72 Prozent der Schulabgänger eine betriebliche Ausbildung aufnahmen, 52 Prozent davon in den IHK-Berufen. Fast jeder zweite Lehrling war im Besitz der Hochschulreife. Der Bildungskongress der NRW-Kammern in Düsseldorf stand 1989 unter dem Motto „Für Morgen qualifizieren“.

1990 bis 1999: Vom „roten Teppich“ für Lehrlinge zur Ausbildungsplatzlücke

Schlüsselprobleme der ersten Hälfte der 1990er Jahre waren der drohende Fachkräftemangel wie auch die Nachwuchswerbung. Letzterer begegnete die IHK mit ihrem Konzept „Berufe von heute mit Chancen für mor-



gen“. Der IHK-Jahresbericht 1990 hielt fest, dass „im Wettbewerb um den knappen Berufsnachwuchs nur noch die Unternehmen Erfolg haben werden, die glaubhaft für Qualifizierungsniveau, Aufstiegschancen und Sozialprestige stehen“.

Auf dem „3. Düsseldorfer Ausbilderforum“ erläuterte Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann den Maßnahmenkatalog der Bundesregierung, mit dem die Berufsbildung in der ehemaligen DDR neu geordnet und westdeutschen Standards angeglichen werden sollte. IHK-Präsident Rolf Schwarz-Schütte gab seiner Sorge Ausdruck, „ob die Schule auch noch künftig mit der dynamischen technischen Entwicklung in der betrieblichen Praxis Schritt halten kann?“

1991 gab es in der Bundesrepublik erstmals mehr

IHK-Präsident Albrecht Woeste mit NRW-Wirtschaftsminister Günther Einert bei der Eröffnung des 2. Symposiums der Wirtschaft zur beruflichen Bildung 1992 (Foto oben).

Die geplante Abschaffung der Berufsausbildung zur Verkäuferin – trotz zunehmender Ausbildungszahlen – war eines der Themen beim Bildungsgipfel 1993 (Foto unten).



An der Karlstraße in Düsseldorf wurde das neue IHK-Weiterbildungszentrum „FORUM“ gebaut.

Studenten als Auszubildende – verantwortlich dafür waren einerseits eine deutlich gesunkene Zahl an Schulabgängern, andererseits eine rapide steigende Studienneigung. Seit 1985 war die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse von 7.650 auf 5.992 im Jahre 1991 gesunken. Die IHK konterte diese Entwicklung mit dem Werbekonzept „Karriere mit Lehre“, das von allen NRW-Kammern übernommen wurde. Dennoch standen am 30. September 1991 in der Arbeitsamts-Statistik 1.681 freien Ausbildungsplätzen (+ 78 Prozent gegenüber dem Vorjahr) nur 121 unversorgte Bewerber gegenüber (- 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Eine Zunahme hingegen konnte die IHK bei den Ausbildungsverträgen mit ausländischen Jugendlichen verzeichnen: Diese stiegen von 598 Verträgen 1985 (= 3,4 Prozent) auf 1.476 Verträge (= 9,5 Prozent) im Jahre 1991. Erfolgreich lief in diesem Jahr auch ein Modellprojekt mit spanischen Jugendlichen, die in Deutschland aufgewachsen waren, an.

Nach der Wiedervereinigung betreute die IHK Düsseldorf 1991 auch eine Vielzahl von Ausbildern aus Düsseldorf Partnerstadt Chemnitz und half der Kammer, vor Ort eine Berufsausbildungsabteilung

nach westdeutschem Muster aufzubauen.

Im August 1991 wurden die Büroberufe nach 50 Jahren neu geordnet: Aus der „Bürogehilfin“ wurde der „Kaufmann für Bürokommunikation“, der „Bürokaufmann“ behielt seinen Namen bei völlig neuen Ausbildungsinhalten.

Als 1990 die Shadow-Arkaden in Planung gingen, bedeutete dies für die IHK-Weiterbildung die Aufgabe der Räume am Martin-Luther-Platz. Für die Übergangszeit mit Schulungsräumen im Haupthaus und an vier weiteren Standorten war das Ende bald in Sicht: Am 21. November 1991 gab die IHK-Vollversammlung grünes Licht für den Bau des neuen IHK-Weiterbildungszentrums „FORUM“ an der Karlstraße. Eine Weiterbildungsbefragung bei 1.300 Teilnehmern hatte ergeben, dass eine deutliche Mehrheit dem IHK-eigenen Weiterbildungsangebot gute bis sehr gute Noten gab.

1992 widmete die IHK Düsseldorf die August-Ausgabe der Kammerzeitschrift „Unsere Wirtschaft“ dem Thema „Lehrlingsmangel – Studentenschwemme“. Auf dem „2. Symposium der Wirtschaft zur beruflichen Bildung“ mit dem Thema „Berufsbildung im vereinten Europa“ im Düsseldorf Messe-Congress-Center gab Gastredner NRW-Wirtschaftsminister Günter Einert zu Protokoll: „Die Schlosserlehre hat mir nicht geschadet, eher geholfen, einen pragmatischen Ansatz zu den Problemen zu finden.“ Darauf konterte IHK-Präsident Albrecht Woeste: „Na, dann sollten vielleicht alle Politiker erst einmal eine Lehre absolvieren.“

Im gleichen Jahr attestierte ein Kienbaum-Gutach-

Jugendliche auf der ersten IHK-Ausbildungsmesse „Berufe live“.



ten den NRW-Schulen erhebliche organisatorische Mängel und Defizite. In der Arbeitsamtsstatistik standen 1.586 freien Lehrstellen 123 unversorgte Bewerber am 30. September gegenüber.

Die IHK Düsseldorf warb daher erstmals vom 17. bis 19. September auf der „Berufe live“ in der alten Düsseldorfer Stadthalle für eine berufliche Ausbildung. Für die Angebote der ausstellenden 67 Unternehmen interessierten sich 6.000 Schüler, Lehrer und Eltern. Ferner konnte die IHK Düsseldorf nach 20 Jahren Ausbildereignungsverordnung in ihrem Jahresbericht ein positives Fazit ziehen: Diese wurde einhellig als Chance gesehen, mit modernen, betriebspädagogischen Methoden eine attraktive und qualitativ hochwertige Berufsausbildung und Weiterbildung zu gewährleisten.

1992 konnte die IHK-Weiterbildung trotz der provisorischen Raumlösung 9.031 Teilnehmer für 451 Veranstaltungen gewinnen, auch übernahm sie die Trägerschaft für die Industriemeister-Lehrgänge Metall und Chemie, weil der „Verein zur Förderung der Industriemeister-Ausbildung Düsseldorf“ nach knapp drei Jahrzehnten diese Arbeit eingestellt hatte.

Im Jahr 1993 sah die IHK-Organisation die berufliche Aus- und Weiterbildung am Scheideweg. Der Bildungsgipfel beim Bundeskanzler beschäftigte sich mit folgenden Phänomenen:

- Hohe Anerkennung der betrieblichen Bildungsgänge im Ausland, doch rückläufige Zahlen in der Bundesrepublik,
- steigende Zahlen bei Studienabbrechern und arbeitslosen Hochschulabsolventen, dennoch bestimmen akademische Bildungsgänge das Berufswahlverhalten der Abiturienten,
- trotz Neuordnung und Niveauehebung der betrieblichen Ausbildung sinkendes Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt,
- Steigerungsrate bei „Verkäufer-Ausbildung“, doch der Beruf soll abgeschafft werden,
- Europäisierung der Berufsabschlüsse, doch der Bund will in einer Verfassungsreform die Zuständigkeit für die berufliche Bildung an die Länder abgeben.

Die IHK Düsseldorf intervenierte daraufhin bei den



Bundestagsabgeordneten ihres Bezirkes gegen die Verschiebung der Gesetzgebungskompetenz.

Im gleichen Jahr prangerte ein gemeinsames Papier der nordrhein-westfälischen IHKS und Handwerkskammern die verfehlte Schulpolitik des Landes an: Die Dominanz der Gymnasien sei erdrückend, die Hauptschule würde als „Restschule“ verkümmern, die Realschule sei gefährdet und die Gesamtschule drohe zum Problemfall zu werden.

Um das Bildungssystem nicht weiter vom Beschäftigungssystem abzukoppeln, empfahl das Kammerpapier, den Empfehlungen der Grundschullehrer für weiterführende Schulen wieder größeres Gewicht beizumessen, ein klares Anspruchsprofil für Gymnasien und Realschulen zu definieren, den Schulunterricht an objektiven Leistungskriterien und nicht mehr am Klassendurchschnitt auszurichten sowie die Reifeprüfung durch die Einführung des Zentralabiturs zu stärken.

Die IHK-Versuche, gemeinsam mit der Fachhochschulrektorenkonferenz ein abgestimmtes Verbundkonzept zwischen betrieblicher Ausbildung und Hochschulqualifikation auch in Düsseldorf umzusetzen, waren nur für das Modellprojekt „Technischer Zeichner“ umsetzbar. Erfolgreicher hingegen verliefen firmenspezifische Ausbildungsmodelle mit den Unternehmen Mannesmann, Duewag, dem Velberter Textilunternehmen Artfleur, SMS und der Stadtsparkasse

*Multimediaschulungen im
IHK-FORUM stehen hoch
im Kurs.*



NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement bei der Eröffnung der IHK-Jugendmesse Berufe live 1996.

Düsseldorf, die die duale Berufsausbildung mit anschließendem Studium oder dem Erwerb von Zusatzqualifikationen während der Ausbildung koppelten.

Auch in der Weiterbildung hinterließ die konjunkturelle Talfahrt 1993 ihre Spuren: Für 418 Veranstaltungen konnte sie „nur“ 7.267 Teilnehmer gewinnen. Neben der immer häufiger gestellten Frage: „Was bringt mir/uns die Weiterbildungsmaßnahme?“ nahm die gezielte Nachfrage nach Zertifikatslehrgängen zu. 1994 endlich konnte das neue IHK-Weiterbildungszentrum „FORUM“ an der Karlstraße 88 eröffnet werden: Bereits 1995 gautierten die besseren Bedingungen 8.040 Teilnehmer, die 531 Lehrgänge und Seminare besuchten.

War die erste Hälfte der 1990er Jahre durch ein Überangebot an freien Lehrstellen gekennzeichnet gewesen, so wendete sich das Blatt ab 1996: Der Verlust an betrieblichen Ausbildungsplätzen während der Rezession wie auch der Andrang geburtenstarker Jahrgänge auf dem Ausbildungsmarkt verkehrten schnell das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. So stand die fünfte Jugendmesse „Berufe live“ 1996 unter dem Motto „jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz“. Im gleichen Jahr schlossen Landesregierung, Tarifparteien, Arbeitsver-

waltung, Berufsschulen, Handwerkskammern und IHKs den „Ausbildungskonsens NRW“, mit dem erklärten Ziel, einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt zu erreichen. Mit 4.000 neuen Lehrverträgen konnte die IHK 1996 bereits einen leichten Anstieg verzeichnen. Im gleichen Jahr registrierte sie den 500.000. Prüfungsteilnehmer seit 1925.

Trotz der weiterhin steigenden Zahlen der Schulabgänger konnte die IHK Düsseldorf seit 1997 jährlich verkünden, dass die „Lehrstellenkatastrophe“ wieder ausgeblieben sei. Zuwachsraten bei den neu eingetragenen Ausbildungsverhältnissen von drei bis elf Prozent bis zum Jahr 2002 sorgten dafür, dass jeder „ausbildungswillige und -fähige Jugendliche“ auch tatsächlich eine der begehrten Lehrstellen erhielt. Unterstützt wurden diese Vermittlungserfolge durch zusätzliche Ausbildungsgeber, Aktionen wie der jährlichen Ausbildungsmesse „Berufe live“, einer Ausbildungshotline, der IHK-Lehrstellenbörse im Internet, dem Lehrstellenmarkt der Wirtschaftsunioren Düsseldorf, aber auch durch gezielte Nachvermittlung und eine Ermäßigung für Ausbildungsbetriebe bei den IHK-Prüfungsgebühren.

Von 1996 bis zum Jahr 2000 förderten darüber hinaus 108 runderneuerte und 34 neue Berufe die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, darunter vor allem seit 1997 die IT- und Medienberufe.

Die IHK-Weiterbildung punktete seit Mitte der 1990er Jahre mit neuen Angeboten wie dem Zertifikatslehrgang „Call Center Agent“, dem „Netzwerkmanager für heterogene Netzwerktechnik und Kommunikation“ (beide 1997) und dem „Sportfachwirt“ (1998). Als erste NRW-Kammer ließ die IHK Düsseldorf 1997 ihr

Neu in der Weiterbildung: Der Gebärdensprachdolmetscher.



IHK-FORUM nach DIN ISO 9001 zertifizieren. Ferner wurden die IHK-Fremdsprachenqualifikationen in Großbritannien, Spanien, Frankreich und Italien 1999 anerkannt sowie das „Higher National Diploma for Business and Finance“ und die Zusatzqualifikation „Fremdsprache im Beruf“ in den fremdsprachlichen Angebotskanon der IHK Düsseldorf aufgenommen.

2000 bis 2005:

Trotz Lehrstellenmangels fehlt es an qualifizierten Bewerbern

Der Berufseinsteigertest der nordrhein-westfälischen IHKs bei 3.482 Auszubildenden des ersten Lehrjahres brachte es im Jahr 2000 an den Tag: 40 Prozent der Kandidaten standen bereits mit den Grundrechenarten auf Kriegsfuß, auch haperte es erheblich am schriftlichen Ausdrucksvermögen in Deutsch. Die IHK-Vollversammlung beschloss 2001, die Berufsschulen im IHK-Bezirk mit 100.000 Mark zu unterstützen, damit diese ihre technische Ausstattung nachrüsten konnten.

In der Weiterbildung gab es erstmals eine Kooperationsvereinbarung mit dem European College of Business and Management, der Berufsakademie der Deutsch-Britischen Handelskammer, über die Weiterbildung zum „Master of Business Administration“. Darüber hinaus verabschiedete der Berufsbildungsausschuss die Rechtsvorschriften für die Weiterbildungsprüfungen „IT-Prozessmanager“, „Fachwirt für Tele-



Service und Kommunikation“, „Zusatzqualifikation Molekularbiologie“, „Gebärdensprachdolmetscher“ und „Zusatzqualifikation Bilanzbuchhaltung international“. Ferner qualifizierte das IHK-FORUM im Rahmen der Landesinitiative „Fit – Fachkräfte für die Informationstechnik“ von Mai 2000 bis Juni 2001 in 70 Veranstaltungen 1.100 Teilnehmer. Ziel war es, die seinerzeitige Bedarfsflücke beim IT-Know-how in kleineren und mittleren Unternehmen kurzfristig zu schließen. In die gleiche Richtung wies auch die N@t-Scout-Initiative des IHK-FORUMs für Auszubildende.

Im Jahr 2002 betitelte der IHK-Jahresbericht das Aus- und Weiterbildungskapitel „Qualifizierte Bewerber verzweifelt gesucht“. Nach sieben Jahren stetigen Wachstums gingen die Zahlen der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse um neun Prozent zurück, am 30. September 2002 standen dennoch 135 unversorgten Jugendlichen immer noch 341 freie Lehrstellen gegenüber. Die PISA-Studie dieses Jahres wie auch ihre Nachfolger bestätigten nur das, was IHK und Wirtschaft seit Jahren anmahnten: 60 Prozent der Auszubildenden hatten Schwierigkeiten mit den Grundrechenarten, auch mangelte es ihnen an Lesefähigkeit. Die IHK Düsseldorf forcierte daher ab 2002 die Lern-Partnerschaften zwischen einzelnen Unternehmen und Schulen, auch richtete sie zum besseren Verständnis beider Seiten füreinander den runden Tisch Hochschule/Wirtschaft ein und bot Workshops für Studienreferendare an. Ferner machte sie 137 Lehrer der berufsbildenden Schulen kostenlos in fünf Veranstaltungen mit dem neuen Schuldrecht vertraut.

Das Jahr 2003 stand im Zeichen der Diskussion um die Ausbildungsplatzabgabe, denn der Ausbildungsmarkt zeigte sich nicht überall so ausgeglichen wie in Düsseldorf. Als Reaktion darauf ließ Bundesbildungs-

*Bei Anruf Lehrstelle:
Die IHK-Ausbildungshotline
vermittelt seit 2003 erfolg-
reich freie Lehrstellen.*

*Lernpartnerschaften
zwischen Schulen und
Unternehmen bringen den
Jugendlichen den Berufs-
alltag näher.*



Danke an die Wirtschaft in der Region Düsseldorf

für den besten Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen!

Auch 2004 konnte somit jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden.

Ausbildungsplätze und -beratungsbedarf für das Jahr 2005 bitte melden unter: www.duesseldorf.ihk.de.
Damit Düsseldorf Spitze bleibt!

Ende 2004 konnte die IHK Düsseldorf zufrieden feststellen: Pakt gepackt – dank des Engagements vieler Ausbildungsunternehmen.

ministerin Edelgard Bulmahn die Ausbildereignungsverordnung für zunächst fünf Jahre aussetzen. Die IHK begegnete dem Vorhaben einer Ausbildungsplatzabgabe mit der Kampagne „Ziehen Sie mit – werden Sie ein Ausbildungsbetrieb!“, der Einstellung von zwei zusätzlichen Ausbildungsplatzwerberinnen, dem gemeinsamen Appell von IHK-Präsident Franzen und Landeswirtschafts- und Arbeitsminister Harald Schartau für mehr Lehrstellen, der Telefon-Hotline „Bei Anruf Lehrstelle!“ wie auch der 12. Ausbildungsmesse „Berufe live“. Ferner war die IHK erstmals mit dem TANJA-Modell erfolgreich, also der „Teilqualifikation als Angebot für jugendliche Arbeitslose zum Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung“.

2004 konnte die drohende Ausbildungsplatzabgabe vor allem durch das beherzte Engagement von DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun abgewendet wer-

den. Mit der Unterzeichnung des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ am 16. Juni 2004 verpflichtete sich die Wirtschaft, in den Jahren 2004 bis 2007 jährlich 30.000 neue Ausbildungs- und 25.000 neue Praktikantenstellen zur Verfügung zu stellen. Bereits Ende 2004 konnte IHK-Präsident Hermann Franzen zufrieden feststellen: „Düsseldorf hat den Pakt gepackt!“, denn der „beste Ausbildungsmarkt in NRW“ generierte ein Plus von 10,6 Prozent mehr IHK-Ausbildungsverträgen und rund 350 Plätzen für Einstiegsqualifizierungen für noch nicht ausbildungsfähige Jugendliche.

Neben den bewährten Werbemitteln für mehr Lehrstellen setzte die IHK Düsseldorf 2004 erstmals auf den „Tag der Erstausbildung“ für die neuen Ausbildungsbetriebe, auch präsentierte sich die Ausbildungsmesse in Kooperation mit der IHK Köln 2004 als „Berufe live Rheinland“ in völlig neuem Gewand. Die seit 2001 bestehende Kooperation Schule-Wirtschaft im Kreis Mettmann konnte 2004 die 40. Patenschaft begrüßen. Die IHK-Vollversammlung entschied 2004, das durch den Wegfall der EU-Fördermittel in 2005 bedrohte Projekt auch weiterhin im Kreis Mettmann zu unterstützen. Im Jahr 2004 bereitete die IHK Düsseldorf darüber hinaus ihre Ausbildungsbetriebe konsequent auf die Neuordnung der Metall- und Elektro- sowie der Einzelhandelsberufe wie auch auf die des Speditions- und Logistikgewerbes vor.

Nach wie vor belegt die IHK Düsseldorf auch im Jahre 2005 den ersten Platz im Fremdsprachenprüfungsrang des DIHK: 45 Prüfungen in elf Sprachen nahm die IHK Düsseldorf 2004 ab. Und auch die Bilanz des IHK-FORUMs nach zehn Jahren im eigenen Weiterbildungszentrum kann sich sehen lassen: Von 1994 bis 2004 besuchten gut 78.000 Teilnehmer mehr als 5.000 Veranstaltungen.

NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück beim Tag der Erstausbildung 2004 mit IHK-Präsident Hermann Franzen (rechts) und IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Udo Siepmann (links).



Zehn Jahre IHK-FORUM

Das IHK-FORUM wurde als Weiterbildungszentrum der IHK Düsseldorf nach anderthalbjähriger Bauzeit am 1. April 1994 an der Karlstraße 88 eröffnet. Seitdem haben mehr als 78.000 Teilnehmer rund 5000 Seminare und Lehrgänge besucht. Die IHK arbeitet im IHK-FORUM mit knapp 250 Dozenten zusammen, die über langjährige Erfahrung in der Erwachsenenbildung verfügen und aus der Praxis für die Praxis unterrichten. Das IHK-FORUM verfügt über folgende Räume und technische Ausstattung:

Raumangebot:

- 1 Raum für 52 Personen
- 2 Räume für 40 Personen
- 6 Räume für 29 Personen
- 2 Räume für 27 Personen
- 1 Raum für 25 Personen
- 3 Räume für 18 Personen
- 2 Räume für 15 Personen
- 1 Raum für 10 Personen
- 1 Videostudio für 15 Personen
- 1 modernes PC-Studio mit 14 Plätzen
- 1 Konferenzraum für 14 Personen
- 1 Gruppenraum für 8 Personen
- Cafeteria

Technische Ausstattung:

Alle 21 Seminarräume entsprechen mit ihrer anspruchsvollen Ausstattung den Anforderungen an ein erwachsenengerechtes Lehren, Lernen und Präsentieren. Sie sind ausgerüstet mit

- Tageslichtprojektor
- Flipchart
- Whiteboard/ Tafel
- Projektionsflächen
- Metaplanwänden
- Haustelefon
- Beamer
- Monitore



Ehrenamtliches Engagement

Ohne die tatkräftige, ehrenamtliche Unterstützung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sowie von Berufsschullehrern in den Prüfungsausschüssen der IHK-Aus- und Weiterbildung wäre die Abnahme von Prüfungen in der beruflichen Bildung nicht möglich. Ferner wäre das effiziente, praxisnahe und kostengünstige „Duale System der Berufsausbildung“ nicht umsetzbar, wenn die IHK in der Vorbereitung neuer Berufsbilder oder Weiterbildungsmaßnahmen, bei der Aufgabenerstellung oder bei der Formulierung der entsprechenden Rechtsvorschriften für Prüfungen nicht auf das Know-how ihrer Ehrenamtler setzen könnte. Im Jahre 2005 standen der IHK Düsseldorf

1.852 Prüferinnen und Prüfer in
439 Prüfungsausschüssen für
154 Ausbildungsberufe und für
70 Weiterbildungsabschlüsse

mit Rat und Tat zur Seite. Die IHK Düsseldorf würdigt dieses Engagement seit 1977 mit der Verleihung der Silbernen Ehrennadel für zehnjährige Prüfertätigkeit beziehungsweise mit der Goldenen Ehrennadel für 15-jährige ehrenamtliche Tätigkeit.

Die Mitarbeiter des IHK-FORUMS unter Leitung von IHK-Geschäftsführerin Mechthild Teupen (rechts) machen sich seit zehn Jahren für die berufliche Weiterbildung stark.

Öffentlichkeitsarbeit: Tue Gutes und rede darüber



Im WDR Fernsehen 1967: Wirtschaftsgespräch zur freien Marktwirtschaft mit Professor Dr. Ernst Schneider (Mitte).

„... Wirtschaft betreibt man nicht im luftleeren Raum, sondern immer in einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“, so lautete die Feststellung von IHK-Präsident Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst Schneider 1954. Früh hatte Schneider darüber hinaus erkannt, wie wichtig es für die Wirtschaft ist, das Räderwerk Staat zu kennen und seine Prozesse zu begreifen. Noch wichtiger aber erschien es dem Unternehmer Schneider, die Spielregeln der öffentlichen Meinungsbildung zu beherrschen, um sich einzubringen, um mitzugestalten und um Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Unternehmern das Leben leichter machen.

Dabei verfügt die IHK im vielstimmigen Chor der an der „Meinungsmache“ beteiligten gesellschaftlichen Gruppen nur über eine Stimme. Um so wichtiger ist es, dieser an einem pulsierenden Wirtschaftsstandort wie Düsseldorf mit seiner vielfältigen Medienlandschaft Gehör zu verschaffen, indem der „Instrumentenkasten“ richtig eingesetzt wird. Zu den Werkzeugen der IHK-Öffentlichkeitsarbeit gehörten und gehören: Vorträge und Veranstaltungen, Denkschriften, Stellungnahmen und Gutachten, Lage- und Jahresberichte, Merkblätter, Broschüren und Schriften-

reihen, die Kammer-Zeitschrift und weitere Publikationen, die Kontaktpflege zu Presse, Funk und Fernsehen, Pressemeldungen und -gespräche, Aufkleber, Plakate und Flyer, Messen und Ausstellungen, Telefon, Btx, Faxabruf und Internet. Die IHK Düsseldorf hat sie alle in den 175 Jahren ihres Bestehens genutzt, wie der folgende Rückblick zeigen mag.

Bereits das Gründungsstatut der „Königlichen Handelskammer für Düsseldorf“ vom 23. Mai 1831 legte die Informationspflicht der IHK in Paragraph 7 fest:

„Die Handels-Kammer erstattet alljährlich, im Monat Januar, einen Hauptbericht über die Lage und den Gang des Handels, der Fabriken und der Schifffahrt an das Ministerium des Innern für Handels- und Gewerbe-Angelegenheiten und faßt darin ihre Wünsche und Anträge in dieser Beziehung zusammen.“

Und auch das IHKG von 1956 verpflichtet die Kammern in Paragraph 1 „... für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken“. Zu diesem Auftrag gehört auch die Mitglieder-Information, und zwar nicht nur in Form des IHK-Tätigkeits- oder Jahresberichtes. Vielmehr gilt es in erster Linie, die kammerzugehörigen Gewerbetreibenden über alle wirtschaftlich relevanten Fragen, also über Wirtschaftslage, Gesetzgebung, Rechtsprechung, regionale Entwicklungen, internationale Einflüsse etc. kontinuierlich zu informieren.

Wie wichtig der jährliche Bericht zu Beginn der Handelskammertätigkeit war, zeigte sich bereits 1836, als die Regierung seine Herausgabe – angeblich aus Kostengründen – untersagte. Darauf ließ in den nächsten beiden Jahren das Interesse an den Handelskammer-



wahlen merklich nach – was Präsident Baum eindeutig auf die fehlenden Tätigkeitsberichte zurückführte. Ab 1839 wurde die Herausgabe des jährlichen Tätigkeitsberichtes der Handelskammer denn auch wieder erlaubt.

Während des 19. Jahrhunderts fand die Öffentlichkeitsarbeit der Handelskammer ihren Niederschlag in Veranstaltungen, viel beachteten Vorträgen, die in gedruckter Form weit über den Kammerbezirk hinaus Verbreitung fanden, in Denkschriften – aber auch in Anzeigen und kleineren Zeitungsbeiträgen in den Tageszeitungen im In- und Ausland, um beispielsweise für die großen Ausstellungen in Düsseldorf zu werben.

Erst im 20. Jahrhundert „verstetigte“ sich die Information der kammerzugehörigen Unternehmen durch die Herausgabe der halbmonatlich erscheinenden Kammerzeitschrift „Wirtschaft und Verkehr“ seit 1923. Vorläufer von „Wirtschaft und Verkehr“ waren die „Monatsschrift“ (1905 bis 1917), die „Wochenschrift“ (1918 bis Juni 1920) und seit Juli 1920 die „Wirtschaftszeitung“ beziehungsweise ab 1922 die „Rheinische Wirtschaftszeitung“.

Die Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der IHK Düsseldorf zählte zum „Wirkungsfeld“ der Kammer unter der Rubrik „Allgemeiner Wirtschaftsdienst“ unter anderem die „Monatsberichte über die Wirtschaftslage“, die „Jahresberichte“, die „Halbmonatsschrift Wirtschaft und Verkehr“, die „Bücherei und das Lesezimmer“, den „Pressekontakt“ sowie „Merkblätter für wichtige Vorgänge des Wirtschaftslebens“.

Während der NS-Zeit erschien „Wirtschaft und Verkehr“ letztmalig am 15. März 1937, bis zum Ende des Dritten Reiches ging die Kammerpublikation in der „Ruhr und Rhein Wirtschaftszeitung“ auf.

Doch schon 1946 – Papier war knapp – meldete sich die IHK mit monatlichen „Mitteilungen“ und einem Jahresbericht zurück, der festhielt:

„Von besonderer Bedeutung waren die Aufgaben der Kammer auf dem Gebiet der Berichterstattung an maßgebliche Dienststellen und der Unterrichtung der Wirtschaft sowie der Öffentlichkeit über Rundfunk und Presse.“

Der Jahresbericht bezog sich ferner auf mehrere Lageberichte, Denkschriften, Gutachten und Schriftenreihen und erklärte dazu:

„Zwecks Information der Öffentlichkeit über die wichtigsten Vorgänge in der Düsseldorfer Wirtschaft unterhält die Kammer ständig Verbindung mit dem Westdeutschen Rundfunk sowie der maßgeblichen Presse in der britischen Zone.“



Publikationen der IHK Düsseldorf 1905 bis 1923.

Seit 1947 wuchs der Pressedienst der IHK kontinuierlich. So ist im Jahresbericht nachzulesen, dass „die Kammer laufend Mitteilung über wichtige wirtschaftliche Ereignisse des Düsseldorfer Raumes an Presse und Rundfunk“ gab, „die (so der Wortlaut im Jahresbericht 1949) sich aus der Kammerarbeit jeweils ergeben und deren Kenntnis beziehungsweise deren Erörterung für die öffentliche Meinungsbildung zweckmäßig erscheint.“

Mit Jahresbeginn 1950 knüpfte die IHK an ihre Vorkriegs-Zeitschrift „Wirtschaft und Verkehr“ wieder an und bemerkte dazu:

„Darüber hinaus ist die Kammer dazu übergegangen, dem Mitteilungsblatt neuerdings ein betontes Lokalkolorit zu geben. Den Lesern des Blattes soll damit die Wirtschaft des Kammerbezirks mit ihren aus dem Gesamtrahmen des Düsseldorfer Wirtschaftslebens hervorragenden Betrieben und Persönlichkeiten näher bekannt gemacht werden.“

Den Kontakt zu den Medienvertretern pflegte die IHK in (Presse-)Gesprächen, der Vermittlung von Interview-Partnern, über Einladungen zu den Vollversammlungssitzungen, zu den Empfängen des konsularischen Korps und zu anderen Veranstaltungen sowie über kleinere Journalistentouren, etwa zur Besichtigung moderner Arbeitersiedlungen (1951), des Düsseldorfer Obst- und Großmarktes (1952) oder zu Düsseldorfer Galerien (1953). Ferner ermöglichte sie es den Journalisten, mit den hochrangigen internationalen Gästen



Die Ausgaben des IHK-Magazins „Unsere Wirtschaft“ von 1967, 1981 und 1993 passierten vor der Drucklegung den Beleuchtungstisch.



der Kammer ins Gespräch zu kommen, etwa mit einem US-amerikanischen Vertreter zur Intensivierung der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen oder dem persönlichen Berater des belgischen Ministerpräsidenten über die Auswirkungen der Montanunion. Dankbar nahm die IHK die steigende Zahl der Presstreffen zur Kenntnis, größte Aufmerksamkeit erzielte beispielsweise mit elf Abdrucken der vierteljährliche Lagebericht (1953) oder die Ausführungen von Präsident Schneider zur Steuerreform in der Vollversammlung 1954, über die allein 42 Zeitungen berichteten.

Im gleichen Jahr stellte die IHK die Erscheinungsweise ihres Magazins „Wirtschaft und Verkehr“ von 20-täglich auf monatlich um, dafür gab es erstmals einen zweiseitigen „Schnelldienst“, der zunächst nach Bedarf, später dann wöchentlich erschien, und die Unternehmen mit aktuellen, geldwerten Informationen belieferte.

Um die „Verbindung der Kammern zu Rundfunk und Fernsehen zu verstärken“ beteiligte sich die IHK Düsseldorf engagiert an der Gründung der „Kammergemeinschaft Öffentlichkeitsarbeit der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern“ im Jahre 1959.

Kein Aprilscherz war die Umstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft und Verkehr“ auf den neuen Titel „Unsere Wirtschaft“ (UW) zum 1. April 1960, der seit dieser Zeit auch die Quartalsberichte zur Lage der Wirtschaft enthielt. Der Jahresbericht 1960 vermerkte ein zunehmendes Interesse ausländischer Journalisten: So besuchten in jenem Jahr Pressedelegationen aus Finnland, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und den USA die IHK.

Um der gestiegenen Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit Rechnung zu tragen, beschloss das Präsi-

dium 1963 die Bildung eines „Sonderreferates Öffentlichkeitsarbeit“, das sich fortan um die Redaktion von „Unsere Wirtschaft“ und „Schnelldienst“ sowie um die Kontaktpflege zu Presse, Funk und Fernsehen zu kümmern hatte. Dem vorausgegangen war ein Sonderheft von UW anlässlich der britischen Woche in Düsseldorf im Mai 1963, das sich eingehend mit den deutsch-britischen Handelsbeziehungen, der EWG-EFTA-Situation, der Managementausbildung und -forschung in England und der Arbeit des britischen Rates für industrielle Formgebung befasste. Die – wie der IHK-Jahresbericht 1963 festhielt – „recht kritischen Gedanken zur Pflege des deutschen Marktes“ wurden eingehend von führenden deutschen und britischen Tageszeitungen wie der FAZ, der Times und dem Guardian aufgegriffen, und auch der britische Handelsminister Heath machte sie zum Gegenstand seiner Pressekonferenz in Bonn.

Seit 1967 hatte UW ein zweifarbiges – allerdings immer gleiches – Titelbild, auch änderte sich die Typographie. Zwei Jahre später reüssierte die Zeitschrift kontinuierlich mit Heften zu Länderschwerpunkten inklusive der begehrten Firmenlisten mit ausländischer Kapitalbeteiligung – diese wurden zu einem Markenzeichen von „Unsere Wirtschaft“. 1970 setzte die IHK endgültig auf monatlich wechselnde, vierfarbige Titelbilder, der „Schnelldienst“ erschien fortan vierseitig. Im darauf folgenden Jahr entschied die Redaktion, künftig stärker regionale Ereignisse und Strukturuntersuchungen in der Zeitschrift zu veröffentlichen. 1972 erschienen erstmalig als „Zwillingsbruder“ des Schnelldienstes die „Informationen“, die monatlich seinerzeit rund 8.000 nicht im Handelsregister eingetragene Firmen über Steuern, Recht, Transport und Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Aus- und Weiterbildung, Preis- und Lebenshaltungskostenindex sowie über Insolvenzen informierten. Im gleichen Jahr wurden die 12.000 Bezieher von UW zu ihrer Zufriedenheit mit diesem Me-

dium befragt: 78 Prozent waren mit der IHK-Zeitschrift sehr zufrieden oder zufrieden, 77 Prozent lasen jedes Heft und 50 Prozent archivierten es sogar.

1974 wurden die UW-Hefte mit Schwerpunktthemen parallel über Pressekonferenzen vermarktet, 1979 der IHK-Arbeitskreis „Information und Kommunikation“ gegründet, um Vertretern der Werbewirtschaft, aus Verlagen und Pressestellen der Unternehmen eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zu bieten.

Von Juni 1980 bis Dezember 1982 beteiligte sich die IHK Düsseldorf an einem Feldversuch mit Bildschirmtext im Raum Düsseldorf/Neuss bei 2.000 privaten Haushalten und 1.000 gewerblichen Nutzern. Unter der Leitseite 549 präsentierte die IHK auf 350 Seiten ihr breites Serviceangebot, das in der Versuchszeit 8.550 Mal abgerufen wurde. Trotz der viel versprechenden Ergebnisse wurde das Btx-Angebot nicht weiter verfolgt, weil die technische Entwicklung mit Telefax und später den Online-Angeboten es schlichtweg überflüssig machten.

Nach mehreren inhaltlichen und optischen Überarbeitungen verschmolzen die IHK-Publikationen „Unsere Wirtschaft“ und „Schnelldienst“ 1998 zur 14-täglich erscheinenden „IHK-Zeitung“ (IZ). Die „Informationen“ wurden bereits Ende 1993 eingestellt, da ab 1994 der „Schnelldienst“ in erhöhter Auflage versandt wurde. Und auch die „IHK-Zeitung“ wurde kontinuierlich überarbeitet: Von anfänglich nur einer Schmuckfarbe auf

Vierfarbigkeit, auch Format und Typographie wurden ständig angepasst. Seit 2002 enthielt die IZ vier Mal im Jahr als Mittelbeihemer die achtseitigen „Informationen für Kleingewerbetreibende“, die 15.000 Mal gesondert fortgedruckt wurden, und seit 2004, ebenfalls vier Mal im Jahr, die achtseitige Publikation „berufsbildung aktuell“ (ebenfalls mit Fortdruck), die seit 1983 selbstständig und unregelmäßig erschienen war.

Das aber ist auch schon fast wieder Geschichte: Ab Januar 2006 wird die IHK Düsseldorf zu einer professionell gestalteten Monatszeitschrift, dem „IHK-Magazin“, zurückkehren. Die schnelle und aktuelle Information der Mitglieder – ein Hauptargument für die Einrichtung des „Schnelldienstes“ 1972 – wurde bereits seit 1996 durch das Internet und zwischenzeitlich durch den Fax-Abruf (1997 bis 2004) abgelöst. Der IHK-Internetauftritt, 2002 zum ersten Mal „relauncht“, wird sich ab Mitte 2006 abermals rundum erneuert präsentieren: Noch nutzerfreundlicher, bequemer und vielfältiger als bisher.

Neben all diesen Änderungen bleibt für die IHK – und insbesondere für ihre Öffentlichkeitsarbeit – die ständige Erreichbarkeit für ihre Kunden das oberste Gebot – sei es über Telefon, Telefax und E-Mail oder im persönlichen Gespräch. Als erste Anlaufstelle fungiert seit Dezember 1997 das „Infoyer“ oder jetzt das Service-Center der IHK im Erdgeschoss.

Und weil Klappern eben nicht nur zum Handwerk, sondern auch zur Öffentlichkeitsarbeit einer Industrie- und Handelskammer gehört, registriert die IHK Düsseldorf seit Jahren ein kontinuierlich steigendes Presse-Echo – mit einer durchweg fairen Berichterstattung in den Medien.



Auch online erreichbar: Seit 1996 ist die IHK Düsseldorf im Internet vertreten.



Sie stehen heute an der Spitze des „Parlaments der Wirtschaft“: Das IHK-Präsidium beim Jahresempfang 2005 mit Gastredner Dr. Wolfgang Huber (4. von rechts).

Selbstverständnis und Gremien: Wie die IHK funktioniert

Selbstverständnis

Das „Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern“ aus dem Jahre 1956 definiert den Aufgaben- und Tätigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern in der Bundesrepublik Deutschland – auch für die IHK Düsseldorf. Das Gesetz greift das entscheidende Motiv der Kaufleute auf, die sich 1831 und schon in den Jahren zuvor für die Gründung der Düsseldorfer Kammer stark gemacht hatten: Sie wollten ihre eigenen Geschicke in die Hand nehmen! Dies ist im Kern die Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Die Industrie- und Handelskammern haben – so will es der Gesetzgeber – das Gesamtinteresse aller Gewerbetreibenden ihres Bezirkes zu vertreten. Dies schließt die Wahrnehmung von Einzelinteressen einer Branche, wie sie etwa für die Fachverbände typisch ist, von vornherein aus. Das heißt nichts anderes, als dass die IHK-Politikberatung auf einem breiten Mandat fußt. Ent-

scheidende Voraussetzungen für die Wahrnehmung eines solchen Mandates sind Unabhängigkeit von Einzelinteressen, Freiheit von staatlichen Einflüssen sowie Rechts- statt Fachaufsicht.

Der Gesetzgeber gewährt aber mehr: „Statt Staat“ heißt das Prinzip, nach dem die IHKs öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnehmen, so zum Beispiel in der dualen Berufsausbildung. Vor allem in der praxisnahen Ausrichtung der Berufsbildung in den Betrieben, dem breiten, ehrenamtlichen Engagement in den Prüfungsausschüssen und der kostengünstigen Erledigung dieser Aufgabe liegt der Vorteil dieser Lösung.

Die IHK Düsseldorf versteht sich darüber hinaus als Dienstleister für ihre Unternehmen, ganz im Sinne des gesetzlichen Auftrages „für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken“.

Die heutige IHK erledigt ihre Aufgaben mit rund 125 Mitarbeitern, davon sind acht in der Zweigstelle

Velbert und sieben im IHK-FORUM, dem Weiterbildungszentrum der IHK an der Karlstraße, tätig, alle übrigen in der Hauptstelle in der Düsseldorfer City am Ernst-Schneider-Platz 1.

Seit 1977 umfasst der IHK-Bezirk die Landeshauptstadt Düsseldorf und den gesamten Kreis Mettmann. Auf einer Fläche von 62.409 Hektar leben in diesem Wirtschaftsraum 1.078.510 Menschen.

Die rund 70.000 Mitglieder des IHK-Bezirk erwirtschaften einen Gewerbeertrag, mit dem die IHK unter den 81 IHKs in der Bundesrepublik an fünfter Stelle rangiert.

Über die künftige Rolle der Industrie- und Handelskammern hat es in den vergangenen Jahren immer wieder neue politische Kontroversen gegeben. Die Bundesregierung hat in einem umfangreichen Antwortkatalog zu einer Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 28. Mai 2004 ausführlich begründet, warum der Gesetzgeber auch künftig an den Industrie- und Handelskammern festhalten sollte.

Der neue IHK-Bezirk seit 1977

Der Bezirk der IHK umfasste nach 1945 neben der Stadt Düsseldorf den Landkreis Düsseldorf-Mettmann mit den Städten Hilden, Kettwig und Ratingen sowie den Gemeinden Angermund, Breitscheid, Eckamp, Eggerscheidt, Erkrath, Hasselbeck, Hösel, Homberg-Bracht-Bellscheid, Hubbelrath, Lintorf, Meiersberg, Metzkaußen und Wittlaer.

Die lange und intensiv diskutierte kommunale Neuordnung in Nordrhein-Westfalen trat am 1. Januar 1975 in Kraft. Sie brachte nicht nur tief greifende Veränderungen in den kommunalen Verwaltungsstrukturen, sondern sie hatte – mit zweijähriger Verzögerung – auch Auswirkungen auf den Zuschnitt des IHK-Bezirk. Die Eingemeindung Kettwigs nach Essen war der bedeutendste Gebietsverlust für den Landkreis Düsseldorf-Mettmann. Die IHK hatte sich für die Eigenständigkeit der Stadt eingesetzt. Von dem ehemaligen Rhein-Wupper-Kreis kam aber die nicht minder bedeutende Stadt Langenfeld zum neuen Kreis Mettmann wie auch Monheim schließlich doch als selbstständige Gemeinde zum Kreis gelangte.

Die Vollversammlung begrüßte Ende 1975 die Pläne des Landeswirtschaftsministers, die IHK-Bezirke zum 1. Januar 1977 neu zu ordnen. In einer Stellungnahme



Seit jeher pflegt die IHK den Dialog mit Politik und Verwaltung: So etwa Präsident Dr. Ernst Schneider 1960 im Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard ... (Bild links) ... oder 2004 Präsident Hermann Franz mit Ministerpräsident Peer Steinbrück.

bekräftigte sie, dass sie für „rheinüberschreitende“ Industrie- und Handelskammern eintrete. Hintergrund dieser Resolution war der Wunsch, die IHK Neuss zu integrieren, da deren Wirtschaftsgebiet besonders eng mit Düsseldorf verflochten war. Die Regierung beschloss jedoch eine einheitliche linksrheinische IHK (Mittlerer Niederrhein).

Die Landesregierung strebte schließlich die Deckungsgleichheit mit den neuen Kreisgrenzen an, die im Grundsatz auch die Unternehmer der Düsseldorfer Vollversammlung teilten. Damit umfasste der IHK-Bezirk seit April 1977 das Stadtgebiet Düsseldorf und den kompletten Kreis Mettmann.





Das nach dem Krieg wieder aufgebaute Gebäude der IHK an der Graf-Adolf-Straße.

Heute steht das Hauptgebäude der Kammer am Ernst-Schneider-Platz (Bild Mitte). Die IHK-Zweigstelle in Velbert (Bild rechts).



Gebäude der IHK

Nach dem Kriege bezog die IHK zunächst im Gebäude der Commerzbank an der Benrather Straße 19 ihr erstes Quartier, im August 1946 zog sie in die Räume der C. & A. Brenninkmeyer an der Schadowstraße 79/85. 1949 fand sie Büros in der Bahnstraße 47 und für einige Abteilungen in der Graf-Adolf-Straße 22. Im Jahre 1951 war es dann soweit: Das 1943 zerstörte bisherige eigene Gebäude an der Graf-Adolf-Straße war wieder errichtet worden.

Im Jahre 1954 nahm die IHK mit der Rheinisch-Westfälischen Börse, die im Wilhelm-Marx-Haus untergebracht war, Planungen für einen gemeinsamen Neubau in Angriff. Nach einem Architektenwettbewerb wurde das neue Gebäude nach Plänen der Hamburger Architekten Gutschow und Nissen auf dem Gelände des ehemaligen Hindenburg-Gymnasiums an der Ecke Berliner Allee/Immermannstraße errichtet. Die IHK bezog das zwölfstöckige neue Hochhaus, die Börse bezog den flachen, lang gestreckten Teil des Gebäudekomplexes. Die erste Vollversammlung fand am 21. November 1957 im neuen Gebäude statt.

Zunächst hatte im Erdgeschoss des Hochhauses Mercedes-Benz Ausstellungsräume belegt. Ab 1964 plante die IHK deren Umbau in den heutigen Ernst-Schneider-Saal, der 1965 eingeweiht wurde. Ab dem Jahre 2000 wurde das Börsengebäude zu einem Bürogebäude, aber auch der Eingangsbereich umfassend umgebaut, nachdem der Parketthandel dem elektronischen Handel weichen musste.

Ein sichtbarer Teil der kulturellen Unterstützung des Stadtbildes durch IHK und Börse ist die Röhrenplastik von Erich Hauser vor dem Gebäude. Das Kunstwerk wurde als Schenkung beider Institutionen an die Stadt am 30. Juni 1971 übergeben.

Mit der Neugliederung des IHK-Bezirktes im Jahre 1977 kam als weiteres Gebäude die Zweigstelle in Velbert an der Nedderstraße 6 hinzu, die zuvor Eigentum



der IHK Wuppertal war. Die Zweigstelle wurde 1989 umfassend renoviert.

Neu entstanden ist 1994 schließlich das Weiterbildungszentrum der IHK, das „IHK-FORUM“ an der Karlstraße 88 mit insgesamt 22 Seminarräumen.

Gremien

Industrie- und Handelskammern sind Organisationen der Wirtschaft für die Wirtschaft. Die Unternehmer treffen hier Entscheidungen für Unternehmer. Und damit auch ausgeführt wird, was entschieden wurde, ziehen ehrenamtlich engagierte Unternehmer mit den hauptamtlichen Mitarbeitern in der IHK an einem Strang.

Die eigenen Geschicke in die Hand zu nehmen – die prägnante Zielsetzung der Kaufleute aus der Gründerzeit der Kammern – spiegelt sich in der Vollversammlung wider. Dieses „Parlament der Wirtschaft“, das die regionalen und sektoralen Gewichte des IHK-Bezirktes abbildet, hat auch heute noch alle wichtigen Entscheidungen in der Hand. Das Budgetrecht, das Satzungsrecht, aber auch alle grundsätzlichen Themen der IHK-Arbeit liegen bei der Vollversammlung. Sie wählt den Präsidenten, die acht Vizepräsidenten und den Hauptgeschäftsführer.

Ehrenamtliches Engagement ist in den Ausschüssen der IHK gefragt. Sie sind der Ort fachlichen Austausches für alle Branchen. Handel, Industrie, Verkehrsgewerbe und andere Wirtschaftszweige beraten die Geschäftsführung, informieren sich wechselseitig über Trends im Geschäft, stellen politische Forderungen und suchen den direkten Dialog mit Politik und Verwaltung.

Der Finanzausschuss der IHK kümmert sich um den Haushalt, die Beitragssätze und Gebühren. Für Düsseldorf und die Gemeinden im Kreis Mettmann gibt es „Querschnittsgremien“, Regionalausschüsse, die sich zum Beispiel mit Fragen der Stadtentwicklung, der Kommunalwirtschaft und der Verkehrspolitik auseinander setzen.

Der Berufsbildungsausschuss – er ist drittelparitätlich mit Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Lehrervertretern besetzt – kümmert sich um Fragen der Berufsbildung, so wie es das Berufsbildungsgesetz vorsieht.

Anzahl, fachliche Ausrichtung und inhaltliche Schwerpunkte der Ausschüsse haben sich nach dem Kriege häufig verändert. Hinzu gekommen sind Arbeitskreise, so zum Beispiel für den Automotive-Sektor, die Immobilienwirtschaft, die Softwarebranche, die

Umwelttechnik und für Experten des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts. Daneben gibt es – je nach aktueller Fragestellung – immer wieder Ad-hoc-Arbeitsgruppen, deren fachlicher Rat, etwa zur aktuellen Bauleit- und Verkehrsplanung, in die IHK-Arbeit einfließt.

Ehrenamtliches Engagement spielt sich aber in ganz besonderem Maße auch in den Prüfungsausschüssen für die berufliche Erstausbildung und Weiterbildung ab. In den über 500 Prüfungsausschüssen der IHK Düsseldorf wirken rund 1.850 Praktiker aus den Betrieben und Berufskollegs des IHK-Bezirk mit.

Gemeinsam vertreten Präsident und Hauptgeschäftsführer die IHK nach außen – auch in Rechtsgeschäften.

VOLLVERSAMMLUNG PRÄSIDIUM

Präsident

Vizepräsidenten

Hauptgeschäftsführer

Fachausschüsse

Finanzausschuss der Vollversammlung,
Außenwirtschaftsausschuss,
Einzelhandelsausschuss, Großhandelsaus-
schuss, Ausschuss für Tourismus,
Kongress- und Ausstellungswesen,
Ausschuss für das Handelsvertreter- und
Handelsmaklergewerbe, Industriausschuss,
Ausschuss für Umweltschutz,
Rechtsausschuss, Ausschuss für die Bestellung
von Sachverständigen,
Ausschuss für Verkehr und Logistik,
Mittelstandsausschuss,
Berufsbildungsausschuss

IHK-Ausschüsse

Düsseldorf – Erkrath – Haan-Hilden – Heili-
genhaus – Langenfeld-Monheim –
Mettmann-Wülfrath – Ratingen – Velbert

Arbeitskreise

Automotive Rheinland, Immobilienwirtschaft,
Life Sciences, Software, Umwelt-Rheinland,
Zoll- und Außenwirtschaft

Überregionales Engagement in den wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen ist das Metier der Dachverbände der IHK-Organisation. Die landespolitischen Interessen vertritt die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Düsseldorf. Die bundes- und europapolitische Interessenvertretung liegt beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Berlin und Brüssel. Zahlreiche Unternehmer aus dem IHK-Bezirk engagieren sich ebenfalls ehrenamtlich in den Gremien dieser Verbände.



Anerkennung für langjähriges ehrenamtliches Engagement: Prüferprüfung in der IHK.

Wirtschaftsjunioren

Mitte 1950 rief die IHK zur Gründung eines „Junioren-Clubs“ auf. Die Idee fiel bei den „Söhnen und Töchtern von Kaufleuten des Kammerbezirks, die auch den Kaufmannsberuf ergreifen wollen“, auf fruchtbaren Boden: Am Ende des Jahres hatte der junge Verein bereits 63 Mitglieder.

Die Wirtschaftsjunioren, die nach einer Satzungsänderung rasch auch Mitglieder aus dem Kreise „der Unternehmer-, der Führungs- und der Führungsnachwuchskräfte“ aufnahmen, bauten Arbeitskreise auf. In den 1970er Jahren standen neben den Themen „Schule und Wirtschaft“ und „Existenzgründungsberatung“ auch soziale Fragestellungen im Vordergrund.

1990 entstanden im Kreis Mettmann die Wirtschaftsjunioren Niederberg. Eines ihrer erfolgreichsten Projekte ist die Juniorwelt e. V., ein Betriebskindergarten für die Mitarbeiter Velberter Unternehmen, dessen Gründung 1996 auf die Initiative der Junioren zurückging. Er ist bis heute als eigenständiger Verein aktiv.

Auch heute noch zeichnen sich die Juniorenkreise durch vielfältige Aktivitäten aus. Über die inzwischen traditionellen Themen „Schule und Wirtschaft“ und „Existenzgründungsberatung“ hinaus engagieren sie sich in Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung und pflegen intensive internationale Kontakte.

Dabei sind die Wirtschaftsjunioren eigenständige Vereine geblieben. Die Idee von 1950, dass die IHK als „Mentor“ der Junioren fungiert, gilt noch immer: Heute unterstützt die Kammer die Juniorenarbeit durch die Erledigung administrativer Aufgaben.



Traditionell einer der Schwerpunkte der Arbeit der Wirtschaftsjunioren: Existenzgründungsberatung 1985.

Globalisierung wird auch den Dienstleistungssektor erfassen.



Und die Zukunft?



Auch künftig wird die IHK den Dialog mit Vertretern der Politik aus Region, Land und Bund pflegen. Das Foto zeigt Landrat Thomas Hendeke (rechts) mit IHK-Präsident Hermann Franzen beim Hissen der Kreisfahne vor dem IHK-Gebäude 2005.

„Sind die IHKs ein Auslaufmodell, oder haben sie eine Zukunft?“ So lässt sich manche der politischen Kontroversen über die Industrie- und Handelskammern in der Nachkriegszeit zuspitzen.

„Zukunft kann eine Organisation nur dann haben, wenn sie nicht statisch an Strukturen und Aufgaben festhält, die durch den Wandel der Wirtschaft überfällig geworden sind. Die Kammer kann ihre Zukunftsfähigkeit nur sichern, wenn sie sich wie ein Unternehmen

an die Veränderungen in der internationalen Wirtschaft, in Technik und Gesellschaft flexibel anpasst“, so IHK-Präsident Hermann Franzen.

„Die Arbeit der Kammer muss den Mitgliedern transparent sein, sie müssen verstehen, wofür das Budget eingesetzt wird. Die breite Rückkopplung mit den Mitgliedsunternehmen, die über eine Mitwirkung in den Gremien gesichert wird, muss Maßstab aller IHK-Aktivitäten bleiben.“

Für die einzelnen Geschäftsfelder zeichnen sich für die Zukunft schon jetzt wesentliche Trends ab, die die IHK in ihre Arbeit aufnehmen wird:

In der Standortpolitik wird der Bedarf an interkommunaler Kooperation wachsen. Gerade die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe, aber auch die Frage, welche Konzepte für brachliegende Industrie-Grundstücke zu regional verträglichen Lösungen führen, wird an Aktualität gewinnen. Hier ist die IHK als Organisation der Wirtschaft gefragt, neue Kooperationsformen der Gebietskörperschaften zu initiieren. Eine große Herausforderung wird die bevorstehende umfangreiche Verwaltungsstrukturreform sein, die eine engere Kooperation innerhalb des Rheinlandes erfordert.

Im Zuge der Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung können für die Kammern besondere Chancen in der Übernahme solcher öffentlich-recht-

licher Aufgaben liegen, die eine besondere Nähe zum Unternehmenssektor aufweisen.

Die internationalen Aktivitäten der IHK werden auch künftig im Zeichen der Globalisierung stehen. Diese nicht zu einer Einbahnstraße, sondern sie auch zu neuen Wertschöpfungschancen in der Region werden zu lassen, bleibt eine wichtige IHK-Aufgabe. Die neuen Wachstumsmärkte in Osteuropa und Asien werden auch für Unternehmen und Branchen, die bislang „außen vor“ waren, an Bedeutung gewinnen. Diese in schwierige Märkte „zu begleiten“, wird eine Aufgabe der IHK sein.

Die berufliche Aus- und Weiterbildung wird sich nach der aktuellen Durststrecke im Ausbildungsmarkt schon sehr bald mit dem demografischen Wandel auseinander zu setzen haben. Die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft wird auch künftig von der ausreichenden Versorgung mit gut ausgebildeten Fachkräften abhängen. Duale Erstausbildung mit beruflicher Weiterbildung muss gegenüber den übrigen Bildungswegen an Attraktivität gewinnen, die Schulen müssen jene Ausgangsqualifikationen sichern, die auch komplexeren Berufen genügen. Die IHK wird daher auch in der Phase sinkender Schülerzahlen nicht nur den Prozess der betrieblichen Ausbildung und Prüfungen organisieren, sondern auch die Firmen in der Versorgung mit Nachwuchskräften aktiv unterstützen.

Innovation bleibt ein zentrales wirtschaftspolitisches Thema der kommenden Jahre; denn nur technische Vorsprünge in den Produkten und Verfahren können die Kostennachteile mildern, die zu Arbeitsplatzverlusten in der Region führen.

Die Hochschulen werden ihre neuen Freiheiten nutzen und die Kooperation mit der Wirtschaft suchen, ein traditioneller, aber gleichzeitig zukunftsfähiger Ansatzpunkt der IHK-Arbeit.

Unternehmensgründung und -förderung bleiben auf der Agenda. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wird den Wunsch nach beruflicher Selbständigkeit weiter verstärken, die Beratung – auch die Warnung vor Fehlritten – wird dabei eine große Rolle spielen. Das mittelständische Finanzierungsproblem, nicht nur bei der Unternehmensgründung, wird ein Thema bleiben,



soweit sich die steuerlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verändern. Aber auch die Frage, welche Veränderungen neue Gesetze dem Unternehmer beschere, wird akut bleiben. Nicht zuletzt wird den EU-Verordnungen und -Richtlinien mehr Aufmerksamkeit als bisher zuteil werden müssen.

Wie ein Unternehmen wird die IHK auch künftig alle Chancen der Kooperation mit ihren Nachbarkammern und anderen Institutionen nutzen. Die arbeitsteilige Spezialisierung und enge Kooperation mit unterschiedlichen Partnern wird auch künftig vorteilhaft sein. Sie wird bereits seit Jahren erfolgreich bei den Aus- und Weiterbildungsprüfungen praktiziert, beim Technologietransfer innerhalb des Rheinlandes, in der Außenwirtschaft mit dem Schwerpunktländerprinzip in Nordrhein-Westfalen, in der Datenverarbeitung mit den IHKs in der Rheinschiene, im Russland und China Kompetenzzentrum mit der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Messe Düsseldorf, in der Regionalagentur mit der Handwerkskammer Düsseldorf und dem Kreis Mettmann sowie der Landeshauptstadt Düsseldorf und in der Kooperation Schule-Wirtschaft mit dem Kreis Mettmann. Dies lässt auf weitere fruchtbare Kooperationen im Interesse der Mitgliedsunternehmen hoffen.

Kooperation mit den Nachbarkammern wird bei der IHK Düsseldorf groß geschrieben: Etwa bei der Berufe live Rheinland, die zusammen mit den Kölner Kollegen initiiert wird, oder beim Internetportal Regio-Guide, das einen Überblick über Standorte in den IHK-Bezirken Düsseldorf und Mittlerer Niederrhein gibt.



**Präsidenten der Industrie- und Handelskammer
zu Düsseldorf**

Franz Schimmelbusch, 1831–1833
Gerhard Baum, 1834–1868
Gustav Bloem, 1869–1878
Rudolf Lupp, 1879–1885
Wilhelm Pfeiffer, 1886–1895
Ernst Schieß, 1895–1897
Adolf Möhlau, 1898–1907
Carl Rudolf Poensgen, 1908–1933
Karl Zucker, 1933–1943
Niels von Bülow, 1945–1946
Dr. Josef Wilden, 1946–1949
Dr. Ernst Schneider, 1949–1968
Dr. Victor Langen, 1968–1974
Friedrich Conzen, 1974–1983
Rolf Schwarz-Schütte, 1983–1991
Albrecht Woeste, 1991–1999
Hermann Franzen, seit 1999

Sekretäre, Syndici und Hauptgeschäftsführer

Johann Ferdinand Wilhelmi, 1831–1844
Carl Friedrich Samuel Schleiermacher, 1845–1849
Justus Karl Haßkarl, 1849–1852
Wilhelm Hürter, 1852–1883
Peter Schmitz, 1884–1892
Dr. Max Frhr. Schoultz von Ascheraden, 1892–1898
Dr. Otto Brandt, 1899–1921
Dr. Josef Wilden, 1922–1938
Emeran Amon, 1938–1943
Dr. Josef Wilden, 1945–1946
Dr. Hermann Bohley, 1946–1953
Dr. Karl Albrecht, 1953–1967
Franz Tillmann, 1968–1973
Dr. Klaus Boisserée, 1974–1983
Joachim Kreplin, 1984–1998
Dr. Udo Siepmann, seit 1999

Quellen

Bundesarchiv Berlin
Landesarchiv Nordrhein-Westfalen
Stadtarchiv Düsseldorf
Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln

Literatur (in Auswahl)

Karl Albrecht und Wilhelm Treue: 125 Jahre Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, 1831-1956. Beiträge zur Geschichte der Industrie- und Handelskammer und der Düsseldorfer Wirtschaft, Düsseldorf 1956

Otto Brandt: Studien zur Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Düsseldorf im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1902

Düsseldorf. Geschichte von den Ursprüngen bis ins 20. Jahrhundert. Hrsg. von Hugo Weidenhaupt, Bd. 1-3, Düsseldorf 1988-1989

Barbara Gerstein/Ulrich S. Soénius: Rheinische und westfälische Handelskammersekretäre und -syndici vom 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, Münster 1994 (Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 15)

Friedrich-Wilhelm Henning: Düsseldorf und seine Wirtschaft. Zur Geschichte einer Region, Bd. 1-2, Düsseldorf 1981

Otto Most: Geschichte der Stadt Düsseldorf, Düsseldorf 1921

Josef Wilden: 100 Jahre Düsseldorfer Wirtschaftsleben. Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf. 1831 bis 1931, Düsseldorf 1931

Josef Wilden: Lebenslinien der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf 1798-1948, Düsseldorf 1948

Bildnachweis – Seite/n

Bayer CropScience AG – 88
BilderBox Bildagentur GmbH – 96, 100
Börse Düsseldorf AG – 41
DaimlerChrysler AG – 41
ddp Deutscher Depeschendienst GmbH – 98
DIHK – 104
Flughafen Düsseldorf GmbH – 45, 59
Imago stock&people GmbH – 70, 72, 84
Kooperationsnetz Schule / Wirtschaft im Kreis Mettmann – 117
Mannesmann-Archiv – 25, 39, 40, 102, 104, 106
Regionale Bahngesellschaft Kaarst-Neuss-Düsseldorf-Erkrath-Mettmann-Wuppertal mbH – 49
Rheinische Post-Archiv – 44
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen – 92
Stadtarchiv Düsseldorf – 6, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 26, 31, 32, 37
Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln – 22, 29
Alle übrigen Bilder: Archiv der IHK Düsseldorf

Impressum

ISBN 3-933025-41-9
© Selbstverlag Stiftung Rheinisch-Westfälisches
Wirtschaftsarchiv zu Köln
Unter Sachsenhausen 10-26, 50667 Köln

Texte: Antje Mahn und Dr. Udo Siepmann
unter wissenschaftlicher Begleitung von Dr. Ulrich S. Soénius

Herausgeber der Schriftenreihe: Dr. Ulrich S. Soénius

Layout: Hans Georg Sohr, Mörsenbroicher Weg 23,
40470 Düsseldorf

Druck: Service-Druck Kleinherne, Bussardweg 5, 41468 Neuss
www.service-druck.de

Printed in Germany
Alle Rechte vorbehalten
Redaktionsschluss: 30. November 2005